Ferdinand Fehling

Aus meinem Leben


LÜB.GES.
ZUR BEFÖRD.
GEMEINNÜTZ.
TÄTIGK.

Ferdinand Fehling

Aus meinem Leben



Nach dem Gemälde von Leopold Graf von Kalckreuth

Ferdinand Fehling

Aus meinem Leben

Erinnerungen und Aktenstücke

1929

Kommissionsverlag

Otto Quitzow Verlag

Lübeck Berlin Leipzig

Begonnen ist die Aufzeichnung im Jahre 1916, abgeschlossen 1923

Das Bildnis des Verfassers wurde mit Genehmigung des Senates der Freien und Hansestadt Lübeck nach dem Gemälde von Leopold Graf von Kalckreuth als Kupferhandgravüre in der Kunstanstalt von O. Felsing, Panpresse (Berlin) hergestellt / Druck und Einband besorgte H. G. Rahtgens G. m. b. H. (Lübeck) / Den Einband schmückte Dr. Georg Fink (Lübeck) /

Zum Geleit

Ein verdienter Mann vollendete am 3. August 1927 sein achtes Jahrzehnt und noch am selben Tage die letzte Stunde eines reichen Lebens. Die Jugendzeit des Lübecker Kaufmannssohnes, die Lehr- und Wanderjahre des jungen Rechtsgelehrten, die Jahrzehnte der öffentlichen Wirksamkeit — zuletzt in schwersten Jahren an der Spitze der Vaterstadt —, durchleuchtet von der Liebe zur Heimat stehn sie vor uns in den Erinnerungsblättern, die er sterbend hinterließ. Von den Erben freundlichst dazu ermächtigt, fühlen wir uns schon aus dem Geiste unserer Gesellschaft heraus befugt, diese Aufzeichnungen der Öffentlichkeit zu übergeben. Denn Emil Ferdinand Fehling verbrachte nicht allein jene Zeitspanne, da er unserer Gesellschaft vorstand, sondern seine ganzen Mannesjahre in gemeinnütziger Tätigkeit. Was er selber rücksinnend zusammenfügte, werde durch diese Darbietung sein Denkmal.

Die Vorsteherschaft
der Lübeckischen Gesellschaft
zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit

Inhaltsübersicht

I. Teil: Erinnerungen

II. Teil: Aktenstücke und Reden

Erster Teil

Erinnerungen

Einleitung

Daß der Familienname Fehling auf die Einwanderung von Westfalen hinweist, ist klar. Mit den „Geschlechtern" sind vom 14. bis zum 18. Jahrhundert auch zahlreiche Gewerbtreibende vom Westen nach der Trave gezogen. In den Wochenbüchern des Doms erscheint 1597 zuerst ein Stekensfahrer Asmus Westfehlingk, der 1618 verstarb. Sehr bald folgen Hinrich und Hans Westfelingk (Westphelingk, Westpfehling, Westphäling, Westfehling). Eine westfälische Schifferfamilie hat sich in Lübeck angesiedelt, die sich weit verzweigt. Fast alle Mitglieder sind Stecknitzfahrer. Auf Hans Westfehling († 1658) folgt sein Sohn gleichen Namens (1697—1777), sein Enkel Hans Christoph (1722—1803), sein Urenkel Hermann Christian (1767—1836), der mein Großvater war. Die Stecknitzfahrer waren — und sind — kräftige, tüchtige, wohlbehaltene und wohlbeleumdete Leute. Schon 1631 wird ein Westfehling (Jasper) als Ältester der Stecknitzfahrer genannt. Die freundliche Bezeichnung, die Jacob von Melle (selbst westfälischen Blutes) seiner handschriftlich hinterlassenen, von A. Fahne 1855 herausgegebenen Schrift gab: „die zu Lübeck wohlaufgenommenen Westfälinger" — dieses Wort könnte man im besonderen auch auf unsere Vorfahren anwenden. Hans Christoph änderte, als er 1757 Bürger ward, mit obrigkeitlicher Genehmigung seinen Familiennamen in Fehling. Vielleicht, um Verwechslungen aus dem Wege zu gehen; denn es gab seit der Mitte des 17. Jahrhunderts regelmäßig mehrere Hans Westfehling in Lübeck; möglich auch, daß sein Zweig schon seit längerer Zeit im Volks-

wunde so benannt worden war. Mein Großvater Hermann Christian Fehling war der erste Kaufmann der Fehlingschen Familie.

Das bürgerliche Wappen, das unsere Familie in der Mitte des vorigen Jahrhunderts annahm (drei Rosen im weiß-rot geteilten Schilde mit dem Knappen, dem die Arme fehlen), war meinem Vater aus dem Hannoverschen als „Fehlings Wappen" angetragen worden. Es hat sich herausgestellt, daß es bereits im 17. Jahrhundert in Lübeck geführt wurde. Im Jahre 1906 fand der jetzige Oberinspektor des Staatsarchivs Kemper bei einem hiesigen Trödler ein altes schadhaftes Schnitzwerk, in dessen Mitte das Fehlingsche Familienwappen angebracht war. Der Staatsarchivar Professor Hasse stellte fest, daß es von einem Epitaphium der Burgkirche herrühre. Die Zeit der Entstehung setzte er in die Mitte des 17. Jahrhunderts. Ich habe das mir wertvolle Andenken erstanden, um es der Familie zu erhalten.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß von diesem Punkte aus noch Spuren zu zwei Männern des Namens Fehling sich werden verfolgen lassen, deren Zusammenhang mit unserer Familie außer Zweifel zu stellen mir bislang nicht gelungen ist. Unser Staatsarchiv bewahrt die Akten betreffend einen in einer Vormundschaftssache von dem Doktor der Rechte Zacharias Fehling in Gemeinschaft mit dem Ratsherrn von Stiten im Jahre 1584 angestrengten Rechtsstreit. Drei Ratsherren Stiten gehörten während der achtziger Jahre zu gleicher Zeit dem Rate an: Franz, Heinrich und Gottschalk. Heinrich war Eigentümer des Gutes Schönböken. Da der Prozeß sich gegen einen Landmann in Padelügge richtete und dieses an Schönböken grenzt, wird Heinrich von Stiten der Mitvormund gewesen sein. Über Zacharias Fehlingius berichtet Starkes Kirchengeschichte (S. 372 ff. und S. 507 ff.) mit Ausführlichkeit. Der sehr streitbare Mann vertrat vor dem lübeckischen Konsistorium 1583 seinen theologischen Standpunkt mit Scharfsinn und Schärfe, „so daß man dem Calvinisten nichts anhaben konnte". Er war Rat des schwedischen Herzogs Karl, nachmaligen Königs Karl IX., als dessen Gesandter er auch wiederholt tätig gewesen ist. Nach

einer mir aus Schweden zugegangenen Mitteilung muß ich es als nicht unwahrscheinlich betrachten, daß Dr. Fehling in seine alte Heimat zurückgekehrt ist und in der bekanntlich erst 1818 abgebrochenen Burgkirche seine letzte Ruhestätte gefunden hat. Die zweite Persönlichkeit ist der 1725 verstorbene sächsische Hofmaler Christoph Fehling. Als im Jahre 1914 die königliche Kunstakademie zu Dresden, die aus einer unter August dem Starken 1697 begründeten Malerschule hervorgegangen ist, ihr 150jähriges Bestehen feierte, ward des Namens Christoph Fehling mit Dank und Anerkennung gedacht. Er hatte die Leitung der Malerakademie und wurde 1707 zum Galerieinspektor ernannt. Von ihm rühren einige Deckengemälde im Palais des Großen Gartens und im Zwinger her. „Kein hervorragender Meister", so urteilte die Tägliche Rundschau vom 7. Februar 1914, „wohl aber eine tüchtige Kraft, die sich um das damalige Kunstleben in Elbflorenz sehr verdient gemacht hat." Von mehreren Seiten ist damals und auch noch in letzter Zeit bei mir angefragt worden, ob dieser Mann zur lübschen Familie Fehling gehört habe. Das ist nicht ausgeschlossen. Keineswegs spricht dagegen, daß er von Sangerhausen nach Dresden gekommen sein soll. Wie die Knillers einst von Eisleben nach Lübeck kamen, so ist es wohl denkbar, daß ihr Zeitgenosse (vielleicht gar ihr Schüler?) seine künstlerische Laufbahn in Lübeck begonnen hat und daß seine Wanderungen ihn über Sangerhausen nach Dresden geführt haben. Man wäre geneigt, für die Annahme seiner Zugehörigkeit zur lübschen Familie eine gewisse Stütze in dem Umstande zu suchen, daß der Vorname Christoph gerade seit dem ersten Drittel des 18. Jahrhunderts sich bei uns eingebürgert hat: sowohl mein Urgroßvater Fehling als mein Vater führten die Namen Johann Christoph.

Diese wenigen Andeutungen mögen hier genügen; ihnen etwa weiter nachzugehen, sei meinen Nachfahren überlassen.

Mein Großvater Fehling verheiratete sich 1799 mit Margaretha Elisabeth Heitmann, die ihren Mann fast um ein Menschenalter überlebt hat. Ich erinnere mich lebhaft der freundlichen alten Frau, die in ihrer Jugend eine große Schönheit

gewesen sein soll. In den letzten Jahren ihres Lebens war sie erblindet. Sie bewohnte den ersten Stock des Hauses „Zu den drei Kronen" in der großen Burgstraße. Hier habe ich sie oft besucht, um ihr vom Elternhause und von der Schule zu erzählen, besonders aber, um mir aus der alten Zeit erzählen zu lassen: vom 6. November 1806, von dem furchtbaren Schießen in den Straßen, wie die Haustür eingestoßen wurde, wie die Kinder auf dem Boden eingeschlossen waren, und wie oft hernach Schmalhans Küchenmeister gewesen. Mein Vater, den der Direktor des Katharineums gerne bis zur Prima behalten hätte, mußte im Alter von 13 Jahren die Sekunda verlassen, „um früh etwas verdienen zu können". Seine Lehrzeit absolvierte er bei der Firma Schmidt & Plessing. Es ist ihm später vergönnt gewesen, die auf ihn gesetzten Erwartungen in vollem Maße zu erfüllen. Die Großeltern waren verarmt. Mein Großvater ward Zöllner am Mühlentor. Elf Kinder waren am Tische. Vater hat die Kosten der Ausbildung seiner Brüder bestritten, mehrere Schwestern ausgestattet, für seine früh verwitwete Mutter — der Großvater starb 1836 — zeitlebens gesorgt.

Der Vater der Großmutter Fehling, mein Urgroßvater Heitmann, war Schiffer-Ältermann. Seine Amtswohnung hatte er im Hause der Schiffergesellschaft. Dort in der großen Halle hängt heute noch das Bild des von ihm geführten Schiffes. Er muß ein angesehener Mann gewesen sein. Unter den 12 Geiseln, die am 2. Dezember 1813 von den Franzosen nach Hamburg geführt wurden, befand sich auch Schiffer Heitmann. (Klug, Geschichte Lübecks pp. II, 122). Zu seinen Großeltern Heitmann stand mein Vater in einem besonders innigen Verhältnis. Oft hat er mir als Knaben von den prächtigen alten Leuten erzählt, die den ältesten Enkel zärtlich liebten. Und auch meine Mutter rühmte die Herzensgüte und Klugheit der biederen Alten, die meistens noch plattdeutsch sprachen. Seit Vater das Elternhaus verlassen, hatte er fast täglich bei seinen Großeltern zu Mittag gegessen. Als er ihnen seine Verlobung anzeigte, ward ihre Freude nur durch den Gedanken getrübt, daß er als Ehemann nicht mehr ihr Mittagbrot teilen werde. Mein Vater

konnte es nicht übers Herz bringen, die guten Großeltern allein zu lassen. So aß er noch während der ersten Jahre seines Ehestandes um 12 Uhr bei ihnen, um nach wenigen Stunden bei seiner Frau zu speisen. Als er gelegentlich seiner Großmutter davon sprach, daß er des Guten zu viel tue, ward sein Bedenken mit den Worten „Johannes, scham di din Gesundheit nich" beiseite geschoben.

Die Eltern meiner Mutter, geboren am 8. August 1803, waren Jacob Oppenheimer und Emilie geborene Heckscher in Hamburg. Weder Großvater noch Großmutter habe ich gekannt. Der erstere starb schon am 12. Dezember 1845, die Großmutter im Jahre 1853. Aber mir ist, als wenn ich den Großvater gekannt hätte. Denn oft hat mir mein Mütterchen von ihm erzählt, und immer bewegt und in tiefer Dankbarkeit. Eine vortreffliche Kreidezeichnung aus dem Ende der dreißiger Jahre rührt von dem Hamburger Maler Asher her; von ihr hängt eine sehr gute Kopie seit 35 Jahren in meinem Arbeitszimmer. Wie seine Zeitgenossen über meinen Großvater dachten, erhellt aus dem Nachruf, den am Tage nach seinem Heimgange der „Hamburgische Correspondent" brachte. Ich kann es mir nicht versagen, ihn in seinem ganzen Wortlaut mitzuteilen.

„Hamburg, den 13. Dezember 1845.

Unsere Stadt hat wieder einen sehr herben Verlust zu beklagen. Gestern entschlief nämlich nach längerer Krankheit im 67. Jahre seines inhaltreichen Lebens Herr Jacob Oppenheimer, ein Mann, der die seltensten Eigenschaften des Geistes und Herzens in sich vereinigte. Er war nicht allein ein zärtlicher Gatte und Vater, sondern auch die kräftigste Stütze, der treueste Ratgeber seiner nächsten und seiner entferntesten Anverwandten. Die Hilfe, die er Mehreren von ihnen bei verschiedenen Gelegenheiten leistete, war ebenso großartig, als sie in der Tiefe seines großen Herzens begründet war. Seine umfassende Wohltätigkeit überschritt gar oft die Grenzen einer seinem Vermögen angemessenen Freigebigkeit, und weil ihm keine Tugend menschlicher schien, so umfaßte die seinige auch die ganze Menschheit, wo und wann sie in

Anspruch genommen worden ist, ohne Geräusch und ohne Aufsehen machen zu wollen. Er war ebenso wahr in dem, was er bezeugte, als treu in dem, was er versprach, und daher waren ihm auch die Bande der Freundschaft heilig. Versöhnlichkeit und Liebe, aufrichtige Teilnahme und Freude an dem Wohlergehen Anderer erwarben ihm den Namen eines Menschenfreundes im wahrsten Sinne des Worts. Haß und Neid waren ihm während seines ganzen Lebens unbekannte Dinge. Er war zu allen Zeiten ein ebenso besonnener als kluger und redlicher Geschäftsmann, dessen logische Schärfe und schneller Überblick bei den verwickeltsten Fragen und Lagen des Handels gar oft mit gutem Erfolge benutzt worden sind. Aber keine Verbindung stellte er höher als die, welche uns mit dem Staate verknüpft, in dem wir leben; keine Tugend achtete er höher als die Liebe zum Vaterlande, zur Vaterstadt. Zu jeder Zeit und unter allen Verhältnissen widmete er daher dem Wohle Hamburgs die höchste und umfassendste Aufmerksamkeit, ohne Opfer, Mühe oder Beschwerden zu scheuen, und unbekümmert, ob seine Anstrengungen zum Wohle seiner Vaterstadt Anerkennung fanden oder nicht. Er liebte Hamburg so sehr, daß er oft selbst die abgelebtesten Formen und Gesetze in Schutz nahm, um seiner Überzeugung von der Vortrefflichkeit unserer Staatseinrichtungen auch nicht im Entferntesten Abbruch zu tun. Er hatte die wirksamste und durch nichts zu erschütternde Gesinnung eines Patrioten, wie sie so sehr häufig nicht zu treffen ist, und die sogleich tätig war, wo es sich um die Wohlfahrt der Stadt handelte. Die reinen und einzigen Quellen seiner echten Religiosität waren Gott und Unsterblichkeit, daher er ebenso weit entfernt vom religiösen Indifferentismus als von jener frömmelnden Richtung war, die den Glauben höher stellt als die Gesinnung, den Buchstaben höher achtet als den Geist. Er war mit einem Worte kein Offenbarungsgläubiger, aber der Gott in ihm ließ ihn in steter Verbindung mit dem Gotte über sich, der alle Menschen mit gleicher Liebe umfaßt, und daher stand ihm auch zu jeder Zeit der Mensch höher als der Glaubens-

genosse. — Wenn nun auch der edle Verstorbene nicht frei von menschlichen Schwächen war, so haben diese Schwächen doch keinen verletzt, keinen verwundet und keinem geschadet; sie waren nur da, um die Grenzen menschlicher Vollkommenheit zu bezeichnen. Seine Gesinnungen aber waren stets erhaben über die äußeren Dinge, das heißt, über das Glück und Unglück des menschlichen Lebens, eine Erhabenheit, die auf der festen Überzeugung beruhte, daß nur Tugend und Wohlwollen die wahren Güter sind, und nur aus ihnen die Kraft entspringt, in allen menschlichen und gemeinnützigen Bestrebungen Gefahren und Schwierigkeiten zu überwinden. Er starb daher auch im Bewußtsein seines schönen und nützlichen Lebens ebenso sanft und ruhig als er lebte. Friede seiner Asche!"

Mein Vater, der früh Erfahrungen im Versicherungsfache gesammelt hatte, trug sich 1825 mit dem Plane, in Lübeck eine Assekuranz-Kompagnie zu begründen. Von Syndikus Dr. Buchholz ermutigt und mit Empfehlungen an angesehene Firmen versehen, ging er nach Hamburg, um den Versuch zu machen, dort das Kapital zusammenzubringen. Der Versuch gelang überraschend schnell. Nur Herrn Oppenheimer verfehlte er und empfing von diesem, der in geschäftlicher Angelegenheit verreist gewesen, nach einigen Tagen die schriftliche Aufforderung, ihn in seinem Hause aufzusuchen. So haben meine Eltern sich kennengelernt und bald sich gefunden. — Die Großeltern wohnten in der Dammtorstraße, drei Häuser vom Stadttheater entfernt. Ihr nächster Nachbar war der preußische Gesandte von Voß. Den Sommer verlebten sie auf ihrem schönen Landsitze in Nienstedten, hoch über der Elbe. Hier wurde das junge Paar am 22. Juni 1826 durch den Freund des Oppenheimerschen Hauses Pastor Wolters von Hamburg getraut. Dahin sind die Eltern in den dreißiger Jahren oft mit ihren ältesten Kindern gefahren. Die Reise, mit Extrapost unternommen, erforderte damals eine Fahrt von gegen 13 Stunden. Das große Album, das wir Kinder unseren Eltern am 22. Juni 1876 überreichten, gibt auch manche Erinnerung an Hamburg und Nienstedten. Das Widmungsgedicht, das die älteste Enkelin Adele Becker,

später mit Pastor H. Lindenberg vermählt, vortrug, war von meinem Schwiegervater Geibel verfaßt. — Der meiner Mutter besonders nahestehende Bruder Ludwig, der im Jahre 1842 von Hamburg zum Mitgliede des Lübecker Oberappellationsgerichtes erwählt wurde, war 1826 noch Student — Saxo-Borusse in Heidelberg. Die ältere Schwester war mit dem hamburgischen Senator Dr. Arning, die jüngere mit dem Senator Dr. Haller, dem nachmaligen Bürgermeister von Hamburg, verheiratet. Der Patenschaft Onkel Hallers verdanke ich meinen Rufnamen Ferdinand; ich danke ihm aber auch zahlreiche Beweise herzlichen Wohlwollens. Er war geistvoll und scharfsinnig, weichen Herzens und, losgelöst von der Arbeit, von sprudelndem Humor. Manche seiner anmutigen und witzigen Verse wurden Gemeingut des Lübecker Familienkreises.

Kindheit

Und so komme ich denn nun zur Schilderung meines Elternhauses, und ich kann mich der Aufzeichnung der Kindheitserinnerungen nicht zuwenden, ohne den geliebten Eltern aus bewegtem Herzen Dank nachzurufen für die reiche Liebe, die sie mir während ihres ganzen Lebens erzeigt, insonderheit für die Treue und Zärtlichkeit, mit der sie über meiner Knabenzeit gewacht haben. Ich bin mir darüber klar und war es schon in früher Kindheit, daß ich als Jüngster (Vater nannte mich gerne seinen Benjamin) stark verzogen wurde. Vielleicht war ich anfangs auch verzärtelt. Das kam wohl daher, daß die mir im Alter am nächsten stehenden meiner zehn Geschwister — Ludwig und Auguste — im Alter von 5 und 3 Jahren an zwei aufeinander folgenden Tagen, 8. und 9. Oktober 1848, durch die Cholera dahingerafft waren. Auch Bruder Hermann ward von der Krankheit erfaßt, genaß aber. In der schlimmen Zeit hielt man den kleinen Ferdi, der ein schwächliches Kind war und fünf Ammen gehabt haben soll, für verloren. Ich aber blieb von der Cholera verschont.

Mein Vater Johann Christoph Fehling war ein vor Vielen gesegneter Mensch. Ein feiner Menschenkenner, Gabriel Riesser (Reichsjustizminister 1848, ein Oheim des stellvertretenden Reichstagspräsidenten Riesser), der Mutters Jugendfreund war, hat von ihm gesagt, gute Feen hätten an seiner Wiege gestanden. Er war schön, groß, kraftvoll, doch ohne jede Überfülle, ein Bild edler Männlichkeit. Die blauen Augen blickten Klugheit und Güte. Die frische Gesichtsfarbe verkündete einen gesunden Körper. Tatsächlich blieb er mehr als acht Jahrzehnte

von jeder ernsten Krankheit verschont. Er war nicht eitel, aber er hielt auf sich. Nie habe ich ihn vernachlässigt gesehen. Hohe „Vatermörder“ und ein unglaublich großes schwarzseidenes Halstuch, in leichtem Knoten verschlungen, steigerten den Eindruck des von einem bis zuletzt anmutig krausen Haupthaar und kurz gehaltenen Backenbart umrahmten Gesichtes. Sein Wesen war in glücklichster Harmonie mit seinem Verstande. Er hatte eine schnelle Auffassung, ein scharfes Urteil und eine besondere Begabung für knappen Ausdruck in Wort und Schrift. Ein Redner war er nicht. Aber wenn er, stets im rechten Augenblick, kurz und bündig seine Ansicht darlegte, so machte er regelmäßig einen starken Eindruck. Dies gilt vor allem auch von seiner Tätigkeit im öffentlichen Leben der Vaterstadt. Sein Selbstgefühl war nicht unbedeutend, aber Hochmut war ihm durchaus fremd. Stolz war er auf seine Stellung als Lübecker Bürger. Man hätte ihn in den vierziger und auch noch in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gern im Senat gehabt, dessen Vertrauensmann in wichtigen Aufgaben und Missionen er wiederholt gewesen ist, — er lehnte mit Bestimmtheit ab. Unabhängigkeit war ihm alles. Aber dabei war keine Spur von Eigennutz im Spiel. In bürgerlichen und bürgerschaftlichen Kreisen war er von 1840 bis 1870 einer der führenden Männer Lübecks. Als 1853 die neue Organisation der Kaufmannschaft ins Leben trat, ward er der erste Präses der Handelskammer. Aber auch dieses Amt gab er nach Jahresfrist auf, weil er, wie er mir späterhin erzählte, mit Claussen, „dem Schleswig-Holsteiner, den man ihm als Sekretär beigegeben“, nicht zusammenarbeiten konnte; in Wirklichkeit wohl, wie ich mir denke, wesentlich deshalb, weil auch dies Amt ihm einen Teil seiner Selbständigkeit nahm. Alles Titelwesen war ihm unangenehm. Er war nichts anderes und wollte nichts anderes sein als Herr Johannes Fehling. Als 1862 Bruder Hans nach längerem Aufenthalt in Schottland und Frankreich in die Heimat zurückkehrte, entschloß Vater sich zwar, den ältesten Sohn (Jacob war schon 1854 gestorben) in sein Geschäft aufzunehmen und auch die Firma in Johs. Fehling & Sohn umzuändern; aber beides war ihm unbequem, und er wider-

strebte nicht, als um 1865 seinem Junior die Teilhaberschaft in der Firma Charles Petit & Co. angetragen wurde. Politisch war mein Vater von streng konservativer Richtung; aber nach heutiger Anschauung konnte man ihn überhaupt zu keiner bestimmten Partei rechnen. Ja, ich trage kein Bedenken zu sagen, daß er kein Politiker war. Für Preußen hatte er keine Vorliebe, und in Bismarcks Politik konnte er sich nur schwer hineinfinden. Er hielt es für Verwegenheit, den Krieg mit Frankreich aufzunehmen. In dieser Auffassung konnten ihn auch die Augustsiege nicht wankend machen. Nur als am 3. September die Nachricht von Sedan und von Napoleons Gefangennahme eintraf, stieg der Siebzigjährige, ganz ergriffen, ohne ein Wort zu sagen, zum Boden hinauf, um selbst die lübsche Flagge (eine Fahne in den norddeutschen Farben hatte er noch nicht angeschafft) zur Bodenluke hinauszustecken. — Als zum ersten Male für das norddeutsche Parlament gewählt wurde, hatte die Kaufmannschaft meinen Vater als ihren Kandidaten aufgestellt. Er hatte sich bereiterklärt, einer Wahl zu folgen, aber jede Wahlrede, ja selbst die Veröffentlichung eines politischen Programms abgelehnt. Mit geringer Stimmenzahl siegte der fortschrittliche Gegenkandidat, Gerichtsdirektor Görtz, der sich für Lübecks Vertretung im Parlament auch gewiß besser eignete als der politisch nicht geschulte lübsche Kaufmann alten Schlages. Während meine Mutter eine überzeugte Christin war, die schwer darunter litt, daß ihr Gesundheitszustand im Alter ihr den Besuch des Gottesdienstes in unserer Ägidienkirche verbot, wo wir in der Wotersen-Kapelle unseren „eigenen Stuhl" hatten, kann ich von meinem Vater nur sagen, daß er kein Kirchgänger war. In meiner Knabenzeit erschien es mir als eine außerordentliche Begebenheit, wenn die Eltern einmal zusammen zur Kirche wanderten. Aber sicher war Vater, wenn er auch jedem Dogma instinktiv abhold und ein ausgesprochener Gegner geistlichen Hochmutes war, ein frommer Mann. Sein Lieblingsgesang war „Wer nur den lieben Gott läßt walten"; und wenn, wie es in der Adventszeit stets geschah, die Waisenkinder auf unserer großen Diele zwei Choräle und danach einige fröhliche Lieder sangen, mußten stets der erste und der letzte Vers jenes

alten schönen Kirchenliedes die kleine Feier einleiten. Für mich brachten diese winterlichen Abendstunden noch ein besonderes Vergnügen. In der Pause zwischen Chorälen und Volksliedern trank der Waisenvater mit seinem Lehrgehilfen oben bei den Eltern Kaffee. Dann mischte ich mich unter die Knaben, von denen mir manche Zeit ihres Lebens gute Freunde geblieben sind. Erfolgte der Aufbruch, so hieß es regelmäßig: „Kümst du mit?“ Und wie gern schloß ich mich der Kolonne an, die von uns zum Hause der Schiffergesellschaft zog, um, wie bei uns, auch hier mit heißem Süßbier und frischen Semmeln bewirtet zu werden. Oft habe ich, ohne daß die Eltern es ahnten, als Waisenknabe mitgesungen; die Lehrer hatten nichts dagegen, denn ich hatte eine gute Sopranstimme. Beim Schillerfeste am 10. November 1859, bei dem die Rombergsche Komposition der Glocke im Tivoli aufgeführt ward, sang ich als zwölfjähriger Junge nicht ohne Zagen das liebliche Sopransolo „Holder Friede, süße Eintracht“, und oft, wenn Vater aus einer langen Versammlung später als sonst zu Tisch kam, habe ich ihn in der Dämmerung durch den Gesang des einen oder des anderen der Silcherschen Volkslieder erheitern müssen.

Frage ich mich, welche Fehler mein Vater gehabt — denn welcher Mensch hätte nicht solche! —, so glaube ich sagen zu dürfen: ich weiß keinen anderen zu nennen als diesen, daß er die angeborene Heftigkeit nicht überwinden und überhaupt Widerspruch nur schwer ertragen konnte. Ich habe, soweit ich erinnere, unter dieser zuweilen maßlosen Heftigkeit persönlich nur einmal zu leiden gehabt; das war zu Beginn des Französischen Krieges im Juli 1870 (darüber nachher!), sonst nur, wenn sie sich gegen die Mutter wandte; aber ich habe als kleiner Junge ihn auch nie lieber gehabt, als wenn er — sein Zorn verrauchte schnell — der geliebten Mutter durch Wort oder Kuß oder auch nur durch einen innigen Blick Abbitte tat, die stets und ohne Verzug Gewährung fand. Denn meine Mutter war in Wahrheit ein Engel von Sanftmut und Herzensgüte. Beide Eltern haben einen starken Einfluß auf meine innere Entwicklung gehabt. Vater weckte früh meinen Ehrgeiz, mein Interesse am öffentlichen Leben, suchte meinen Charakter zu stärken; meine

Mutter aber wirkte auf das Gemüt des Knaben und öffnete mir den Sinn für Gutes und Schönes. Eine eigentliche, d. h. planmäßige Erziehung habe ich im Elternhause kaum gehabt. Ich war eben der jüngste von elf Geschwistern. Man ließ mich so ziemlich meinen eigenen Weg gehen. Diejenige meiner Schwestern, die sich noch am meisten um meine Hausarbeiten kümmerte, war Mariechen, die zweifellos die am reichsten begabte unter allen Geschwistern gewesen ist. Sie hat mir zuerst — vielleicht etwas zu früh — die Klassiker in die Hand gegeben. Ich habe diese Schwester schwärmerisch geliebt und ihren Austritt aus dem Elternhause als einen schweren Verlust empfunden. Sie heiratete einen vielseitig gebildeten Landwirt, den Bruder unseres späteren Hausarztes, Theodor Gütschow, Pächter des Gutes Niendorf-Weißenrode. Hier bin ich in meinen letzten Schuljahren oft zu Gaste gewesen. Die einzige „Komposition", die ich in meinem Leben verfaßt habe, war ein kleines Musikstück für Geige und Klavier, das ich „Sehnsucht nach Niendorf" taufte und das mir noch heute wie ein Volkslied im Gedächtnis haftet. Zu früh für ihren glücklichen Familienkreis ist Mariechen schon 1887 gestorben. — Der gegebene Spielgenosse meiner Kindheitsjahre war mein fast gleichaltriger Neffe Heinrich Behn. Die Freundschaft mit „Hei" hat sieben Jahrzehnte überdauert, und ihr Wert ist für mich insofern geradezu einzig gewesen, als sein seltenes Gedächtnis bis ins hohe Alter hinein auch die kleinsten gemeinsamen Erlebnisse festhielt und ein urwüchsiger Humor, der erst seiner letzten Krankheit wich, ihn befähigte, namentlich die Schul-Erinnerungen glücklich anklingen zu lassen und durch eine wahrhaft drastische Darstellung in gewisser Weise zu verklären. Was uns in früher Jugend vor allem zusammenhielt, war die Pflege der Musik. Mein trefflicher, mir unvergeßlicher Geigenlehrer Wilhelm Pape, Bruder des genialen Louis Pape, lehrte mich Haydn, Mozart, Beethoven lieben, verstehen und spielen. Heinrich aber, der von einer älteren Cousine Klavierunterricht empfing, hatte weniger Sinn für klassische als für leichte Opernmusik. Gemeinsame Freuden brachte uns eine schöne väterliche Überraschung. Bei einem Familientage des Sommers 1859 meldete sich während der Mahlzeit ein Diener mit der

Bitte, die beiden jüngsten Herren möchten doch für einen Augenblick auf die Straße kommen; es seien zwei Gäste da, die unsere Bekanntschaft zu machen wünschten. Wir fanden draußen zwei allerliebste schwarze Ponys. Diese beiden schwedischen Pferdchen, die unser Eigentum wurden, haben mir außer dem Vergnügen auch Nutzen gebracht. Wir begleiteten Vater, der ein passionierter Reiter war, auf vielen Ritten durch die Umgebung Lübecks, insbesondere durch unsere schönen Waldungen. Hier kannte ich bald Weg und Steg, wurde auf die schönsten Bäume hingewiesen, was mir noch vierzig und fünfzig Jahre später bei der Verwaltung der lübschen Forsten zustattengekommen ist. Ein großer Reitkünstler bin ich nie geworden. Aber auch im Mannesalter habe ich am Reiten durch Wald und Flur herzliche Freude gehabt. Im Jahre 1884 konnte ich mir den Luxus eines eigenen Pferdes gestatten, das im Grundstück Königstraße 9 eine vortreffliche Stallung vorfand, und da ich im Sommer mit meiner Familie an die See zog, nahm ich meine treue Dido mit. — Doch zurück zum Elternhause. Ich habe schon gesagt, daß Mutter ganz Sanftmut und Liebe war. Sie war aber auch eine sehr kluge Frau, die eine umfassende Bildung mit seltener Bescheidenheit verband. Englisch und Französisch sprach sie fertig. Ihr Urteil war stets milde. In Lübeck ist sie schnell heimisch geworden und von den alten Familien freundlich aufgenommen. Sie war nicht schön zu nennen; aber ihre Anmut und ihr liebenswürdiges Wesen gewannen ihr viele Herzen, und den glänzenden Schmelz ihres Auges vergaß man nicht. Mutters Gesundheit, früher fest, war schon während meiner Kindheit schonungsbedürftig. Von 1864 an durfte sie auf Anordnung unseres ausgezeichneten Arztes und Freundes Dr. Anton Gütschow während des Winters das Haus nicht verlassen. Ihre Lunge war angegriffen. Doch hat sie unter der sorgfältigsten Pflege fast immer außer Bett sein können. Sie erreichte wie Vater, den sie noch drei Jahre überlebte, ein Alter von 82 Jahren. Die Geburtstage der Eltern waren der 7. und der 8. August, und da auch ich im Anfang des August 1847 geboren bin, ruft mir die erste Augustwoche schöne Erinnerungen an besonders festliche Familientage wach.

In der Fehlingschen Familie war die Einrichtung solcher Tage wohl noch stärker ausgebildet als in manchen anderen alten Familien Lübecks. An jedem Donnerstag und an jedem zweiten Sonntage versammelten meine Eltern ihre Kinder und Enkel um sich. Das war der Fehlingsche Kindertag. Es handelte sich nicht etwa um eine Vereinigung nur der erwachsenen Familienglieder; die verheirateten kamen mit ihrer ganzen Kinderschar. Vater legte großes Gewicht darauf, daß auch die kleinsten Enkel, später auch Urenkel, die noch auf dem Arm getragen wurden, sich einfanden. Der Kindertag ging allen anderen Gesellschaften vor. So ist es gehalten seit dem Anfange der fünfziger Jahre, also drei Jahrzehnte lang. Von Jahr zu Jahr ward der große Ausziehtisch — das prächtige Mahagonistück, ein Geschenk der hamburgischen Großeltern, steht jetzt in meiner Bücherei — zu größerer Länge ausgezogen. Schließlich wurde er an den beiden Enden noch mit einem Anstecker versehen. Man versammelte sich gegen halb fünf Uhr. Mit dem Glockenschlage halb fünf setzten wir uns zu Tische. Vater saß in der Mitte der Tafel, Mütterchen ihm gegenüber. Rechts von Vater reiheten sich die Verheirateten an, und zwar so, daß Vater die jüngste der Ehefrauen neben sich hatte. Die Gatten saßen nebeneinander. Links von Vater saßen die Unverheirateten, Kinder und Enkel. Dabei hatte sein Benjamin einen besonderen Vorzug: so lange ich Hauskind war, durfte ich neben Vater sitzen; als ich heiratete, saß meine Frau zwischen ihm und mir. Das Essen war einfach bürgerlich, aber musterhaft bereitet. Je zwei Ehepaare mußten sich mit einer Flasche Bordeaux begnügen. Neue Flaschen wurden nicht aufgesetzt. Nur die Geburtstage der Eltern und derjenige meiner ältesten Schwester Adele Behn (1. Oktober) wurden durch einen eingeschalteten Gemüse-(grünen) Gang und einige Flaschen Roederer, carte blanche, ausgezeichnet. Ich als jüngster Haussohn oder nach Vaters Aufruf eines der Enkelkinder sprach das Tischgebet:

„Was wir hier haben,
sind Gottes Gaben;
drum sei Gott Dank
für Speis' und Trank. Amen."

Bis zu seinem 79. Jahre legte Vater sowohl die Suppe als den Braten vor. Nur in den letzten drei Lebensjahren verhinderte ihn daran ein starkes Zittern der rechten Hand. Da die Eltern keinen Diener hielten (ein „Nichtstuer in Livree" war ihnen unangenehm), ward eine Aufwärterin zur Unterstützung der beiden Hausmädchen zugezogen, die in ihrer schmucken Tracht — Sammetmieder mit eigengemachtem Rock oder helles Kattunkleid mit kleinem weißen Häubchen — sich damals sehr behaglich fühlten. Es ging beim Essen fröhlich her, den Gesprächen der Jugend wurde kein Zwang auferlegt. So war es nach der Eltern Erzählung schon bei den früheren Bewohnern des Gartenhauses Übung gewesen. Der letzte Bürgermeister Rodde, der das Nachbargrundstück vor dem Oberappellationsrat Müller besaß und nachmittags seinen Spazierritt machte, soll einst die Bemerkung gemacht haben: „Wat dat Volk bi sin'n Kalbsbraden vergnögt is!" Nachdem die Mahlzeit beendet war, wurde die Jugend entlassen, um auf der großen Diele oder draußen sich auszutoben; die Erwachsenen blieben noch beim Kaffee ein halbes Stündchen an der Tafel beisammen. Jetzt ging die Unterhaltung regelmäßig von den Familienereignissen der letzten Tage aus, wandte sich aber bald den öffentlichen Dingen Lübecks und der Politik zu. Vater führte das Gespräch, auch in politicis. Das mag für die Schwäger, namentlich für Behn, der 1870 zuerst Bürgermeister ward, zuweilen nicht leicht gewesen sein, weil Vater insbesondere an dem Hoch- und Wohlweisen Senat eine sehr freie Kritik zu üben liebte; aber mit Pietät erduldeten alle, ertrug auch Behn die oft scharfen Worte seines Schwiegervaters. Ich erinnere nur einen einzigen Fall, daß dieser, durch das Behn eigene, ein wenig überlegene Lächeln gereizt und in plötzliche Heftigkeit geratend, vorzeitig die Tafel verließ. Aber der klugen Intervention der Bürgermeisterin gelang es in kurzer Frist die Entzweiten zu versöhnen, die sich noch am selben Abend in gegenseitig höflicher Freundlichkeit wieder zusammenfanden. Waren um sieben Uhr die Kinder, will sagen: die nicht erwachsenen Enkelkinder, nach Hause geschickt, so blieben die Frauen mit ihrer Handarbeit um Mütterchen versammelt. Die Männer gingen auf etwa zwei Stunden davon, um Schlag

neun Uhr am Teetische wieder zu erscheinen. Um zehn einviertel, spätestens halb elf trennte man sich. Im Sommer bestimmte die Zeit der Torsperre die Stunde des Aufbruches. Gasbeleuchtung gab es in den Vorstädten auch in den siebziger Jahren noch nicht. Die Karawane der Familienglieder, soweit sie keine Gartenwohnung vor dem Burgtor besaßen, wurde durch Behn mit seiner Blendlaterne geführt. — Fremde Gäste wurden zu den Familientagen sehr selten gebeten. War es doch ausnahmsweise einmal nicht zu vermeiden, so nahm die Unterhaltung eine gewisse Steifheit an, die bei den Eingeladenen schwerlich ein besonders günstiges Vorurteil für den Familienkreis gezeitigt hat. Wir aber, die wir „dazugehörten" — der anfangs 14 Teilnehmer zählende Kindertag hatte sich 1881, als wir den letzten Weihnachtsabend bei den Eltern feierten, zu der Zahl von 58 Personen und Persönchen ausgewachsen — ach, wie haben wir das Glück der Gemeinsamkeit, die regelmäßige Zusammenkunft mit den geliebten Eltern und Großeltern genossen! Zugegeben, daß die Einrichtung der Kindertage in der starken Betonung der Familieninteressen die Gefahr der Einseitigkeit in sich barg, — sicher lag in dem festen Zusammenschluß der Mitglieder auch eine Quelle der Kraft. Später, ich meine, als in meinem Hause der siebente Sohn geboren wurde, schrieb mir der treffliche Hauptpastor am Dom Petersen das Psalmwort: „Wie die Pfeile in der Hand eines Starken also gedeihen die jungen Knaben. Wohl dem, der seinen Köcher derselben voll hat; die werden nicht zuschanden, wenn sie mit ihren Feinden handeln im Tor."

Der Bericht über meine frühesten Kindheitserinnerungen würde lückenhaft sein, wollte ich nicht eines Gedächtnistages Erwähnung tun, für dessen alljährliche Feier zu sorgen wir Kinder nie versäumt haben; das war der 10. November. Es handelte sich weder um Luther noch um Schiller, sondern um meinen Vater, der am 10. November 1825 in einem schweren Nordost-Sturm vor Bornholm Schiffbruch erlitten und nur das nackte Leben gerettet hatte. Die Feier aber ward dadurch begangen, daß am 9. November durch eine bei Tische vorgenommene

Abstimmung der Kinder das Mittagessen des folgenden Tages festgesetzt wurde und daß wir — das war die Hauptsache — davon so viel essen durften, als wir mochten. Meine Mutter pflegte dann wohl, wenn das erkorene Gericht hereingetragen ward, das Glas zu erheben und mit ihrem freundlichen Lächeln zu einem Hoch auf unsern guten Vater aufzufordern, das kräftig erscholl. Diese Gedenkfeier ist auch von meinem Hause übernommen worden. Schon beginnt um Ursprung und Bedeutung die Sage zu spinnen. Einer meiner Enkel wußte mir nur zu berichten: „Am 10. November kann man so viel essen, als man will."

Bis zum 14. Lebensjahre teilte ich der Eltern Schlafzimmer. Als Bruder Hermann aus dem Hause ging, bekam ich mein eigenes Reich in einer nach dem Hofplatze zu gelegenen Bodenkammer, die ich mir mit alten zurückgestellten Möbeln und vielen Bildern urbehaglich einrichten durfte, und die mein ganzes Entzücken war. Unser Stadthaus war ein mächtiger Bau, der in sehr eindrucksvoller Weise den nördlichen Teil der Königstraße gegen die Altarwand der Jakobikirche mit den Pastorenhäusern und die Bauten des Heiligen-Geist-Hospitales abschloß. „Im Schatten von St. Jakob" haben meine Eltern die weitaus größte Zeit ihrer langen Ehe gewohnt. Als sie 1826 heirateten, bezogen sie das Erdgeschoß und den Flügel des Hauses 639, jetzt Nr. 5 der Königstraße, dessen erstes Stockwerk damals die verwitwete Frau Bürgermeister Lindenberg mit ihrem Sohne, dem cand. rev. min. J. C. Lindenberg bewohnte. Nach fünf Jahren kaufte Vater das Haus Johannisstraße 44 (später Nikolaus Stolterfoht, Gottlieb Sohn, gehörig); bald aber erwarb er das große Beelsche Haus Königstraße 636 und 637 (später Nr. 1), und dieses war bis zum Jahre 1881, in dem es an die Deutsche Lebensversicherungsgesellschaft verkauft wurde, der Sammelpunkt der allmählich sich immer weiter verzweigenden Familie. Das Grundstück bestand aus dem Haupthause mit Garten und dem schmalen Nebenhause. Beide waren durch einen breiten Torweg getrennt, aber unter einem Dache vereinigt. Hier hat von 1846 bis 1855 das junge Behnsche Ehepaar, von 1868 bis 1874 meine verwitwete Schwester

Pastorin Emilie Becker mit ihrer Kinderschar, dann bis zum Jahre 1881 mein Neffe Dr. Max Deiß, der damalige Rechtsanwalt, später Geheimer Justizrat am Reichsgericht, mit seiner Frau Emma geborenen Behn gewohnt. Die schöne Diele des elterlichen Hauses hatte eine Breite von fast zwölf, eine Tiefe von vierundzwanzig und eine Höhe von mehr als fünf Metern. Sie war mit großen Fliesen ausgelegt. Die Haupttreppe, dicht neben der Windfangtür ansetzend, führte in steilem Zuge zum Obergeschoß, das zwei behagliche Wohnzimmer mit schöner Aussicht auf den Koberg, damals Kaufberg, und die Hospitalkirche, — sowie das große Schlafzimmer der Eltern enthielt. Ein Umbau der sechziger Jahre schuf aus dem letzteren einen Speisesaal mit drei Fenstern Front, wo auch die Kindertage abgehalten werden konnten, und verlegte das Schlafzimmer in den einen Blick in den Garten gewährenden Raum über dem Torweg. Ein besonderes Treppchen von acht Stufen führte von hier in das kleine Privatzimmer meiner Mutter. Die guten Zimmer aber lagen im Flügel des Erdgeschosses. Es waren drei besonders hohe und vornehm ausgestattete Staatsgemächer: das Eßzimmer, das für eine Tafel von dreißig Personen Platz bot, die Empfangsstube und der rote Saal, der aber nur für Gesellschaften und die Weihnachtsbescherung in Benutzung genommen wurde. Hier stand seit 1865 die Musenmutter (Mnemosyne), eine schöne Marmorskulptur des Bildhauers Engelhardt, eines Schülers von Thorwaldsen, die 1850 der Weinhändler Brandt von seiner Romreise mitgebracht und fünfzehn Jahre später mein Onkel Konsul Wilhelm Fehling aus dem Nachlasse erworben und „in herzlicher Dankbarkeit für die ihm und seinen Geschwistern erwiesene Fürsorge" meinem Vater geschenkt hatte. Vater hatte eigentlich nicht viel Sinn für Ehrengeschenke; aber dies Werk hat ihm doch große Freude gemacht. Den Brief seines Bruders hat er aufbewahrt. Als er ihn auf dem Kindertage vorlas, war er bewegt. Ich erinnere mich noch seiner Worte: „Es ist eine Verschwendung, für die man den Herrn Konsul unter Kuratel stellen sollte. Aber es ist gut gemeint, und brüderliche Dankbarkeit tut doch wohl." Auf seinem Sterbebette bestimmte Vater, daß das Kunstwerk mir

zufallen solle. — Die Kontorräume lagen im Erdgeschoß und waren von der Vordiele aus zugänglich. Rechts vom Eingang lag das Privatkontor, links der große Kontorsaal. Als ich Primaner wurde, trat Vater mir sein Privatzimmer ab und verlegte seinen Sitz in den großen Raum. Hier standen die für sechs Angestellte bestimmten großen Schreibpulte bis zum Verkauf des Hauses unverändert in der alten Anordnung — aber die Plätze waren leer. Nachdem Hans aus der Firma ausgeschieden war, hatte unser Vater sich fast ganz von den Geschäften zurückgezogen (er war in früheren Jahren Assekuranz-Bevollmächtigter gewesen, dann Schiffsreeder und leitender Direktor der Neuen Lübeck-St. Petersburger Dampfschiffahrts-gesellschaft); nur der Buchhalter Hoffmann, seit 25 Jahren schon bei der Firma tätig, war nachgeblieben, ein braver, treuer Mensch, die Pünktlichkeit selbst, klein von Gestalt mit einem scharf geschnittenen Gesicht, der Besitzer einer wundervollen Handschrift. Auch er mußte 1865 wegen schwerer Erkrankung seine Arbeit einstellen, und Vater konnte sich nicht entschließen, ihm einen Nachfolger zu geben. So habe ich in den beiden letzten Schul-jahren abends zwischen sechs und sieben Uhr manche Briefe kopiert, um sie auch noch rechtzeitig — um acht war Annahme-schluß — zur Post in der Mengstraße, Ecke des Fünfhausens, zu tragen. Im Kontor standen auch die vier hohen Mahagoni-schränke, die Vater zur Zeit der Krisis von einem notleidenden Lübecker Handlungshause übernommen hatte. Zwei von ihnen sind die Zierde meiner Bücherei, wo sie sich mit dem gar nicht üblen Sopraporta-Bilde des Kontors wieder zusammengefunden haben, das ich bei Abbruch des Hauses 1881 vor der Vernichtung rettete. Am Ostende der Diele stieg eine steinerne Wendeltreppe aus den riesigen Kellergewölben bis zum obersten (vierten) Boden empor. Diese Böden, die auch durch eine Winde mit dem Erdgeschoß in Verbindung standen, waren ein Reich für sich, das zu betreten den Kindern untersagt war, das aber gerade deshalb eine starke Anziehungskraft ausübte. Auf dem zweiten Boden lagen Massen des kleingemachten Buchenkluftholzes, mit dem bis zu den siebziger Jahren ausschließlich die Zimmer-öfen geheizt wurden. Es ist eine meiner frühesten Erinnerungen,

daß 1851 Giovanni, der italienische Diener des K. K. Österreichischen Hauptmannes Keinrat, der bei uns einquartiert war, in einem Holzkorbe mich nach oben trug, um ganz unerlaubterweise mich dann von oben mittels der Winde wieder zur Diele hinabzu-spedieren. Der Herrscher dieses Bodenreiches war Schöning, unser Arbeitsmann, der von seiner ganz nahe in der oberen Engelsgrube gelegenen Wohnung aus an jedem Morgen mit majestätischem Schritte via Jakobikirchen-Passage bei uns erschien. Er hatte das Reinigen der Kleider und Stiefel und sonst allerlei niedere Dienste wahrzunehmen, besonders aber für die Böden zu sorgen und hielt sich die längste Zeit des Tages in den oberen Teilen des Hauses auf. Was er dort eigentlich immer zu tun hatte, ist mir unklar geblieben. Er war ein Schweiger, und ich entsinne mich nicht, daß er zu andern Zwecken, als mich von Torheiten abzuhalten, zu mir gesprochen hätte. Ein weibliches Pendant zu Schöning war Meiern, auch Elsch genannt, die meines ältesten Bruders Amme gewesen war, dann einen durftigen Flickschneider geheiratet hatte, der früh das Zeitliche segnete, und die nun, während wir auf dem Garten wohnten, seit Jahrzehnten die Einhüterin des Stadthauses war. Eine gute kindliche Seele. Als sie zu kränkeln begann, bekam sie eine freundliche Wohnung im Rosengang, wo ich sie noch ab und zu besucht habe. Sie sprach und dachte nur Platt und ward von allen Familiengliedern mit Du angeredet, während die anderen Dienstboten der sechziger Jahre doch schon auf plattdeutsche Fragen in Hochdeutsch zu antworten begannen und sich nur ungern duzen ließen.

„Der Garten" war das Grundstück Eschenburgstraße, früher Luisenstraße, 33, das wir im Sommer, d. h. von Anfang Mai bis Anfang Oktober bewohnten. Vater hatte es um 1830 gekauft. Das schlichte Wohnhaus im Biedermeierstil ist im äußeren heute noch unverändert. Der Garten, von schönen Bäumen bestanden, war damals nur wenige Scheffel groß. Großvater Oppenheimer schenkte um 1838 eine angrenzende Fläche, die bis zu den Travewiesen herabfiel, und die letzteren schlug Vater zu Anfang der sechziger Jahre zu dem dadurch auf 25 Scheffel anwachsenden Besitz, der jetzt in stattlicher Breite von der

Luisenstraße bis zum Treidelstieg sich ausdehnte. Ermöglicht war diese kostbare Vergrößerung nur dadurch, daß der Staat auf unseren Wiesendämmen, die gerne zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt wurden, die bei der Travekorrektion gewonnene Modde ablagern ließ. Der fruchtbare Boden verwandelte sich, nachdem er sich gesetzt hatte, im Laufe weniger Jahre in ein parkartiges Gelände, dessen Ausgestaltung in die letzten Jahre meiner Schülerzeit fiel. Alle Pläne und ihre Ausführung, die Anpflanzungen selbst und hernach die Freude am ersten Gedeihen und der Schönheit des Ganzen habe ich mit Vater geteilt. Leider hat der vornehme Park zu großem Teil vor etwa 25 Jahren der Ausdehnung der Industrieanlagen und den neuen Hafengeleisen weichen müssen. Bruder Hermann hat den Besitz nach Mutters Tode für 82 000 ℳ erworben. Da er selbst aber seinen Sommersitz in Travemünde hatte, vermietete er das Wohnhaus und den oberen Teil des Gartens. Diese Wendung ist mir sehr schwer geworden, so schwer, daß ich mich fast 40 Jahre lang nicht habe entschließen können, das anheimelnde, von den schönsten Erinnerungen verklärte Haus, in dem ich geboren bin, wieder zu betreten.

Mit reiner Freude und in Dankbarkeit gedenke ich meiner Schuljahre. 1854 kam ich in die sogenannte Kandidatenschule (später Progymnasium), die damals von dem Kandidaten der Theologie Grautoff, einem Sohne des Professors und Stadtbibliothekars, geleitet wurde. Er hielt strenge Zucht. Wehe dem, der seine Genusregeln nicht am Schnürchen hersagen konnte. Mir hat er viele Freundlichkeit erwiesen. Als ich 1856 an den Masern erkrankt war, überraschte er mich am Krankenbette mit zwei von ihm selbst aus Zigarrenkistenholz und schwarzem Glanzpapier kunstvoll gefertigten Transparenten, auf denen die Hauptmahnungen leuchteten: „Ut regiert den Conjunctiv“ und „Bei sum steht Subjekt und Prädikat im Nominativ“. Von meinen anfänglichen Mißerfolgen oder auch von meiner Faulheit im Lateinischen gibt auch eine noch von mir aufbewahrte, in Folio ausgefertigte Rechnung des „Korrektors Lemmermeyer“ Kunde, die für die „höchst zeitraubenden,

anstrengenden, ja aufreibenden Korrekturen der sog. lateinischen Arbeiten des Schülers Ferdinand Fehling und für die dadurch verursachten Schäden an Gesundheit und Stimmung, desgleichen auch für Auslagen an Dinte, Federn, sowie endlich für Brennholz zur Erwärmung des Korrektionszimmers" eine Summe von lübisch Kurant 3770 Mark 12¾ Schilling liquidiert. Als Grautoff zum zweiten Geistlichen am Dom gewählt wurde und daher die Leitung der Schule aufgeben mußte, herrschte bei allen Schülern tiefe Trauer.

Ostern 1857 trat ich zehnjährig in die IVa des Gymnasiums ein, das damals allgemein „Die hohe Schule" genannt wurde. Hier waren es Mollwo und Burow, in der III Dettmer, zu denen ich bald in ein gutes Verhältnis kam, während ich in der II mit Mantels, dem ausgezeichneten hansischen Geschichtsforscher, der ein feiner Kopf aber mehr Gelehrter als Lehrer war, mich nicht finden konnte. Mag sein, daß ich noch zu unreif für seine geistreichen Vorträge war, die oft, ihr eigentliches Thema verlassend, in weit entlegene Fernen abschweiften, — jedenfalls empfand ich es wie eine Erlösung, als ich seinem Ordinariat entrann und sich mir unter Direktor Breier und Professor Prien eine geradezu ideal-schöne Primazeit eröffnete. Die Klasse zählte nur fünfzehn Schüler; da konnten sich noch glückliche Beziehungen zu den Lehrern herausbilden. Ich habe sie gefunden. Prien ist von vielen seiner Schüler abfällig beurteilt worden, nach meiner Überzeugung mit Unrecht. Freilich ritt er mit zu großem Eifer sein Steckenpferd: sowohl in den griechischen Tragödien als in der römischen Lyrik nach Interpolationen zu suchen, und er mag wohl oft das Kind mit dem Bade verschüttet haben. Aber er hatte vom Besten. Ich wenigstens habe keinen Lehrer gehabt, der so wie er für seine Aufgabe und für seine Überzeugung glühte, dessen Idealismus den Hörer so zu bannen und hinzureißen wußte. Persönlich habe ich unserm Direktor Friedrich Breier aus Eutin am nächsten gestanden. Er ist mir ein väterlicher Freund gewesen, ich segne sein Andenken. In der Prima waren neben einigen ausgezeichneten und edlen Menschen (ich nenne meine lieben Freunde Hermann Dettmer, Anton von Blücher, Fritz Keding und Hans

Hinckeldeyn, ferner Th. Holm, Th. Meyer, Hugo und vornehmlich Richard Krauel) doch auch manche recht bedenklichen Elemente, die mich in ihren Kreis zu ziehen suchten. Wenn ich den Lockungen dieser meistens älteren Leute widerstand und auf der Schule von allem Kneip- und Verbindungswesen mich fern gehalten habe, so danke ich das gewiß nicht meinem Charakter, denn ich war noch ein schwankes Rohr, auch wohl weniger der Strenge meines Vaters, der mir vor dem 18. Lebensjahre niemals den Hausschlüssel anvertraut hat, als der Biederkeit, der Güte, der unbefangen und herzlich mahnenden Stimme Breiers, der mich von faden Äußerlichkeiten wie von frühzeitigen Exzessen ablenkte. Er hat mir übrigens keineswegs Askese gepredigt, war selbst ein Freund anständiger Lebensfreude, hatte einen gesunden Humor und liebte frohe, aber einfache Geselligkeit. Die erste Abteilung der I (jetzt O Ia), deren Primus ich Ostern 1865 wurde, hatte im Winter ihren Liviusabend im Breierschen Hause, das der Schule gegenüberlag. Nachdem wir unten im Zimmer des Direktors eine Stunde gemeinsam gelesen, gingen wir um neun Uhr zur Frau Direktorin hinauf, einer zarten, feinsinnigen Frau, und an ihrem Teetisch entspann sich, da die beiden begabten Töchter Marie und Auguste teilnahmen, eine fröhliche Behaglichkeit. Am Ende des Winters gab es einen klassischen Leseabend. Ich erinnere mich des letzten Zusammenseins, wo Auguste die Thekla und ich den Max las. — Unübertrefflich war Breier auf dem Schulfest im Riesebusch bei Schwartau. Dahin pilgerten am frühen Morgen die oberen Klassen unter seiner Führung. Hier war der im Unterricht so ernste, oft trocken scheinende Mann ganz Frohsinn und Ausgelassenheit. Breier war ein glänzender Stilist im ciceronianischen Sinne. Ihm danke ich meinen Stil, wenn ich einen habe, jedenfalls mein Stilgefühl. Wir lasen bei ihm Cicero (De oratore, Laelius, De senectute) und Sallust. Im Griechischen und Lateinischen brachten wir es so weit, daß wöchentlich in einer Stunde, in der nur lateinisch gesprochen werden durfte, Aristoteles ohne jede Vorbereitung mündlich ins Lateinische übersetzt ward. Bei der Entlassungsfeier Ostern 1866 habe ich, es war meine erste „öffentliche" Rede, der Lehrerschaft und der Schule in Worten gedankt,

die mir aus dem Herzen kamen und die mir noch im Gedächtnis haften.

Aus diesem kurzen Schulberichte möge keiner herauslesen, daß ich mich als Tugendbold hinstellen möchte. Ich habe während der letzten Schuljahre mein Leben sehr genossen, bin ein flotter Tänzer und auch ein rechter Courmacher gewesen. Die Geselligkeit nahm mich 1865 und im Winter 1866 so in Anspruch, daß an eine stetig ernste Hausarbeit gar nicht zu denken, mein letzter deutscher Aufsatz von einer kläglichen Oberflächlichkeit war. Das Abgangszeugnis war dennoch nach Wunsch und hat mich fast beschämt. — Der Abschied von Elternhaus und Schule ist mir sehr schwer geworden. Erleichtert ward er mir dadurch, daß einer meiner besten Freunde, Anton von Blücher, später Gutsbesitzer auf Jürgensdorf bei Stavenhagen, mit mir nach Heidelberg ging.

Studienjahre / Heimkehr

Meine Eltern haben zeitlebens den Kummer nicht verwunden, daß ihr ältester, reich begabter und sehr ernst veranlagter Sohn Jacob dicht vor Beendigung seines juristischen Studiums im Alter von kaum 22 Jahren von der Schwindsucht dahingerafft wurde. Sie schoben die Ursache seiner schweren Erkrankung auf seine Heidelberger Westfalenzeit; denn Jacob verband mit ungewöhnlichem Fleiße den brennenden Ehrgeiz, auch in seinem Korps der Erste zu sein. Seine Lunge erkrankte, er mußte im Süden Heilung suchen; aber seine Natur (er maß mehr als sieben Fuß!) hielt nicht stand. Mutter hat ihn im letzten Winter noch zu Berlin, Dorotheenstraße 51 im Hinterhause, gepflegt. Am 20. September 1854 verstarb er im Gartenhause der Eltern. Mein Geburtszimmer ward sein Sterbezimmer. Sein Tod ist eine meiner frühesten Erinnerungen. Ich fühle fast noch den mir damals kaum erklärlichen schweren Druck der Trauerstimmung, die auf unserem Hause lastete, ja ich sehe den Tränenstrom meines Mütterchens, das ich mit Streicheln zu trösten suchte. Seit jener Zeit wurde es als natürlich angesehen, daß der kleine Ferdi dereinst die Rechte studieren, und daß der Jüngste wenigstens in dieser Richtung den Ältesten zu ersetzen suchen müsse. Ich bin eigentlich nie danach gefragt worden, welchen Beruf ich ergreifen möchte. Nur einmal, es wird gleich nach meiner Konfirmation gewesen sein, fragte mich Vater gelegentlich während des Familienessens: „Junge, was willst Du werden?" Als ich ohne Besinnen antwortete: „Am liebsten Frauenarzt", erscholl ein so lautes und einmütiges Gelächter der Erwachsenen, daß ich in größter Verlegenheit und sicher über und über errötend mich davonmachte. Es blieb also dabei, ich sollte und „wollte" Jurist

werden. Vetter Hermann in Stuttgart aber, der mich wohl beeinflußt haben mag, ist der Gynäkologe geworden. Im ersten Heidelberger Semester und in den folgenden Ferien bin ich wiederholt bei den Stuttgarter Verwandten gewesen. Der herzlich verehrten Tante Sophie, einer wahrhaft edlen und liebenswerten Schwäbin, die es im Leben nicht immer leicht gehabt hat, bewahre ich ein dankbares Gedächtnis, und ich beklage es oft, daß mich das Leben mit meinem Vetter und mit seiner klugen und liebenswürdigen Schwester Marie (damals Mariele genannt), für die ich keineswegs nur vetterliche Empfindungen hegte, viel zu selten zusammengeführt hat. Onkel Hermann von Fehling, der Direktor des chemischen Laboratoriums in Stuttgart, Geheimer Hofrat, war ein ernster, gegen die Seinen wie gegen sich selbst sehr strenger Mann, dem ich damals möglichst auswich. Erst später ist mir seine überragende Bedeutung klar geworden. Sicher war er einer der bedeutendsten Mitarbeiter Liebigs, dem ich auch im Fehlingschen Hause begegnet bin. Um irriger Auffassung vorzubeugen, bemerke ich übrigens noch, daß Onkel Hermann, so strenge er oft war und fast immer erschien, doch ein weiches Herz besaß und die Seinen gewiß zärtlich geliebt hat. Bei Kopp (Heidelberg) und bei Kolbe in Leipzig ward ich durch ihn eingeführt. In Göttingen, wo ich viel mit Studenten der Medizin und jungen Ärzten verkehrte, erhielt ich später den Kneipnamen „Lösung", nach der Fehlingschen Zuckerlösung, als deren Erfinder Onkel Hermann bei allen Ärzten der Welt bekannt war und ist. — Klara, die älteste Stuttgarter Cousine, verlobte sich mit Federico Blohm und ging 1867 mit ihrem Manne nach Laguayra (Venezuela). Sie war bei Behns und bei meinen Eltern längere Zeit zu Besuch, und nicht nur in beiden Häusern, sondern bei allen Lübecker Verwandten hat sie sich damals die innige Zuneigung erworben, die fürs Leben aushielt. Mit Vetter Hermann und seinen Stuttgarter Freunden Burkhard, dem späteren Leibarzte der Königin Olga, und Schwarz, hernach Geheimer Oberfinanzrat, machte ich im August 1866 eine unvergeßlich schöne Fußwanderung durch die Nordschweiz und durch das Engadin, die uns bis an die italienische Grenze führte. Zum ersten Male sah ich die Berge.

Noch einiges über mein erstes Semester. Ich hörte Vangerows Institutionen, Goldschmidts Enzyklopädie, daneben bei Ludwig Oncken, dem Nachfolger Häussers, Deutsche Geschichte seit 1815, endlich ein Kolleg über Horazens Oden. Fleißig bin ich nicht gewesen. Das ist schon deshalb verständlich, weil im Juni der Krieg zwischen Preußen und Österreich ausbrach, der Heidelberg vom deutschen Norden nahezu abschloß — alle Briefe blieben wochenlang in Frankfurt liegen — und auch in die Reihen der Studenten unvermeidlichen Zwiespalt trug. An den deutschen Beruf Preußens wollten gerade auf deutschen Hochschulen damals nur wenige glauben. Zu den wenigen gehörte ich, der ich schon in der Prima heimlich flammende Verse auf Bismarcks rettende Kraft verfaßt hatte, die glücklicherweise nicht auf die Nachwelt gekommen sind. Die Eltern hatten mir zur Pflicht gemacht, in keine Verbindung zu treten. Ich hielt mein Wort, ward aber namentlich infolge der vielen alten Beziehungen zu Hamburgern und Mecklenburgern, auch auf Zureden älterer Lübecker, Konkneipant bei den Vandalen, aus deren Kreis die Politik verbannt war. Die engste Freundschaft schloß ich hier mit Louis von Zülow, dem Sohn eines Generalmajors in Schwerin, den ich auf der Reise nach Heidelberg in Frankfurt zuerst gesehen hatte und nach wenigen Tagen auf der Vandalenkneipe wiederfand. Aus mir unbekannt gebliebenen Gründen verließ er vorzeitig und ohne Abschied Heidelberg. Wir haben uns nicht wiedergesehen. Drei Jahre später empfing ich von ihm eine Zeile, die mir seinen Eintritt in russische Kriegsdienste meldete. Bald darauf soll er gefallen sein.

Meine Eltern, bei denen ich nach der Rückkehr aus dem Oberengadin (die ganze 15tägige Schweizerreise hatte mich einschließlich der Eisenbahnfahrt von Stuttgart nach Basel und zurück bis Frankfurt a. M. 156 Franken gekostet!) den Rest der Ferien verbrachte, und die mir die freie Entscheidung über die weitere Gestaltung meines Studienganges überließen, hätten es in Erinnerung an Jacobs traurige Berliner Zeit doch nur sehr ungern gesehen, wenn ich meinen anfänglichen Plan, nach Berlin zu gehen, ausgeführt hätte. So entschied ich mich, wohl auch

wesentlich beeinflußt durch Onkel Ludwig Oppenheimer, für Leipzig. Drei Semester habe ich mich dort „studierenshalber" aufgehalten. Ohne Freude, auch ohne eindringendes Verständnis hörte ich Albrechts Deutsche Rechtsgeschichte und Roschers Theoretische Nationalökonomie; dagegen mit hohem Genuß und auch nicht ohne Erfolg Wächters Pandekten. Aber ich trieb zu viel Allotria.

Vielleicht wäre es für meine Entwicklung günstig gewesen, wenn ich in ein Korps oder in eine andere scharf disziplinierte Verbindung gegangen wäre; aber das kam ja nicht in Frage. So fehlte mir die stramme Zucht. Zum ersten Male Großstadtluft atmend, gab der flotte Student sich der Leichtlebigkeit des verführerischen Leipzig mit Behagen hin. Durch Aufnahme alter lübisch-leipziger Beziehungen kam ich auch in eine Geselligkeit, die keinen geringen Teil meiner Zeit ausfüllte. „Der alte Herr Lomer", ein Lübecker von Geburt, der Typ eines selbstgemachten Mannes, war 1867 einer der Pelzkönige Leipzigs. Sein großes Geschäftshaus mit der Sandsteinfassade und den nach damaliger Auffassung riesigen Spiegelscheiben, wegen seiner großen durch drei Stockwerke gehenden Ausstellungshalle allgemein die Pelzkirche genannt, war der erste ganz moderne Neubau am alten „Brühl". Mit großer Freundlichkeit nahm Herr Lomer mich in seiner behaglichen Wohnung draußen in der Emilienstraße auf. An jedem Sonntage fand ich, uneingeladen, mein Kuvert auf seiner gastlichen Tafel. Seine Kinder, besonders seine liebenswürdigen und geistig sehr regsamen Töchter, zogen mich in die ihnen befreundeten Familien. Es regnete Einladungen zu Diners, Bällen, Maskenfesten, auch Theateraufführungen, an denen ich bald mitwirkte. Dazu kamen nun die unvergleichlichen musikalischen Genüsse, allen voran die Gewandhauskonzerte, denen ich regelmäßig zwei Tage in der Woche widmete, weil ich nicht nur die Aufführungen selbst, sondern auch die Hauptproben besuchte. Hier war mein fünf Jahre älterer, an Lebenserfahrung mir weit überlegener Landsmann Karl Grammann aus dem „Hause Buddenbrook", der seit einem Jahre sich der Musik ergeben hatte, mein mir bald freundschaftlich verbundener Führer.

Ein tragikomisches Ereignis setzte über dieses Leben eine unfreiwillige Fermate. Ich geriet in einer späten Abendstunde mit einer Polizeimannschaft, die keinen Spaß verstand, in Streit. In meiner Aufgeregtheit ließ ich mich zu Tätlichkeiten hinreißen, die mir die sofortige Verhaftung und eine sehr nachdenklich stimmende Nachtruhe im Verließ des alten Rathauses am Naschmarkt eintrugen. Aber damit nicht genug: Am andern Morgen dem Universitätsrichter Morgenstern, einem gewiß vortrefflichen aber griesgrämigen Bureaukraten, vorgeführt, empfing ich trotz meines energischen Protestes in bewundernswert kurzem Prozeß mein Urteil: 14 Tage Karzer und Unterschrift des consilium abeundi. Ich gestehe, daß ich von Scham und Reue nur wenig empfand, mir eher wie ein Märtyrer vorkam; nur zwei Sorgen quälten mich. Mich bedrängten die Fragen: wie bringst du die Sache den Eltern bei, die ihren Sonntagsbrief nicht entbehren durften, und die zu hintergehen mir gar nicht in den Sinn kam? und dann, fast noch schwerer: welchen Grund gibst du den befreundeten Familien für ein zwei Wochen lang dauerndes Verschwinden an? Um diesen letzten Punkt klug zu erledigen, entschloß ich mich, die gescheite Hausdame bei Lomers aufzusuchen und ihr mitzuteilen, daß ich plötzlich genötigt sei, für 14 Tage zu verreisen. Ich traf das gute Fräulein Wagner über ihrer Näharbeit, setzte mich zu ihr und machte im Laufe des Gespräches ohne alle Verlegenheit ihr die Anzeige der bevorstehenden Reise. Sie sah nur einen Augenblick von ihrer Näharbeit zu mir herüber und sagte, ohne eine Miene zu verziehen, in ihrem reinsten Sächsisch: „Aber so was, Fehling! Reisen? Um diese Jahreszeit? Na hören Se: Se reisen wohl in den Karzer?“ Ich beichtete, und sie schwur mir, niemandem etwas von der fatalen Geschichte zu verraten. Natürlich hat sie ihr Wort nicht gehalten. Das bezeugten mir die zahlreichen mitleidigen Brief- und Erfrischungssendungen, die mich in meiner Einsamkeit trösteten. — Sehr viel ernster gestaltete sich der Fall gegenüber den Eltern. Ich hielt es für das beste, ihn humoristisch zu behandeln und habe nie ein verkehrteres Register gezogen. Mit Vaters Unwillen hatte ich gerechnet. Aber er antwortete nicht nur unwillig, sondern geradezu empört

über meinen Leichtsinn und meine Charakterlosigkeit, die eine unerfreuliche Perspektive in meine Zukunft eröffne (vielleicht schwebten ihm auch schon die strengen Amtsmienen der Hoch- und Wohlweisen im Lübecker Rathause vor, denen ich mit dem Antrage auf Zulassung zu Advokatur und Notariat ja auch meine Universitätszeugnisse vorzulegen hatte!); mein geliebtes Mütterchen aber, das fest an meine Unschuld glaubte, schrieb tief betrübt, ermahnte mich zur Geduld und bat inständig, ich möge wegen des mir etwa zugefügten Unrechts nicht bitter werden, — wobei sie mir ein bestimmtes Kapitel im Thomas a Kempis, ihrem Andachtsbuche empfahl, von dem sie mir auch vor Jahresfrist beim Verlassen des Elternhauses ein Exemplar in den Koffer gepackt hatte. — Die Geschichte hatte noch ein Nachspiel. Als ich nach Verbüßung der Strafe von den Studenten abgeholt wurde, war unser Weg in das dem Paulinum gegenüberliegende Café Döderlein, und als ich das Leipziger Tageblatt zur Hand nahm, fiel mein erster Blick auf die Anzeige, daß nach kurzer Krankheit der Universitätsrichter Morgenstern verstorben sei. Ich konnte es mir nicht versagen, die schwarz umränderte Anzeige auszuschneiden und sie ohne Kommentar dem nächsten Briefe, den ich nach Hause schrieb, beizufügen, und war beglückt, als ich in Vaters Antwort, die schon wesentlich beruhigt lautete, eine kurze Nachschrift folgenden Wortlauts las: „So bald ist dieser Morgenstern untergegangen? Die Nemesis hat ihn ereilt!"

Möge mir die Ausführlichkeit dieser Erzählung verziehen werden. Tatsache ist, daß ich nach der gemachten Erfahrung ernster wurde und mich an die schon mehr gesetzten Elemente der mir nahestehenden Studiengenossen anschloß, unter denen die Hamburger Justus Brinckmann und Albert Wolffson hervorragten, und zu denen nun noch der Grazer Lott und der allzeit frohgemute und dabei doch sehr fleißige Reitzes aus Wien hinzutraten.

Auf dem Gebiete der Kunstgeschichte empfing ich reiche Belehrung durch Justus Brinckmann, mit dem ich während des Wintersemesters 1866—67 zusammen wohnte. Brinckmann, vier Jahre älter als ich, war glänzend veranlagt. Sein Fehler

war wohl, daß er zu vielseitig war. Als Begleiter eines jungen Schlüter aus Hamburg kam er früh nach Kairo, von dort nach Genf, wo er das Bakkalaureat der Mathematik erwarb. Bald aber warf er sich auf das Studium der Kunstgeschichte in Wien (Eitelberger) und ließ sich nach Verlauf eines Jahres in Leipzig als Student der Rechte immatrikulieren. Dabei leitete ihn der Wunsch, in seiner Vaterstadt Hamburg schnell als Advokat festen Fuß zu fassen, und in der Tat erwarb er nach zwei Semestern den Doktor juris! Durch Justus kam ich mit Albert Wolffson zusammen, dem ich aber erst in Göttingen ganz nahe trat.

Die drei Semester in Göttingen, Ostern 1868 bis 1. August 1869, sind für meine Zukunft entscheidend gewesen. Ich ward von Wolffson, der schon im Herbst 1867 von der Pleiße nach der Leine übergesiedelt war, in Empfang genommen und bewohnte mit ihm und seinem Freunde Emil Berent (später Geheimer Justizrat in Hannover) ein Jahr lang eine wirkliche „Etage" in der Geismarstraße. Als die Genossen promoviert hatten, zog ich zum Handschuhmacher Ahrens in der Weenderstraße, gegenüber der „Krone". Das vortreffliche Beispiel der mir an Gaben und Fleiß weit überlegenen Freunde hat mich angefeuert und glücklich beeinflußt. Beide bestanden ihren Doktor mit dem ersten Grade (egregie oder summa cum laude). Ich „beschloß", es ihnen gleichzutun, und zur größten Freude meiner Eltern ist es mir gelungen, am 2. August 1869, dem Vorabend meines 22. Geburtstages, das „Egregie" melden zu können. Verdient habe ich die Zensur nicht; denn mein Wissen konnte bei dem überhasteten Studium von kaum mehr als drei Arbeitssemestern nur sehr lückenhaft sein. Ich habe also Glück gehabt, darf aber ohne Überhebung versichern, daß ich in Göttingen auch sehr fleißig gewesen bin. Weitaus mehr als bei allen anderen Professoren, deren Kollegien ich gehört, habe ich bei Thöl profitiert. In seinem Handelsrecht und in seinem Zivilpraktikum ging mir erst eine Ahnung vom modernen Recht auf. Bei ihm lernte man Konstruktion und Zucht. Auch Hartmann und der mir wohlgesinnte Staatsrat Zachariae, dessen Tochter Julie, später Frau von Derschau, meine Göttinger Flamme war, haben

guten Einfluß auf mich ausgeübt, und es war für mich von unschätzbarem Gewinn, daß ich bei Schlesinger — damals Extraordinarius, hernach Oberappellationsrat in Lübeck, zuletzt lange Jahre Reichsgerichtsrat — See- und Wechselrecht im engen Kreise von fünf oder sechs Studenten hören konnte. Examiniert bin ich von Francke, Ribbentrop, Zachariae und Kraut. Bei der Mehrzahl hatte ich kein Kolleg belegt. Wenn ich es dennoch wagen konnte, so früh ins Examen zu steigen, so danke ich das wesentlich dem geschickten Repetitorium beim „Juden Wolf", der sich auf alle Eigenheiten der ordentlichen Professoren, die sämtlich bejahrt waren — Thöl war damals noch immer nicht zur Examenskommission zugelassen! —, virtuos verstand und ein glänzender Einpauker war, vor allem aber doch wohl dem geradezu heiligen Ernst, mit dem ich Wolffson und Berent die Wissenschaft traktieren sah. Ich will übrigens nicht verschweigen, daß ich auch in Göttingen sehr frohe Zeiten durchlebt habe. Durch meinen Freund August Thöl, der später Behns Schwiegersohn, also mein Neffe, wurde, machte ich die Bekanntschaft des schon erwähnten Kreises von Medizinern und Juristen höherer Semester, deren Führer der reich talentierte Karl Flügge war. Außerdem kam ich im Zachariaeschen Hause mit verschiedenen Aktiven der Sachsen in Berührung, während ich den Bremensern, zu denen manche meiner engeren Landsleute gehörten, fern geblieben bin. Große Freude hatte ich auch in Göttingen an edler Musik. Hatte ich in Leipzig an Grammanns Seite die beste Musik gehört, so wurde ich nun wieder Ausübender: am Sonnabendnachmittag wanderte ich mit meiner Geige zu Professor Schlesinger, um mit ihm, der ein trefflicher Pianist und Musiker war, Beethoven, Mozart, Schumann, Bach zu spielen. Auch in der Johanniskirche hatte ich Gelegenheit, in kleinem Kreise, dem Bachsche Werke vorgeführt wurden, mitzuwirken. Wiederholt spielte ich in einem Quartett, das in der Provinzial-Irrenanstalt leichteren Kranken Kammermusik bot, die zweite Geige. Vor allem aber gedenke ich dankbar des Sonatenspieles mit Frau Hofrat Thöl und mit Emilie Meyerstein, deren herzensgute Eltern mit großer Liebenswürdigkeit ihr behagliches Haus in der Weenderstraße, der Universität

schräg gegenüber, zur Pflege klassischer Musik öffneten. In Göttingen lernte ich auch den ausgezeichneten Geiger, Hofkapellmeister Bargheer kennen, der um die Mitte der siebziger Jahre oft nach Lübeck kam.

Am 2. August 1869 also kehrte ich als Doktor beider Rechte nach Lübeck zurück, wo ich nach Überwindung des Staatsexamens die Advokatur aufzunehmen gedachte. Aber mein guter und kluger Vater hatte es anders beschlossen. Bevor ich davon berichte, kann ich es mir nicht versagen, über unser „Höchstpreisliches Oberappellationsgericht" einige Bemerkungen zu machen. Die Geschichte dieses berühmten Oberhofes ist den Juristen bekannt und durch die dankenswerten Jubiläumsabhandlungen Hagedorns und Grisebachs vom Jahre 1920 auch weiteren Kreisen von Nichtjuristen bekannt geworden. Seine Vorgeschichte, ich meine die Entstehungsgeschichte, ist bis jetzt im Zusammenhange nur von W. von Bippen dargestellt (Hansische Geschichtsblätter, Jahrgang 1890/91, S. 25 ff.), richtiger muß ich sagen: darzustellen versucht worden; denn man darf nicht vergessen, daß der Verfasser, der Enkel des ersten Präsidenten des Gerichtshofes, wenn auch geborener Lübecker, doch als bremischer Staatsarchivar nur auf Grund der Bremer Akten berichtet hat. Freilich hat Bremen bei der Schöpfung des Gerichtes insofern eine besondere Rolle gespielt, als der erste Gedanke von Smidt ausgegangen und mit der ganzen Kraft dieses ausgezeichneten Staatsmannes vertreten worden ist. Aber immerhin: Smidt war kein Jurist, er ward als cand. theol. in den Senat gewählt; Bippen, sein Biograph, war Philosoph. Bippens Vater, der Lübecker Patriot und feinsinnige Dichter, dem wir die schöne Arbeit über Präsident Heise verdanken, war Arzt. Um eine zuverlässige Entstehungsgeschichte des Oberappellationsgerichtes, in der auch anziehende Rechtsfragen zu Raum kämen, zu schreiben, ist unbedingt eine Erforschung der sämtlichen hanseatischen Staatsarchive, vornehmlich des lübeckischen Archivs, durch einen Juristen erforderlich. Mich erfüllt der Wunsch, diese Arbeit, für die ich bereits manches vorgearbeitet habe, noch leisten zu können. Meine gegenwärtigen Bemerkungen

beschränken sich auf einige Personalien und auf äußere Vorgänge, die ich aus meiner Jugendzeit in frischer Erinnerung habe.

Das alte Haus der Zirkelgesellschaft in der Königstraße, in das im Jahre 1824 das höchste Gericht übersiedelte, hat während fast eines halben Jahrhunderts keinerlei bauliche Veränderungen erduldet. Konserviert wurde auch ebenso das Wappen der alten Eigentümerin, der Zirkelgesellschaft, im Giebelfelde der Straßenfront und die mit schreckhaft schrillem Klange jeden Besucher meldende Haustürglocke; den Rechtskandidaten oder jungen Doktoren, die als Prüflinge das Haus betraten, wird sie wie mir unvergeßlich geblieben sein. Einen Windfang hat das Haus erst viel später, nämlich als es das Staatsarchiv aufnahm, erhalten. Bis 1870 schritt man über die kalte Steinfliesendiele zu der Treppe von lübschem Typ, die zu dem Beratungssaale im Flügel und zu den Büro- und Archivräumen im Vorderhause führte. Erst als das Gericht zum Kassationshofe in Strafsachen berufen wurde, vernotwendigte sich die Vergrößerung des Flügels. Jetzt wurde der Sitzungssaal ins Erdgeschoß verlegt, den eine gußeiserne Wendeltreppe mit dem Beratungszimmer verband. Der Zugang für die Prokuratoren und für das Publikum, für das ein kleiner Raum mit zwei der Lehne entbehrenden Bänken hergestellt war, geschah von der Ostseite. Man mußte also den offenen Hof in seiner Tiefe durchschreiten. Der Saal selbst war in kalter Nüchternheit, ja geradezu dürftig ausgestattet. Ein eiserner Ofen erwärmte den großen Raum nur mangelhaft. Aber wen kümmerte das Äußere, wenn man den Genuß hatte, ein Referat etwa des Rates Wunderlich zu hören! Wunderlich, der ja überhaupt ein Mann von ganz besonderem Schlage war, machte es offenbar auch Freude, vor der Öffentlichkeit zu reden, wärend die Mienen der anderen Gerichtsmitglieder anzudeuten schienen, daß sie, indem sie diesen Saal betraten, nicht nur im eigentlichen Sinne herabgestiegen seien. Als ich im Oktober 1869 geprüft wurde, ward ich angenehm überrascht durch die wohltuende Vornehmheit, fast möchte ich sagen: anheimelnde Behaglichkeit des Saales im ersten Stock, den ja sonst außer den Mitgliedern und den Beamten des Gerichtshofes kein Sterblicher betreten durfte. Von

dem schönen Mahagonimobiliar ist später der mächtige ovale Tisch, an dem auch die Prüfung abgehalten wurde, vom Staatsarchiv festgehalten worden. Eine Reihe von schönen, mit grünem Sammet bezogenen Sesseln hat Hoppenstedt, der 1867 in das Gericht eintrat, bei seiner Erwählung zum lübeckischen Landgerichtspräsidenten in sein neues Arbeitszimmer mitgenommen; wenn ich mich nicht täusche, zieren sie auch heute noch das Präsidialzimmer des Gerichtsgebäudes am Burgtor.

1866 bestand der Gerichtshof aus Kierulff, Pauli, Wunderlich, Brandis, Voigt, Zimmermann und Drechsler; Sekretär war der später noch zum Rate berufene Dr. Eckermann. Laspeyres lebte damals im Ruhestande. Er war vor längerer Zeit vom Schlage gerührt, und man sah den halbseitig Gelähmten zuweilen, auf zwei Stöcke gestützt, melancholisch durch die Stadt wandern. Auch den alten Pauli habe ich noch gekannt. Wegen Kränklichkeit nahm er 1876 seinen Abschied. In den letzten Jahren seines Lebens hatte er allem Verkehr entsagt. Ich erinnere, ihn in dieser Zeit nur Sonntags gesehen zu haben, wenn er aus der Reformierten Kirche kam. Die Berufung des Pastors Deiß zum Nachfolger von Großvater Johannes Geibel war insbesondere auf sein Betreiben erfolgt. Am längsten — bis 1884 — lebte im Ruhestand der Bruder meiner Mutter, Dr. Ludwig Oppenheimer, der, 1842 von Hamburg, wo er als Advokat praktizierte, gewählt, zehn Jahre später unter Verzicht auf Ruhegehalt aus dem Gerichte austrat. Er war der Schwiegersohn des Lübecker Syndikus Dr. Buchholz, dessen schönes Grundstück Eschenburgstraße 39 auf ihn überging. „Onkel Ludwig" war eine eigenartige Mischung von pedantischer Strenge und großer Herzensgüte. Als Schüler und Student habe ich vor ihm eine gewisse Scheu nie überwinden können, die wohl auf seine Neigung zu examinieren zurückzuführen ist. Da er es liebte, in der Unterhaltung mit seinem Neffen ein bestimmtes Kapitel anzuschlagen und, auch wenn sein Gegenüber sich wenig bewandert darin zeigte, nicht davon abzulassen, hat er wohl nicht immer Freude von meinen Jünglingsbesuchen gehabt. Der wohlwollende Oheim und zärtlich besorgte Bruder glaubte sich in seinem Gewissen verpflichtet, Mütterchen auf die Möglichkeit

eines Examens-Mißerfolges aufmerksam zu machen. Als ihn das Ergebnis angenehm enttäuscht hatte, behandelte er mich fortan mit einer gewissen freundschaftlichen Hochachtung, ohne doch seiner Art zu belehren und zu ermahnen ganz zu entsagen. Erst der gemeinsame Aufenthalt in Rom hat uns einander wirklich nahe gebracht, und in den letzten fünfzehn Jahren seines Lebens habe ich ihn herzlich lieb gehabt. In seiner letzten Krankheit durfte ich ihm beistehen, und ich habe dem 82jährigen die freundlichen Augen zugedrückt. — Brandis und Zimmermann, zwei feine Köpfe, beide aus Mitteldeutschland stammend (der erstere war Minister in Sachsen-Meiningen gewesen), waren die umgänglichsten Räte. Namentlich das Brandissche Haus hatte eine glückliche und behagliche Geselligkeit. Die älteste Tochter heiratete George Blohm, den ältesten Sohn des Kaufmannes Georg Blohm, von dessen Erben ich 1884 das Haus Königstraße 9 erwarb. Zwei liebenswürdige und feingebildete Töchter, Ida und Anna Brandis, blieben unvermählt. Der jüngere Sohn Otto ward 1912 Präsident des Hanseatischen Oberlandesgerichtes. — Zimmermanns hatten zwei begabte Kinder: Ernst und Mariechen. Ernst fiel 1870 in Frankreich bei den großen Dezemberkämpfen. Sein Tod zerbrach die Kraft des zarten Vaters. Auch die Freude, bald darauf die Tochter mit Dr. Ernst Schön, dem späteren Bürgermeister, in glücklicher Ehe verbunden zu wissen, hat ihn nicht wieder aufgerichtet. — Ein hervorragendes Mitglied des O.-A.-Gerichtes war auch Rat Voigt. Namentlich in Handels- und Seesachen war seine Autorität unbestritten, und das war der Grund, weshalb er später in das Reichsoberhandelsgericht übertrat. Voigt war aber kein einseitiger Jurist; er war ein Freund der schönen Künste und in der Literatur, nicht nur der deutschen, heimisch. Mit seiner zahlreichen Familie bewohnte er die weiträumige Bernstorffsche Kurie am Geibelplatz. Es ist das Grundstück, auf dem später die Ernestinenschule erbaut wurde. Mir ist er aus meiner Knabenzeit besonders als ein strenger und gefürchteter Vater in Erinnerung. Er war auch ein gefürchteter Examinator. — Als der Bedeutendste unter den damaligen Räten ist mir immer Agathon Wunderlich erschienen. Ein Genie, ein Original. Seine

Bildung war universell, sein Scharfsinn außerordentlich. Aber wo so viel Licht war, konnte der Schatten nicht ganz fehlen. Seine Leidenschaftlichkeit war so stark, daß sie mit ihm durchging. Im Hause zärtlichster Gatte und gütigster Vater — und doch ein Tyrann. Ein treuer Freund, ein edler Wohltäter — und doch nicht frei von Launenhaftigkeit. Er bewegte sich in Extremen. Alles Laue war ihm fatal. Wenn er jemand nicht liebte, so haßte er ihn. Und seine Abneigung gegen einen Mann, den er auf einer unrichtigen Beurteilung oder auf einer schiefen Begründung ertappt zu haben glaubte, konnte an Verachtung grenzen. Aber andererseits: er war keineswegs rechthaberisch. Gerne ließ er sich belehren; ward er überzeugt, so war seine Dankbarkeit rührend. Glücklicherweise soll er im Gerichte von der strengsten Objektivität und ein liebenswürdiger Debatter gewesen sein. Vom alten Thöl habe ich manche amüsante Geschichte gehört, in der „der unglaubliche Wunderlich", Thöls Intimus, die Hauptrolle spielte. Aber solche Erzählungen pflegten mit der Versicherung zu enden, daß Wunderlich ebenso geistreich wie liebenswürdig sei. Gegen mich ist dieser große Mann von einer bezaubernden Güte gewesen, deren Erinnerung noch jetzt, da ich diese Zeilen schreibe, mir das Herz warm macht. Ich besitze auch noch ein paar amüsante Billetts von ihm, in deren Abfassung er unübertrefflich war, wie er denn ein Meister des Stils genannt werden muß; die Knappheit und Schärfe seiner Entscheidungsgründe war berühmt. — Den Präsidenten Kierulff habe ich noch nicht erwähnt — nicht etwa, um ihn herabzusetzen. Doch trat er in dem letzten Jahrzehnt seiner amtlichen Wirksamkeit weniger hervor. Ich rühmte mich, schon als Kind zu ihm in eine gewisse „Beziehung" getreten zu sein: ich war nämlich zugegen, als ihm in Marienbad am Ferdinandsbrunnen mein Vater (es war im Jahre 1853) die erste Mitteilung von seiner Erwählung zum Präsidenten des Lübecker Oberhofes machen konnte! — Sicher ist, daß das Oberappellationsgericht fast ein halbes Jahrhundert lang durch die Feinheit des Geistes, der von ihm ausstrahlte, einen veredelnden und befruchtenden Einfluß auf das Leben Lübecks geübt hat, darin nicht unähnlich dem Katharineum in seiner Blütezeit.

Also vor diesem höchstpreislichen Gerichtshofe hatte ich das Staatsexamen abzulegen. Die Kommission bestand aus Wunderlich als Vorsitzer, Voigt und Brandis. Einzelheiten mitzuteilen, erübrigt sich. Zwei Klausurtage, danach die mündliche Prüfung. Die drei Stunden von 12 bis 3 Uhr flogen mir schnell dahin. Nach feststehendem Brauche ward das Ergebnis nicht sofort, sondern erst nach einigen Tagen durch einen schriftlichen Bescheid verkündet. Es war aber auch Sitte, dem trefflichen Registrator ein gutes Douceur zu versprechen für heimliche Benachrichtigung über den Ausfall des Examens. Ich saß um halb vier Uhr zwischen den Eltern, glücklich, daß die Sache vorbei sei, von Mütterchen ermahnt, mich nicht zu stolzen Hoffnungen hinzugeben — man könne nie wissen —, da schlug unten die Windfangtür stark zu. Ich sprang die Treppe hinunter. Herr Wiencke brachte seine Gratulation dar. Ich sehe noch sein Lächeln, höre noch seine Worte: „Freuen Sie sich, Herr Doktor, Sie haben sehr gut bestanden.“ Er bekam seinen von Vater ausgelobten Louisdor.

„Was nun?“ fragte mich Vater, nachdem einige glückselige, von der wonnigen Empfindung: „Auf dieser Welt kein Examen mehr“ beherrschte Tage verjubelt waren. „Ich werde Advokat.“ „Zu früh, mein Junge.“ „Aber Vater,“ versetzte ich nicht ohne Empfindlichkeit, „ich trage meine Haut zu Markte“ — worauf die Replik kam: „Das ist es eben, du trägst nicht deine Haut allein, du trägst auch die Haut deiner Klienten zu Markte. Nein, du mußt noch ein wenig ausreifen. Kurz — ich will dich erst ein Jahr auf Reisen schicken.“

Wer beschreibt meine Freude! Im stillen hatte ich oft Schwager Behn beneidet, wenn er von Italien und Griechenland erzählte, aber nie hatte ich es für möglich gehalten, daß mir ein ähnliches Glück wie ihm blühen werde. Darum zu bitten, war mir gar nicht in den Sinn gekommen. Ich hatte Vater auf der Universität mehr Geld, als anfänglich angenommen war, gekostet, und vor allem, ich bezweifelte nicht, daß die Eltern die Zeit herbeisehnten, da ich in Lübeck mich ansässig machen werde. Dieser Gedanke, oder soll ich sagen: die pietätvolle Liebe zu den Eltern, hatte auch einen anderen Plan zurückgedrängt, den ich in den letzten Monaten ernstlich erwogen hatte: mich als Privatdozent zu

habilitieren. Ich hatte Handels- und Seerecht lesen wollen, und dafür kam Göttingen allein in Betracht, weil dort die Hanseaten ihre Studien abzuschließen und den Doktor zu machen pflegten. Ganz aufgegeben hatte ich den Plan auch noch nicht; aber ich verschob die Entscheidung in der Erwägung, daß einige Jahre Advokaturpraxis seiner Verwirklichung zustatten kommen könnten. Als nun aber der geliebte Vater, wie ich später erfuhr, nach ernster Überlegung mit Mütterchen, mir den Vorschlag machte, ein Jahr ins Ausland zu gehen, da schlug ich mit Freuden ein. Ja, fast besorgt, daß noch etwas dazwischen kommen könne, beschleunigte ich alle Vorbereitungen. Frankreich und England empfahl Vater, weil er gute Kenntnisse der neuen Sprachen für einen Anwalt als unbedingt erforderlich ansah. Es ist mir hernach gelungen, zwischen den Pariser Winter und den Schottisch-Englischen Sommer einen italienischen Frühling einzuschalten. Schon am 11. November verließ ich Lübeck, um über Köln und Brüssel nach Paris zu gehen, wo seit zwei Monaten auch mein Freund Albert Wolffson weilte.

Vor mir liegen die 39 Briefe, die ich in den folgenden neun Monaten an die Eltern geschrieben. Diese waren von den Universitätsjahren gewohnt, zu jedem Sonntage einen Brief von mir zu erhalten. Tatsächlich habe ich sieben Semester lang zu jedem Sonntage nach Hause geschrieben — ein Beweis auch dafür, daß ich in der ganzen Zeit nie krank gewesen —, und ich nahm mir vor, der früheren Gepflogenheit treu zu bleiben, soweit ich sehe, auch mit vollem Erfolge. Die Briefe sind von Mutters Hand numeriert. Auch alle Briefe, die ich als Student von den Eltern empfangen, habe ich sorgfältig aufbewahrt. Leider sind mir die Briefe, die ich im Auslande erhielt, abhanden gekommen. Nicht ohne Rührung habe ich den Briefwechsel wieder durchgelesen. Alle meine Briefe hier mitzuteilen, kann selbstverständlich gar nicht in Frage kommen. Dazu sind sie auch nicht bedeutend genug; zum Teil sind sie fast kindlich. Für mich haben sie aber den großen Wert, daß ich an ihnen mein Gedächtnis kontrollieren kann.

Die Zeiteinteilung während meines Pariser Aufenthaltes war diese: Frühmorgens Unterricht in Konversation, Lektüre,

Briefstil. Von 10 bis 2 Uhr Arbeit im Bureau. Nach dem Essen Palais de Justice. Der Abend gehörte dem Theater und etwaiger Geselligkeit. Sonnabend und Sonntag waren ganz frei, d. h. sie waren dem Besuch der Museen, der Kirchen, überhaupt der Sehenswürdigkeiten, bei gutem Wetter auch der Umgebung von Paris gewidmet. Mein französischer Lehrer war Mr. Charles Rozan, Boulevard St. Michel 130 au III, ein Mann von vielleicht 45 Jahren. Er war mir von Vetter Martin Haller, dem hamburgischen Architekten, empfohlen, der zu Ende der fünfziger Jahre bei ihm Unterricht gehabt und mir berichtet hatte, daß Rozan die meisten deutschen Diplomaten der neuen Zeit zu seinen Schülern gezählt habe. Auf seiner Visitenkarte hieß es: „Charles Rozan, chef au ministère des cultes", wohl gemerkt: „au" nicht: „du". Er war nämlich in einer Abteilung des Kultusministeriums Bureauchef. Man erfuhr gleich durch die an seiner Wohnungstür angebrachte Karte, daß man es mit einem auf seine Stellung Wert legenden Manne zu tun habe. Er war aber auch eine tüchtige und freundliche Persönlichkeit, der ich viel zu verdanken habe. Die Bücher, die ich bei ihm vollgeschrieben, sind mir noch heute von Wert. Daß er auch ein Frühaufsteher war, eine Seltenheit in Paris, machte ihn mir gleich sympatisch. Meine tägliche Stunde lag von 9 bis 10. So mußte ich denn im Winter bald nach 7 Uhr aus den Federn. Dreiviertel acht nahm ich in einer crêmerie inmitten vieler Arbeiter, von denen nicht wenige mir gut Freund wurden, die große tellerartige Tasse mit Milchschokolade und zwei Brötchen, und um achteinviertel saß ich auf dem Impérial des gelben Omnibus, der mich in einer guten halben Stunde auf das andere Ufer der Seine brachte. Es war die Tageszeit, wo die frühesten Blätter ausgerufen wurden, und wo man auf ein sehr solides Omnibuspublikum rechnen konnte. Manchmal war es schneidend kalt. Dann rückte man oben auf dem Wagendache etwas enger zusammen, was unter Umständen seine Vorzüge hatte; denn in Paris saßen auch viele Weiblein der jüngeren Jahrgänge auf dem Verdeck. Es gab viel zu sehen, mancherlei zu hören, immer etwas zu lernen. — Ich bin mit Mr. Rozan in Beziehungen geblieben. Etwa 1905 hörte

ich in Berlin, daß er wegen der Dienste, die er der deutschen Botschaft, früher der preußischen Gesandschaft geleistet, den Roten Adlerorden erhalten habe. Ich schickte ihm ein Gratulationsschreiben in französischer Sprache, in dem ich über meinen Lebensgang kurz berichtete, und bekam von ihm einige mit zitternder Hand geschriebene Dankeszeilen. Wenige Monate danach las ich in einer Berliner Zeitung die Nachricht, daß der treffliche Mann hochbetagt gestorben sei. — An den Unterricht schloß sich meine Bureauarbeit. Von meinem Vetter Adolf Schaer (Weber & Schaer) in Hamburg, dem Arningschen Schwiegersohne, war ich an den Advokaten Weber, Elsässer von Geburt, der in Paris praktizierte, empfohlen. Die französische Prozeßorganisation unterscheidet bekanntlich zwischen avoué und avocat. Der avoué instruiert die Prozesse, der avocat plädiert. Weber verwies mich an Mr. Dromery, einen angesehenen avoué, dessen étude in der rue Lafitte lag, gegenüber Rothschilds Bankhause, nur fünf Minuten von meiner Wohnung chaussée d'Antin, Ecke der rue de Provence, entfernt. Herr Dromery erklärte sich bereit, mich aufzunehmen. Die Stellung des Volontärs war ohne Verantwortung, hatte aber den großen Vorteil für mich, daß ich über den französischen Prozeß mich unterrichten und in die Akten hineinsehen konnte. Auch benutzte man den blonden Jüngling, der doch schon docteur en droit war, dazu, vornehme Klienten zu empfangen und bei dem Chef einzuführen. Als „vornehmste" Klientin erwähne ich die dicke Exkönigin Isabella von Spanien, die öfter mittags bei uns vorfuhr. Sie hatte ihr reizendes Hotel in den Champs Elysées, und ich habe ihr auch einmal ein wichtiges Aktenstück ins Haus gebracht. Empfangen hat sie mich nicht. — Der Vorsteher des Bureaus, Herr Strauß, hatte den Auftrag, sich meiner anzunehmen, und anfangs zurückhaltend, tat er das später in sehr freundlicher Weise, nachdem ich ihn zu einem Mittagessen im Café du Helder mit nachfolgender Theatervorstellung in den Bouffes Parisiennes eingeladen hatte. Herr Weber tat aber noch mehr für mich. Er brachte mich ins Palais de Justice, stellte mich dem damaligen Doyen der Pariser Advokaten Jules Favre vor als einen jungen avocat anséatique,

der nach Paris gekommen sei, um die Zierden des barreau zu hören, und erhielt die Erlaubnis, mich für den Winter in die Liste eintragen zu lassen. So bekam ich, noch ehe ich vor einem deutschen Gerichte aufgetreten, Talar und Barett in Paris und meinen Platz auf der Advokatenbank. Viele politische Größen jener Zeit, ich will nur Ernest Picard und Jules Simon nennen, sah und hörte ich hier. Anfangs fühlte ich mich in dieser Gesellschaft wenig gemütlich, weil ich in der Sprache noch zu unbeholfen war, dann besonders, wenn ein älterer Herr eintrat, neben mir Platz nahm und mich nach der verhandelten Sache fragte. Ich erinnere, daß ich mir gelegentlich nicht anders als durch die ausweichende Antwort, daß auch ich erst soeben gekommen sei, zu helfen wußte, und daß tags darauf derselbe „Kollege", der die Situation schnell begriffen hatte, mich mit den Worten begrüßte: „Ah, monsieur vient d'entrer." Am interessantesten und auch am lehrreichsten war natürlich der Besuch des Schwurgerichtes. Ich habe darüber in meinem Vortrage „Über die Pflichten der Verteidigung" erzählt. Hier glaube ich wirklich für meinen späteren Beruf gelernt zu haben.

Wenn ich bei Rozan die Umgangssprache, den guten Pariser Dialekt lernte, also die Zunge übte, das Ohr schärfte sich im Gericht, vor allem aber im Theater. Nach kurzem Herumtasten ward es mir klar, daß ich ein wirklich reines Französisch nur in der Comédie Française lernen würde, in der Schule also, die vielleicht den größten ästhetischen Genuß bot, den Paris zu bieten vermag. Ich hatte gleich beim Eingange zum Parkett auf der rechten Seite meinen Platz, unter der Brüstung der stalles d'orchestre, und in zwanzig Vorstellungen (Tragödie, klassisches Lustspiel, modernes Sittendrama und graziöse Einakter, Poesie und Prosa wechselten ab) habe ich hier die liebenswürdigsten und größten Theatereindrücke gehabt. Ich will von den Schauspielern nur den jüngeren Coquelin, Mounet-Sully, Le Bargy, Truffier, das Ehepaar Silvain, die Damen Weber, Kolb, Géniat, Delvair, Pierson, von den Stücken die Molièreschen Komödien, ferner König Ödipus, Vater Lebonnard, das Duell, Dumas' Demimonde nennen. Die große neue Oper zu besuchen, war für mich unerschwinglich. Nur einmal bin ich auf dem vierten

Range bei einer Aufführung der Hugenotten, die ich für mangelhaft hielt, gewesen. Solange aber das alte Opernhaus noch geöffnet blieb, habe ich es wiederholt aufgesucht (Gounods Margarethe, Mignon). Im Zirkus gab Sonntag mittags von 11 bis 1 Uhr Pasdeloup seine vortrefflichen Konzerte, die auch deutsche Werke von Gluck bis Wagner zu bringen riskierten, und wundervoll waren zwei Aufführungen des Konservatoriums, aus denen ich mich besonders eines Mozartschen Adagio und eines Bériotschen Andante erinnere, die von 25 Geigen unisono vorgetragen wurden. — Was die Geselligkeit betrifft, so verkehrte ich im ersten Monat zu viel mit alten deutschen Freunden und Bekannten. Ich wohnte in unmittelbarer Nähe von Arnold von Bippen, dessen schöne Frau Helenita ich sehr verehrte. Deren Bruder Eduard Lind, Charles Petit, Albert Erasmi sah ich täglich. Auch Wolffsohn führte mich in seinen Freundeskreis ein. Erst nachdem er um Weihnachten Paris verlassen hatte, kam ich in die eigentliche französische Gesellschaft, und es waren namentlich zwei vornehme Häuser, in denen ich die gastlichste Aufnahme fand und mir sehr wertvolle Bekanntschaften machte: das waren Herr Wilhelm Hüffer, dessen reizendes Haus in der rue de Londres an bestimmten Wochentagen einen glänzenden Kreis von Künstlern, Diplomaten, auch Ausländern versammelte, und eine vielseitig gebildete Jugendfreundin meiner Mutter, Madame Goldsmith. Sie wohnte in der rue St. Honoré, dicht bei der Preußischen Gesandtschaft, und gab musterhafte Diners von 10 bis 12 Personen. Viel war ich hier mit dem italienischen Gesandten Nigra und dem Attaché des Gesandten von Werther, Prinz Lynar, zusammen. Namentlich der letztere hat mir manche Freundlichkeit erwiesen. Er war es auch, der mir das Anerbieten machte, mich bei Hofe einzuführen. Daß ich den Vorschlag annahm, beruhte nicht auf Überhebung oder kindischer Neugier. Man muß sich erinnern, daß mein Pariser Aufenthalt in den letzten Kaiserwinter fiel. Es war die Zeit der Rochefortschen Unruhen. Die innere Politik des dritten Napoleon suchte durch liberale Konzessionen die Mehrheit der Kammer auf die Seite der Regierung zu ziehen. Emile Olivier war als Ministerpräsident der Vertreter

dieses neuen Systems, und ich muß bekennen, daß ich ihn für sehr klug und für den geschicktesten Durchführer der kaiserlichen Ideen hielt. Die Gegensätze innerhalb der Kammer spitzten sich immer mehr zu. Der Thron war noch nicht ins Wanken geraten, aber er krachte schon. Daß er überhaupt nur durch eine Disgression nach außen auf die Dauer sich werde halten können, wer ahnte das damals? Aber unsicher schien alles, und es ist wohl erklärlich, daß es den 22jährigen reizte, einen Blick in das Treiben des Hofes und vielleicht in die vielberufene Schwelgerei der Tuilerien-Feste zu tun. Einige Tage, nachdem wir darüber gesprochen, teilte mir Lynar mit, sein Chef sei nicht abgeneigt mich vorzustellen, doch habe er noch gewisse Bedenken geäußert, ob ich auch „hoffähig" sei, und deshalb auf dem Wege über Berlin eine entsprechende Anfrage an den Lübecker Senat gerichtet. Ich hielt diesen Bescheid für eine überzuckerte Pille der Ablehnung. Aber ein Brief meines Schwagers Behn überzeugte mich, daß in der Tat der Senat über die hochwichtige Frage interpelliert worden sei, und daß Bürgermeister Curtius die Auskunft erteilt habe, in dem republikanischen Staatswesen der Freien und Hansestadt sei jeder hoffähig!

Indem ich nach langen Jahren die Korrespondenz jener Zeit, d. h. meine an die Eltern gerichteten Briefe, wieder durchsehe, klärt sich mir die Erkenntnis, daß die anschaulichste Schilderung der tatsächlichen Vorgänge und die beste Charakterisierung des jungen Briefstellers doch in den Briefen selbst sich darbietet. So habe ich mich entschlossen, wenigstens einige meiner damaligen Pariser Berichte selbst sprechen zu lassen. Daß man diesen Entschluß unbescheiden schelten wird, fürchte ich um so weniger, als die Darstellung in jeder zehnten Zeile, wenn nicht die Unreife, doch die starke Jugendlichkeit des Schreibers erkennen läßt, dem man also gegebenenfalls mildernde Umstände nicht wird versagen wollen.

Paris, den 27. Januar 70.

Die Rochefortsche Angelegenheit nimmt nachgerade einen etwas grotesken Charakter an. Erst wird Alles daran gesetzt ihn zu verfolgen, sogar eine Kabinettsfrage wird aus der Sache

gemacht, und nun, nachdem die Bestrafung erreicht ist, die Begnadigung! Daß dadurch ein Nutzen für die Regierung erzielt sei, vermag ich nicht einzusehen. Freilich gibt es Leute, die meinen, daß diese Entwicklung für Rochefort am unangenehmsten sei, weil er dadurch gezwungen werde, eine Gnade von der Regierung anzunehmen.

Vorgestern war ich in der Kammersitzung. Ich hatte ein Billett durch Rozans Vermittlung von Lefébure mit einigen liebenswürdigen Zeilen erhalten. Die Sitzung war ruhig. Sie wurde fast ganz durch eine mehrstündige Rede Forcades über die Handelsverträge ausgefüllt. Es war amüsant, den kleinen, beweglichen Thièrs zu beobachten, der mit Leidenschaft durch Wort und Gesten gegen die Ausführungen des Redners protestierte. Noch sprachen Crémieux, Pelletan, Bethmont, Stenackers, endlich Simon.

... Am Sonntag hörte ich denn die angekündigte große Rede Jules Favres. Ein geborener Redner ist er: Organ, Vortrag, Bewegungen, alles vollendet. Und was hat er in den zwei Stunden nicht alles berührt! In der Tat ließ der Titel „Ueber die Ungleichheit der sozialen Bedingungen" es zu, über Alles und Jedes und noch über einiges andre zu sprechen: die Geschichte der Sklaverei bei den alten Völkern, die Revolutionen, Spartakus, Toms Hütte. Fast kommen ihm die Gedanken zu schnell; ein Bild verdrängt das andere. Für einen jeden, wie viel mehr erst für mich, ist die angestrengteste Aufmerksamkeit nötig, um dem Redner zu folgen. Trotzdem die Rede sehr rot war, sind Marseillaise und Reforme nicht mit ihr zufrieden; die Blätter verzeihen ihm eben nicht, daß er Carnot*), der gegen Rochefort bei den Wahlen durchfiel, lobte, ja daß er die Hoffnung aussprach, ihn noch wieder als Kollegen zu begrüßen. Olivier habe ich denn nun endlich auch gesehen. Ein gewinnendes Aeußere, offenes gescheutes Gesicht, die Bewegungen frei, beinahe ein wenig burschikos. Von dem Typ des französischen Ministers keine Spur. ... Vielleicht kann ich

*) Hippolyte Carnot, Mitglied der provisorischen Regierung von 1848, Vater des späteren Präsidenten.

ihn mir morgen etwas näher betrachten. Ich bekam heute von der Norddeutschen Gesandtschaft, vermutlich durch Lynar, eine Einladung zum Hôtel de Ville-Ball zugeschickt, und ich sehe nicht ein, warum ich Mr. und Mme. Chevreau die erbetene Ehre versagen soll. Eine glänzende und sehr zahlreiche Gesellschaft wird sich in den weiten Räumen des wunderschönen Rathauses versammeln.

Im Théâtre Français sah ich wieder drei Stücke, von denen „Le supplice d'une femme" vom jüngeren Dumas mich am meisten interessiert hat. Das Ganze ist ergreifend und wurde eminent gespielt. Denkt Euch eine klein Familie, Mann, Frau und Kind von zehn Jahren, anscheinend die glücklichsten Menschen von der Welt. Wirklich ist der Mann der bravste, edelste Charakter; die Frau aber trägt eine schwere Schuld auf dem Gewissen. Vor etwa 11 Jahren war ihr Mann unverschuldet einem schlechten Bankerott nahe gewesen. Sein „bester Freund" hatte ihn gerettet, in Wahrheit nicht aus Edelmut, sondern um die Frau des Freundes, der er lange nachgestellt, zu bewegen, ihn zu erhören. Um ihren Mann vor der öffentlichen Schande zu bewahren, hat sie sich dem falschen Freunde hingegeben und ist dadurch in ein Verhältnis geraten, das sie schließlich nicht mehr ertragen kann. Als der Verführer am Ende gar sie zur Flucht mit ihm zwingen will, entdeckt sie in ihrer Verzweiflung Alles ihrem Gatten. Diese Scene ist großartig. Der Mann versteht von der ganzen Sache absolut nichts; sie ist so fürchterlich, daß sie zuerst ihm wie ein schlechter, schändlicher Scherz erscheinen will; der Unglückliche verliert auf einen Schlag seine Frau, auf deren Treue er Häuser gebaut, den Freund, dem er sein Glück zu verdanken glaubt, und sein Kind, das nicht das seine ist! — Ich weiß es wohl, die Erfindung ist sehr französisch. Eine wirklich edle Frau (und eine solche wird hier vorgeführt) kann eben nicht so handeln. Aber Ihr solltet es sehen, wie das Stück gespielt wird. Die Darstellung ist so meisterhaft, daß ich mir wenigstens erst später über die Fehler des Stückes klar wurde. — Ach, verzeiht doch, daß ich mit solchen Sachen Euch behellige. Vielleicht ist es mehr für mich als für Euch geschrieben, was

ich da aufgezeichnet habe. Aber ich wollte gerne den Eindruck dieser Vorstellung, wohl der besten, die ich bis jetzt gesehen, festhalten.

Bei Hüffers waren Sonntag etwa 60 Personen. Es wurde gute Musik gemacht. Der Tenor der italienischen Oper sang, weiland eine prächtige Stimme, jetzt eine Ruine. Miß Ferman hat einen schönen kräftigen Alt, ein wenig fett, wie die glückliche Besitzerin. Ich lernte sie wie auch ihren Vater kennen. Sie wohnten früher in Stuttgart und waren mit den dortigen Fehlings bekannt. Madame Hüffer sang italienische Volkslieder. Außerdem etwas gar zu viel Klaviermusik.

den 28ten.

Vielen Dank für die ausführlichen Briefe, die mich heute morgen besonders erfreuten. Daß Plessing mich an Werther empfehlen will, ist mir um so lieber, als ich den ersten Hôtel de Ville-Ball doch vielleicht nicht besuchen werde. ... Bei Goldsmiths wird in der Regel Englisch gesprochen. Ich spreche mit der Hausherrin Deutsch und mit ihrer Gesellschafterin und Nichte Lassalle Französisch. Auch bei Hüffers finde ich immer Gelegenheit mich zu üben, sodaß ich mich doch bereits einigermaßen ausdrücken kann. Seit acht Tagen haben wir eine formidable Kälte; im Bois de Boulogne wird Schlittschuh gelaufen, was nur alle Jubeljahr einmal vorkommen soll. Hoffentlich stellt sich bald Frühlingswetter ein, das hier ja schon mit Anfang Februar erwartet wird. ...

F.

Paris, den 2. Februar 70.

Der große Tuilerientag rückt näher. Die Verhandlungen mit Babin sind abgeschlossen. Denkt Euch, daß ich im blausammetnen Frack, weißer Weste, weißseidenen Kniehosen und weißseidenen Strümpfen erscheinen soll, dazu Degen und Dreispitz. Kleidsam mag es sein; aber mir ist, als wenn ich mich zu einem Maskenfeste rüstete. — Am letzten Freitag habe ich zum ersten Mal in der großen Oper (im alten Hause) Christine Nilsson gehört. Ja, das war ein köstlicher Genuß, nicht nur sie zu hören, sondern auch sie zu sehen Eine liebenswürdige Stimme und ein liebliches blondes Gesicht, schlanke Figur, überaus graziöses Spiel. Sie sang die Ophelia und

war in der Wahnsinnsszene unübertrefflich. Die Oper selbst hat mich eher gelangweilt, mir schien viel Phrasenmusik eingemengt; nur im ersten Akt entzückte mich ein sehr schönes Duett und ein noch schöneres Terzett im dritten. — Am glücklichsten bin ich doch immer im Théâtre Français, und es ist nicht nur Sprache und Spiel, sondern auch die ganze Art der Bühneneinrichtung, die mich fesselt. Soll dort etwa das Zimmer einer Dame vorgestellt werden, so seht Ihr wirklich in das reizendste Boudoir, das man sich nur ausdenken kann: der Kamin in der Mitte, Zeugtapeten, Damastvorhänge, die zierlichsten Möbelstückchen, Klavier, Chaiselongue, Blumen, aller möglicher Luxus; es ist ein Vergnügen, allein die Bühne zu betrachten.

In der Kammer hörte ich gestern eine Rede des häßlichen, überaus lebendigen und jugendlich scheinenden Crémieux. Buffet ist ruhiger und schien dem Gegner überlegen. Möglich, daß ich ihn auch nur besser verstehen konnte, weil er markanter spricht und völlig klare Disposition hielt. Rochefort war wieder auf seinem Platze. Ich saß unmittelbar über ihm, — konnte ihn gut betrachten, da er beweglich ist und sich viel umsah. Ein richtiges Mephistogesicht, fahl und elend. Er trägt sich tadellos, und die sorgfältige Frisur scheint zu seiner Rolle wenig zu passen.

Am Freitag will Strauß mich bei Herrn Dromery einführen, bei dem dann Empfangsabend ist. Die Stimmung im Büro ist gespannt, da einer der größten Prozesse gegen den Verwaltungsrat einer bedeutenden Aktiengesellschaft in den nächsten Tagen entschieden werden dürfte. Heute war Dromery auf der Jagd; zwei junge Advokaten meldeten sich unwohl; so waren Strauß und ich allein, und da besonders viele Leute kamen, mußte auch ich einige abfertigen, darunter eine Schauspielerin des Palais Royal, die kontraktbrüchig ist; „wir“ können ihr leider nicht helfen. Am Sonnabend erschien unerwartet der König von Spanien im Bureau, um den Maître zu sprechen. Ich bedaure, ihn nicht gesehen zu haben. Strauß behauptete, vortrefflich mit ihm fertig geworden zu sein, und erzählte, die Majestät habe Dromery den Wunsch ausgesprochen, ihn künftig nur mit Strauß verhandeln zu lassen.

... Von meinem Lehrer habe ich Euch, wie ich meine, nur einmal geschrieben. Ich bedauere, damals vielleicht etwas vorschnell über ihn geurteilt zu haben. Inzwischen habe ich ihn wirklich schätzen gelernt und freue mich jetzt auf jede Stunde. Zu arbeiten habe ich nach wie vor reichlich, für jede Stunde einen kurzen freien Aufsatz und daneben grammatische Exerzitien. Zuweilen wird es mir etwas viel, aber ich will nicht nachlassen; gerade jetzt beginne ich, merkliche Fortschritte in der Sprache zu machen, und der gute Unterricht soll ja, wie die Marienbader Kur, gute Nachwirkung haben. Augenblicklich schreibe ich viele französische Briefe, deren Stil mir anzueignen mein Bestreben ist. ...

Eure Briefe sind ausnahmsweise erst nachmittags gekommen. Vielen Dank für alle Mitteilungen. Overbecks Wahl zum Senator war wohl vorauszusehen. Wäre nicht Klügmann der passende Ersatzmann, um dann auch bald in den Senat aufzurücken? ... F.

Paris, den 8. Februar 70.

Ihr werdet in den Zeitungen lesen, daß man in Belleville gestern Barrikaden gebaut hat. Ich habe von den Unruhen des Abends nichts gemerkt. Ohne etwas davon zu wissen, daß es in der Kammer Skandal gegeben, saß ich im Français und hörte von allem erst, als ich spät die Boulevards passierte. Es waren aber weder Menschenmassen noch viele Polizisten zu erblicken. ... Morgen findet nun das große Zauberfest in den Tuilerien statt. Lynar, den ich Sonntags bei Hüffer traf, sagte mir, daß ich eingeladen sei, und wird mir meine Eintrittskarte noch heute schicken. Das Kostüm ist anprobiert und macht sich nicht übel. „Zierlich sitzt mir Rock und Höschen —.“ Ich wäre nicht unglücklich, wenn die Kniehosen wieder Mode würden. Wer weiß, ob ich nicht auch noch, wie mein Vater, in culottes getraut werde!

den 10ten.

Seit drei Tagen Barrikaden in Paris. Die Ereignisse seit Anfang der Woche erscheinen als eine Rechtfertigung für Oliviers Vorgehen. Jetzt sieht man die Popularität Rocheforts. Ein paar hundert Menschen machen zur Feier seiner Verhaftung

sich das Vergnügen, einige Omnibusse umzustürzen, sogenannte Barrikaden zu errichten, die sie verlassen, sobald das Militär sich von weitem zeigt. In der ganzen Bewegung, wenn man diese Vorgänge überhaupt so nennen kann, scheint weder Plan noch Ziel zu liegen. Traurig, daß doch Blut hat fließen müssen. Gestern Abend bestand die Volksmasse der Boulevards zu großem Teil aus jungen Leuten, die Witze rissen und eiligst auseinanderstoben, so oft das Trottoir gesäubert wurde. Vorgestern war ein bewegtes Treiben auf den Straßen. Die Gerüchte aus Belleville verbreiteten sich, die Läden wurden früh geschlossen, manche Cafés wurden geleert, und um 9 Uhr postierten sich an den Straßenecken der Boulevards starke Aufgebote der sergents de ville, man sah überall Polizeikommissäre mit Schärpen. Es trat eine ziemlich unheimliche Stille ein. Doch passierte nichts. Und als nach 11 Uhr die Kavallerie über die Boulevards zog, war nichts mehr zu säubern. Paris ist groß. In meinem Viertel ahnt man nichts von dem, was etwa gerade in Belleville oder in St. Antoine passiert. Alles ist ruhig wie sonst. In der Kammer hat Olivier gegen die Angriffe der hitzigen Opposition einen schweren Stand. Aber er hält sich wacker, und die Mehrzahl des Publikums urteilt über ihn: „il est très fort".

Die einzige Unannehmlichkeit, die diese Unruhen mir verursacht haben, ist die, daß ich Euch heute noch nicht den versprochenen Bericht über das Tuilerienfest schicken kann. Als ich gestern Abend gerade im Begriffe war, die große Toilette zu beginnen, erschien mein Kutscher, um mir zu sagen, der Ball fände nicht statt, alle seine Kunden hätten ihre Wagen abbestellt. Ich sofort wieder in Hose und Rock und nach der nächsten Zeitungsbude gelaufen. Die Patrie, die gerade erschien, meldete denn richtig: „Le bal qui devait avoir lieu ce soir aux Tuileries est retardé de quelques jours. Un avis ultérieur fera connaître la date à laquelle cette fête est remise." Ein Unwohlsein der Kaiserin ist zum Vorwand genommen. Ärgerlich. Glücklicherweise ist aber aufgeschoben nicht aufgehoben, und da die Vorfreude ja des Genusses Bestes sein soll, muß ich mich schon zufrieden geben.

An Stoff fehlt es mir übrigens nicht. Laßt mich heute, was ich sonst erst in einigen Tagen getan hätte, in Ruhe Euch einen Plan entwickeln, mit dem ich mich seit längerer Zeit trage. Ich will durchaus nicht diplomatisch sein. Offen will ich Euch sagen, was ich wünsche und hoffe, und ich bitte Euch, mich recht unparteiisch anhören zu wollen. Ich bin, wenn der Februar zu Ende geht, dreieinhalb Monate in Paris, habe hier eine herrliche und nützliche Zeit verlebt und darf wohl daran denken, im nächsten Monat weiterzuziehen. Mein inniger Wunsch ist es nun, etwa am 8. März von hier aufzubrechen, über Lyon nach Marseille zu gehen, an der Küste über Nizza und Mentone nach Genua zu wandern, und von dort nach Civita Vecchia zu fahren, um die Ostern in Rom zu verleben. Was ich Euch hier vortrage, ist kein plötzlicher Einfall, sondern ein Lieblingsplan, den ich lange gehegt und gepflegt habe. Einmal muß ich Rom sehen, und wann böte sich bessere Gelegenheit als jetzt, da ich frei und auf halbem Wege bin. Das Konzil verdoppelt den Reiz. Wenn ich mein Vater wäre, so würde ich meinem Sohne schreiben: „Lieber Sohn! In Rom tagt das Weltkonzil, zum ersten Mal wieder seit 300 Jahren, vielleicht bestimmt, der katholischen Kirche durch seine extremen Beschlüsse, wie das Tridentinische Konzil den ersten so jetzt den zweiten verhängnisvollen Stoß zu geben. Es ist ein Weltereignis, und da Du frei bist, bin ich damit einverstanden, daß Du nach Rom gehst!" — Wie froh wäre ich, mein Herzensvater, wenn Du diesem Gedankengange zustimmen könntest. Was Ihr einwendet, glaube ich zu wissen. Zunächst: meine Reise verfolgt den Zweck, Französisch und Englisch zu lernen. Darauf repliziere ich, daß ich auch im Süden sicherlich beide Sprachen zu sprechen Gelegenheit haben werde. Ihr werdet ja aber auch selbst der Ansicht sein, daß das Studium der fremden Sprachen nur ein Zweck, doch nicht der einzige Zweck meiner Reisen ist. Am schwersten wiegt wohl der Geldpunkt. Freilich werde ich im gewöhnlichen Leben eher weniger gebrauchen als in Paris, aber die Reisekosten! Haltet mich nicht für leichtsinnig, wenn ich Euch bitte, durch diesen Grund allein Euch nicht zur Ablehnung meines Wunsches bewegen zu lassen. Ganz

eventuell habe ich ja auch noch ein kleines Privatkapitälchen (einige Tausend Mark werden es doch wohl sein), das ich kaum nützlicher verwenden könnte. Da habt Ihr meinen Plan. Indem ich Euch alles offen schreibe, wächst in mir das Vertrauen auf Eure Entscheidung. Gestattet mir nur noch zu bemerken, daß es mir schließlich nicht schaden wird, meinen geistigen Horizont noch etwas zu erweitern. Mit Spannung erwarte ich Euer Urteil. Wollt Ihr noch einen Sachverständigen zu Rate ziehen, so könnt Ihr ja keinen besseren haben als Schwager Behn. Übrigens wird meine Rückkehr nach Lübeck durch den Abstecher nach Italien in keiner Weise hinausgeschoben werden; denn vor Anfang Mai, dem Beginn der season, dürfte es kaum praktisch sein, nach London zu gehen. So seid mir gnädige Richter!

F.

Paris, den 16. Februar 70.

Die Unruhen der letzten Wochen scheinen überwunden zu sein. Der größte Teil der Presse spottet über das Gebahren der Volksvertreter, die ihre Zeit mehr mit Zank und Streit als mit ernsthaft fruchtbaren Debatten hinbringen. Seit einigen Tagen wollen die hiesigen Journale durchaus eine „Bayerische Frage“ sehen. Mögen sie Unrecht haben. Ich habe Hohenlohes Rede mit großem Interesse gelesen. Der Staatsmann entfernt sich immer mehr von seinem Freunde Zachariae. Aber in manchen Definitionen und Wendungen glaubte ich doch noch den Staatsrechtslehrer sprechen zu hören. Die Eröffnung des Parlaments ist wundervoll. Das schmeckt doch eigentlich nach mehr als einer bloßen Zurechtweisung der Bayerischen Partikularisten. Wer weiß, was im Werke ist. Bismarck scheint ja sehr frisch zurückgekehrt zu sein und das Bedürfnis zu empfinden nach einigen Evolutionen. Sehr neugierig bin ich auf das neue Strafgesetzbuch. Zachariae versprach sich wenig davon; sein junger Rivale Professor John in Göttingen hat nicht unerheblichen Anteil an dem Werke. Sollte der Entwurf schon aufzutreiben sein, so beauftragt, bitte, Grautoff, ihn mir unter Kreuzband zu senden. ...

Der italienische Gesandte Nigra ist noch ein ganz junger Mann; ich halte ihn für einen 36er, aber er sieht verlebt aus, die Augen sind glanzlos, sympathisch ist er nicht. Freundlich war Werthers Sohn, der früher Offizier war und jetzt sich ganz der Malerei widmet. Zum Diplomaten soll er nicht gepaßt haben.

Morgen Abend im Hôtel de Ville. 8500 Menschen sollen geladen sein. Voraussichtlich werde ich noch in diesem Briefe berichten. Der Hofball dagegen ist noch nicht angesetzt; vermutlich wird er erst heute über acht Tage stattfinden.

den 18ten.

Eben erhalte ich Eure ersehnten Briefe, ich antworte postwendend. Ihr könnt Euch keinen Begriff davon machen, Ihr geliebten Eltern, wie glücklich Eure Einwilligung mich macht. Viel habe ich an den Süden gedacht, aber jetzt, da nun Alles plötzlich Wirklichkeit werden soll, weiß ich mich vor Wonne kaum zu fassen. Ich wollte, ich könnte Euch ins Auge sehen. In guten vierzehn Tagen denke ich nun Paris zu verlassen. Den genauen Reiseplan schicke ich in der nächsten Woche. An Onkel Ludwig schreibe ich sofort; ich werde ihn bitten, mir das Zimmer des jungen Laspeyres zu mieten. Einen Kreditbrief verschaffe ich mir wohl am besten von Fould. F.

Paris, den 22. Februar 70.

Behn bin ich besonders Dank schuldig, daß er mich ermahnte, Rouen nicht zu vergessen. Gestern Morgen fuhr ich hinüber (3 Stunden dauert die Fahrt) und habe dort einen großen Tag gehabt. Eine prachtvolle alte Stadt: enge, malerische Gassen, schöne Holzschnitzereien an vielen Häusern. Dazwischen ragen dann plötzlich die mächtigen Staatsgebäude im gotischen Stil, allen voran der Justizpalast. Die Perle aber ist St. Ouen. Die mächtige Kirche liegt inmitten eines Gartens voll majestätischer Bäume, vor dessen Grenzen die schwarzen schnörkelhaften Häuschen dicht gedrängt zurückweichen. In einem früheren Kloster ist ein Altertumsmuseum eingerichtet, das nur Funde der Normandie enthält. Über dem Eingang sieht man wie an der Pariser Porte St. Denis die Worte, die

man sich vergebens bemüht hat auszulöschen: „République Française. Égalité. Liberté. Fraternité.“ Man hätte die Inschrift vielmehr konservieren sollen. Die französische Republik gehört doch wohl nicht für immer zu den „Antiquités“. — Im Stadthause bewunderte ich den großen Memling „Maria unter Engeln und Heiligen“, herrliche Figuren, die feinen, fast birnenartig geformten Gesichter, den zarten Ton, den keuschen Ausdruck und die köstlich ausgeführte Gewandung.

Auf morgen ist nun der Hofball angesetzt. Möge die Kaiserin nicht „unwohl“ werden. Am Sonntag habe ich nach langer Pause einmal wieder getanzt. Bei Hüffers wurde das Tänzchen improvisiert, aber nur zwei Tänze gab es. Bei aller Grazie tanzen die Französinnen nach meinem Geschmack schlecht. Zahlreich war die Diplomatie vertreten: Russen, Italiener, Badenser, Preußen.

den 23ten.

Hier mein Reiseplan:

Freitag den 4. März abends: Abfahrt von Paris
Sonnabend den 5. " " : Ankunft in Nizza
Sonntag den 6. " : Nizza
Montag den 7. " : Mentone
Dienstag den 8. " und
Mittwoch den 9. " nach Genua (mit der Post oder, wenn Begleiter sich finden, im Privatwagen)
Donnerstag den 10. März: Genua. Dort abends 9 Uhr Einschiffung nach Livorno und von da direkt
Freitag den 11. März: weiter nach Pisa
Sonnabend den 12. " nach Florenz
Sonntag, Montag, Dienstag und Mittwoch in Florenz
Donnerstag den 17. März nach Rom.

Onkel Ludwig habe ich geschrieben.

den 24ten.

Das große Ereignis, das seit Wochen in der Luft lag, der Tuilerienball, liegt nun hinter mir und ist bestimmt, in meinen Pariser Erinnerungen eine nicht unbedeutende Rolle zu spielen. Ich gebe Euch möglichst ausführlichen Bericht. Schon um halb neun fuhr ich hin, brauchte nur ein Viertelstündchen Queue

zu machen und war einviertel nach neun im Schloß. Die Vorhalle überrascht angenehm durch geschmackvolle Einfachheit. Desto mehr Glanz in den oberen Sälen. Im ersten Saale war bereits eine ziemliche Menge versammelt. Da ich vorgestellt werden sollte, wurde ich gleich in den reservierten Saal geführt, wo „die Élite“ bereits beisammen war, — sämtliche Gesandten (nur Metternich fehlte) mit den von ihnen einzuführenden Personen. Wie immer war Amerika am zahlreichsten vertreten, unter den 30 Amerikanern 25 Damen! Auch die Türkei und Rußland stellten ein ziemliches Kontingent. Norddeutschland brachte 4 Herren: Graf Pourtalès, junger sehr strammer Husarenleutnant, von Winterfeld, Ulanenhauptmann, Geh. Legationsrat Bölsche, endlich Dr. Fehling, Advokat. Lynar in carmoisinroter Uniform brachte mich zum Gesandten, der einfach und liebenswürdig mich willkommen hieß. Zu langer Unterhaltung war übrigens keine Zeit, da die Marschälle bereits die Gesellschaft in Reih und Glied zu postieren begannen. Über Bölsche habe ich mich köstlich amüsiert. Er war in reicher goldgestickter Uniform, die ihn stark zu genieren schien; wenigstens hatte er einen roten Kopf, den er von Zeit zu Zeit schüttelte, wie wenn der steife Halskragen ihn belästigte. Doch trotzte er den Unannehmlichkeiten mit großer Würde. Nachdem er mich mit Komplimenten über meinen ausgezeichneten Vater überschüttet, wandte er sich nach und nach an die Nachbarn: „Ich bin mit Ihrem Onkel, dem Grafen X genau befreundet“ — „Ah!“ — oder: „Wie geht es denn Ihrem lieben Vetter, dem Fürsten Y?“ — „Sie kennen ihn?“ — „Oh, ich war lange Zeit täglich bei ihm, ein charmanter Mann.“ Und in dieser Weise ging es weiter. Schlag viertel nach zehn Uhr hieß es, daß die höchsten Herrschaften mit ihrer Begleitung im Nebensaale eingetroffen seien. Sämtliche Gesandten machten dort ihre Reverenz, kamen dann aber wieder in unseren Saal zurück, und gleich darauf wurde „L'Empereur!“ gerufen. Der Kaiser trat ein, wenige Augenblicke später Eugénie. Beide machten einzeln die Runde im ganzen Saale; jeder Gesandte stellte seine Schützlinge vor, man trat einen Schritt aus der Reihe und machte sein Kompliment. Der Kaiser legte jedesmal sein

Haupt ein wenig auf die rechte Schulter mit einem unerfreulichen süßlichen Lächeln, und die Kaiserin erwiderte die Begrüßung. Fast die ganze Zeit sprach der Kaiser mit Werther, die Kaiserin redete einige Damen an, die sehr rot wurden und überglücklich waren. Die Vorstellung dauerte wohl fast eine halbe Stunde. Beständig in unmittelbarer Nähe des Kaiserpaares konnte ich die Gesichter gründlich studieren. Das Aussehen des Kaisers ist mitleiderregend. Ein kleiner aufgedunsener Mann, durchaus nicht mit dem entschiedenen Ausdruck, den ihm die Bilder geben. So müde, so unendlich müde. Wenn er sitzt, sieht er besser aus; steht er aber, so sieht man nur den Kranken. Die Augen sind fast geschlossen, die Lippen zucken, das Gehen wird ihm schwer, er scheint beständig große Schmerzen zu fühlen. Ich habe kein anderes Wort für ihn als „der arme Mann!" Die Kaiserin war — verschnupft. Sie ist nichts weniger als schön, aber überaus graziös, und wenn sie die Augen niederschlägt, was sie gern tut, noch lieblich zu nennen. Sie trug weißen Atlas, mit Rosenguirlanden aufgenommen und mit Brillanten übersät, im Haar ein prächtiges Brillantdiadem. Nach beendeter Vorstellung zog die ganze Gesellschaft in die Hauptsäle, wo das Gros der Eingeladenen Spalier bildete. Kaiser und Kaiserin nahmen im Saal der Marschälle auf Thronsesseln Platz, neben ihnen Erzherzog Albrecht, Prinz Plon-Plon, Prinzessin Clothilde und Prinzessin Mathilde. Der kleine Prinz war nicht da. Getanzt wurde in diesem Saale und nebenan. Das pompöse Orchester spielte, wahrscheinlich aus Galanterie gegen den Erzherzog, Straußsche Musik; Offenbach war verbannt. Glücklicherweise fand ich Bekannte, den amerikanischen Gesandtschaftsattaché mit Frau und Schwägerin (Hüffersche Bekanntschaft), nicht üble Tänzerinnen, mit denen ich abwechselnd dem bewundernden Hofe meine Künste produzierte. Das Ministerium war nahezu vollständig anwesend, nur Olivier, an dem mir am meisten gelegen, fehlte. Die Gesellschaft war bedeutend eleganter, distinguierter als im Stadthause; man sah sogar hübsche Mädchen, daneben auch freilich andere Figuren. Sämtliche alte Damen mit nakten Schultern. Himmel, welche Salzfässer! Große und kleine Syrte! Dafür suchte die kräftige Jugend

Frankreichs zu entschädigen. In summa: interessant und amüsant war die Geschichte, das dürft Ihr mir glauben, und ich werde wohl noch oft an das glänzende Fest des voraussichtlich letzten Napoléon zurückdenken. F.

Am 4. März verließ ich Paris. Ich fuhr in den lachenden blühenden Frühling des Südens hinein und genoß in vollen Zügen die Reize der Riviera, die ich nur noch einmal wiedergesehen habe: als ich im Jahre 1906 mit Maria meinen aus Japan heimkehrenden Otto in Genua in Empfang nahm. Daß ich jetzt allein war, empfand ich nicht als einen Nachteil. Im Gegenteil: die einsamen Wanderungen im Anblick von soviel Schönheit ließen nach dem Pariser Getriebe eine köstliche Beruhigung über mich kommen, wie ich denn auch im späteren Leben oft die schönsten Reiseeindrücke davongetragen habe, wenn ich mich von allen Begleitern (natürlich verstehe ich darunter nicht Frau und Kinder oder nahe Freunde) gelöst hatte. Bedauert habe ich meine Einsamkeit in Florenz, für dessen himmlische Kunstschätze mir leider auch nur die bescheidenste Vorbereitung — sage ich lieber: die Vorbildung — fehlte. Das hat nicht gehindert, daß ich mit höchstem Genuß in fünf Tagen die Galerien der Uffizien und den Palazzo Pitti studiert und mit Gewissenhaftigkeit darüber den Eltern Bericht erstattet habe. Aber hier entbehrte ich von Stunde zu Stunde mehr einen Wegweiser und geistigen Führer, wie ich ihn später in Venedig zu meinem Glücke unverhofft in Justus Brinckmann fand, der sich inzwischen ganz dem Kunstgewerbe zugewandt hatte.

Anders als in Florenz ist es mir in Rom ergangen. Nicht dankbar genug kann ich es preisen, daß ich durch den guten Onkel Ludwig und seine liebenswürdige mir damals wie eine ältere Schwester entgegenkommende Tochter Adele gleich zu Beginn meines römischen Aufenthaltes in einen Kreis eingeführt wurde, dessen ganze Atmosphäre mir täglich reiche Förderung brachte. Dazu kam Zweierlei. Im alten Rom fühlte ich mich als Schüler Breiers und Priens, als Jünger Ciceros und Horazens Freund vom ersten Tage an heimisch. Ich wohnte auf dem Kapitol neben dem Preußischen Archäologischen Institut,

Monte Caprino 26 (im Garten „zeigte man den tarpejischen Felsen"!) und brauchte also nicht erst zum Forum hinauszuwandern; greifbar in meiner unmittelbaren Nähe lebten die berühmten Stätten und ihre Bauten auf, die mir längst vertraut waren. Zu diesen günstigen Vorbedingungen gesellte sich nun der Umstand, daß das damals ja noch päpstliche Rom im Zeichen des Konzils stand, dessen Anwesenheit sich nicht bloß durch die zahlreichen Karossen mit dem auf dem Dache liegenden roten Regenschirm — dem Zeichen der Kardinalswürde — ankündigte, sondern dem alten Bilde und dem Leben der ewigen Stadt einen neuen, ganz aktuellen Reiz, den kirchlichen Feiern einen das Märchenhafte streifenden Glanz verlieh und dem Fremden den Zutritt zu allen Sammlungen und Villen erleichterte. Die politische Spannung war in jenen Wochen, in denen das Dogma der päpstlichen Unfehlbarkeit sich vorbereitete, eine außerordentliche, und sie ward noch dadurch gesteigert, daß die römische Presse über die geheimen Verhandlungen sich so gut wie ausschwieg, und einigermaßen zuverlässige Nachrichten über den Stand der Konzilberatungen nur auf dem Wege durch die „Augsburger Allgemeine" nach Rom gelangten. Von den Römern waren es die Familien des Direktors und der Mitarbeiter des Archäologischen Instituts Henzen, Helbig und Adolf Klügmann (älteren Bruders des späteren hanseatischen Gesandten), die mich gastlich aufnahmen. Namentlich Klügmann war freundlich bestrebt, dem jungen Landsmanne zur Ausnutzung seiner nur auf fünf bis sechs Wochen berechneten römischen Zeit mit bewährtem Rat an die Hand zu gehen. Durch ihn bin ich auch mit tüchtigen Gelehrten und mit so manchen — deutschen und französischen — Künstlern bekanntgeworden, mit denen ich noch in Neapel und auf den Inseln zusammenhielt. Von den in Rom Ansässigen will ich nur den zu früh seiner Wissenschaft entrissenen, hochbegabten aber spröden Lübecker Dr. Friedrich Matz, von berühmten Romreisenden „das große evangelische Kirchenlicht" Kirchenrat Hase aus Jena und die beiden Brüder Reinhold und Carl Begas (mit denen ich im Helbigschen Hause musizieren durfte), von jungen Künstlern die Architekten Henrici und Hans

Grisebach, beide aus Göttingen, nennen. Einen feenhaften, hie und da sehr weltlichen Glanz entwickelte die Feier des Osterfestes — mir wenig sympathisch —, nachdem ich während der Stillen Woche Tag für Tag den wunderbar stimmungsvollen musikalischen Darbietungen in St. Peter mit wahrer Andacht gefolgt war.

Gleich nach Ostern, nach einem kurzen Zusammensein mit Schwager Behncke und seiner Frau, meiner guten Schwester Louise, sowie mit meinem Freunde Richard Krauel, zog ich mit einer deutschen Künstlerschar nach Neapel, nach Pompeji, Sorrent, Amalfi, Paestum und den Inseln, auf denen ich nur zu gerne noch Wochen, am liebsten Monate lang geschwelgt hätte.

Ende April 1870 bemächtigte sich meines Vaters eine gewisse Unruhe; ich weiß nicht, ob körperliches Unbehagen des Siebzigjährigen, oder etwa die Sorge vor politischen Verwicklungen der eigentliche Grund war. Jedenfalls legte er mir nahe, nicht, wie ich geplant hatte, von Italien über Frankreich nach England zu gehen, sondern zunächst, wenigstens für einige wenige Tage, in Lübeck einzuschauen. Ich kürzte nun zwar nicht meinen Aufenthalt im Süden ab, wohl aber die Korrespondenz, und beschloß dann, die italienische Zeit nach zweitägigem Aufenthalt zu Bologna in Venedig, wo ich in dem lieben Justus Brinckmann, den ich seit drei Jahren nicht gesehen hatte, den besten und freundlichsten Führer fand. Dann eilte ich über Verona nach dem Norden. Am 17. Mai war ich daheim.

Acht Tage später führte mich ein schlingernder Kohlendampfer von Hamburg nach Leith. Bei Sonnenaufgang tauchte Edinburg vor mir auf, dies wunderbare Gemisch von Paradies und Rauchnest. Ich blieb dort nur zwei Tage und wandte mich dann sogleich nach Glasgow, wo mein Vetter Christian Rethwisch, einst Kommis, nun Chef des angesehenen Kohlenhauses Theodor Hertz & Co., mich auf das gastlichste in seinem schönen und behaglichen Junggesellenheim aufnahm. Mit Freuden folgte ich seinen Ratschlägen bei Ausarbeitung meines Reiseplanes. Ich hatte nicht nur — zum drittenmal in diesem Jahre — liebliche Frühlings-

tage am Loch Lamond und am Loch Catherine; meine Wanderungen führten mich über Dunkelt, Braemar, mit einem Abstecher nach Balmoral über Glen Tilt nach Blair Athole. Eine Tagesfahrt auf dem Caledonischen Kanal brachte mich durch das Herz des Hochlandes nach Inverneß, wo ich der Parade eines schottischen Regiments in der bunten Hochländertracht beiwohnen konnte. Ja, ich drang bis Oban vor, fuhr in neunstündiger Meerfahrt zu den Shetland-Inseln Jona und Staffa und weilte eine Stunde in der Fingalshöhle, deren Großartigkeit die Erinnerung an Capris blaue Grotte zu einer Spielerei herabdrückte. Dann kehrte ich nach Edinburg und Glasgow zurück und wandte mich nun, durch Vetter Christian wohl vorbereitet, nach England. Ich nahm mein Hauptquartier in London im vierten Stock eines alten Hauses in der Pall Mall Nr. 6, ganz nahe bei Trafalgar Square, und habe von hier aus alle Ausflüge und auch größere Reisen unternommen, nach Manchester und Liverpool, nach dem malerisch drolligen Chester und dem ernsten Oxford.

Ich kann mich nicht entschließen, über mein damaliges Leben und Treiben in London zu berichten. Wohl erinnere ich, daß die reichlich vier Wochen, die ich dort weilte, mir unendlich viel des Interessanten nahegebracht haben, auch sehr viel Schönes mich kennen lehrten. Aber ich sehe das alles heute nur wie durch einen Nebel verwischt, getrübt. Furchtbare Qualen hat mein späterer Aufenthalt in London mir gebracht. Hier haben Marie und ich im Dezember 1897 von unserem Kurt Abschied genommen und die Leiche des so grausam uns entrissenen heißgeliebten Kindes ganz allein durch die Londoner Straßen zum Friedhofe hinausgeleitet. Die unsagbar traurigen Eindrücke solcher Tage haben sich förmlich zwischen heute und 1870 eingedrängt, eine Schilderung meines Jugendaufenthaltes in der schlimmen, kalten Stadt mir unmöglich machend.

Die Absicht, 1870 noch länger in London zu verweilen, ward durch die politischen Ereignisse vereitelt. Jäh brach am 13. Juli der Krieg zwischen dem deutschen Vaterlande und dem Erbfeinde aus. Am 20. Juli schiffte ich mich in Harwich ein, um über Rotterdam in die Heimat zu eilen, wo soeben mein

Vater aus Teplitz, meine Mutter mit Schwester Julie aus Bad Rehburg eingetroffen waren.

Die Unterredung, die ich am ersten Abend mit meinem Vater hatte, offenbarte Gegensätze, von denen ich bisher keine Ahnung gehabt hatte. Als ich in London die Nachricht erhalten, daß der Krieg erklärt sei, war ich mir über den von mir einzuschlagenden Weg keinen Augenblick im Zweifel gewesen. Lübeck hatte bis 1867, dem Jahre seiner Militärkonvention mit Preußen, seine eigene Truppe, deren Mitglieder durch Auslosung bestimmt wurden, und ich hatte mich seinerzeit freigelost. Eine Dienstpflicht bestand also für mich nicht. Aber ich war entschlossen, freiwillig in das Heer einzutreten. Meinem Vater fehlte dafür jedes Verständnis. Ja, er hielt meinen Entschluß geradezu für unverantwortlich. Auf einen Ausbruch maßloser Heftigkeit folgte bei ihm eine tiefe Depression, die zu überwinden mir nicht gelang. Ich wandte mich durch Vermittlung des Direktors der Deutschen Lebensversicherungsgesellschaft in Lübeck Sydow an den Generalauditeur der Armee Fleck und bot ihm unter Hinweis auf die frisch erworbenen Sprachkenntnisse meine Dienste im Auditoriat an. Mein Gesuch ward „wegen großen Andranges preußischer Bewerber" abgelehnt. Es folgten neue Auseinandersetzungen mit meinem Vater, der zu meiner Überraschung diesmal Sukkurs bei Behn suchte und erhielt; und das schließliche, auch von meiner Mutter, die meine Anschauungen billigte, im stillen ersehnte Ergebnis war eine Vereinbarung dahin, daß, falls die Franzosen in Deutschland einrücken sollten, ich bei dem von mir zu bestimmenden Truppenteile — ich neigte zu dem 9. Jägerbataillon in Ratzeburg, das in Travemünde seine Rekruten einexerzierte — als Freiwilliger eintreten werde. Ich kann nicht leugnen, daß ich die Siegesnachrichten von Weißenburg und Wörth und den weiteren Siegeszug der Deutschen mit gar sehr geteilten Gefühlen aufnahm. Ich s c h ä m t e m i c h, daheim geblieben zu sein, und manche Jahre sind darüber vergangen, ehe ich mich beruhigte. Noch bei den Erinnerungsfeiern 1895 empfand ich den Schmerz, daß ich meinem Vater gegenüber nicht fest geblieben war. Erst im neuesten Kriege ward ich von jener nagenden Pein ganz befreit, weil es mir beschieden war, eine Reihe von Söhnen ins Feld ziehen zu sehen.

Meine Eltern hatten den Wunsch, daß ich für den Anfang bei ihnen Wohnung nehmen möge. Sie hatten mir im Flügel des Erdgeschosses ein prächtiges Arbeitszimmer mit Blick in den Garten eingerichtet, und hier habe ich die ersten Klienten empfangen, die sich zu meiner freudigen Überraschung bald einstellten. Nach sechs Monaten zog ich zu meinem Bruder Hermann, der inzwischen das Haus des Bürgermeisters Torkuhl am Koberg (jetzt Geibelplatz 5) gekauft und das Erdgeschoß des Vorderhauses zu einer sehr schönen Wohnung für mich umgebaut hatte, die u. a. den Vorzug eines besonderen Zuganges von der Vordiele besaß. Das Sprechzimmer hatte noch eine zweite Tür, so daß die Klientel ungesehen von den im Vorzimmer etwa noch wartenden Personen verschwinden konnte. Auf diese bauliche Anordnung habe ich bei allen meinen im Laufe von 27 Anwaltsjahren benutzten Bureauräumen Wert gelegt; im Hause Königstraße 9, das ich 1884 erwarb, hatte ich — nicht für alle Klienten verständlich — den Horazischen Hexameter über die nach dem Innern des Hauses führende Tür geschrieben:

Atria servantem postico falle clientem.

(Zu Deutsch: Wenn der Klient dir die Türe bewacht, entschlüpfe nach hinten!)

Die Praxis entwickelte sich schnell. Mein lebhafter Wunsch, in Handelssachen, besonders in See- und Wechselsachen beschäftigt zu werden, erfüllte sich, dem Gerichte vielleicht nicht sehr bequem. Denn bis zu seiner Erwählung in den Senat (1877) war mein Bruder Hans kaufmännisches Mitglied der Kammer für Handelssachen, es mußte also in allen Prozessen, in denen ich als Anwalt auftrat, mithin fast regelmäßig für jede Sitzung, ein stellvertretender Handelsrichter zugezogen werden. Meine Tätigkeit war aber nicht einseitig. Ich ward bald auch als Verteidiger in Strafsachen gesucht und habe während meiner ganzen Anwaltszeit namentlich vor dem Schwurgerichte in interessanten Kriminalfällen fleißig und gerne gearbeitet. Als Dr. Rittscher in den Senat gewählt ward und Dr. Crome Lübeck verließ, um Anwalt beim Reichsgerichte zu werden, wuchs meine Praxis erheblich. Ich wurde Syndikus der Deutschen Lebensversicherungsgesellschaft und Konsulent der Commerzbank in Lübeck (1879). Da die

neuen Justizgesetze unter Aufhebung des Oberappellationsgerichtes das Hanseatische Oberlandesgericht in Hamburg und zugleich die Hanseatische Anwaltskammer eingeführt hatten, ward ich in noch jungen Jahren Mitglied des Vorstandes der Kammer und bald darauf Vorsitzender des Lübeckischen Anwaltsvereines. — Auf die Vertiefung meiner Rechtsstudien und auf meine Handhabung des Rechtes, überhaupt auf meine ganze Richtung haben zu Anfang fast gleichaltrige Freunde (Benda, Hansen, Richard Behn, Schön), später der im Jahre 1879 zum Präsidenten des Landgerichtes bestellte bisherige Oberappellationsrat Karl Hoppenstedt einen starken und nachhaltigen Einfluß ausgeübt. Namentlich Hoppenstedts Zucht habe ich viel zu verdanken. Wie ich über ihn dachte, habe ich in dem Nachrufe zusammenzufassen gesucht, den ich viel später in meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Justizkommission des Senates dem Heimgegangenen gewidmet habe. Der Nachruf ist im Druck erschienen. Der gute Stand des lübeckischen Gerichtswesens im letzten Viertel des vergangenen Jahrhunderts, die glückliche Überleitung der Justizverwaltung und der Rechtspflege in die durch den Geltungsbeginn des B.G.B. inaugurierte neue Zeit ist in erster Linie Hoppenstedt zu danken. Sein Wissen, seine Arbeitskraft, seine Begeisterung für das Recht und für sein Amt haben jedem, der in der Arbeit sich mit ihm zusammenfand, volle Hochachtung abgenötigt. Jurist von Gottes Gnaden, Organisator ersten Ranges, ein ganzer Mann, eine ausgeprägte Persönlichkeit. Er hat manche Gegner gehabt, und Anfeindungen sind ihm, dessen Wesen oft hart schien, nicht erspart geblieben; sie fochten ihn nicht an. Er ist immer, sich selbst treu, auch da für seine Überzeugung mit voller Offenheit eingetreten, wo er wußte, daß sein Wort nicht bequem sei.

Doch ich habe weit vorgegriffen. Kaum ein Jahr lang hatte ich Advokatur und Notariat ausgeübt, als ich schon an die Begründung eines eigenen Hausstandes dachte.

Aus den Jahren 1870 bis 1896

Am 23. August 1870 hatte meine Schwester Louise Behncke einen Kreis junger Frauen und Mädchen um sich versammelt, um Charpie zu zupfen. Ich war gebeten, etwas vorzulesen; aber ich zog Unterhaltung vor. Hier — es war im Gartenhause Eschenburgstraße 37 — sah ich Mariechen Geibel zum erstenmal. Gleich bei unserer ersten Begegnung fesselte mich die fast noch kindlich zu nennende, fröhliche Unbefangenheit der Siebzehnjährigen, ihr seelenvolles Auge, die Anmut ihrer Bewegungen, ihre Stimme. Es lag ein erfrischender Hauch auf ihrem ganzen Wesen. Am Abend geleitete ich Fräulein Geibel nach Hause. Das habe ich im Laufe des Jahres wiederholt tun dürfen, namentlich wenn wir im Reuterschen Hause zusammen musiziert hatten. Auch bei Behns fand ich öfter Gelegenheit, Marien zu treffen. Am 9. Juli 1871 ward auf dem Garten meiner Eltern die Behnsche Silberhochzeit gefeiert. Der Abend entschied für uns. Als ich in der lauen Sommernacht vor Geibels Haustür (Breite Straße 10) mich von Marie verabschiedete, wußte ich, daß wir einander gehören würden. Ob die verständige Bertha Geibel es für geraten hielt, „das Kind" für einige Zeit von Lübeck zu entfernen? Unwahrscheinlich ist es nicht. Jedenfalls entschwand mir das teure Mädchen monatelang. Sie weilte, wie ich bei Behns erfuhr, bei Putlitzens in Retzin, und erst im Oktober sah ich sie flüchtig auf der Straße wieder, ohne sie zu sprechen. Meine Praxis hatte mir im ersten Jahre ganze 3000 Mark abgeworfen; ich glaubte es wagen zu können, an die Gründung des eigenen Herdes zu denken. Ehe ich mich erklärte, hielt ich eine Aussprache mit meinem Vater für nötig, und am Abend des 6. November (bis dahin schlimmen Angedenkens — es war der Jahrestag der Plünderung Lübecks

durch die Franzosen 1806) trug ich ihm meinen Wunsch und meine Hoffnung vor. Mir klopfte das Herz, war doch die erste Meinungsverschiedenheit vom Juli 1870 noch keineswegs vergessen. Aber jede Sorge erwies sich als unnötig. Mit herzlicher Rührung hörte der geliebte Vater meinen Vortrag, und Einwendungen wurden nicht erhoben. So entschloß ich mich denn am nächsten Morgen, nachdem ich noch Hermann ins Vertrauen gezogen, an Geibel zu schreiben und ihn „in einer für mich sehr wichtigen Angelegenheit" um eine Unterredung zu bitten. Niemals hatte ich bisher mit dem gefeierten Poeten gesprochen. Aber mit allen Lübeckern empfand ich für unseren Ehrenbürger eine aufrichtige Verehrung. Freilich mischte sich darin eine Befangenheit, die noch erheblich stieg, als auf meine um zehn Uhr abgesandten Zeilen schon bald die Antwort einlief, „mein Besuch werde um halb zwölf sehr willkommen sein". Pünktlich stieg ich die Treppen zur Geibelschen Wohnung hinauf. Ich fand den Herrn Professor allein zu Hause. Er empfing mich mit gütiger Würde, ließ mich auf dem hochlehnigen Eichenstuhl mit dem goldgepreßten Lederbezuge Platz nehmen (der schöne Stuhl hat in unserem Hause den Namen „Verlobungsstuhl" erhalten — ach, er steht, da ich diese Zeilen schreibe, neben mir — unter dem Marmorrelief der nun schon seit 15 Jahren mir entrissenen geliebten Frau!) und hörte mich freundlich an, lächelte ein ganz klein wenig, als ich meiner Überzeugung Worte lieh, eine Frau ernähren zu können, und legte mir, da ich ihm endlich von meiner tiefen Neigung für sein Kind sprach, das glücklich zu machen mein ganzes Streben sein sollte, die Hand auf die Schulter mit den Worten: „Das ist mir nun eigentlich die Hauptsache!" — Als nach einer Viertelstunde Marie nach Hause kam, öffnete er die Tür zum Wohnzimmer und schob mich hinein. Wir blickten uns ins Auge — wortlos hielten wir uns umschlungen.

Am 22. Mai 1872 feierten wir die Hochzeit, deren Fest meine Eltern im Behnschen Hause gaben, nachdem die Trauung durch Onkel Johann Carl Lindenberg, Geibels ältesten Schwager, in unserer St.-Ägidien-Kirche vollzogen war. 75 Gäste

waren geladen. Die Hochzeitstafel war in den drei großen Vorderzimmern des ersten Stockes hergerichtet. Zu unserer innigsten Freude konnte auch Mütterchen am Feste teilnehmen. Auf der Diele konzertierte die Militärkapelle. Bald nach zehn Uhr, nachdem der Brautkranz vertanzt war, gingen wir in unser Heim hinüber. Mein Vater hatte uns das Haus Königstraße 696, jetzt 12, gekauft, dessen schöne Wohnräume mit ihrer prächtigen und doch so behaglichen Einrichtung einen bezaubernden Eindruck auf uns machten. Das Haus ist noch heute so ziemlich unverändert. Lange Jahre war es von „der alten Marty" (Frau Konsul Marty, Großmutter von Heinrich und Thomas Mann) bewohnt. Einen Fehler hatte es: das Grundstück besaß auch nicht das kleinste Gärtchen. Die Folge war, daß wir, da die Familie schnell sich vergrößerte (binnen neun Jahren wurden uns sechs Söhne geschenkt), in jedem Sommer entweder für einige Wochen mit den Kindern an die See (Niendorf) gingen oder für den ganzen Sommer eine Gartenwohnung bezogen. Als die Kinderschar und auch die Zahl der Klienten noch weiter wuchs, mußten wir unsere liebe Stadtwohnung, in der uns reinstes, ungetrübtes Familienglück beschieden war, aufgeben*). Ich mietete 1881 das damals in großem, schönem Garten stehende Haus Roeckstraße 2 (jetzt Röfing), und nun bezog mein Schwiegervater unser altes Haus, das auch ihm liebgeworden war, als sein Altersheim. Lange hat dieser Zustand, der allen Wünschen so vollkommen entsprach, nicht gedauert. 1882 starb mein Vater, 1884 folgte ihm mein Schwiegervater, und jetzt kaufte ich, einem von Vater hinterlassenen Wunsche entsprechend, das große Grundstück Königstraße 9, neben Behns, das in den letzten Jahren von meinen Eltern als Mietswohnung benutzt worden war, seitdem sie ihr Grundstück neben dem Heiligen-Geist-Hospital an die Deutsche

*) Aus dem Fehlingschen Familien-Stammbuche. „Unsere Kinder: Johannes Emanuel, geb. 21. 2. 1873 — Kurt, geb. 4. 6. 1874, gest. 4. 12. 1897 — Ferdinand, geb. 11. 11. 1875 — Wolfgang, geb. 16. 5. 1877 — Otto, geb. 14. 8. 1878 — Walther Christoph, geb. 7. 4. 1880 — Ada Luise Emilie, geb. 28. 6. 1881 — Jürgen Karl Geibel, geb. 1. 3. 1885 — Maria, geb. 15. 2. 1890."

Lebensversicherungsgesellschaft veräußert hatten. Mütterchen nahm ihren Witwensitz im Hause Nr. 3 am Geibelplatz, das früher meinem Bruder Hans gehört hatte.

Schon in den ersten Jahren unserer Ehe war unser Verkehr keineswegs auf den Kreis der Verwandten beschränkt. Namentlich waren es zwei kleine, durch vorsichtige Wahl zusammengestellte Vereinigungen, die in unserem Leben eine nicht unwesentliche, sehr liebenswürdige Rolle spielten: ein juristischer und ein musikalischer Verein. Als die neuen Justizgesetze 1877 verkündet waren, schlug, wenn ich nicht irre, Schön ein gemeinsames Durcharbeiten der Zivil- und Strafprozeßordnung, des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Anwaltsordnung in engstem Kollegenkreise vor. So kamen die Ehepaare Schön, Hansen, Benda, Richard Behn und wir an jedem zweiten Dienstage abends 6 Uhr zusammen. Im Kreise der Männer ward über einen vorher bestimmten Abschnitt referiert und beraten. Um achteinhalb vereinigten wir uns mit den Frauen zu einem frugalen Abendbrot. Dies regelmäßige Zusammensein ward auch der Ausgangspunkt für allerlei wahrhaftig nicht geistlose, zum Teil sehr witzige dramatische Scherze für Polterabende und Anwaltskammerversammlungen. Führende Rolle hatte ich bei all diesen Dingen nicht. Auf dem Rechtsgebiete hatte meistens der sehr begabte und ehrgeizige Behn die Führung, bei den schöngeistigen Bestrebungen ergänzten sich in glücklichster Weise Hansen und Benda. — Behns und Hansens Berufung an das Hanseatische Oberlandesgericht bedeutete für die Lübecker Freunde, bedeutete für Lübeck einen schweren Verlust. Am meisten verlor durch Hansens Fortgang Benda, der von der Schulbank her eigentlich alles mit ihm geteilt hatte. Aber auch Marie und ich haben die Übersiedlung der Freunde nach Hamburg schmerzlich empfunden. Gustav und Adele hatten sich in unserer jungen Häuslichkeit einst kennengelernt. Der Fehling-Behnsche Familienkreis (Adele war die Tochter meiner ältesten Schwester) verlor ein besonders liebenswürdiges Element. Um so enger schlossen wir uns nun an Bendas an. Die treue Freundschaft, die seit fünfzig Jahren Hans Benda und mich

verbindet, gilt mir als eine der kostbarsten Gaben, die mir das Schicksal beschieden hat. — Während mehrerer Jahre nahmen Marie und ich auch an einem musikalischen Kränzchen teil, dessen Mitglieder damals die Ehepaare von Brocken, Rat Schlesinger, Dr. Heinrich Reddelien, ferner Karl Matz und wir waren. Hier entzückte mich vor allem der Liedergesang der Frau v. Brocken-Rüttimann, dessen ganz unbeschreiblicher Wohllaut mich oft — so eigentümlich das klingt — an den Tonfall einer Hedwig Niemann-Rabe erinnert hat. Beide hatten Töne, die ich bei anderen Künstlerinnen nie wiedergefunden habe. Wer Frau v. Brocken Schubertsche Lieder, etwa „Die linden Lüfte sind erwacht", hat singen hören und von der Niemann den Ausruf in den „Geschwistern": „Wilhelm, es ist nicht möglich!" vernahm, versteht mich.

In den achtziger Jahren begann dann für Lübeck durch Clara Herrmanns hervorragende Begabung eine neue Periode, die Blüte edler Kammermusikpflege. Die ebenso liebenswürdige als kraftvolle Künstlerin herrschte in dem von ihr selbst geschaffenen Kreise unumschränkt, und wie gerne ließ man sie regieren. Ihre Kammermusikabende zogen treffliche Kräfte nach Lübeck. Florian Zajic, Albert Gowa standen damals auf der Höhe, Michael Balling nicht zu vergessen. Auch große Sänger kamen. Ich will nur an Hill und Karl Mayer erinnern. Wenn nach dem Konzert, während dessen ganzer Dauer oft Clara den Flügel nicht verlassen hatte, ein geladener Kreis dankbarer Verehrer mit den Künstlern zu einfach behaglicher Geselligkeit beisammen blieb (die Häuser Pabst, Achilles, Fehling pflegten abzuwechseln in der Einladung, wenn sie nicht von Claras feinsinnigem Oheim, dem Weinhändler Carl Bruhns, abgelöst wurden), kam oft nach aufgehobener Tafel noch gegen Mitternacht die Musik abermals zu ihrem Recht, und erst in später — richtiger: früher — Stunde trennten sich die Begeisterten. Es war eine köstliche Zeit.

Vortreffliche Musik war auch im Reuterschen Hause heimisch; aber wenn ich seiner mit inniger Dankbarkeit gedenke, so bin ich mir darüber klar, daß hier in erster Linie doch das rein Menschliche die Häuslichkeit so anziehend machte. Als Geibel

nach kaum dreijähriger Ehe seine Ada verlor, war die kleine „Musch“ zu Reuters*) gekommen, wo sie bis zu ihrem fünfzehnten Jahre verblieb und wie ein eigenes Kind in der großen Schar der Reuterei gehalten wurde. „Onkel Gottlob“ war ein prachtvoller Mensch, ein edler Charakter, ein treuer, gesuchter Arzt; in den letzten Jahren glich der Weißbärtige mit den freundlich blickenden Augen und der sonoren Stimme einem Patriarchen. Ihm zur Seite die vielseitig gebildete und bis ins höchste Greisenalter für alles Gute und Schöne begeisterte Gattin, die Seele des Hauses, unsere geliebte Tante Elise. Von ihr ist auf meine Marie die Mütterlichkeit übergegangen, die sie zur besten Freundin unserer neun Kinder werden ließ. In diesem Hause, in dem echte Vaterlandsliebe und Liebe zur Kunst heimisch waren, wußte Geibel während seiner Münchener Zeit — bis 1868 — sein einziges Kind wohlgeborgen, und hier kehrte er selbst mit Freuden ein, so oft er in jenen sechzehn Jahren in die Vaterstadt kam. Als er dann 1868 dauernd hier sich niederließ, nahm er, dem seine Nichte Bertha Geibel den Hausstand führte, seine Tochter wieder zu sich. In den Jahren seines Alters ist kaum ein Tag gewesen, an dem sich der Verkehr zwischen Breite Straße und Hüxstraße (wo das Reutersche Haus lag) nicht lebendig gezeigt hätte. Besonders Caroline und Elisabeth, die beiden ältesten Töchter, waren gern gesehene Gäste am Geibelschen Abendtische und erfreuten den Dichter durch ihre liebenswürdige Musik.

Geibel war ein sehr liebevoller Vater. Mit wahrer Herzlichkeit nahm er mich in seine Familie auf. Bei uns, d. h. bei den Fehlingern, herrschte noch der alte Brauch, daß die Eltern die Schwiegersöhne mit „Sie“ anredeten — und umgekehrt. Mein neuer „Papa“ duzte mich vom ersten Augenblicke an; er nannte mich Felix, ohne zu wissen, daß das auch mein Kneipname in Heidelberg und Leipzig gewesen war. Ich kann mich nicht entsinnen, daß er mich jemals bei meinem wirklichen Namen gerufen hätte. Auch ich durfte sogleich „Du“ sagen und

*) Ada Geibels ältere Schwester Elise geb. Trummer war mit dem praktischen Arzte Dr. med. Gottlob Christian Reuter in Lübeck verheiratet.

tat es mit Stolz. Im letzten Jahrzehnt seines Lebens hat Geibel selten völlig schmerzfreie Tage gehabt. Aber er blieb doch bis etwa 1880 beweglich, und wenn das Wetter es irgend gestattete, machte er mittags einen Gang durch die Stadt, nachmittags vors Tor. Jahrelang schaute er täglich gegen zwölf Uhr bei uns ein, um ein Viertelstündchen bei Marie zu plaudern und nach den Enkelkindern zu sehen, deren Entwicklung ihm Freude machte, auch wohl für den Abend eine Verabredung zu treffen. Waren andere Gäste nicht geladen oder angemeldet, so waren Fehlings bei Geibels, oder Papa und Bertha kamen zu uns. Dies häufige Zusammensein im allerengsten Kreise bleibt mir unvergeßlich. Mit uns Kindern war Geibel gänzlich frei und ungezwungen, während er in der Gesellschaft anderer Personen eine gewisse Zurückhaltung bewahrte, die nur wich, wenn das Gespräch sich literarischen Fragen zuwandte. Dann konnte er leidenschaftlich debattieren. Aber immer blieb er sachlich. In die Charakterisierung, die man in jedem dritten Aufsatz über Geibel liest, daß er in seiner Lübecker Zeit etwas ausgeprägt Priesterliches an sich gehabt habe, Kavalier und Priester zugleich gewesen sei, kann ich nicht einstimmen. Was das erste Wort betrifft, so mag es zutreffen, wenn man damit auf seine durch langes Hofleben angenommene, seinem Naturell auch keineswegs widersprechende Höflichkeit im besten Sinne des Wortes anspielt. Im übrigen war er viel mehr liebenswürdig als chevaleresk. Was aber das Priesterliche betrifft, so ist zwar zweifellos, daß er sich als Priester seiner Kunst fühlte, nicht über andere sich erhebend, sondern in dem Sinne, daß er sich verantwortlich wußte für seine Dichtung; und in den Mittelpunkt seines „Gebets“ stellt er ja die Bitte:

„Gib Deinen Geist zu meinem Liede, daß rein es sei;
Und daß kein Wort mich einst verklage, sei Du mit mir!“

Aber schlimm ist das aus solcher Charakterisierung hervorgegangene Mißverständnis, dem ich bei manchem Nichtlübecker begegnet bin, als habe der Dichter etwas Pastorenhaftes an sich gehabt. Geibel hatte gar nichts Salbungsvolles. So lange die Kräfte reichten, war er von besonderer Lebendigkeit und Elastizität. Kein größerer Gegensatz z. B. als zwischen ihm und

dem im Alter mit ihm befreundeten Rudolf Kögel, dem Oberhofprediger des alten Kaisers. Mit seinem ältesten Schwager, dem Senior Lindenberg, konnte er sich nicht recht finden, und abgesehen von dem jüngsten Schwager Trummer, mit dem er übrigens in aller Herzlichkeit scharf disputiert hat, und seinem — und meinem — Neffen Heinrich Lindenberg, der ihm sehr nahe stand, war ihm von den lübeckischen Geistlichen eigentlich nur der vielseitige und von Vaterlandsliebe glühende Luger vom Dom sympathisch.

Mit Vorliebe las er vor, am liebsten aus seinen „Mappen", wie mir schien, oft mit zu großem Pathos; aber eine Rede halten war ihm fast noch fataler als Briefe schreiben. Nichts erinnerte bei ihm an den Typ des Gottesgelehrten.

Geibel war tief religiös, aber jedes Dogma lehnte er ab. Er war auch kein Kirchengänger. Nicht, daß er es, wie Goethe, je ausgesprochen hätte, daß er in der Jugend sich an dem Besuch der Predigten übernommen habe; davor hat ihn die Größe und Tiefe seines Vaters bewahrt, dem er, wie seiner Mutter, bis ans Ende schönste Pietät hielt. Nein, Geibel war zu wahrhaft, um die Predigten zu suchen. Er konnte es nicht fassen, daß man die Türen nicht groß und breit machte, statt sie selber zu verrammeln. Der neuesten Bewegung auf kirchlichem Gebiete würde er mit der lebendigsten Anteilnahme gefolgt sein. Nicht wenig mag die nie vergessene Strenge des alten Funk von St. Marien sein Vorurteil gegen die lübeckische Geistlichkeit noch im Alter beeinflußt haben. In einer sehr ernsten Veranlassung hat er sich mir gegenüber einmal darüber ausgesprochen, wie beklagenswert es sei, daß sein Vater, der reformierte Prediger, keine Schule gemacht habe. „Der war innerlich frei, der hat nicht seine Gemeinde, er hat eine lübsche Generation erbaut und viel Gutes aufgebaut. Aber andere sind gekommen und haben den Bau wieder eingerissen." Bei jener Gelegenheit schenkte er mir eine geistvolle Rede seines Vaters, die ich noch aufbewahre: „Über die Wiederherstellung der ersten christlichen Gemeinde als ein Mittel zur Vereinigung der verschiedenen christlichen Parteien", mit dem bekannten Augustinus-Worte als Motto: In necessariis unitas, in dubiis libertas, in omnibus autem caritas.

Die ernste Grundrichtung seines Wesens hat nicht gehindert, daß er bis zuletzt an „echtem und rechtem Spaß", wie er sich ausdrückte, die herzlichste Freude haben konnte. Für Witz hatte er kein Organ. Vollends wild aber konnte er werden, wenn dieser, auch der beste und treffendste, an klassische Schönheit oder an ein ihm teures Wort seiner eigenen Schöpfungen sich heranwagte. Sein alter Lieblingsplatz in der Rose des Ratskellers ist bekannt. Wollte er einmal — oft ist es nicht vorgekommen — mit uns Kindern dort ein Abendstündchen verbringen, so hieß es: „Wir steigen heut in die Tiefe." Als am Tage nach einer etwas schweren Abendsitzung in unserm Hause, bei der viel Ernstes über Hebbels Nibelungen und Geibels Brunhild gesprochen war, sein getreuer Schunck ihn mit gereimter Einladung in den Ratskeller zu locken suchte und es riskierte, mit Brunhilds verzweifelndem Aufschrei zu schließen:

„Nimm in deine tiefsten Tiefen
Mich und meinen Jammer auf!"

geriet Geibel in einen derartigen Zorn, daß er kurzerhand sich jeden ferneren Besuch des Freundes verbat und nur die geschickteste Vermittlung Berthas und Schuncks demütige Deprekation „wegen seiner schändlichen Blasphemie" einen Bruch verhinderte.

Ausnahmslos war sein Zorn ein roter. Weißen Zorn, d. h. ein Nachtragen, kannte er nicht. Es war ihm ein unerträglicher Gedanke, die Sonne über seinem Zorne untergehen zu lassen. Güte, herzliches Wohlwollen war der hervorstechendste Zug seines Charakters. Daß er seine Freunde nie im Stiche ließ, ist schließlich noch nichts Außerordentliches. Aber daß er stets eine offene Hand hatte, nicht nur für aufstrebende Talente, für bedürftige Schriftsteller, einerlei, ob sie ihm bekannt waren oder nicht, in zarter Weise sorgte, sondern buchstäblich von dem Seinigen mitteilte, das, wenn auch nicht karg, so doch mit nichten reichlich bemessen war, das kann nur der übersehen, der in seinem Hauswesen ganz genau Bescheid gewußt hat. Das waren nur Bertha, Marie und ich. Seine Mildtätigkeit ist oft mißbraucht worden. Erfuhr er im einzelnen Falle, daß er einem Unwürdigen gegeben, so war er nicht diesem gram, sondern klagte höchstens, und auch das nur selten und mit leise humoristischem Anfluge,

sich selbst wegen seiner Torheit oder Leichtgläubigkeit an. Vieles ging nach auswärts, ihm unbequem nur dann, wenn die Angelegenheit ihn in eine Korrespondenz verwickelte.

Der Freundeskreis, ich meine die Zahl derjenigen Persönlichkeiten, denen Geibel sich innig verwandt fühlte, und denen er ganz freien Einblick in sein Empfindungsleben gestattet hat, ist sicher viel kleiner gewesen, als nach so manchen Schilderungen auch der heutigen Zeit angenommen wird. In der Schulzeit waren, wie er mir oft erzählt hat, Röse und Litzmann seine Intimen; selbst der ein Jahr ältere Ernst Curtius trat hinter ihnen zurück, dessen aus Bonn noch an den Primaner Geibel gerichtete Briefe mehr auf den Ton des Mentors gestimmt sind und durch eine merkwürdige Kühle des erst Neunzehnjährigen auffallen. Franz Kugler und sein Schwiegersohn Paul Heyse, Riehl, später Karl Goedecke und Wilhelm Deecke gehörten zu den Vertrautesten und haben stärksten Einfluß auf ihn gehabt. Auch Marianne Immermann (später Frau Direktor Wolf in Hamburg) und Deeckes Gattin Therese müssen in dieser Reihe genannt werden. Litzmann, Wilhelm Jensen und der gemeinsame Freund Heinrich Schunck blieben die Getreuesten bis zum Ende, während einer, den Geibel sehr lieb gehabt hat, Adolf Wilbrandt, sich um den alternden Freund in den letzten zwölf Jahren überhaupt kaum mehr gekümmert hat. Über Schunck und Jensen muß ich, nicht nur um diese Geibelskizze zu vervollständigen, sondern auch meinetwegen ausführlicher sein.

Heinrich Schunck (1819--1895) lebt in der Erinnerung alter Lübecker als der Freund Emanuel Geibels fort. Er war aber eine durchaus originale Persönlichkeit, deren nach der schöngeistigen Seite gerichtete Veranlagung nur durch den im Alter wieder aufgenommenen Verkehr mit dem Jugendfreunde sich besonders entwickelte. Er war in der klassischen und in der neuesten Literatur zu Hause wie nur einer, und sein phänomenales Gedächtnis ließ ihn selten im Stich. Wußte ausnahmsweise Geibel einmal nicht sofort den Ursprung eines Dichterwortes zu nennen, so hieß es: Frage Schunck; und der wußte immer Rat. In seinem bürgerlichen Berufe war er Assekuradeur. Die Aachen-Münchener, die in Lübeck und

Umgegend eine große Kundschaft besaß, hatte ihm vor langen Jahren ihre Vertretung übertragen, die er bis zu seinem Ende behalten hat. Aber nur der Vormittag gehörte seinem Geschäft. Der Nachmittag und die frühen Abendstunden des durch ein langwieriges Leiden seiner Frau, die er mit seiner treuen „Fru Anna", einer prächtigen, gescheiten und ganz originellen Person, in rührender Treue pflegte, — ich sage, Nachmittag und Abend des früh vereinsamten Mannes gehörten den Studien, d. h. der Lektüre und dem Schachspiel, die letzten Stunden des Tages den vertrauten Freunden, deren Geselligkeit er belebte und genoß. Daheim lebte er bescheiden, doch keineswegs ärmlich. In dem schlichten Kontorstübchen seines Hauses in der Fischstraße mit dem großen Schreibtisch, dem harten, aber nicht unbequemen Roßhaarsofa und drei einfachen Rohrstühlen stand in der Ecke ein Tischchen mit dem ehrwürdigen alten Schachbrett, auf dem eine interessante Aufgabe oder eine unterbrochene Partie der Lösung harrte. Geibel pflegte den Freund mittags etwa um halb eins, wenn er von uns kam, abzuholen, und das allen Lübeckern wohlbekannte Paar wanderte dann in lebhaftem Gespräch durch die Straßen, bis Schunck pünktlich viertel nach ein Uhr zur Börse abschwenkte. Die Leute meinten, wie schon angedeutet, er sei Geibels Echo. Das war durchaus nicht der Fall. Er hatte seine eigene Meinung, verfocht sie oft mit Festigkeit, immer mit Grazie. In Formbeherrschung war er Meister, auch als amüsanter Tischredner. Mochten unfreundliche oder oberflächliche Kritiker seine Art für manieriert oder für Affektation erklären, — die Urteilskräftigen wußten, daß seine Manier eben seine Natur war und seiner feinen, wenn auch oft ihren besonderen oder ein wenig absonderlichen Weg gehenden Denkweise entsprach. Aufgefordert erzählte er gern; aber er verstand auch zuzuhören und sorgte ohne jede Aufdringlichkeit dafür, daß eine Unterhaltung nicht auf den toten Punkt kam. Ein unschätzbarer Gast an Geibels Tische, namentlich in den letzten Lebensjahren unseres Vaters, der damals die Initiative der Unterhaltung gerne anderen überließ und wohl hie und da auf einen kurzgefaßten Einwurf sich beschränkte. Unerschöpflich war Schunck in der geschickten und anmutigen

Erzählung drolliger Schwänke und Anekdoten; aber niemals würde er es sich vergeben haben, etwas Häßliches zu berichten oder auch nur einen zweifelhaften Ausdruck zu wählen. Der feine Ästhet war übrigens kein Kostverächter: ein guter Tropfen, eine „hochfeine" Zigarre, ein schönes Mahl bei Freund Ewers oder Goßmann konnte ihn begeistern. Sein Aussehen verriet nicht den Kaufmann. Er hatte einen Dantekopf (Mantels nicht unähnlich), und die etwas schräge Neigung des Oberkörpers ließ ihn für einen Gelehrten gelten. — Schunck hat Geibel ein Jahrzehnt überlebt. Wäre er vor ihm aus der Welt gegangen, unser guter Vater würde keinen Menschen besessen haben, der ihm diesen treuen Freund und vertrauten Berater auch nur entfernt hätte ersetzen können.

Und nun Wilhelm Jensen. Er stand dem Alter nach etwa in der Mitte zwischen meinem Schwiegervater und mir. Aus einem Verehrer der Geibelschen Muse ward ein aufrichtiger und treu ergebener Freund des Dichters, und ich stehe nicht an, ihn für einen meiner liebsten Freunde, für einen der anhänglichsten Freunde meines Hauses zu erklären. Die Zeit, da Marie und ich mit ihm und seiner klugen und liebenswerten Frau sowie mit Stammanns aus Hamburg, zu denen sich bald das Ehepaar Türk gesellte, glückliche sonnige Sommerwochen verlebten, liegt fast ein halbes Jahrhundert zurück. Aber die völlig ungetrübte Erinnerung ist frisch geblieben. Der Schleswig-Holsteiner Jensen und der Mecklenburger Dr. Carl Türk, Lübecks unvergessener Physikus der siebziger und achtziger Jahre, hatten als Altersgenossen das lübeckische Katharineum unter Breier besucht. Sie liebten Lübeck, und auf dem Grunde der Heimatliebe erwuchs die Freundschaft, die herzliche Zuneigung, die uns bald verband. Hugo Stammann war Richter in Hamburg, Jensens wohnten damals noch in Kiel. Im Sommer 1875 wohnten die drei Familien in Schwartau: Türks in einem Miniaturhäuschen mit prachtvollem Fernblick über das vom Walde umsäumte Autal, Jensens in dem großen Tanzsaale des nebenan gelegenen Püstschen Gasthofes, den sie durch Kreidestriche in Wohnzimmer und Schlafgemächer abgeteilt hatten. Stammanns und wir hausten im Geertzschen Hause, bei „Mutter Geertz", die auch die gemeinsamen

Mahlzeiten lieferte. Fast der ganze Tag wurde mit Lesen, Vorlesen, Singen und Wandern im Walde verbracht. Auch das Boccia-Spiel, das nicht auf abgegrenztem Platze, sondern durch den Riesebusch hindurch gespielt wurde, nahm Zeit und Kraft in Anspruch. Abends vereinigten wir uns dann mit — oft auch bei — Geibels, die in einem behaglichen Hause am Südeingange Schwartaus, Frankenfelds gegenüber, Wohnung genommen hatten. Ein besonders willkommener Gast war Schunck, auch Klaus Groth fand sich ein, von den Vielen, die aus Neugier im Dichterhause einschauten, ganz zu schweigen. Mit Jensens und Stammanns lebten Marie und ich uns so ein, daß wir wieder einen besonderen Kreis im Kreise bildeten. Wir beschlossen, fortan jährlich einmal an dem geographischen Mittelpunkt der Städte Kiel, Hamburg und Lübeck zusammenzutreffen. Als solcher ward das Dorf Wrist bei Kellinghusen ermittelt, und dort sind die verbündeten Familien auch im nächsten Jahre fröhlich eingezogen, schwer bepackt mit Lebensmitteln aller Art, festen und flüssigen. Die letzteren „organisierte" Wilhelm, der dafür nach einstimmigem Urteil der Genossen das größte Talent besaß. Ich höre noch den klangvollen, ein wenig singenden Ton der lieben Stimme, als er einst ganz unvermittelt an meine Marie mit ernster Miene die Frage richtete: „Findest Du auch, Frau Mouche, daß die Leute recht haben, die da behaupten, daß ich eine rote Nase besitze?" Meine Frau, die sehr schlagfertig war, und niemals, auch wenn sie schmerzte, die Wahrheit verleugnete, versetzte ebenso ernst: „Wilhelm, ich kann mir eine weißere denken." — Im nächsten Jahre, aus welchen Gründen ist mir nicht mehr erinnerlich, ward der Mittelpunkt nach Segeberg verlegt, und diesmal wurden, wenn ich nicht irre, zuerst auch die Jensenschen Kinder, d. h. die beiden ältesten Töchter Thea und Maina (diese von ihrem Vater „Boy" genannt) zugezogen. Weitere Hansetage konnten trotz des feierlichen Gelöbnisses vom Jahre 1875 nicht abgehalten werden, weil leider Jensens nach Freiburg i. B. zogen, und die Kosten einer Vereinigung in Mitteldeutschland, für einen Tag wenigstens, mit meinen Finanzen sich nicht vertrugen. Doch folgte bald unser Besuch im Schwarzwald, dessen gründlicher Kenner und

liebenswürdigster Schilderer Wilhelm Jensen geworden ist. Zwanzig Jahre später noch war ich mit meiner Ada im Jensenschen „Häusle“ in Prien über dem Chiemsee des Bayerischen Gebirges, wo wir unvergeßliche Tage verlebt haben. Thea und Maina waren 1887 sechs oder acht Wochen lang unsere lieben Gäste im Hause Königstraße 9. Manche mir teure Aufzeichnungen sind in einem Buche — es liegt neben mir — enthalten, dessen erste Seite von Thea mit einem anmutigen Blütenzweige und von meiner Maina mit einem Verslein geschmückt ist. Die Korrespondenz mit Wilhelm, der früher unserem Vater regelmäßig schrieb, und dessen treue Wünsche zum 18. Oktober nie gefehlt haben, übernahm ich, während die beiden Marien einander alljährlich viel Gutes und auch Schweres mitzuteilen hatten. Der letzte Brief, den am 19. September 1906 meine geliebte Frau geschrieben hat, ist ein ausführlicher Bericht an Marie Jensen; er ist mir ein wehmütig schönes Denkmal unserer Freundschaft; der Tod verhinderte seine Absendung. — Jetzt ruhen die beiden Gatten in dem Grabe, das sie sich vor langen Jahren auf der Fraueninsel ausgewählt hatten.

Und noch ein Name darf von dem, der des Geibel-Schunck-Jensenschen Freundeskreises sich erinnert, nicht vergessen werden: Ida Boy-Ed. Erst in der Zeit meiner Vereinsamung, als ich meine Frau und den letzten Bruder verloren hatte, und abgesehen von meiner Maria alle Kinder das Elternhaus, die meisten Lübeck verlassen hatten, habe ich die reichbegabte und charaktervolle Frau wirklich kennen gelernt, die einst Mariens Schulgenossin gewesen war. Mir ist sie in guten und bösen Tagen stets dieselbe geblieben, und meine Empfindungen für sie haben sich noch vertieft durch die herzliche Dankbarkeit für alles, was sie im letzten Jahrzehnt meiner Maria gewesen ist.

Für die engere Heimat hegte Geibel eine Liebe, die nur mit seinem letzten Atemzuge aufgehört hat. Aber es war das ruhmvolle Haupt der Hanse, für das er glühte, und das unvergleichliche Stadtbild, das ihn entzückte. „Wie steigst, o Lübeck, du herauf . . .“ Für das zeitgenössische Leben war er keineswegs ohne oft herbe Kritik. Der Art, wie in den fünfzehn letzten Jahren seines Lebens senatus sich zu bestimmten politischen

Tagesfragen stellte, hat er nicht immer Geschmack abgewinnen können, und er kargte nicht mit zierenden Beiworten für diejenigen Persönlichkeiten, die er, zuweilen mit Unrecht, für verantwortlich hielt. Derjenige Ratsherr, den er am meisten verehrte, war Curtius. Während er Behns strenge Gewissenhaftigkeit und seinen unglaublichen Fleiß achtete — für Curtius empfand er eine dankbare und geradezu ehrfurchtsvolle Zuneigung. Er sah in ihm den Vertreter der „richtigen" lübeckischen Politik. Wich Curtius einmal von dem ab, was er — Geibel — als der Vaterstadt zuträglich angesehen hatte, so war er durchaus bereit, seine eigene Ansicht zu revidieren. Curtius, der würdige Bürgermeister, der Bruder seines Freundes Ernst, des einstigen Erziehers des künftigen deutschen Kaisers, war ihm das persönliche Band, das ihn mit dem Ersten Wilhelm und mit dem Kaiserhause verknüpfte, die Persönlichkeit, die auch Lübecks geachtete und günstige Stellung im neuen Reiche an Preußens Seite ihm zu verbürgen schien. Meine starke Sympathie für die Curtiussche Richtung machte ihm Freude, wie er es denn auch, abweichend von meinem Vater, für gegeben ansah, daß Felix „einmal die Angelegenheiten der Stadt in Berlin zu besorgen haben werde". Daß er im übrigen für meine Berufstätigkeit weniger Interesse hegte — höchstens ließ er sich gelegentlich von einer Schwurgerichtssache, die mich ganz in Anspruch nahm, erzählen —, ist ja erklärlich. Aber er freute sich doch an meinen Erfolgen überhaupt und hatte Vertrauen zu mir. Als er starb, zählte ich erst 37 Jahre. In den letzten zwölf Jahren hatte ich vielfach, zuweilen nicht ganz neidlos, zurückstehen müssen, wenn er mit seinen viel begabteren und geschulten jungen Freunden literarische Konventikel hielt. Aber im persönlichen Verkehr und in aller Stille habe auch ich für mein ganzes Leben unendlich viele literarische und ästhetische Anregung von ihm empfangen, und als ich ihm einst meine schwachen Kenntnisse auf den ihn zumeist interessierenden Gebieten bekannte — was nicht nötig gewesen wäre, denn es war ihm gewiß nichts Neues —, da sah er mich mit seinem gütig strahlenden Auge an und tröstete mich mit seinem Worte:

„Mach eins nur trefflicher als alle,
Nur eins, was so kein anderer kann."

Lübeck ist wiederholt Geibels Altenteil genannt worden. Der Ausdruck paßt schlecht zu den Tatsachen, daß er hier noch manche seiner schönsten vaterländischen Gedichte geschrieben, die Heroldsrufe zusammengestellt, die Spätherbstblätter, das Klassische Liederbuch und sein Sprichwort „Echtes Gold wird klar im Feuer“ herausgegeben, die vielleicht reifsten seiner Gedichte, nämlich die Elegien, zum weitaus größten Teile in Lübeck geschaffen, seine Albigenser-Arbeit wieder aufgenommen, endlich seine sämtlichen Dichtungen hier zur Gesamtausgabe vereinigt hat. Nur in den beiden letzten Jahren haben ihm wir Kinder und seine treue Sekretärin die Besorgung der Korrekturen und ich die geschäftliche Korrespondenz abgenommen. Seine letzte keineswegs geringe Arbeit der Lübecker Zeit war die Durchsicht und Ordnung aller an ihn gelangten Briefe von 1833 an.

Bis 1880 war es ihm vergönnt, alljährlich für einige Sommermonate, wenn nicht nach dem vornehmlich begünstigten Schwartau, so doch in eine schöne Gartenwohnung (Eschenburgstraße 29, wo Marie und ich von 1897 bis 1900 nach Vermietung meines Hauses Königstraße 9 an die Dresdner Bank gewohnt haben), mehrfach nach Travemünde, einmal auch nach Niendorf a. O. zu gehen. Jedesmal blieben wir in seiner Nähe, so daß der Abendtisch unser Quartett zusammenführte. Von 1881 ab blieb er auch im Sommer in unserem Stadthause, und er starb an der Stätte, wo sein einziges Kind zwölf Jahre zuvor den eigenen Herd begründet hatte. Im Winter 1883 bis 84 hatten die Kräfte schnell abgenommen. Eine bestimmte Krankheit war nach Reuters und Türks Urteil nicht festzustellen — er versagte. Als ich am Mittwoch vor Palmsonntag, dem 2. April 1884, wie täglich, bei ihm vorsprach, schien ihm das Sprechen schwer zu fallen. Ich ging mit Marie am Abend nochmals zu ihm. Wir fanden ihn auf seinem Platz in der Bücherei. Er war freundlich, doch schweigsam, ließ sich aber von mir in gewohnter Weise über Tagesfragen erzählen und bezeugte seine Teilnahme an dem Berichte durch dazwischengeworfene Äußerungen. Mit gütig wehmütigem Lächeln dankte er Marien, die ihm beim Aufbruch die Kissen des Lehnstuhls zurechtrückte, und sagte mühsam: „Auf Wiedersehen, meine

Kinder!" Am anderen Morgen um 7 Uhr empfing mich Bertha mit der Nachricht, Papa sei gar nicht zu Bette gegangen, in seinem Lehnstuhl (einem Geschenk des Fürsten Carolath) sei er in tiefen Schlaf verfallen, aus dem sie und das Mädchen ihn nicht hätten wecken mögen. Ich sah, wie es stand. Wir brachten den Gelähmten ins Bett. Drei Tage und Nächte lag er bewußtlos. In der Nacht auf Palmarum um 2 Uhr — Bertha und ich hatten uns für ein Stündchen hingelegt, und Marie saß allein am Lager ihres Vaters, seine Hand haltend — da öffnete dieser plötzlich die Augen, drückte ihre Hand und hauchte den letzten Seufzer aus.

Senat und Bürgerschaft beschlossen, dem Dichter, der sich um die Vaterstadt verdient gemacht, ein Begräbnis auf Staatskosten zu gewähren. Der Beschluß war von Hansen, Benda und Schorer bei Behn, der damals den Vorsitz im Senat hatte — Curtius war bereits in den Ruhestand getreten — in Anregung gebracht worden. Es ward ihm nicht leicht, dem Vorschlage das Wort zu reden, weil es an jedem Präzedenzfalle für Lübeck fehlte. Aber er fügte sich, hat es auch nicht bereut und hernach noch mit dem liebenswürdigsten Eifer als Vorsitzender des Ausschusses für Errichtung eines Geibeldenkmals gewirkt. Als dieses 1889 enthüllt wurde, bewohnten wir schon seit fünf Jahren das große Grundstück Königstraße 9.

Für mich hat auf dem Hause von jeher ein gewisser Zauber gelegen, der Schmelz großer Erinnerungen. Als wir 1884 einzogen, waren just 500 Jahre verstrichen, seitdem, wie die Sage berichtet, vor dem Bürgermeisterhause durch einen in seinem Gewissen bedrängten Knappen die große Verschwörung gegen den Rat verraten ward. Das in die Frontmauer eingelassene Steinbild — der Reiter mit dem Becher, dem er das Geheimnis offenbart — erinnert an die glückliche Errettung der Stadt. Es liegt aber noch ein Schleier über der Geschichte des Erinnerungsmales selbst. Wie ist das kleine Relief an dies Haus, das Hufeisen aber, das nach der Sage von dem davonrasenden Rosse sich löste, an mein Elternhaus Königstraße 1 gelangt? Zur Zeit der Verschwörung (1384) war der

älteste Bürgermeister Herr Johann Perzeval, der auch 1375 bei Kaiser Karls IV. Besuch im Rate präsidierte. Perzeval aber wohnte im Hause Königstraße 1. Ich nehme an, daß das Steinbild frühestens im 16. Jahrhundert, vielleicht erst viel später am Hause 9 angebracht worden ist, zur gleichen Zeit, als man oben am Hause 1 das Hufeisen einmauerte oder erneuerte. Diejenigen, die diese Handlung vornahmen — mögen es nun Beauftragte des Rates oder die Besitzer der betreffenden Grundstücke gewesen sein —, waren über die Geschichte der Häuser nicht recht unterrichtet, und so entstand der Irrtum*). Das Haus Nr. 9 ist wiederholt Bürgermeisterwohnung gewesen. Hier wohnte 1533 auch Nikolaus Broemse, Wullenwevers Gegner. Daß, wie die 1920 eingefügte Tafel meldet, in diesem Hause Broemse mit dem königlichen Flüchtling Gustaf Wasa verhandelt habe, beruht auf einer durch irgendwelche Tatsachen nicht verbürgten Annahme der freundlichen Stifter; die geheim gehaltene Verhandlung kann auch an anderer Stätte, vermutlich in dem Hause irgend eines anderen Ratsverwandten oder eines Freundes oder vielleicht im Ratskeller geführt sein. Daß sie im Rathause stattgefunden haben sollte, ist ebenso unwahrscheinlich wie die Verweisung der geheimen Zusammenkunft in das Haus des ersten Bürgermeisters. Das Grundstück war bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts mit zwei Häusern, einem größeren und einem kleineren Giebelhause bebaut. Das läßt das Dachgeschoß noch heute deutlich erkennen. Das Haupthaus war mit Beischlägen versehen; an einem derselben wird das Steinbild eingefügt gewesen sein, das dann nach Beseitigung der Beischläge in die Hausmauer, und zwar unterhalb eines Fensters im Erdgeschosse, versetzt wurde. Da es durch den Zahn der Zeit und durch Mutwillen erheblich beschädigt war, habe ich es 1884 ausbessern und dann, um es besser zu schützen, oberhalb der von mir dicht an die südliche Grenzmauer verschobenen Haustür anbringen lassen. Haustür und Beischläge waren früher von einer schönen Linde beschattet. In dieser Gestalt will es noch Geibel gesehen haben, der den oben erwähnten Vorgang in

*) Brehmer, Mitteilungen des Vereins f. Lüb. G. u. A. K., Heft 3, S. 158.

einer anmutigen Improvisation behandelt hat. Leider ist mir das später mit Bleistift aufgezeichnete Gedicht abhanden gekommen. Die malerische Front, die vortrefflich zur nächsten Umgebung (Jakobikirche und Pastorenhäuser) stimmte, ist durch die auf das Praktische gerichtete Entschließung meines Rechtsvorgängers zu Anfang der fünfziger Jahre (es gab noch keinen Denkmalschutz!) beseitigt worden, der auch den prächtigen Stockelsdorfer Ofen des Saales im Flügel des Erdgeschosses abbrechen ließ; dies schöne Stück hat aber noch glücklicherweise im St.-Annen-Museum eine Zuflucht gefunden. Ich habe mich bei Erwerb des Hauses und noch später mit dem Gedanken getragen, die alte Front wiederherzustellen; doch würde das eine sehr kostbare Luxusausgabe gewesen sein, und ich beschränkte mich darauf, an den Vorgang vor 500 Jahren in einer bescheidenen Glasmalerei meines Privatzimmers zu erinnern. Vielleicht nimmt der jetzige Bewohner, das Landesfinanzamt, das doch sicher in nicht ferner Zeit zu einem Durchbau, am Ende gar Neubau sich genötigt sehen dürfte, oder dessen Besitznachfolger den wirklich erwägenswerten Plan wieder auf. Die Hoffnung freilich, daß eine Linde noch wieder über Tür und Beischläge ihren Schatten breiten werde, wird bei der heute auf dem Gebiete des Städtebaues herrschenden Geschmacksrichtung kaum gehegt werden können. Daß der Lindenbaum einst wirklich und nicht nur in Geibels Phantasie existiert hat, darf als sicher gelten. Auch die Königstraße wird, wie bis vor dreißig Jahren noch das parallele nördliche Stück der Breiten Straße, die Mühlenstraße und die große Burgstraße, deren stattlichstes Gasthaus noch in den siebziger Jahren den Namen „Zur großen Linde" führte, durch Vorbauten und durch Baumpflanzungen vielfach verschmälert gewesen sein. Vor dem Hause Königstraße 5, jetzt der Gemeinnützigen Gesellschaft gehörend, befand sich, solange es noch der Frau Senator Behrens geborenen Green gehörte, ein erhöhter, mit Steinplatten belegter und von Bänken besetzter Vorraum. Er war durch starke eiserne Ketten gegen den Bürgersteig abgesperrt, auf denen ich noch als Knabe geschaukelt habe. Alt ist am Hause Königstraße 9 das schöne Kellergewölbe, in dem sicher schon Broemses Weinfässer gelagert haben.

Die größte Zahl der Gäste, mehr als zweihundert, sah das Haus während meiner Besitzzeit am 18. Oktober 1889. An diesem Tage fand, wie schon erwähnt, die Enthüllung des Geibeldenkmals unter Teilnahme der Bevölkerung und in Gegenwart vieler Freunde und Verehrer Geibels statt, die zum Teil aus weiter Ferne herbeigeeilt waren. Nach der Festvorstellung im Stadttheater (Brunhild mit Klara Ziegler) bot unser Haus den schönen und würdigen Vereinigungspunkt. Wilhelm Jensen und der feine Landgerichtsdirektor Claußen hielten warmempfundene Ansprachen. Es war die letzte Versammlung der „Geibelgemeinde“. Fast ein Menschenalter war Geibels Dichtung und Persönlichkeit zwar nicht ganz vergessen, aber doch in den Hintergrund getreten, bis im Kriege sein Wort und sein Bild in deutschen Herzen wieder auflebte.

Unser Haus hat im nächsten Jahrzehnt noch manche frohe Gesellschaft gesehen. Ich hätte gerne noch mehr Geselligkeit gepflegt. Aber es verbot sich allein schon mit Rücksicht auf Mariens oft recht angegriffene Gesundheit. Unser Hausstand umfaßte damals, als noch alle Kinder auf der Schule oder doch im Hause waren, sechzehn Personen, nämlich außer uns Eltern und den neun Kindern vier Dienstboten und die für meine Frau ganz unentbehrliche Stütze. Das war in den ersten Jahren die kluge und tatkräftige Anna Bandelow, dann die liebe, treue Anna Stührmann, die 21 Jahre lang bis zu Mariens Tode unsere von allen innig geliebte Hausgenossin blieb. Die schönen Jugenderinnerungen, an denen meine Kinder heute noch zehren, sind, wie ich glaube, zu einem ganz wesentlichen Teile mit dem stattlichen Hause, mit der Bücherei, dem schönen Musiksaal, dem ausgedehnten Garten verknüpft, der bis zum Lohberg reichte, und in den die Türme und Türmchen von St. Jakobi, von der Katharinenkirche und vom Heiligen-Geist-Hospital hineinschauten. Die Phantasie der jüngsten Kinder wird vielleicht noch mehr durch die weiten Kellerräume und die geheimnisvollen Böden angeregt sein. Doch darüber und über das häusliche Leben der achtziger und neunziger Jahre mögen einmal die Kinder berichten. Was mir am Herzen liegt, ist dies: hervorzuheben, in wie bewunderungswürdiger Weise Marie damals als Haus-

frau, als Mutter und als Gattin sich bewährte. Wenn der Vormittag dem Hauswesen gehörte, die Stunden des Nachmittags widmete sie den Kindern: sie las mit den Großen, las den Kleinen vor, sie musizierte mit ihnen und teilte ihre Spiele; jedes Kind kam zu seinem Recht. Traurig war sie, wenn öffentliche Angelegenheiten (ein Wirtshausgänger bin ich nie gewesen) mich hie und da erst am späten Abend nach Hause kommen ließen. Meinen Entschluß, einer etwaigen Wahl in den Senat nicht auszuweichen, mißbilligte sie. Ein solcher Ehrgeiz war ihr ganz fremd. Sie sah nur voraus, daß sie dann „noch weniger von mir haben werde". Als die heranwachsende Jugend immer mehr nach Freiheit verlangte und Mariens Nerven eine Auffrischung dringend erheischten, auch in der etwas sanguinischen Annahme, dadurch die stetig steigenden Ausgaben des großen Haushalts einschränken zu können, erwarb ich noch ein kleines Grundstück am Timmendorfer Strande, das mit bescheidenem, aber vollständigem Inventar für einen ausnahmsweise niedrigen Preis mir angeboten ward. Marie war glückselig. Elf Jahre lang hat sie mit ihren Jüngsten fast während der ganzen Sommerzeit in ihrem Häuschen zwischen See und Wald gelebt. In den Hundstagsferien und an den Feiertagen zogen auch die Schulkinder hinaus, während ich regelmäßig für den Sonntag und außerdem an allen arbeitsfreien Tagen mich einfand. Als ich, zum Senator erwählt, meine nach damaligen Begriffen recht einträgliche Anwaltspraxis aufgeben mußte, sah ich mich genötigt, das liebliche Tuskulum zu veräußern, zum großen Leidwesen meiner Frau und nicht ahnend, daß ich dereinst im hohen Lebensalter noch wieder in das geliebte Timmendorf zurückkehren werde.

Das folgende Jahrzehnt hat mir schwere Sorgen und tiefen Kummer gebracht. Als wir 1897 unsere Silberhochzeit feierten, durften wir uns noch stolz und dankbar des bis dahin ungetrübten Familienglückes freuen, und in reizender Weise hat das in einem geist- und humorvollen für die Kinder geschriebenen Polterabendstücke Gustav Hansen ausgemalt. Aber noch ehe das Jahr zu Ende ging, versetzte der jähe Tod unseres Kurt uns in das tiefste Leid. Seit jener Zeit kränkelte Marie. Die

reine Seele, die liebevolle Gattin, die treueste Mutter verzehrte in der Hingebung für Haus und Familie ihre Kraft. Die Nerven waren nicht stark genug, um die wachsenden Anforderungen des Lebens und den nagenden Kummer zu meistern. Nachdem sie in verschiedenen Sanatorien vergeblich völlige Heilung gesucht, kehrte sie in die Häuslichkeit zurück. Hier, in dem 1904 erworbenen Hause Kaiser-Friedrich-Platz 6, warf am 20. September 1906 ein Schlaganfall sie auf das Krankenlager, von dem sie sich nicht wieder erheben sollte. Ins Rathaus brachte Maria mir die Nachricht, daß Mütterchen unklar spreche. Die Gelähmte erkannte mich noch; aber schon begann das Bewußtsein zu schwinden. Ihre letzte Freude war die Zurüstung zu Adas Vermählung mit Georg Roemer gewesen, die auf den 30. September angesetzt war, — ihr letzter Schmerz, daß die Rückkehr Ottos aus Japan nach fast zehnjähriger Abwesenheit sich verzögerte. Am 27. September hat der Tod sie sanft, im Schlaf, berührt.

Daß ich es unternähme, über die Lebensschicksale aller meiner Geschwister, wenn auch nur in knappen Umrissen, zu berichten, verbietet sich — so sehr der Versuch mich reizen könnte — schon aus äußeren Gründen. Eine Ausnahme muß ich mit meinen beiden Brüdern machen, die mir viel Gutes getan und gewissermaßen an meiner Berufs-Entwicklung teilgenommen haben.

Mein Bruder Johannes (Hans) verließ das Elternhaus schon 1856, also während meiner Kindheit. In meinen frühesten Erinnerungen spielt er keine Rolle. Er kam zuerst als Kaufmannslehrling nach Altona (zu Hesse Newman & Co.), ging dann auf ein Jahr nach Bremen (Friedrich Möller) und vollendete seine kaufmännische Ausbildung in Bordeaux und Glasgow. Ich habe ihn eigentlich überhaupt erst nach seiner Rückkehr in die Heimat kennen gelernt. Als auch ich ins praktische Leben eintrat, kamen wir uns näher, und je älter wir wurden, desto inniger ist unser Verhältnis geworden. Er wurde 1877 in den Senat gewählt — mit ganz knapper Mehrheit; Hans war selbstbewußt und oft scharf in seinen Äußerungen; in bürgerlichen

Angelegenheiten war er, ganz von seinem Geschäft in Anspruch genommen, bisher nur wenig hervorgetreten; auch gab es manche, die einer Verstärkung des Einflusses der Fehlingschen Familie nicht gerade geneigt waren. Sechzehn Jahre hat er der Regierung angehört. Aus seiner Tätigkeit hebe ich die Mitarbeit im Finanzdepartement, in der Technischen Seeschiffahrtskommission zu Berlin und seinen Vorsitz in der Verwaltung des Allgemeinen Krankenhauses hervor; er war es, der den Neubau der großen Anstalt in der Kronsforder Allee bei Senat und Bürgerschaft durchsetzte. Ein sehr schönes Familienleben ist ihm beschieden gewesen. Seine Gattin Charlotte (Tottie) geb. Harms, eine Frohnatur, schenkte ihm fünf Söhne und drei Töchter. In dem Patrizierhause der Johannisstraße — jetzt Gewerkschaftshaus — sind Marie und ich heimisch gewesen, wir mit unsern Kindern, die sich nach der Johannisstraße besonders hingezogen fühlten und mit Vettern und Cousinen treue Freundschaft schlossen. 1892 begann Hans zu kränkeln. Ein schweres Leiden hat er wohl neun Monate lang ertragen. In dieser Leidenszeit bin ich sein regelmäßiger Besucher gewesen, und damals habe ich erst ganz seine Klugheit, seinen guten Charakter erkannt und in sein liebevolles Herz blicken können, das er oft hinter einer gewissen Schroffheit vor anderen verborgen gehalten hatte. Mit seiner Frau und mit Hermann stand ich am 19. November 1893 an seinem Sterbelager.

Von allen Geschwistern hat mir mein Bruder Hermann, geb. am 23. April 1842, am nächsten gestanden. Meine Mutter hat mir erzählt, wie sie während der ersten Wochen seines jungen Lebens weniger an ihr Kind als an das furchtbare Unglück gedacht habe, das über ihre Vaterstadt gekommen war: in den ersten Tagen des Mai brach die verheerende Feuersbrunst aus, die einen großen Teil Hamburgs in Asche legte. Ich habe von dem „Hamburger Brand" so viel erzählen hören, daß meine leicht erregbare Phantasie sich während der Kindheit häufig mit den Bildern jener Schreckenstage beschäftigte. Gleich daneben standen die Tage der Lübecker Cholera von 1848, der im Oktober — in den Tagen unserer Verfassungsunruhen —, wie schon früher erwähnt, zwei mir im Alter vorangehende

Geschwister zum Opfer fielen. Auch Hermann ward von der Seuche angesteckt, aber er überwand die schwere Krankheit und gedieh dann kräftig. In der Schule hat er anfangs keine großen Erfolge erzielt; erst in den letzten Jahren, als er unter Professor Deeckes Zucht kam, trat er aus der Reihe derjenigen Schüler heraus, die präsumtiv eine ungünstige Nummer im Quartalszeugnis nach Hause brachten. Deecke erkannte offenbar den guten Kern seines Wesens, vornehmlich eine sehr praktische Veranlagung, interessierte sich für den arg Verfehmten und hat ihn soweit gebracht, daß er mit einem höchst anständigen Zeugnisse zu Ostern 1858 die Selekta der Realschule des Katharineums verlassen konnte. Hermann hat sich dann, gehoben durch das ihm bald geschenkte Vertrauen, in geradezu erstaunlich schneller Weise entwickelt. Seine Lehrlingszeit absolvierte er in der Handlung von Jac. Ludw. Bruhns & Sohn, ward dort mit Heinrich Piehl, dem finnischen Reisenden der Firma, bekannt und bald befreundet, und schon 1862 begründeten beide die Firma Piehl & Fehling, — für die Lübecker Börse damals ein Ereignis; denn Hermann, der noch nicht das 21. Lebensjahr vollendet hatte, mußte, um sich zu etablieren, für volljährig erklärt werden. Schon im nächsten Jahre erbat und erhielt er die Hand der jüngsten Tochter des Senators Johann Daniel Eschenburg, damals alleinigen Inhabers der Firma Jost Hinr. Havemann & Sohn. Die Ehe ist sehr glücklich geworden. Hermann ist also, bevor er selbständig wurde, niemals im Auslande geschäftlich tätig gewesen. Er avancierte vom Lübecker Kommis zum Chef, und so ist es erklärlich, daß der junge Bürger mit einem geradezu leidenschaftlichen Eifer auch sehr früh sich den bürgerschaftlichen, überhaupt den inneren Angelegenheiten der Vaterstadt zuwandte. In die Bürgerschaft ward er 1871 gewählt. Wiederholt war er stellvertretender Wortführer des Bürgerausschusses und der Bürgerschaft. An 30 Jahre lang hat er dem Finanzdepartement angehört und hier namentlich in ländlichen Angelegenheiten und in der Forstabteilung, deren Kreis den Jäger lebhaft anzog, mit Erfolg gewirkt. Er kaufte sich im Jahre 1881 in Travemünde an und hat auch dessen Entwickelung mit Weitblick und Umsicht lange Jahre gefördert.

Von der dankbaren Gemeinde wurde diese seine Tätigkeit durch seine Ernennung zum Ehrenbürger anerkannt. Hermanns Rat ist 1898 maßgebend gewesen bei der staatlichen Erwerbung der Seebadeanstalt und überhaupt bei Lösung aller damit zusammenhängenden Fragen. Er setzte die Aufforstung der Brodtener Ufer-Parzellen durch, und ihm verdankt Lübeck eine der schönsten Promenaden der ganzen Ostseeküste, den Weg vom Seetempel nach Niendorf über die nach ihm benannte „Hermannshöhe". Schon 1884 war er der erklärte Vertrauensmann der Lübecker Kaufmannschaft. Als es sich darum handelte, einen Lübecker Kaufmann als Kandidaten für die Reichstagswahl aufzustellen, trat die Börse mit großer Einmütigkeit für ihn ein. Im ersten Wahlkampfe unterlag er; aber 1887 ward er unser Vertreter im Reichstage. In dieser Stellung und durch seine damals in geschickter Weise angeknüpften Beziehungen auch weiterhin bis zu seinem zu frühen Tode hat er der Vaterstadt wertvolle Dienste geleistet, ganz besonders durch sein unermüdliches Eintreten für den Bau des Elbe-Trave-Kanals. Dadurch, daß er mit Nachdruck auch auf die militärische Bedeutung der projektierten Wasserverbindung zwischen Elbe und Ostsee hinwies, gewann er Graf Waldersees Interesse für Lübecks Wünsche. Im Jahre 1898 ward er zum ersten Male zum Präses der Handelskammer gewählt. Als im Jahre 1907 ein plötzlich auftretendes tückisches Leiden ihn auf das Krankenlager warf, entschied der noch in Vollkraft dastehende Patriot sich ohne Schwanken für die Vornahme der Operation. Sie konnte sein Leben nicht mehr retten. In der St.-Jakobi-Kirche, bei der er seit 25 Jahren gewohnt, ward ihm unter außerordentlicher Beteiligung weitester Bevölkerungskreise eine seiner tüchtigen Persönlichkeit gerechtwerdende Leichenfeier bereitet. Die Travemünder haben ihm im Jahre 1908 dicht bei der Hafeneinfahrt einen würdigen Denkstein gesetzt.

Ich trage kein Bedenken, Hermann einen der treuesten Söhne Lübecks zu nennen. Er war ein scharfblickender Kaufmann, der das gesetzte Ziel mit Zähigkeit verfolgte. Über den eigenen Vorteil aber stellte er das Wohl der Vaterstadt. Ihr zu dienen war sein Stolz und seine Freude. Zum Wohle Lübecks entschloß

er sich, das ihm angetragene Reichstagsmandat, das ihn ja seinem Geschäfte stark entzog, anzunehmen. Er war sich klar, daß er in Berlin unsere Interessen werde fördern können. Die Gabe unseres Vaters, zur rechten Gelegenheit das rechte Wort zu finden, war auch ihm in hohem Maße eigen. Mühe ließ er sich nicht verdrießen. Verfehlte er einen Mann, von dem er Unterstützung seiner Pläne oder Auskunft wünschte, oder fand er den Aufgesuchten nicht in der richtigen Stimmung — er hielt sein Pulver trocken und kam wieder. Er hatte einen starken Ehrgeiz. Durch die Entschiedenheit, mit der er in geschäftlichen oder öffentlichen Verhandlungen seine Meinung vertrat, mag er wohl hie und da verletzt haben; aber auch seine Gegner erkannten seinen Gemeinsinn und seinen guten Charakter. Man konnte sich auf ihn verlassen. Der Redner, der bei der Enthüllung des Travemünder Denkmals die Weiherede hielt, und der ihn seit langen Jahren kannte, Pastor Gaedeke, hat nicht Schönfärberei getrieben. Ich durfte als Vertreter der Finanzbehörde den Stein in staatliche Obhut übernehmen. Nächst seiner Frau und seinen Kindern und Schwiegerkindern hat niemand durch Hermanns Tod soviel verloren wie ich. Hatten wir uns in der Kindheit nicht nahegestanden — ein Altersunterschied von fünf Jahren kann für Geschwister, namentlich für Brüder, einen starken Trennungsstrich ziehen —, nahe kamen wir uns, als ich mich als Advokat in Lübeck niederließ. Daß ich ein Jahr lang in seinem neu durchgebauten Hause Geibelplatz 5 zur Miete wohnte, habe ich schon erwähnt. Aber auch später, als mein Bureau in mein eigenes Heim verlegt wurde, hat unser herzlicher Verkehr keine Einbuße erlitten. Zwanzig Jahre hindurch pflegte der ältere Bruder, wenn er in Lübeck war, jeden Morgen bei mir vorzusprechen, und es hat sicher keine Rechtsfrage, die ihn beschäftigte, aber auch kaum eine wichtige öffentliche Angelegenheit Lübecks gegeben, die wir, dafern unsere Stellung uns nicht ein Schweigegebot auferlegte, nicht miteinander besprochen hätten. Ich habe die Empfindung, daß Hermann nach Hans' Tode im Senate willkommen und auch wohl geneigt gewesen wäre, einer Wahl zu folgen, daß er aber den Gedanken und ihm von anderer Seite gestellte Fragen vor allem deswegen mit

Entschiedenheit abwies, weil durch seinen Eintritt dem jüngeren Bruder die Tür der Ratsstube sich geschlossen haben würde.

Beide Brüder haben kein hohes Alter erreicht: Hans zählte noch nicht 60, Hermann 65 Jahre, als sie aus rüstigem Schaffen herausgenommen wurden. Ihre Witwen haben ihre schöne und vornehme Anmut sich bis in ihr hohes Alter bewahrt. Sie leben noch beide in Lübeck als die herzlich geliebten und ehrwürdigen Häupter ihrer weitverzweigten Familien.

Bevor ich mich den Erinnerungen aus meiner öffentlichen Tätigkeit zuwende, möchte ich im Zusammenhange von Erlebnissen berichten, die schon in den voraufgehenden Jahren keine unbedeutende Rolle in meinem Leben spielten: von meinen Reisen. Ich denke hier nicht an das Reisejahr 1869/70, das ich immer als einen Teil meiner Studienzeit angesehen habe; ich meine die ansehnliche Reihe von Erholungswanderungen und Fahrten, die ich im Laufe der Jahrzehnte mir gegönnt habe, und die, um in anstrengender Arbeit mich frisch zu halten, ich mir wohl um so mehr habe gönnen dürfen, als ich von jeher (gut, daß mein Körper es gestattete!) ein abgesagter Feind des Besuches von Brunnen- oder Bade-Kurorten — die Seebäder sind ausgenommen — gewesen bin. Aus praktischen Gründen erstrecke ich den Überblick gleich auf sämtliche, also auch auf die nach 1896 gemachten Reisen. Das wird als ein Fehler in der Disposition dieser Niederschrift kaum empfunden werden; denn natürlich kann es sich nur um Aufzählung und Charakterisierung, nicht um eine Schilderung der Reisen handeln.

Als ich ein junger Mann war, konnte ich es nicht billigen, daß mein Schwager Behn, an den ich beim Schreiben dieses Buches so oft gedacht habe, während eines Zeitraumes von etwa zwanzig Jahren (1866—85) Lübeck überhaupt nicht verlassen hat; jetzt im Alter verstehe ich ihn. In den Jahren von 1914 bis 1920 bin auch ich auf keine Erholungsreise gegangen, und ich bin überzeugt, daß, wenn ich es getan hätte, es mir kein Genuß gewesen sein würde. Früher war es anders. Eine herrliche Reise durch die Nordschweiz, das Berner Oberland, das Engadin sowie an die italienischen Seen, die ich im Jahre 1876

mit meiner Marie machte (wir nannten sie die verspätete Hochzeitsreise, denn im Mai 1872 hatten wir nur wenige selige Tage am geheimnisvollen Ugley-See verträumt) —, diese Reise von 1876 hatte es mir angetan. Fünfzehnmal bin ich hernach zu mehrwöchigem Aufenthalt an den Vierwaldstädter See, meistens auf den Rigi, gegangen und zum Schluß auf acht bis vierzehn Tage über den Gotthard oder über den Simplon nach Norditalien. Auf Rigi-Scheidegg, in dem schönen und behaglichen Gasthause des Dr. Stierlin, dessen Gattin zu der Familie Hauser gehörte, fand sich allmählich ein größerer, nicht zu großer Kreis miteinander harmonierender Menschen aus den verschiedensten deutschen Gauen zusammen, Hamburg, Berlin, Leipzig, Breslau, München, Stuttgart, Darmstadt, Rostock, Homburg und noch andere waren vertreten. Auch von den besten Baseler, Züricher, Luzerner Familien kamen manche auf den Rigi. Eine vortreffliche Mischung: Kaufleute, Gelehrte, Künstler, Offiziere, Männlein und Weiblein, Ledige und Verehelichte, Alte, Mittelalterliche, ganz Junge. Auch Konrad Ferdinand Meyer kam wiederholt. Kein unangenehmes Element störte. Der Zuschnitt war einfacher als in den üppigen Wirtshäusern, und doch war alles vom Besten. Eine Art Landleben auf Bergeshöhe. Ohne bestimmte Verabredung, ganz von selbst hatten sich anfangs einige, bald mehrere, endlich recht viele eingefunden; ich habe zu den fast regelmäßigen Besuchern eines halben Menschenalters gehört. Der Kreis war da. Es ging mit ihm so ähnlich, wie es mit der Entstehung der Deutschen Hanse gegangen ist, und wie sie erfreute er sich einer schönen Blüte. Aber auch unsere Schar zerfiel. Als eines der Häupter, der prächtige Professor Julius von Bernuth (Hamburg) abgerufen wurde, kam es einem erst gewissermaßen zum Bewußtsein, daß es ja nicht immer so bleiben könne. Viel Gutes und Schönes für Kopf und Herz habe ich von jenen köstlichen Sommermonaten gehabt, die mir, obgleich das alles nun schon so weit zurückliegt, noch so lebendig vor der Seele stehen. Mit meiner Marie bin ich nur einige Male oben gewesen. Ihr war das Klima (1640 Meter) nicht milde genug, und vor allem: das Hausmütterchen war daheim nicht zu entbehren. Aber so oft ihr Zustand es

zuließ und die Kasse irgend es erlaubte, nahm ich mit meinem Emanuel beginnend der Reihe nach eines, wiederholt auch zwei der heranblühenden Kinder mit auf die Reise. Den Beschluß der Ferien machte ein Abstecher ins Oberland oder nach Italien. In wieviel Winterabendstunden wurde in der Bücherei nach Bädekers Anleitung geplant und wieder geändert! 1887 ging ich mit den vier Ältesten nach Berlin, um ihnen den alten Kaiser noch zu zeigen und sie früh einen Blick in die Reichshauptstadt tun zu lassen. Einmal ward ein größeres Unternehmen zur Tat: ich ging mit meinem Wolfgang, der damals Unterprimaner war, zur See in die Schweiz, d. h. wir fuhren mit einem mittelgroßen Ostasienfahrer des Lloyd (Dampfer Oldenburg, 5000 tons) von Bremen über Antwerpen, wo wir drei Tage blieben, nach Genua und kamen so von Süden her via Chamonix an den Vierwaldstädter See. Erst im vorgeschrittenen Alter und als die Verhältnisse größere Einschränkung empfahlen, habe ich den Harz kennen gelernt und lieb gewonnen. Im September 1893 nahm ich meinen siebenten Sohn Jürgen, der damals erst 8 Jahre zählte, mit nach Schierke. Hier überraschte uns Emanuel, damals Student der Rechte in Göttingen; eine tolle Wette ausmachend, hatte er es fertig gebracht, an einem Tage von Göttingen bis zum Brocken zu wandern; er war mit Sonnenaufgang ausgezogen und eine halbe Stunde vor Mitternacht am Ziel! Über fast alle Reisen ist von den Kindern getreulich Tagebuch geführt. Die kleine Sammlung bildet ein für die Familie nicht wertloses Speziale meines Bücherbestandes. Selbst die kleine Maria, die mit ihrer Mutter im Jahre 1901 ins hessische Land reiste, erfüllte die ihr auferlegte Verpflichtung, zu Weihnachten eine Reisebeschreibung abzuliefern, in virtuoser Weise.

Zwischen die Erholungsfahrten drängten sich auch ernste Geschäftsreisen, die nicht minder zur Weitung und Schärfung des Blickes beitrugen. Schon als ganz junger Anwalt fuhr ich für einen Lübecker Kaufmann nach Stockholm, und bald darauf wurde ich nach Straßburg i. E. gesandt, um einen polnischen Schwindler, der ein Lübecker Haus arg geschädigt hatte, zu fassen. Es gelang mir mit Hilfe eines vom Gerichte mir beigegebenen huissier den Bösewicht ausfindig zu machen

und ihn in einer Bodenkammer frischweg verhaften zu lassen, — und zwar aus dem Wochenbette heraus, das er, um der Verfolgung zu entgehen, mit der Haube und den Allüren seines edlen Weibes fingiert hatte. 1880 hatte ich in Glasgow den Nachlaß meines Vetters Christian Rethwisch in Besitz zu nehmen; ich verfehlte nicht, damals acht Tage in London vorzusprechen. Um die französischen Sprachkenntnisse aufzufrischen, ging ich während des Sommers auf zwei Monate noch einmal nach Paris und ein Jahr darauf nach den unvergleichlich schönen Normannischen Inseln. Als Zeugen der soeben geschlossenen Entente cordiale hingen in Cherbourg die Flaggen Frankreichs und Englands nebeneinander. 1910 kehrte ich nochmals zu den immergrünen Inseln zurück, diesmal nicht allein! Es folgten großartige Schweizer Reisen: 1911 Engadin (Tarasp), 1912 Zermatt und Saas-Fé mit seinem Gletscherkranze. Das letztere, das damals nur wenigen meiner engeren Landsleute bekannt war, hatte Bürgermeister Mönckeberg, mit dem in Gesellschaft seiner anmutigen und liebenswürdigen Töchter ich vor Jahren durch das Maderaner Tal gewandert war, mir warm empfohlen.

Zu allen diesen Reisen kamen zuletzt noch die unvergeßlichen Fahrten, die mich als Bürgermeister von Lübeck 1917 an die Front im Westen und Osten geführt haben. Die Reise durch Frankreich endete im äußersten Zipfel des Ardenner Waldes, wo ich aus dem Fesselballon, der bis zu 800 m Höhe aufstieg, in deutsche und französische Schützengräben sah, die Ostfahrt nach längerem Aufenthalt in Riga auf stolzen deutschen Kreuzern, die sich zur Expedition nach Oesel rüsteten.

Die erste größere Rede, die ich als junges Bürgerschaftsmitglied hielt (Lübeckische Blätter, Band 1884, S. 45.), ist bezeichnend für meine Auffassung der Stellung eines bürgerschaftlichen Vertreters und die Stellung der Bürgerschaft gegenüber dem Senat. Unbewußt ist Behn mir Vorbild gewesen; aber ich habe mir stets meine Unabhängigkeit gewahrt. Er war mir Lehrmeister, aber nicht durch Unterweisung, sondern durch meine Beobachtung seiner Tätigkeit, seines Systems, das ich mir in wichtigen Punkten zu eigen zu machen strebte. Aus

den sechziger und siebziger Jahren erinnere ich, daß nach fast jeder Ratssitzung Senator Dr. Wilhelm Plessing mit dem langjährigen Wortführer der Bürgerschaft oder des Bürgerausschusses, meinem guten Hausnachbar Landrichter Dr. Albrecht Prieß, zwischen Jakobi-Kirchhof und Johannisstraße oft sehr viel länger als ein Viertelstündchen auf und ab wanderte. Daß bei diesen Promenaden lübsche Politik gemacht wurde, hat mir zwanzig Jahre später Prieß selbst mit leuchtenden Augen erzählt. Zu solchen Konventikeln hatte ich keine Anlage. Ich habe immer Ehrerbietung gegen die im Senat verkörperte Regierung empfunden und will hoffen, daß ich es bei Begründung meiner vom Senate recht häufig abweichenden Ansicht an der angemessenen Form nicht habe fehlen lassen. Im übrigen aber unterstrich ich von je das Wörtchen „und" zwischen beiden Staatskörpern. Die Wahrung der Rechte der Bürgerschaft als Mitträgers der Staatsgewalt ließ ich mir mit ganzem Ernste angelegen sein, und als erste Voraussetzung solcher Wahrung betrachtete ich die unbedingte Selbständigkeit der führenden Bürger. Mit den Senatskommissaren habe ich manchen harten Strauß ausgefochten; zum wirklichen Konflikt ist es nur einmal gekommen: im Jahre 1895 ward in der mit dem Budget verquickten Lotteriefrage die Einsetzung einer Entscheidungskommission unvermeidlich, die zwar dem Senate formell recht gab, indem sie dem Abschluß des Budgets zustimmte, sachlich aber das von der Bürgerschaft vorgezeichnete Ziel — sofortige Einführung der Staatslotterie — erreichte.

Innerhalb der Bürgerschaft bekämpfte ich die radikale Linke, ohne mich jedoch auf eine bestimmte politische Parteirichtung festzulegen. Das Parteiwesen aus der Bürgerschaft so lange als möglich fernzuhalten war mein ernstes Bestreben. Dieser Anschauung diente schon die 1883 erfolgte Gründung des Vaterstädtischen Vereines, ein Verdienst meines Freundes Benda, der länger als 30 Jahre der treue und geschickte Vorsitzende seines Vereines geblieben ist. Es folgte unter Führung von Hermann Lange die Begründung des Reichsvereines, an dessen Arbeiten ich mich in den ersten Jahren eifrig beteiligt habe. Doch ward diese Gesellschaft bald zu einem bloßen Wahlverein. Im Land-

gebiete, aus dem mein erstes Bürgerschaftsmandat hervorging — ich wurde, nachdem ich in ganz jungen Jahren in Schlutup-Gothmund gegen einen Schlutuper Industriellen unterlegen, im Jahre 1879 in Moisling gewählt —, auf dem Lande habe ich bei den Reichstagswahlen auch, wie ich glaube, einen nicht unbedeutenden Einfluß ausgeübt. Abgesehen von den Wahlen trat aber der Reichsverein nur bei besonders festlichen Anlässen an die Öffentlichkeit, und hier habe ich öfter als mir lieb war reden müssen. Ich debütierte am 1. April 1885, an Bismarcks 70. Geburtstage, mit der Festrede vor einer in der großen Tivolihalle abgehaltenen wirklich imposanten Versammlung von Stadt und Land. Die Rede ist nicht gedruckt; der Grund, weshalb ich die Drucklegung ablehnte, war, soweit ich mich entsinne, der, daß ich meine Ausführungen nicht für selbständig genug hielt. Zehn Jahre später, im Jubiläumsjahre, war ich wiederholt genötigt, in öffentlichen Festversammlungen das Wort zu nehmen. An Bismarcks 80. Geburtstag sprach ich auf die deutsche Jugend; am Sedantage hielt ich vor Rat und Bürgerschaft die Festrede auf dem Marktplatze. Mein treuer Jugendfreund Gesandter Dr. Richard Krauel hatte Bismarck im Spätherbst bei einem Besuche in Friedrichsruh von mir gesprochen; der Fürst hatte in der Presse, die er genau verfolgte, einzelne Referate über meine Reden gelesen und äußerte den Wunsch, mich einmal bei sich zu sehen. Am 1. Februar 1896 empfing ich vom Grafen Rantzau die Einladung, mit Krauel am 5. Februar im engsten Kreise beim Fürsten zu speisen. Es ist das einzige Mal gewesen, daß ich mit Bismarck in Berührung kam. Was ich am folgenden Tage über diesen Besuch aufgezeichnet habe, lasse ich hier wörtlich folgen:

Wir waren zu Tisch um 7 Uhr geladen; so benutzten wir den Schnellzug von Hamburg, der nach Bedarf in Friedrichsruh anhielt. Durch einen Diener wurden wir am Bahnhof empfangen. Ein geschlossener Wagen brachte uns in fünf Minuten zum Schlosse. Dort erwartete uns Graf Rantzau, der uns leider mitteilte, der Fürst habe schlimme Schmerzen, so daß sein Erscheinen bei Tische fraglich sei. Die Besorgnis war unbegründet.

Nach zehn Minuten, die ich gern dazu benutzte, mir Bismarcks Arbeitszimmer in Ruhe zu betrachten, erschien der Fürst. Er begrüßte mich, indem er bei dem Händedruck das Auge ernst und lange auf mir ruhen ließ, und bat uns, ihm nicht ob seiner Schweigsamkeit zu zürnen; hoffentlich würden die niederträchtigen Gesichtsschmerzen unserm Zusammensein nicht abträglich sein. Die Gräfin Rantzau nahm meinen Arm. Wir gingen sofort zur Tafel. Es war in der Tat der engste Kreis. Bismarck saß an der Spitze des ovalen Tisches. Zu seiner Linken Krauel, zur Rechten ich. Außer Rantzaus war nur Chrysander zugegen. Hinter dem Stuhle Bismarcks ein alter Diener, der den Fürsten, als er sich setzte, fragend ansah: „Ja, Hoffmann, was trinken wir? Ein Glas Bier?" — „Durchlaucht, ich denke, heute gibt es einen guten Rheinwein." — „Na," meinte Bismarck, „wir können uns verständigen. Geben Sie uns zur Suppe ein Gläschen Bier, und dann gießen Sie mir eine halbe Flasche Sekt und eine Flasche Rheinwein zusammen." Das Essen war ganz einfach; leichte Kost war es nicht: erst Karpfen, dann Gänsebraten, zum Schluß eine süße Speise. Bismarck trank seine Weinmischung aus einem riesigen Glase, das er zweimal ziemlich schnell hintereinander leerte. Dann sagte er: „Ich fühle mich wohler." Und nun nahm er die Führung der Unterhaltung, die er zuerst auf Lübecks stetig steigenden Wohlstand, dann auf einzelne Persönlichkeiten lenkte. Mit Bitterkeit sprach er von Boetticher. Hatte Bismarck gegessen, so häufte er einige Reste auf dem Teller zusammen und reichte ihn dem großen Hunde, der den Kopf auf Bismarcks linkes Knie gelegt hatte und etwas ungeduldig auf sein Deputat wartete. Es war nicht Tiras sondern Rebekka. „Die Bekksch taugt nicht viel. Der Kaiser hat die Gnade gehabt, sie mir zu schenken, Boetticher rühmte sich, sie ausgesucht zu haben. Mein Gott, wenn man etwas nicht versteht, soll man die Hand davon lassen." — Ich weiß nicht, wie Bismarck dazu kam, von der Reichskanzlei zu sprechen. Als der Name Delbrück genannt wurde, klärten sich seine Züge auf: „Ja, das war ein Arbeiter. Aber er war nicht robust genug. Als ich eines Morgens in die Kanzlei kam, saß Delbrück regungslos am Schreibtisch. Den Kopf hatte er

auf die gefalteten Hände, die auf dem Tische lagen, gesenkt. „Was ist Ihnen, Delbrück?" fragte ich. „Durchlaucht, ich werde verrückt." — „Mein Gott," sagte ich, „ist das etwas Besonderes? Ich frage mich seit etwa 20 Jahren jeden Morgen: Hast du dich eigentlich schon dumm geochst, oder ist es noch nicht so weit? Du meine Güte, dafür sind wir ja auf der Welt." — Krauel machte verschiedene Anläufe, das Gespräch auf die Politik zu bringen; aber Bismarck wehrte ab: „Besser, wir schweigen davon. Vielleicht heute abend, wenn wir rauchen." Nur als die Rede auf die Kolonien kam, sagte er: „Unter uns gesagt, ich schwärme nicht für einen großen Kolonialbesitz. Wir haben zu wichtige Aufgaben daheim, die noch gelöst werden müssen. Da haben wir uns eine riesige Sandbüchse aufschwatzen lassen — Kahle Hari oder so ähnlich (dabei strich er schmunzelnd wiederholt über seinen Schädel) wie hier, da wächst nichts mehr, eine unfruchtbare Gegend." — Ich konnte mich nicht enthalten zu bemerken: „Dieser Gegend tun Durchlaucht unrecht; der Untergrund hat sich doch als recht fruchtbar erwiesen." Bismarck sah mich freundlich an: „Eigentlich haben Sie recht. Darauf wollen wir einen Schluck miteinander trinken."

Als die Gräfin die Tafel aufhob, reichte Bismarck jedem die Hand, und auch mich grüßte er mit herzlichem Händedruck. Ich verbeugte mich. „Nein, nicht so," sagte er, nahm meinen Kopf zwischen beide Hände und küßte mich herzhaft auf den Mund. — Als wir abends uns verabschiedet hatten, war das erste Wort Krauels: „Fehling, ich gönne dir alles Gute; aber beim Nachtisch habe ich dich beneidet. Du nimmst eine Erinnerung mit heim, wie nicht viele sie haben werden."

Wir gingen ins Arbeitszimmer. Bismarck blieb mit Krauel und mir allein. Er setzte sich in den großen Lehnstuhl und ließ sich die lange Pfeife reichen. Starke Holzspäne lagen zum Anzünden bereit. Ich gab ihm Feuer. „Sie verstehen das Geschäft, wie ich sehe. Mancher Gast hat mich mit gut gemeinten aber verfehlten Versuchen gepeinigt, — so ist es recht. Man darf nicht in medias res gehen, sondern muß an der Oberfläche bleiben." Wir kamen nun auf Studentenbräuche und auf Göttingen zu reden, für das er zärtliche Worte fand. Als ich

von der Niederlegung einzelner Wallpartien berichtete, meinte Bismarck: „Das ist eine Sünde und Schande. Göttingen ohne den Kranz der Wälle ist wie ein Geistlicher ohne Halskrause — viel Reiz ginge damit verloren.“ Wir saßen zu dritt an dem großen Tisch. Es wurde Münchener Bier gebracht. Und ich habe den Eindruck, daß der Fürst sich behaglich fühlte. Jedenfalls war er schmerzfrei. Krauel bewährte auch gestern sein schönes Talent, hie und da durch einzelne Stichworte dem Gespräch eine erwünschte Wendung zu geben oder auch es an bestimmten Punkten festzuhalten. Von aktueller Politik zu reden behagte dem Fürsten offenbar nicht. Aber mit Wärme sprach er von den Hohenzollern und ihren Verdiensten um Deutschland. Er redete mit steigender Lebendigkeit von der preußischen Königsgeschichte und ging dabei auf hervorstechende Charakterzüge der Herrscher ein. (Krauel und ich verständigten uns hernach darüber, daß er, der Historiker, die Nachtischgespräche aufzeichnen, ich ein Bild unseres Friedrichsruher Besuches im allgemeinen festhalten solle, und daß wir unsere Aufzeichnungen austauschen wollten. Leider ist es dazu nicht gekommen.) Im Nu flogen die Stunden dahin. Ich wollte es nicht glauben, daß die Zeit so weit vorgerückt sei, als der Diener gegen elf meldete, daß der Wagen, der uns zum Bahnhofe bringen sollte, vorgefahren sei. Als wir uns verabschiedeten, legte Bismarck die Hand auf meine Schulter mit den Worten: „Grüßen Sie die alte kaiserliche Stadt. Das nächste Mal sollen Sie mir von Lübeck erzählen. Heute habe ich zu viel von mir geschwatzt.“ Als ich mich auf dem Flur noch einmal umschaute, stand der alte Fürst mit der langen Pfeife in der Hand hoch aufgerichtet, auf seine Tochter gestützt in der Türöffnung. Das Licht der Krone fiel auf sein Haupt. Er winkte gütig: „Auf Wiedersehen!“

Senat und Bundesrat

(1896—1920)

Als ich 1896 in den Senat gewählt wurde, war ich Wortführer der Bürgerschaft, Direktor der Gemeinnützigen Gesellschaft, Vorsitzender des Anwaltsvereines. Ich war also gewissermaßen ein geschulter Versammlungsleiter. Jetzt hieß es, als Jüngster in das Regierungskollegium sich einfügen, oder, wie Senator Rittscher sich ausdrückte: Ich mußte wieder Lehrling werden und hatte die Briefe zur Post zu bringen. Rittscher war es auch, der vor der Wahl mit mir gesprochen und mir geraten hatte, die goldene Freiheit nicht aufzugeben. Ich konnte ihn wohl verstehen, vermochte ihm aber nicht zu folgen, weil es meiner, wie mir schien, gegebenen Entwicklung und auch meiner Neigung entsprach, in den Senat einzutreten. Aber leicht ward dem 48jährigen die völlige Veränderung nicht. Es war damals noch geheiligte Sitte, dem neuen Mitgliede alle möglichen Offizien zu übertragen, es gewissermaßen auf Probe einzustellen, jedoch beileibe nicht sogleich zum Vorsitzer einer Behörde zu machen. Die im Mai 1896 verkündete Ratssetzung nannte mich als Inhaber von zahlreichen Ämtern; aber wenn auch mehrere von ihnen erfreuliche und anregende Tätigkeit verhießen, keines bot mir die Gelegenheit zu fruchtbarer Arbeit an verantwortlicher Stelle. Vorsitzender der Justizkommission des Senates war Bürgermeister Behn, der bis ins höchste Alter die Geschäfte nicht nur leitete, sondern eigentlich allein besorgte. In der Finanzbehörde war es noch Übung, alles ins Plenum zu ziehen. Auch die Senatskommission für Handel und Schiffahrt, in die ich als Nachfolger Klügmanns eintrat, bot zwar willkommene Möglichkeit, meine Kenntnisse zu bereichern;

Gelegenheit zu selbständiger Arbeit bot sie gerade damals nur in bescheidenem Maße. Die Kommission für Reichs- und auswärtige Angelegenheiten aber, der 1898 beigeordnet zu werden mich mit besonderer Freude erfüllte, bot vollends keine Aussicht zu anderer Betätigung als etwa bei Einführung eines neuen Preußischen Gesandten, da Klügmann, unser soeben am Preußischen Hofe beglaubigter Vertreter und zugleich Bundesratsbevollmächtigter, weder einer Assistenz bedurfte noch eine solche gern sah. Bei dieser Lage der Dinge begrüßte ich die Anregung zu größerer Dezentralisation und Arbeitsteilung in den einzelnen Behörden mit Lebhaftigkeit. Ich wurde im Finanzdepartement Vorsitzender der Abteilung für Stadtgüter und schuf mir in deren Verwaltung eine in gewissem Grade unabhängige Stellung, die ich fast zwei Jahrzehnte behalten habe. Dabei fiel mir die Aufgabe zu, auf die rechtzeitige Vergrößerung des städtischen Grundbesitzes bedacht zu sein. Der Ankauf von Karlshof, Krempelsdorf, Niendorf-Weißenrode ist von mir in die Wege geleitet und durchgeführt worden; nebenher ging die Verhandlung über den Ankauf der Travemünder Seebadeanstalt. Zunächst suchte ich den Stand und die Entwicklung der Domänen zu erforschen. Von der Überzeugung geleitet, daß, um an die Ausarbeitung eines Ablösungsgesetzes heranzutreten, vorerst Klarheit über die dem Staate an dem bäuerlichen Grundbesitz zustehenden Rechte zu schaffen sei, übernahm ich ferner die wenig dankbare Aufgabe, bei der Anlegung neuer Grundbücher das fiskalische Interesse zu wahren. Viele unerquickliche Verhandlungen mit alten Freunden aus dem Landgebiet waren die Folge; aber es ward doch eine Grundlage geschaffen, auf der man weiterbauen konnte, und ich habe noch in meiner Bürgermeisterzeit den durch die Senatoren Dr. Neumann und Dr. Kalkbrenner glücklich herbeigeführten Abschluß in der Frage des Ablösungsgesetzes vor dem Senate mitvertreten.

Bald vollzogen sich im Senat einschneidende Veränderungen. Senator Rittschers frühes, tragisches Ende bedeutete für mich zunächst einen sehr schweren Verlust. In der kurzen Zeit unseres Zusammenarbeitens hatte er mir echtes Wohlwollen gezeigt und in wichtigen Anlässen manchen dankbar benutzten Fingerzeig

gegeben. Sein Ausscheiden gab dem Rate ein wesentlich verändertes Aussehen. Noch hielt Behns unverwüstlich scheinende Arbeitskraft aus; ja, als er vom Vorsitz des Senates zurücktrat, übernahm der 78jährige nochmals, nach 25jähriger Pause, das Präsidium des Finanzdepartements, das er bis zu seinem Ausscheiden aus dem Senat beibehielt. Mir aber, der ihm am nächsten stand, konnte es nicht entgehen, wie die Zeichen einer Abnahme seiner Kräfte sich mehrten, und diese Beobachtung ist mir immer als Mahnung, dereinst zur rechten Zeit mich vom Amte zu trennen, im Gedächtnis geblieben. Als Behn zu Ende des Jahres 1901 in den Ruhestand trat (ich geleitete den trotz tiefer Bewegung aufrechten Mann aus der Sitzung des Senates vom 9. Dezember, der letzten, der er beigewohnt hat), kam ich mir sehr verwaist vor. Damals ist es Bürgermeister Dr. Wilhelm Brehmer gewesen, der, wie man zu sagen pflegt, sich meiner annahm. Da ich ihm von meinen Erholungsarbeiten gesprochen, ermutigte er mich, es nicht bei dem Studium bewenden zu lassen, sondern zur Darstellung der gewonnenen Ergebnisse überzugehen und damit, was mir bisher durchaus ferngelegen hatte, vor die Öffentlichkeit zu treten. Er wies mich auch auf den Reichtum unseres Staatsarchivs hin und überzeugte mich, daß es noch nicht zu spät für mich sei, mich eingehender mit bestimmten Gebieten der heimischen und der hansischen Geschichte zu beschäftigen. Bald beglückte er mich durch die Mitteilung, daß er mich zu seinem Nachfolger im Vorsitz des Hansischen Geschichtsvereines erkoren habe. Gehoben durch sein Vertrauen, habe ich 1903 den Schritt gewagt. In rascher Folge erschienen nun meine Arbeiten: „Lübeckische Stadtgüter" (Bd. I 1904, Bd. II 1905); „Bürgermeister Dr. Behn" (1906); „Vermögensrechnung der Freien und Hansestadt Lübeck" (1910). Dazwischen gab ich (1909) die Jugendbriefe meines Schwiegervaters Geibel heraus und hielt in der Hauptversammlung des Gesamtvereins Deutscher Geschichts- und Altertumsvereine, im Hansischen Geschichtsverein, auch noch in der Gemeinnützigen Gesellschaft eine Reihe von Vorträgen, die ich später (1919) mit einigen früher gehaltenen unter dem vom Verleger vorgeschlagenen etwas kühnen Titel „Marksteine lübischer Geschichte" bei Karl

Curtius herausgab. 1918 erschien meine kleine Arbeit „Zur lübeckischen Ratslinie 1814—1914“, die 1921 noch eine Fortsetzung erhalten hat.

Meine literarischen Versuche entsprangen, wie gesagt, nicht der Neigung zu schreiben, noch weniger der Annahme, daß die breite Öffentlichkeit sich für meine Aufzeichnungen interessieren werde, sondern zunächst ausschließlich dem Wunsche, mich auf dem Wirtschaftsgebiet, in dem ich als Mitglied der Finanzbehörde zu wirken berufen war, zu orientieren. Daher begann ich mit dem Studium der Akten des Finanzdepartements, dehnte meine Nachforschungen von Fall zu Fall auf noch kaum berührte Schätze des Staatsarchivs aus, und unter der Feder, ganz allmählich, gestaltete sich meine erste größere Arbeit zu einer Wirtschaftsgeschichte der lübeckischen Stadtgüter, auf deren bessere Nutzbarmachung und Vermehrung von 1896 an mein Augenmerk gerichtet war. Da die Anteilnahme meiner Kollegen und der Domänenpächter sowie eine wohlwollende Kritik der Presse mich stärkten, bin ich dann Schritt für Schritt weiter gegangen. Anderswo habe ich davon erzählt, wie ernst Behn die Aufstellung unseres Staatsbudgets nahm, und wie es ihn in helle Verzweiflung brachte, wenn sein Anschlag einen auch noch so geringen Unterschuß herausrechnete. Auch ich habe es an ernster Prüfung bei der Ausarbeitung des Haushaltsplanes nicht fehlen lassen; aber von Beginn meiner bürgerschaftlichen Tätigkeit an bin ich mir darüber klar gewesen, daß Lübeck viel reicher und kräftiger sei, als der Senat der sechziger, siebziger und auch noch der achtziger Jahre annahm. Es ist Tatsache, daß der älteste kaufmännische Senator vor Einleitung der Verhandlungen mit Preußen eine Beteiligung des lübeckischen Staates an den Kosten der Erbauung des Elbe-Trave-Kanals „bis zu 400 000 ℳ für zulässig“ erklärt hat! Auf die gleiche Zaghaftigkeit des Rates wird zu wesentlichem Teile auch die kampflose Preisgabe des hanseatischen Oberhofes, d. h. die schnelle Zustimmung des Senats zur Verlegung des Sitzes, zurückzuführen sein, — ganz zu geschweigen von dem Verkaufe der Bergedorfer Hälfte für 200 000 Taler an Hamburg im Jahre 1865 und der eiligen Aufgabe der im Besitze des Staates

befindlichen Aktien der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft. Es kam mir darauf an, die Kenntnis des Budgets zu fördern, Klarheit über die staatlichen Leistungen in den verschiedenen Verwaltungsressorts, ihre Steigerung, ihre Verminderung zu gewinnen. Diese Klarstellung erschien mir erstrebenswerter als der ziemlich unfruchtbare Streit über die Abgrenzung zwischen Staats- und Stadtvermögen. So entstand mein „Haushalt der freien und Hansestadt Lübeck" und endlich meine „Lübeckische Vermögensrechnung" — Schriften, die innerhalb der Bürgerschaft als Nachschlagewerk nicht unwillkommen gewesen zu sein scheinen und auch draußen bei der Aufnahme von Staatsanleihen Dienste geleistet haben. Die Gewißheit, daß die Zahl meiner Leser immer nur eine sehr beschränkte bleiben werde, hat mich nicht abgeschreckt. Ich schrieb nur für Lübeck und nur über lübeckische Dinge. Bei allen meinen literarischen Arbeiten, auch bei meinen Vorträgen, schwebte mir das Ziel vor: durch meine Beiträge den Glauben an Lübeck, das Vertrauen auf die innere Kraft unserer alten freien Stadt und ihre Zukunft zu stärken. Im hohen Alter, der praktischen Staatsarbeit entrückt, kehre ich wieder zu meiner frühesten Neigung, einer Schilderung lübischer Persönlichkeiten, zurück, und indem ich diese Zeilen schreibe, glaube ich mit der Tatsache rechnen zu dürfen, daß meine volkstümliche Darstellung der „Ratslinie von den Anfängen der Stadt bis auf die Gegenwart" kein Torso bleibt*).

Wenn ich insbesondere auf die Arbeiten der Jahre 1904 bis etwa 1910 jetzt zurückschaue, so empfinde ich noch deutlich das Glücksgefühl, mit dem ich mich damals in den Stoff vertieft und die Feder geführt habe. Brehmers Anteilnahme und Beifall blieben mir bis zu seinem Ende. Sie waren in der Zeit ernster Sorge und dann schwersten Kummers mir doppelt vonnöten. Die Arbeit hat mich gerettet.

Mit gutem Gewissen darf ich behaupten, daß meine Nebenarbeiten nicht zu einer Vernachlässigung meiner Amtspflichten

*) Die Arbeit ist noch zu Lebzeiten des Verfassers erschienen (1925, Veröffentlichungen des Staatsarchivs 7,1).

geführt haben. Schon 1902 erhielt ich den Vorsitz in mehreren Behörden: in der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten, in der Zentralarmendeputation (später Stiftungsbehörde), in der Justizkommission. Auch im Kirchenrat habe ich während des Zeitraums von 1905 bis 1910 um so lieber mitgearbeitet, als ich seinerzeit an der Ausarbeitung der Kirchenverfassung und der Umgestaltung der Kirchengemeindeordnung mich fleißig beteiligt hatte und der erste Vorsitzende der neu geschaffenen Synode gewesen war. Vor allem aber mußte ich es als ein Glück achten, daß ich im Jahre 1905 zu Klügmanns Stellvertreter im Bundesrat ernannt wurde. Die Stellung ward für mich frei, als Dr. Johann Georg Eschenburg zum ersten Male den Vorsitz im Senate übernahm. Von Bürgermeister Dr. Eschenburg selbst weiß ich, daß er während der Zeit, während welcher er stellvertretender Bevollmächtigter zum Bundesrate hieß, nur ganz vereinzelt in der Wilhelmstraße oder am Königsplatz sich hatte blicken lassen. Das wurde nun freilich anders. Eschenburg war die Tätigkeit in Berlin, aus welchen Gründen bleibe dahingestellt, offenbar nicht sympathisch. Auch ich bin nie in ein herzliches Verhältnis zu unserem Gesandten gekommen; doch habe ich manches von ihm gelernt, und ich hatte Respekt vor der vornehmen Art, wie unser Vertreter in seiner guten Zeit die Geschäfte der Gesandtschaft führte. Als das zunehmende Alter ihm den Rücktritt nahelegen mußte, fiel mir die Aufgabe zu, die Liquidation zu besorgen, eine nicht gerade angenehme Pflicht, deren Ausübung bei Klügmann, den sonst ein starkes Gerechtigkeitsgefühl auszeichnete, leider eine ungerechte Bitterkeit gegen den Beauftragten der Senate erzeugte, die er nicht überwunden hat.

Die Berliner Tätigkeit bedeutete für mich eine völlige Wandlung in meiner Senatsstellung. Mein Debüt war die Mission zur Hochzeit des Kronprinzen. Die prunkvolle Feier, die sich auf sechs Tage erstreckte, und bei der die Abgesandten der drei Senate (für Bremen kam Senator Dr. Marcus, für Hamburg Senator Dr. Lappenberg) Gäste des Kaisers waren, wurde für mich auch insofern bedeutungsvoll, als ich nun, in die Hofgesellschaft

eingeführt, mit einem Schlage viele Persönlichkeiten kennen lernte, die man kennen mußte, um bei praktischen Anlässen gleich an die richtige Tür klopfen zu können. Ich habe eine gewisse Befangenheit bald verlernt. Von allen Seiten kam man mir freundlich entgegen. Unter den Hofchargen und unter den mir bekannten Diplomaten machten manche sich ein Vergnügen daraus, mich zu orientieren und auf vieles meine Aufmerksamkeit hinzulenken, das sonst kaum von mir bemerkt sein würde. Von den nichthanseatischen Bundesratsbevollmächtigten, denen ich während der Jahre 1905 bis 1920 nähertrat, nenne ich den ältesten und einen derjenigen, die erst zu meiner Zeit nach Berlin übersiedelten: die Gesandten Graf Lerchenfeld und Boden. Mit den Bayern haben die Lübecker immer ein gutes Verhältnis gehabt, und diese freundlichen Beziehungen aufrechtzuerhalten ist auch mein Bestreben gewesen. Wenn unser Gesandter beurlaubt war und kein Senatsmitglied zur Verfügung stand, wurden die Geschäfte der hanseatischen Gesandtschaft regelmäßig durch Bayern wahrgenommen. Bei Lerchenfelds Jubiläum ließen die dankbaren Regierungen ihm einen mit den Wappen der drei freien Städte geschmückten Silberpokal überreichen. Bekanntlich hat Graf Lerchenfeld schon unter Bismarck die bayrische Gesandtschaft in Berlin vertreten. Er verkörperte die Tradition der alten Zeit, war aber mit nichten altmodisch oder für das Neuere unzugänglich. Mich berührte seine Art zu votieren, auch seine Präsidialführung, durch ihre Einfachheit und ihre strenge Objektivität, die aber keineswegs in Nonchalance überging, von Anfang an angenehm. Im Privatgespräch war er behaglich. Er verband Ritterlichkeit mit natürlicher Freundlichkeit — gegen diejenigen, die ihm sympathisch waren. München hat ihm immer sehr tüchtige Gehilfen gestellt, die, wie man merkte, gerne unter einem Chef arbeiteten, der ohne die Fäden aus der Hand zu geben ihnen innerhalb der Sphäre ihrer Referate starke Selbständigkeit ließ. Ganz und gar auf sich selbst gestellt war der braunschweigische Gesandte Boden, der mit einer seltenen Gewandtheit eine bewunderungswürdige Arbeitskraft und — er hat längere Zeit auch Anhalt und Oldenburg vertreten — eine wahrhaft erfrischende Arbeitsfreudigkeit vereinigte.

Sehr schnell entwickelte er sich zu einer der Arbeitsbienen des Bundesrates, und er hat in schwierigen Fällen durch eindringende Beherrschung des Stoffes und durch klare Anordnung ausgezeichnete Referate erstattet. Trotz des großen Altersunterschiedes haben wir uns vortrefflich verstanden — nicht nur in der Arbeit, sondern auch in ebenso amüsanten wie lehrreichen Erholungsstunden. Mit Freude gedenke ich auch eines Pfingstfestes, an dem ich Exzellenz Boden und unsern Gesandten Sieveking in der Curtiusstraße beherbergen durfte. Von den hanseatischen Bundesratsvertretern waren es namentlich „der alte Pauli", der vortreffliche und immer noch jugendfrische Bürgermeister von Bremen, und Hamburgs eleganter Senatspräsident Bürgermeister Burchard, die mir zu ihrer Zeit viel Freundlichkeit erwiesen haben. Die hanseatischen Vertreter wohnten damals noch fast sämtlich in dem behaglichen Hotel Royal, Ecke der Linden und der Wilhelmstraße. Hamburg hatte die besten Zimmer im ersten Stock, Bremen und Lübeck begnügten sich mit zwei kleineren, aber höchst gemütlichen Zimmern in der zweiten Etage. Im Dachgeschoß war von Hamburg auch eine kleine Handbibliothek zur Benutzung der Hanseaten aufgestellt. Das Haus, in dessen angenehmem Restaurant sich oft mit den Hanseaten andere Diplomaten, auch Berliner Minister und andere hohe Beamte, vereinigten, hatte nur einen Fehler: im ganzen Hotel gab es nur e i n Badezimmer! Die Bremer Herren wurden dem Hause zuerst untreu; sie zogen ins Continental. Später zerstreuten sich die Kollegen. Einige gingen in den Kaiserhof, die meisten ins Adlon. Hier habe auch ich eine Reihe von Jahren gewohnt, bis ich während des Krieges ins Hotel Esplanade übersiedelte, das sich schon wegen der Nähe des neuen Gesandtschaftshotels, d. h. Minister Sievekings schönen und gastlichen Hauses Regentenstraße 19a empfahl. Im Royal schlief ich manches Jahr während meines Berliner Aufenthaltes Wand an Wand mit Pauli, dessen feste Gesundheit nicht zum wenigsten wohl durch seinen berühmten Schlaf sich konservierte. Vom Abend bis um halb acht Uhr morgens konnte man seine ruhigen Atemzüge hören. Die Abendstunde nenne ich nicht. Im Kreise der Kollegen ist namentlich während des zweiten

Lustrums dieses Jahrhunderts manche sehr ausgedehnte Abend-sitzung abgehalten worden. Der Seßhafteste unter allen war der kluge und amüsante Frese, früher Bremens ausgezeichneter Reichstagsabgeordneter, dann nach seiner Erwählung in den Senat dessen Spezialvertreter im Bundesrat bei Beratung aller Tabakfragen, eines Gebietes, auf dem er allen anderen, insbesondere auch den Reichsbeamten, überlegen war. Frese sprach sehr gut, man hörte ihn gern. Burchard sprach gern, aber er überzeugte nicht. Pauli hielt sich gänzlich zurück, indem er den jüngeren Kollegen das Wort ließ, die sämtlich — in erster Reihe denke ich an Donandt und Nebelthau — ebenso gewandt wie ein-dringlich redeten. Was mich anbelangt, so habe ich jahrelang mich nur sehr wenig, vielleicht zu wenig, anders an der Debatte beteiligt, als wenn ich im besonderen Auftrage des Senates Anträge zu stellen oder zu bekämpfen hatte. Erst während des Krieges und hernach in Weimar ging ich mehr aus mir heraus. Ich litt oft unter dem Bewußtsein, daß die meisten Materien in Lübeck, wie es bei unserm Zuschnitt nicht anders sein konnte, nicht annähernd so gründlich wie in Hamburg vorbereitet und durchgearbeitet waren. Wenn ich in Berlin meinem Senate und unserer Stadt habe nützen können, so geschah es mehr durch stille Arbeit, durch Konferenzen mit den Spezialreferenten und in den einzelnen Reichsämtern. Besondere Sorgfalt verwendete ich auf die in wichtigen Angelegenheiten unter dem frischen Eindruck der Verhandlungen erstatteten Berichte. Bekanntlich sah die amtliche Niederschrift über die Vollsitzungen des Bundes-rates von jeder Begründung der Beschlüsse ab, in den Ausschuß-sitzungen aber ward ein Protokoll überhaupt nicht geführt. Da ich mich daran gewöhnt hatte, in den meisten Versammlungen unter Anwendung einer selbsterfundenen Kurzschrift fleißig Notizen zu machen, bei den Ministerkonferenzen und im Haus-haltsausschusse des Reichstages häufig ganze Reden nachschrieb, sind die betreffenden Berichte von einigem Werte. In den ersten zehn Jahren meiner Berliner Tätigkeit, also vor dem Kriege, bin ich durchschnittlich fünfzehnmal im Jahre in der Reichshauptstadt gewesen, oft zu längerem Aufenthalt, d. h. für mehrere Wochen. Die mir gelegentlich auch von befreundeter

Seite geäußerte Ansicht, Berlin ersetze mir die Badereise, war gar nicht so ganz unberechtigt, insofern als mir das dortige Leben manche geistige Auffrischung brachte. Auch die Tageseinteilung, die sich so wesentlich von der heimischen unterschied, war bekömmlich. Nur in einem Punkte bin ich auch in Berlin Lübecker geblieben: im Punkte des Frühaufstehens. Wenn ich daheim im Winter um halb sieben, im Sommer um sechs Uhr aufzustehen pflegte — auch in Berlin bin ich, wenn auch nicht ganz so früh, doch um sieben Uhr regelmäßig bei der Hand gewesen. Dann folgte ein köstlicher Morgenspaziergang durch den nahen Tiergarten, und lange Zeit widmete ich mit Behagen eine der Vormittagsstunden der Universität. Die Bundesrats- und Reichstagssitzungen, die Ausschußverhandlungen, besonders die Ministerkonferenzen zogen sich vielfach bis in die Abendstunden hin. Meistens aber war der Abend doch frei, und da ich nur wenig Gesellschaften mitmachte, war hier die Möglichkeit gegeben, das Theater oder Konzerte zu besuchen, denen ich in Lübeck während des letzten Jahrzehnts nahezu entfremdet war. Blieb ich daheim, so widmete ich mich nach Erledigung der Korrespondenz mit einer gewissen Regelmäßigkeit der hansischen Geschichte. Mancher Vortrag dankt seinen Entwurf oder auch die letzte Feile der Berliner „Muße", so daß ich sagen darf: Bundesrat und Hansischer Geschichtsverein haben zusammen gewirkt mich, den Alternden, frisch zu halten.

In dem seit 23 Jahren von Brehmer geleiteten Vereine wirkten 1903 mit ganzer Hingebung die besten Forscher hansischer Geschichte. Ich nenne nur die Vorstandsmitglieder Frensdorff, Koppmann, Höhlbaum, Bippen, von der Ropp, Zimmermann, den treuen Schatzmeister Hoffmann. Koppmann und Höhlbaum wurden uns zu bald entrissen. Baasch und Hasse traten an ihre Stelle. Dann gewannen wir Stein für die Leitung der Hansischen Geschichtsblätter. Ich setzte mich dafür ein, daß endlich Dietrich Schäfer, der unermüdliche und fruchtbare, zum Eintritt in den Vorstand eingeladen wurde. Er sträubte sich nicht und hat dem Vereine bis heute durch seine Anregungen und Vorträge, ganz besonders auch durch die Zuführung jugend-

frischer Kräfte — hier seien nur Hagedorn, Häpke, Vogel genannt — überaus wertvolle Dienste geleistet. Alle Gelehrten kamen mir mit Freundlichkeit entgegen. Vor allem war es unser feinsinniger Senior Frensdorff, dessen, ich muß den Ausdruck gebrauchen, liebevolle Ermunterung mir Mut machte, mich in diesem Kreise bedeutender Forscher nicht als ein bloßer Geschäftsführer zu fühlen. Geben konnte ich dem Vereine nicht viel, ich blieb immer der Empfangende. Aber die anfängliche Scheu wich allmählich, und es machte mir Freude, den Mitgliederversammlungen und den Sitzungen des Vorstandes zu präsidieren. In zwei Richtungen konnte ich dem Verein nützlich werden: in dem Bestreben, die Tätigkeit nicht ausschließlich auf die gelehrte Aktenforschung zu beschränken, sondern auch in bestem Sinne auf die populäre Darstellung auszudehnen, und ferner in der Heranziehung des Interesses hansischer Kaufleute, die durch Spenden den Fortbestand des Vereins gesichert und mehrere Arbeiten und Forschungsreisen ermöglicht haben, welche die Finanzlage sonst kaum gestattet hätte. Viel kam auch darauf an, die bisherigen Mitglieder, in erster Reihe natürlich die zahlenden Städte, bei der Stange festzuhalten. Manche Korrespondenz war zu führen und war nicht wirkungslos. Noch wichtiger waren persönliche Besprechungen, die Unheil abwandten. Ich erinnere mich der fatalen Benachrichtigung des Magistrats der Haupt- und Residenzstadt Berlin, daß fortan der bisherige Beitrag von 300 ℳ nicht mehr gezahlt werden könne, und der Genugtuung, mit der ich in der nächsten Vorstandssitzung berichten durfte, daß der Oberbürgermeister Kirschner mir nicht nur die Zurücknahme des gedachten Beschlusses, sondern auch eine Erhöhung des Berliner Beitrages in Aussicht gestellt habe. Kirschner hielt Wort, der Jahresbeitrag wurde auf 500 ℳ erhöht! Zur Hebung der Stimmung der Vorstandsmitglieder, von denen einzelne noch immer der Zukunft des Vereins, der seine Hauptaufgabe erfüllt habe, skeptisch gegenüberstanden, trug nicht unwesentlich das Interesse bei, mit dem der Plan einer neuen Wisbyfahrt aufgenommen wurde. An einem Augustabend des Jahres 1906 versammelten sich im Ratskeller zu Lübeck sechzig Mitglieder unseres Vereins, die um Mitternacht an Bord des

vom Vorstande gecharterten Dampfers Linnea gingen. Acht Tage dauerte die Gesellschaftsreise, die sich zuerst nach Bornholm, dann nach Gothland wandte. Die Eindrücke der stolzen Ruinen waren groß und bleibend. Ich bin mit dem deutsch fühlenden Bürgermeister Een von Wisby, der schon die Hansefahrer vom Jahre 1881 unter Versmanns Führung begrüßt hatte, in Beziehung geblieben. Ein freundlicher Zufall will, daß am Tage, an dem ich diese Zeilen schreibe, ich sowohl von Een als von seiner liebenswürdigen Tochter Karin Briefe empfange, die aufs neue Zeugnis ablegen von der deutschfreundlichen Gesinnung dieser klugen und vortrefflichen Menschen.

Es will mir scheinen, als hätte ich in den fünf Jahren vor Ausbruch des Weltkrieges stets die Frage mit mir herumgetragen: wohin geht die Reise? Ich will nicht sagen, daß schon 1909 das Wetterleuchten am politischen Horizont ernstliche Beunruhigung im Bundesrate verursacht hätte. Aber vieles schien unsicher — das System der Regierung, die Gruppierung der Parteien, die auswärtige Politik. Als das englische Königspaar zum Geburtstage des Kaisers nach Berlin gekommen war, brachte man es fertig, für die Festvorstellung im Opernhause das Ballett „Sardanapal" zu wählen. Ich vergesse nicht die zynische Miene, mit der König Eduard die mit Brillanten und Perlen überladenen Schultern der Magnatendamen durch sein Glas musterte, vergesse aber auch nicht die Schlußszene: den Zusammenbruch des Thrones! Bei dem Festessen im Reichsamt des Innern hatte Delbrücks Rede den Wortlaut: „Der Kaiser!" und man fand das sehr geschickt. Während der sechzehn Jahre meiner Berliner Zeit habe ich sechs Kanzler — oder waren es sieben? — kommen und verschwinden sehen. Ich beabsichtige nicht von den Eindrücken zu berichten, die ich von jedem einzelnen empfangen habe; sie würden vielleicht größer gewesen sein, wenn ich der törichten Neigung hätte entsagen können, die Männer des neuen Jahrhunderts in Vergleich mit dem ersten Kanzler des Deutschen Reiches zu setzen. Amtlich habe ich nur mit Bethmann-Hollweg verkehrt. Sonst führten die mir von meinem Senat erteilten Aufträge mich in

der Regel zu den Staatssekretären oder den Ressortministern. Gern war ich als junges Bundesratsmitglied den immer klar disponierten Reden des Fürsten Bülow gefolgt, obgleich ihr etwas pastoraler Ton und ihre lehrhafte Stimmung sie oft um ihre rechte Wirkung brachten. Bethmann war kein Reichstagsredner; am Bundesratstisch fesselte sein Ernst und seine knappe Ausdrucksweise. Menschlich liebenswürdig war die Art seines Stellvertreters Clemens Delbrück, der eine gewisse schlichte Bürgerlichkeit nie verleugnete und auch in aufgeregten Debatten eine glückliche Ruhe zu bewahren wußte. Nur einmal habe ich ihn in höchster Erregung gesehen: am Tage der Kriegserklärung — soeben war das Kaiserpaar durch das Brandenburger Tor zum Schlosse gefahren — stürzte der heftig ergriffene Mann mit den Worten „alea jacta" in den Bundesratssaal, wo die fast vollzählig versammelten Vertreter ihren Vorsitzenden erwarteten, und es dauerte einige Minuten, bis dieser seiner Bewegung Herr wurde.

Eine eigene Ansicht über das, was in der Vorkriegszeit im Auswärtigen Amt vorging, zu gewinnen, war für mich, den damals stellvertretenden Bevollmächtigten eines der kleinsten Staaten, eine Unmöglichkeit; auch unser damaliger Gesandter, der ja schon im Amte stand, als Bülow Kanzler wurde, hat davon schwerlich eine Ahnung gehabt. Erst während des Krieges wurde auf dringendes Begehren die Einrichtung getroffen, daß jeden Mittag einer der vortragenden Räte des Auswärtigen Amtes zur Erteilung von Information über die Lage für ein engeres Kollegium von Staatenvertretern sich bereithielt. In den Vollsitzungen des Bundesrates führte regelmäßig der Stellvertreter des Kanzlers den Vorsitz. Das wäre erträglich gewesen, wenn für Fragen der großen Politik etwa besondere Sitzungen reserviert gewesen wären; aber weit entfernt davon, hielt man es geradezu für deplaciert, wenn einmal ein Wort über die allgemeine Lage geäußert wurde; ja, man ging in der Zurückhaltung so weit, daß in den Plenarsitzungen schließlich von jeder Diskussion abgesehen und der Schwerpunkt in die Beratungen der Ausschüsse gelegt wurde, deren Referenten, des Ergebnisses der Plenar-Abstimmung sicher, sich darauf

beschränkten, die fertige Vorlage in der Vollversammlung mit einigen schicklichen Worten zur Annahme zu empfehlen. Die Bedeutung der Ausschüsse stieg dadurch erheblich, abgesehen von dem Auswärtigen Ausschuß, der, weniger zur Beratung als zur Entgegennahme von Regierungserklärungen berufen, die Mitglieder meistens vor vollendete Tatsachen stellte und vor allem den Zweck verfolgte, die Regierung vor Überraschungen und lästigen Angriffen zu schützen. War dieser Zustand für den leitenden Staatsmann bequem, er brachte andererseits eine gewaltige Steigerung seiner Verantwortung. Im Laufe der Jahre bildete sich immer mehr die Übung aus, bei großen Vorlagen (Steuerreform, Wehrvorlage) die leitenden Minister oder die Finanzminister der Einzelstaaten zur Besprechung nach Berlin zu laden. Aber auch dies neu eingeschobene Organ ist häufig wenig mehr als Dekoration gewesen, zumal auch an solchen Versammlungen ein Stab von Beamten teilnahm und die Leitung es geschickt zu vermeiden verstand, bei Meinungsverschiedenheiten es zu einer Abstimmung kommen zu lassen. In den gewöhnlichen Ausschußsitzungen ist man in dieser Beziehung unbefangener vorgegangen. Waren hier die Meinungen sehr geteilt, so wurde gegen Ende der Beratung mit großer Offenheit Abstimmungs-Arithmetik getrieben. Wenn die Leitung der preußischen Stimmen sicher war, und es fehlte etwa ein Vertreter des führenden Staates, so wurde im rechten Augenblick noch nach einem Geheimrat geschickt, um einen sonst gefährdeten Antrag zu retten. Solchem Vorgehen gegenüber haben die Vertreter der Hansestädte es oft nicht leicht gehabt, mit ihren Wünschen durchzudringen. Hielten vollends die Städte nicht zusammen, so war das Ergebnis häufig genug vom Zufall abhängig. Es ist der Schmerz meiner Tätigkeit während der letzten Jahre gewesen, daß es mir nicht gelungen ist, die Senate von Bremen und Hamburg von der Notwendigkeit einer Aufrechterhaltung des festen Zusammenschlusses zu überzeugen.

Derjenige, der für meine Auffassung volles Verständnis hatte und den Standpunkt des Lübecker Senates in ebenso entschiedener wie taktvoller Weise vertrat, war der letzte

hanseatische Gesandte, Dr. Karl Sieveking. Klügmann hatte in den letzten Jahren die Fühlung mit den Schwesterstädten verloren. Als Vertreter des Reichslandes hatte Sieveking schon einige Jahre im Bundesrate gearbeitet. Hamburger von Geburt, war er über hanseatische Bedürfnisse und Anschauungen orientiert, und vermöge seiner großen Personalkenntnis erschien er für die ihm angetragene Stellung vor vielen anderen geeignet. Schließlich: er war ein Sieveking. In der Wahrnehmung der lübschen Angelegenheiten hat er auch den von meinem Senate und von mir gehegten Erwartungen durchaus entsprochen. Aber noch ehe er sich in seine Stellung als Vertreter dreier Staaten, deren Interessen keineswegs in allen Fragen identisch waren, wirklich eingearbeitet hatte, brach der Weltkrieg aus, der an den Gesandten der drei Handelsrepubliken hie und da fast unmögliche Anforderungen stellte. Man muß, um darüber zu urteilen, diese Zeit in Berlin mit durchgemacht haben. Es kam tagtäglich vor, daß auf dieselbe Stunde mehrere Sitzungen anberaumt wurden, und dieser Zustand wuchs sich mit der Zunahme der Kriegsgesellschaften ins Groteske aus. Eiserne Nerven waren nötig, um derartiger Verhältnisse Herr zu werden und zu bleiben; ich habe mehr als einen Vertreter zusammenbrechen sehen. Welch ein Abstand gegenüber der fast behaglich zu nennenden Wahrnehmung der Geschäfte während des Friedenszustandes! Und doch waren die geschilderten Übelstände nur von untergeordneter Bedeutung gegenüber der Hauptschwierigkeit, mit welcher der Gesandte zu kämpfen hatte. Sie lag in der Divergenz hamburgischer und bremischer Interessen, zwischen denen einen Ausgleich zu finden immer schwerer wurde. Wenn ich dennoch mit Sievekings Billigung und Beistand bei jeder Gelegenheit vor Preisgabe der gemeinsamen Vertretung gewarnt habe, so geschah es, weil ich der festen Überzeugung war und bin, daß doch noch viel mehr die Hansestädte eint als trennt, und daß das „in trinitate robur“ (dessen Wahrheit schon Krüger auch auf das treue Zusammenhalten der drei Städte angewandt hatte) in seiner ganzen Tragweite erst dann, dann aber zu spät, werde erkannt werden, wenn die Gemeinschaft tatsächlich werde aufgehoben sein. Die Senate von Hamburg und Bremen

haben anders beschlossen. Sie kündigten die Übereinkunft der Senate betreffend die gemeinschaftliche Vertretung in Berlin auf. Nach meiner Ansicht haben sie sich damit eines nicht geringen Teiles ihres Einflusses begeben. Man sage nicht, nur die gemeinsame Gesandtschaft sei aufgehoben und dem Zusammenschluß ad hoc im Reichsrate kein Riegel vorgeschoben. Non est idem. Es ist nicht nötig, auf Bismarcks Zeugnis zurückzugreifen, um zu erkennen, daß die Kraft des hanseatischen Einschlages in der Reichspolitik durch die Aufhebung der gemeinsamen Gesandtschaft mindestens nicht gestärkt worden ist. Beim Reiche existiert die Hanse als solche heute nicht mehr. Es gibt nur noch Vertreter der einzelnen „Länder". Und der Abstand gegen früher ist um so augenfälliger gemacht worden, als Hamburg zugleich, vornehmlich wohl, um sich mehr Sitze in den Ausschüssen zu sichern, in überraschender Weise von dem geschichtlich Gewordenen abrückend den Anspruch erhoben und leicht durchgesetzt hat, in der Reihe der deutschen Länder anders, nämlich nach Maßgabe der Bevölkerungsziffer, gesetzt zu werden.

Was mein persönliches Verhältnis zu Sieveking betrifft, so habe ich ihm für sehr vieles zu danken. Seine vortreffliche Art, in der Beratung die richtige Mitte zu halten und nicht immer nach dem ersten und letzten Wort zu streben, machte es mir zur Freude, als Spezialkommissar neben ihm zu sitzen. Die klare und einfache, aber immer abgerundete Form seiner Berichte machte mir auch als Bürgermeister den Vortrag im Senate angenehm. Vor allem aber gedenke ich dankbar seiner auch darin bewiesenen Noblesse, daß er die von mir in Lübeck vorgeschlagene Neuerung, den Bürgermeister zum Mitgliede des Bundesrats, den Gesandten zu seinem Stellvertreter zu ernennen (ein Zustand, der in Hamburg und Bremen ja längst bestanden hatte), nicht als Kränkung empfand, sondern als durch die Verhältnisse gegeben verständnisvoll hinnahm.

Nach allem, was ich vorhin niedergeschrieben, war mir der Aufenthalt in Berlin in guter Erinnerung. Lieb wurde er mir dadurch, daß ich ihm ein neues Glück verdanke, das ich wahrhaftig in meinem Alter nicht mehr zu hoffen gewagt hatte.

Vier Jahre hatte ich im Witwerstande verharrt. In längerer Vereinsamung würde ich wohl schnell den Rest meiner Frische verloren haben. Nun tat durch die Verbindung mit Frau Geheimrat Käthe Vogts geborenen Wessel (Berlin-Wannsee) noch eine glückliche Zukunft sich vor mir auf. Die liebenswürdige Frau, die schwere Schicksale tapfer überwunden hatte, besaß vier Söhne*), die mit zärtlicher Liebe an der Mutter hingen. Die beiden ältesten hatten sich soeben glücklich verheiratet. Die große Schar von zwölf Kindern umgab uns also, als wir am 2. August 1910 mein neu erbautes Haus in der Curtiusstraße bezogen. Die meisten meiner Kinder waren damals nicht mehr in Lübeck ansässig, und das Schicksal hat es gefügt, daß auch diejenigen, die noch in der Vaterstadt geblieben waren, in der Zwischenzeit Lübeck verlassen haben. Schmerzlichen Verlust erlitt im Laufe der letzten zwölf Jahre mein engster Familienkreis. Mein Sohn Ferdinand hatte seinen Lehrstuhl in Heidelberg verlassen, um als Kriegsfreiwilliger nach Frankreich zu ziehen. Während des Krieges heiratete er Grete Planck (Berlin), die 1917 verstarb, und zwei Jahre später ihre Zwillingsschwester Emma, die im November 1919 ihrer Schwester in den Tod folgte! Meine herzensgute Schwester Julie (in ihren guten Jahren die richtige „Tante", wie sie in jeder großen Familie zu finden ist, und in Lübeck allgemein „Tante Ute" genannt) war mir schon 1912 gestorben. Inzwischen sind hochbetagt auch die beiden lieben älteren Schwestern, die letzten meiner Geschwister, dahingegangen, und gleichzeitig verlor meine Ada in München ihren Gatten, den Bildhauer Georg Roemer. — Wenn im Jahre 1906 die Berufsarbeit mich gerettet hatte, jetzt fühlte ich den Segen des Wortes, das über meiner alten Bücherei stand: „Arbeit und Liebe": An der Seite der meine Art und mein Streben verstehenden Frau habe ich mich gehalten; ich behielt den Mut, das Leben anzupacken, und die Ereignisse forderten von mir Mut und Kraft.

---

*) Wilhelm Morgen, geb. 13. 9. 1883 — Fritz Morgen, geb. 24. 12. 1884 — Walther Vogts, geb. 14. 7. 1889 — Werner Vogts, geb. 10. 6. 1892, der als Fähnrich des Regiments Bremen in der Marneschlacht am 16. 9. 1914 den Tod für das Vaterland erlitt.

Aus der Zeit von 1908 bis zum Ausbruch des Krieges sei namentlich meine regelmäßige Teilnahme an den Verhandlungen über Steuerreform und Wehrvorlage erwähnt. Neben der Bundesratstätigkeit nahmen mich private Arbeiten in Anspruch, die mir für spätere amtliche Verhandlungen von großem Werte gewesen sind; ich denke an die Durcharbeitung der lübeckischen Verfassungs-Revisions-Akten von 1814—1817, deren Ergebnis in einem vor Ausbruch des Krieges in Lüneburg gehaltenen Vortrage zusammengefaßt ist (abgedruckt in der Zeitschrift für Lüb. Gesch. u. A.K. Bd. 16). An zwei Versammlungen des Internationalen Historischen Kongresses nahm ich als Vertreter des Hansischen Geschichtsvereines teil, in Berlin 1908 und in London, wohin mich meine Frau begleitete, 1913.

Wenige Monate danach, am 10. August 1913, besuchte der Kaiser Lübeck. Wiederum hatte Wilhelm II. an der Marienkirche und an unserem Rathause seine Freude. Die Bevölkerung jubelte ihm zu, wie vor 22 Jahren, als S. M. dem soeben erbauten Bürgerschaftssaale die Weihe gab. Damals am 1. April 1891 sah ich den Kaiser zum ersten Male. Er hatte bei meinem Schwager Behn, im Nachbarhause, Wohnung genommen, während der Generaladjutant Graf Wedel, der spätere Statthalter des Reichslandes, und der Flügeladjutant von Seckendorff bei uns wohnten. Ich war als Wortführer des Bürgerausschusses zur Tafel gezogen. Minister Krüger saß S. M. gegenüber, links von Krüger der Staatssekretär von Marschall, neben diesem ich. An jene Stunde mußte ich jetzt denken. Nun war mir der Platz angewiesen gegenüber dem Kaiser, dem ich während der inzwischen verflossenen 22 Jahre so oft hörend und redend — beim Empfange hanseatischer Deputationen hatte nach altem Brauch Lübeck den Vorrang — gegenüber gestanden hatte: bei der Hochzeit des Kronprinzen, bei der Feier zur Einweihung des Berliner Domes, bei Eröffnung der neu erbauten Bibliothek und bei manchen Hoffestlichkeiten. Ganz gewiß: ich habe niemals mich an S. M. herangedrängt. Aber es war mir eine Freude, vom Kaiser angeredet, von ihm mit einem Gruße an den Senat beauftragt zu werden. Mein Schwiegervater hatte ja zum Kaiser Friedrich in einem geradezu herzlich

zu nennenden Verhältnis gestanden, wovon der schöne Brief, den dieser bei Geibels Tode schrieb, beredtes Zeugnis ablegt. Mit Rücksicht auf diese Beziehungen — von dem Wohlwollen des kaiserlichen Großvaters ganz abgesehen — fühlte ich mich Wilhelm II. in gewisser Weise näher als meine Mitbürger. Im Interesse unserer Stadt hielt ich es auch nach Übernahme des Vorsitzes im Senat für richtig, am 7. März 1917 um einen Empfang nachzusuchen. An dem ernsten Gedenktage des 9. März empfing der Kaiser mich im Schlosse Bellevue und behielt mich fast eine Stunde allein bei sich. Über die sehr lebhafte Unterhaltung ist dem Senate ein eingehender Bericht von mir erstattet worden, wie ich denn auch sonst, wenn ich mit S. M. zusammen gewesen, den Gang des Gespräches, richtiger: der Ausführungen des Kaisers, aufgezeichnet habe. In diese Niederschriften habe ich niemanden Einblick gewährt; sie waren nicht für die Allgemeinheit bestimmt und sollen auch nicht der Öffentlichkeit übergeben werden.

Zu meinem siebzigsten Geburtstage empfing ich einen in sehr gnädigen Worten abgefaßten Glückwunsch des Kaisers, der mir auch noch aus dem Felde einen freundlichen Gruß gesandt hatte.

Als die Nachricht der Abdankung auf dem Lübecker Rathause eintraf, habe ich namens des versammelten Senates telegraphisch dem Kaiser für die während seiner ganzen Regierungszeit unserer freien Stadt erwiesene Huld gedankt.

Von einer mir wohlgesinnten alten Lübeckerin hatte ich, als ich in den Senat eintrat, einen einfachen Brillantring geschenkt erhalten, der im Erbgange auf sie gekommen war. Solche Ringe trugen in früheren Jahrhunderten die lübeckischen Bürgermeister. Der mir verehrte Goldreif war zuletzt von Daniel Haecks (1744—78) getragen, vor ihm angeblich von mehreren anderen Bürgermeistern. Die Schenkerin versicherte, daß ich als Besitzer dieses Ringes noch zur Bürgermeisterwürde gelangen werde. Erlebt hat sie meine Übernahme des Vorsitzes in curia nicht. Ich selbst habe manches Jahr geglaubt, daß dieser Platz mir nicht beschieden sei. In Lübecks ganz stiller Zeit, ich denke dabei an das Ende des 18. und das erste Viertel

des 19. Jahrhunderts, war die Wahl eines bejahrten Bürgermeisters — damals standen ja vier Bürgermeister an der Spitze des Senats — nichts Seltenes. Nicolaus Jacob Keusch war 72 Jahre alt, als er 1817 Bürgermeister wurde. Peter Wilcken freilich bat 1818, von seiner Erwählung abzusehen, offenbar aus Rücksicht auf sein Lebensalter — er stand im 76. Jahre. Stefan Hinrich Behncke aber, der damals gerade das 71. Jahr vollendet hatte, trat an seine Stelle. Und Peter Hinrich Tesdorpf nahm noch im 76. Lebensjahr (1827) die Wahl an. Seitdem war kein Siebziger zum ersten Male zur Bürgermeisterwürde gelangt.

Als im Oktober 1908 nach kurzer Krankheit mein Freund Bürgermeister Dr. Schön verstarb, übernahm Dr. Johann Georg Eschenburg zum zweiten Male den Vorsitz im Senate. Sein Nachfolger ward Johann Hermann Eschenburg, der dann mit seinem Vetter bis 1916 alternierte. Ich stand mithin im 70. Lebensjahre, als man im Dezember 1916 mich, zwanzig Jahre nach meinem Eintritt, zum Präsidenten des Senats erwählte. Nicht nur zwei Jahre, sondern — unter Außerkraftsetzung der entgegenstehenden Verfassungsvorschrift — vier Jahre lang, also bis zum Schlusse des Jahres 1920, habe ich den Vorsitz ohne Unterbrechung geführt.

Es drängten sich in dieser Zeitspanne zusammen Siegesgedanken, Friedenshoffnung, der Zusammenbruch des Heeres, die Umwälzung, der schmachvolle Frieden von Versailles, dessen fürchterliche Folgen für unser armes Vaterland das Jahr 1920 nur erst ahnen ließ. Der Zeitpunkt ist wohl noch ferne, wo ein objektiver „Historiograph", ein zweiter Ranke, die neueste Phase der Deutschen Geschichte schreiben wird. Losgelöst aber von dem Gange der deutschen Ereignisse die neue Geschichte eines der kleinsten Länder behandeln zu wollen, wäre ein Unding. Daher habe ich mich entschlossen, meine Bürgermeisterzeit gewissermaßen selbst reden zu lassen: der zweite Teil dieses Buches bringt als vielleicht nicht ganz wertlose Ergänzung der „Erinnerungen" eine Auswahl von Niederschriften und Reden, die, von zwei Berichten abgesehen, sämtlich aus jener kritischen Zeit stammen. Eines anderen Kommentars als der ihnen vorangeschickten kurzen Vorbemerkung bedürfen sie nicht.

Fünf Senatssitze hatte im Jahre 1919 die sozialdemokratische Mehrheit der Bürgerschaft für ihre Partei in Anspruch genommen. Die neuen Männer mit den alten Elementen des Rates zu ehrlicher und fruchtbarer Arbeitsgemeinschaft zu vereinigen war eine dankbare Aufgabe meiner letzten Amtsjahre.

Das Wort des geistvollen Alphonse Karr: „L'homme honnête et intelligent qui arrive au pouvoir, s'il a appartenu à un parti, doit répudier ce parti à l'instant même et se donner tout à tous" kann für die Mitglieder eines Regierungskollegiums nur in dem Sinne gelten, daß der in die Regierung eintretende Parteipolitiker niemals das Interesse seiner Partei über das Gemeinwohl stellen darf. Ich erinnere, in meiner Begrüßung des 1919 von der Bürgerschaft in den Senat gewählten früheren Parteisekretärs William Bromme den Satz ausgesprochen zu haben: „Sie sind Parteimann und werden es immer bleiben." Vollends forderte unter den durch die Revolution geschaffenen Verhältnissen das lübeckische Staatsinteresse, daß die neu gewählten Regierungsmänner die Verbindung mit ihrer — der größten — Partei nicht aufgaben oder auch nur lockerten. Nur so konnte der Senat hoffen, durch den immer noch sehr starken Wogenprall das lübeckische Staatsschiff glücklich hindurchzusteuern. Und in der Tat: nur das verständnisvolle Zusammenarbeiten mit klugen sozialistischen Parteiführern hat unserm kleinen Staate „in Würde die Freiheit erhalten" können. Was mich persönlich angeht, so war es für mich wohl leichter als für die übrigen bisherigen Kollegen, dieses neue System anzunehmen. Schon als Neuling im Senate — vor 20 Jahren — hatte ich in der Stellung eines Vorsitzenden des lübschen Gewerbegerichtes erwünschte Gelegenheit gehabt, mit tüchtigen sozialdemokratischen Arbeitervertretern mich einzuarbeiten. Als langjähriger Senatskommissar habe ich dann in der Bürgerschaft die Führer bekämpft, und sie haben mir das Leben oft genug sauer gemacht. Aber die herüber und hinüber fliegenden Pfeile waren nicht vergiftet. Der Gegensatz hat nicht verhindert, daß ich mit mehreren — ich denke namentlich an die späteren Minister Wissell und Stelling — in einem sehr freundlichen, auf gegenseitiger Achtung begründeten

Verhältnis stand. Vor allem aber: ich habe niemals einer politischen Partei angehört! Bedeutungslos ist diese Tatsache wohl nicht gewesen, wenn es mir jetzt gelang, als Vorsitzender des Senats, ohne daß das Vertrauen meiner bisherigen Kollegen erschüttert wurde, nicht nur das Vertrauen der sozialistischen Mitglieder zu erwerben, sondern auch ein Mißtrauen ihrer Parteigenossen zu verhüten. Daß dies der Fall gewesen, dafür bürgt mir die Versicherung der Kollegen; ja ich habe sogar die Genugtuung gehabt, bei meinem Rücktritte in ihrem Parteiblatte das Zeugnis zu lesen: „daß die Haltung des scheidenden Bürgermeisters auch den neuzeitlichen Verhältnissen gerecht zu werden versucht habe, und daß es ihr mit zu danken sei, wenn Lübeck vor größeren Erschütterungen bewahrt wurde".

Durchdrungen von der Überzeugung, daß mehr noch als in normalen Zeitläuften unsere Zeit gebieterisch in leitenden Stellungen die Arbeit vollkräftiger Persönlichkeiten erheische, habe ich, der ich der Wahrnehmung einer leisen Abnahme meiner Kräfte mich nicht verschließen konnte, am Schluß des Jahres 1920 beim Senate meine Versetzung in den Ruhestand beantragt.

Die Ansprache, mit der ich mich am 31. Dezember vom Senate verabschiedete, hatte folgenden Wortlaut:

Meine werten Herren Kollegen. Indem ich die heutige Sitzung schließe, schließe ich zugleich die letzte Sitzung des Jahres, schließe damit auch die letzte Senatssitzung, an der ich teilnehmen darf. Mit dem heutigen Tage ist meine amtliche Tätigkeit abgeschlossen.

Es wäre ein törichtes Unterfangen, ich wenigstens fühle mich der Aufgabe nicht gewachsen, in einem solchen Augenblicke, in der Scheidestunde, die den Abschiednehmenden in der tiefsten Seele erregt, einen Überblick über die Zeit geben zu wollen, während der die Mitarbeit in der Regierung mir gestattet war. Und auch das möchte ich, nachdem ich Ihnen 1918 berichtet habe, mir lieber versagen, über die Hauptbegebenheiten der lübeckischen Staatsverwaltung während der letzten beiden Jahre meines Senatsvorsitzes heute zu

berichten. Daß diese Jahre, die eine noch keineswegs abgeschlossene Übergangszeit darstellen, ebensowenig mit dem Maßstabe ruhiger, normaler Jahre als mit dem Maße der Kriegsjahre gemessen werden können, ist klar. In hohem Grade muß ja der Versuch reizen, noch eine Geschichte Lübecks nicht nur der Kriegsjahre, sondern etwa des letzten Jahrzehnts zu schreiben. Mir schwebt dabei Klugs Buch vor, das sich Geschichte Lübecks während der Vereinigung unserer Stadt mit dem französischen Kaiserreiche (1811 bis 1813) nennt, aber in einer wertvollen Einleitung bis auf das Jahr des Reichsdeputationshauptschlusses zurückgeht — Klugs Geschichte — ein kleines Werk, das heute kein Lübecker, der an verantwortlicher Stelle steht, entbehren möchte. Aber Pastor Klug war zu der französischen Zeit ein Kind; seine Arbeit entstand erst 43 Jahre nach Lübecks Befreiung. Wer es unternehmen wollte, einen Abriß unserer Geschichte während des letzten Dezenniums zu geben, der darf sich nicht darauf beschränken, die Tatsachen aneinander zu reihen, der muß tiefer schürfen, muß den inneren Zusammenhang der Dinge zeigen — und eine solche Arbeit gerade über das letzte Jahrzehnt kann erst reifen, wenn der Verfasser, dem Streit oder doch der Unruhe des Tages entrückt, zu ganzer Unbefangenheit sich durchgerungen und den Blick völlig freigemacht hat. — Ganz anders verhält es sich natürlich mit den Fragen: Wie steht unser Lübeck im neuen Reiche? und welchen Anspruch darf es hinsichtlich der weiteren Entwicklung erheben? Auf die erste Frage hat Wallroths eben wegen ihrer Knappheit ganz hervorragende und durch Klarheit überzeugende Schrift eine treffende Antwort gefunden; die zweite Frage aber wird durch das umfassende Gutachten für die Zentralstelle der Gliederung der deutschen Länder, wie wir überzeugt sein dürfen, eine — alle etwa noch gehegten Zweifel besiegende — Klarstellung zeitigen. Dies ist mein Kredo: Es ist uns vergönnt gewesen, unter den allerschwierigsten Finanzverhältnissen, die unsere Finanzbehörde im Einvernehmen mit der Steuer- und Betriebsbehörde durch nicht

genug anzuerkennende Festigkeit und Einsicht zu meistern bestrebt ist, — es ist gelungen, die Selbständigkeit unseres kleinen Staatswesens bis heute zu erhalten und sie auf dem Grunde einer den Lehren der Vergangenheit und den Anforderungen der neuen Zeit gerecht werdenden Landesverfassung zu befestigen. Wir haben unsere Kraft darauf einzustellen, im Innern und nach außen diejenige Politik zu verfolgen, die legitimiert, als eines der Länder des Reiches zu bestehen, im Innern, das will sagen: in unserem Staatswesen mit noch vorhanden gewesenen Rückständigkeiten gründlich aufzuräumen, die öffentlichen Einrichtungen aber soweit uns irgendmöglich auf den Rang von Musteranstalten zu bringen; nach außen, das heißt: unter loyaler Einfügung in die Reichspolitik doch unsere berechtigten Interessen insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet mit Freimut und ohne Schwäche zur Geltung zu bringen. Hier liegt für die nächste Zeit der Angelpunkt lübscher Politik und damit die Entscheidung über Lübecks Zukunft. So tief ich im hanseatischen Interesse es beklage, daß das Vorgehen der beiden größeren Schwesterstädte die Beibehaltung der gemeinsamen Berliner Vertretung unmöglich gemacht hat, — wer wollte sein Auge verschließen gegen die unleugbaren Vorteile, die gerade jetzt die Einrichtung einer eigenen lübschen Gesandtschaft unserer Stadt verheißt? Freuen wir uns, daß es gelungen ist, für dieses wichtige Amt eine Persönlichkeit zu finden, die das nötige Wissen, Können und Wollen mitbringt und, da ihr auch das Vertrauen der Bürgerschaft nicht fehlt, die Erwartung rechtfertigen dürfte, daß Lübecks Wünsche an den zuständigen Reichsstellen mit dem erforderlichen Nachdruck werden geltendgemacht werden. Heute dürfen wir wohl feststellen, daß auf dem bezeichneten Wege der Senat die Bevölkerung hinter sich hat; daß Arbeiter, Gewerbetreibende, Kaufleute, — daß alle Fraktionen unserer Bürgerschaft der Politik des Senates Verständnis entgegenbringen und entschlossen scheinen, sie in ihren Grundlagen zu stützen. Aber auch nur, wenn das geschieht, wenn insbesondere die Bürgerschaft — ich spreche von dem politischen

Körper — gewillt ist, alle Schwierigkeiten gemeinsam mit dem Senate zu überwinden, und wenn andererseits der Senat bereit ist, in dem anderen Träger unserer Staatsgewalt nicht eine Fessel oder gar einen lästigen Hemmschuh, sondern vielmehr in der Bürgerschaft den gleichberechtigten Faktor anzuerkennen und mit Parteien und Fraktionen in Offenheit glückliche Fühlung zu unterhalten — mit einem Worte: nur wenn Lübeck, durch innere Kämpfe nicht gelähmt, seine ganze Kraft zusammennimmt und zusammenhält, wird es Aussicht haben, der immer aufs neue sich auftürmenden Sorgen Herr zu werden und die von den Vätern ererbte Freiheit würdig zu bewahren. Daß dies geschehe, ist der heiße Wunsch, der mich in der Abschiedsstunde erfüllt und der Zeit meines Lebens mich erfüllen wird.

Und ihm geselle sich in diesem Augenblicke der Ausdruck tiefempfundenen Dankes.

Für mich ist es ein großes Glück gewesen, daß ich von den Jahren früher Jugend her Ehrfurcht vor der Geschichte der Stadt, Stolz auf lübsche Art und festes Vertrauen auf die im freien Bürgertum wurzelnde Stärke gewissermaßen eingesogen habe. Nur so habe ich auch in den schwersten Tagen der letzten Jahre den Mut an die Zukunft zu glauben aufrechterhalten, — und wenn ich dadurch vielleicht auch andere stärkend beeinflußt habe, so erblicke ich hierin ein köstliches Geschenk der Vorsehung.

Dankbar gedenke ich in dieser Stunde auch der mir ehrwürdigen Männer, die mich vor bald 25 Jahren in ihre Mitte aufnahmen, und von denen ich Behns sich nie verleugnende Geschicklichkeit, Brehmers weise Objektivität, Rittschers Kraft und Alphons Plessings mustergültige Gründlichkeit hervorzuheben mir nicht versagen kann.

Ihnen allen aber, werte Kollegen, mit denen zum Teil durch treue Freundschaft, mit denen insgesamt durch die gemeinsame Arbeit ich mich treu verbunden fühle, und die Sie mir so reiche Beweise gütiger Gesinnung bis zuletzt bekundet haben — Ihnen allen, den Senatoren und den Syndikern, deren ausgezeichnete Vorarbeit ich nie vergessen

werde, drücke ich dankerfüllt die Hand, dankbar für Anregung, für Unterstützung, auch für wohlwollende Nachsicht, deren ich gewiß oft — und sicher öfter, als ich ahnte — bedurft habe, und bitte Sie, dem Scheidenden ein gutes Andenken bewahren zu wollen.

Meine Herren, auch heute vereinigen wir uns in dem an jedem Silvesterabend im lübeckischen Ratssaale vom Senatsvorsitzenden ausgesprochenen Wunsche:

Möge im neuen Jahre ein guter Stern leuchten über unserem Vaterlande, über unserer Stadt!

Indem ich meine „Erinnerungen" abschließe und mich anschicke, die Aktenstücke und Reden, die den Inhalt des zweiten Teiles bilden sollen, zusammenzustellen, befinde ich mich in einer wunderbaren Stimmung: manches habe ich, bevor und während ich schrieb, durchkämpfen, gar vieles mit mir allein durchmachen müssen. Wochen-, ja monatelang kam mir, was ich niedergeschrieben, schal und doch gar zu unbedeutend vor, erschienen mir meine Denkwürdigkeiten wenig „denkwürdig", und der Vorsatz drängte sich vor, das Geschriebene zwar nicht zu vernichten, aber im Schubfache verwahrt zu halten und den nach mir Kommenden die Entscheidung zu überlassen, ob es der Veröffentlichung wert sei. Auch quälte mich lange der Gedanke, es könne bei urteilskräftigen Persönlichkeiten — die Meinung der anderen kümmert mich nicht — die ungerechte Auffassung sich geltendmachen, als ob ich am Ende gar nur oder doch vorzugsweise mit meiner Arbeit den Zweck verfolgt hätte, die Glocke meiner Taten zu sein. Eine gewissenhafte Selbstprüfung hat mich diese Bedenken überwinden lassen. Wenn auch ein enger Kreis mein Leben begrenzt hat, so kann ich mir doch vorstellen, daß auch die Niederschrift des einem der kleinsten deutschen Länder angehörigen Staatsmannes mit Rücksicht darauf einigem Interesse begegnen mag, daß mein Leben und Wirken in eine Zeitspanne fällt, die als Abschluß einer klar abgezeichneten Periode deutscher und lübeckischer Geschichte und als Übergang in eine Zeit der Gärung, der Umwandlung in völlig neue Verhältnisse und Anschauungen anzusprechen ist. Es erübrigt

sich, darüber ein Mehreres zu sagen. Ist meine Zusammenstellung überhaupt geeignet Interesse zu erregen, so mag es heute der Fall sein. Dankbar preise ich es als köstliches Geschenk der Vorsehung, daß sie mir auch noch im Ruhestande neben der Arbeitslust einen wenngleich bescheideneren Teil der Arbeitskraft gelassen hat. In diesem beglückenden Gefühl finde ich auch den Mut, der Kritik nicht auszuweichen.

Zweiter Teil

Aktenstücke und Reden

Vorbemerkung

Die hier zusammengestellten Aktenstücke enthalten (abgesehen von Nr. XI des Inhaltsverzeichnisses) ausschließlich Niederschriften und Reden, die bisher nicht veröffentlicht sind. Der Wortlaut ist unverändert gelassen; auch auf redaktionelle Feilung ist verzichtet. Sachlich ist zu der getroffenen Auswahl das Folgende zu bemerken:

Zu I. Die Berichte vom Sommer 1909 sollen ein Bild der innerpolitischen Lage vor dem Abgange des Fürsten Bülow darbieten. Der Bericht über die Konferenz der Minister vom März 1913 stellt diesem Bilde der Zerfahrenheit die völlige Geschlossenheit der deutschen Regierungen bei Einbringung der Heeresvorlage gegenüber und zeigt in deren Begründung den Reichskanzler von Bethmann Hollweg auf einer später nicht wieder erreichten Höhe.

Zu V, VIII und IX. Diese Niederschriften sind sämtlich unter dem frischen Eindrucke der in ihnen behandelten Ereignisse entstanden. Die Darstellung der lübeckischen Vorgänge vom November 1918 beruht auf den Tag für Tag gemachten Notizen des Herausgebers und wurde in den ersten Januartagen 1919 abgeschlossen; der Bericht über den Aufruhr vom 1. Februar 1919 ist in der folgenden Nacht aufgezeichnet, der Bericht über die Verhandlungen in Weimar (10.—23. Juni) in der Senatssitzung vom 25. Juni vorgetragen.

Berichte an den Senat

aus den Bundesratsverhandlungen und Ministerkonferenzen

1. Reichsfinanzreform

Hohem Senate / Berlin, den 11. Juni 1909 / beehre ich mich über meine erneute Teilnahme an den Bundesratsverhandlungen in Sachen der Reichsfinanzreform das Folgende ergebenst zu berichten.

Wie aus Zeitungsnachrichten dem Senate bekannt sein wird, ist die sogenannte Konferenz der Finanzminister wiederholt vom Anfang dieser Woche bis auf gestern hinausgeschoben worden. Die Gründe dafür liegen teils in dem starken Maß von Arbeit, das dem Reichsschatzamt durch die „oberflächliche" Arbeit der Reichstagskommission während der letzten Wochen erwachsen ist, teils in dem Bestreben des Staatssekretärs Sydow, die innerhalb des Bundesrats vorhandenen Schwierigkeiten durch persönliche Erörterung möglichst vor der Gesamtkonferenz zu beseitigen. Wieweit ihm das gelungen, werde ich weiterhin im einzelnen berühren. Hier nur die Bemerkung, daß das Reichsschatzamt — im Gegensatz zu der Winterkonferenz, zu der die Hansestädte garnicht zugezogen waren — den Gesandten Dr. Klügmann ausdrücklich um rechtzeitige Anmeldung der Herren Vertreter der Städte ersuchte. Ich war erst zwei Stunden in Berlin und hatte eben der Kanzlei der Gesandtschaft meine Ankunft gemeldet, als ein Eilschreiben Klügmanns mich von der Sachlage sowie von seiner Absicht in Kenntnis setzte, mich als Vertreter Lübecks dem Reichsschatzamt zu bezeichnen, wie er den stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Dr. Sthamer als Vertreter Hamburgs und Senator Donandt als Vertreter Bremens aufgeben werde.

Klügmanns auffallende Zurückhaltung beruhte wohl weniger auf Höflichkeit als auf dem erklärlichen Wunsche, von der Arbeit der voraussichtlich langwierigen Verhandlung wenigstens zum Teil, und von der Berichterstattung und der Verantwortung ganz sich entlastet zu sehen, — vielleicht auch mit auf der Annahme, daß die Interessen der Städte auseinandergehen könnten. Die letztere Annahme hat sich glücklicherweise als unbegründet erwiesen: die drei Senatsvertreter sind in allen wesentlichen Punkten nicht nur in Fühlung, sondern in Übereinstimmung geblieben.

Die „Ministerkonferenz“ versammelte im großen Bundesratssaale die vereinigten Ausschüsse und die Spezialvertreter, sowie eine starke Zahl von Kommissaren der beteiligten Reichsressorts, — darunter Dernburg, der nicht als Staatssekretär des Kolonialamts sondern als alter Bankvorstand zugezogen war und sich an den einschlägigen Debatten beteiligte. Den Vorsitz führte Sydow. Zum Befremden eines Teiles der Versammlung erschien Fürst Bülow überhaupt nicht, ließ auch sein Ausbleiben nicht entschuldigen, sondern nur im Anfange der Sitzung durch den Vorsitzenden verkündigen, „wie sehr er bedaure, wegen der voraussichtlich langen Dauer der Beratungen die Herren am Abend nicht bei sich sehen zu können“. Es waren etwa fünfzig Personen anwesend, — ein Kreis, der zu groß war, als daß er einer Vertiefung der Debatte hätte förderlich sein können. Außerdem gewährte die überaus reichhaltige und umfassende Tagesordnung der ganzen Verhandlung etwas Kaleidoskopartiges. Da es mir fraglich ist, ob Sydows Schreiben vom 5. d. M., das mir k. H. hierher nachgesandt wurde, noch in einer Kopie Hohem Senate vorliegt, erlaube ich mir, das Original hier wieder beizufügen.

Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit der Ankündigung, daß die zweite Lesung der Steuervorlagen im Reichstage sofort am 16. d. M. beginnen werde, daß bis dahin schon die neuen Vorlagen des Bundesrates dem Reichstage zugegangen sein müßten, daß daher die Konferenz nur

einen Tag dauern könne und daß bereits am Montag, dem 14. d. M., die Ausschüsse, im Anschluß an deren Beratungen aber sogleich das Plenum des Bundesrates zur Entscheidung über die neuen Vorlagen würden zusammentreten müssen. Nachdem sich einiger Unwille über das Prestissimo der Regierung ausgelöst, ging man ohne allgemeine Beratung sofort in medias res. Die politische Lage als solche wurde nicht erörtert; daß dennoch auch in der Spezialdebatte einzelne politische Fragen berührt wurden und manche Schlaglichter auf die nach wie vor verworrene Situation fielen, war — dem Reichsschatzamt offenbar unerwünscht, aber ja selbstverständlich.

I. Die Beschlüsse der Finanzkommission des Reichstages

1. Branntwein. Es wurde dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß nur 80 Millionen zu erzielen seien, und daß die Liebesgabe dauernd auf 20 *M* normiert sei. Man beschloß aber, die Kommissionsvorschläge zu akzeptieren. Die Finanzminister der süddeutschen Staaten unterstrichen stark ihr Reservatrecht.

2. Parfümerien. Zu unserer Gesandten sicht- und hörbarer Genugtuung ward der Beschluß der Reichstagskommission sehr abfällig von Sydow kritisiert. Die Steuer sei unzweckmäßig, die Banderolierung schwierig, die Kontrolle kaum durchführbar, der Ertrag gering. Aber sie rufe ein Heer von Gegnern auf den Plan, „und zwar nicht nur der Friseure und Barbiere, sondern auch der von diesen beeinflußten Kunden (!)". Der Vorschlag müsse daher bekämpft werden. Württemberg meinte trocken, daß der Elan des Staatssekretärs nicht recht verständlich sei; eine vom Reichstag empfohlene Steuer werde man nehmen müssen.

3. Tabak. Rüger (Sachsen) erklärte es für geradezu lächerlich, daß nicht mehr als 45 Millionen erzielt werden sollten. Das Ergebnis sei beschämend. Die Regierungen müßten an ihrer Banderolen-Vorlage festhalten.

Rheinbaben schloß sich diesem letzteren Wunsch zwar nicht an, erklärte es aber auch für sehr wünschenswert, daß der

Versuch gemacht werde, aus dieser Steuerquelle mehr zu erzielen.

4. Bier. 5. Schaumwein. 6. Beleuchtungsmittel (Glühkörper). 7. Zündhölzer. Die Vorschäge der Kommission werden anzunehmen sein. Der Staatssekretär nahm es für das Reichsschatzamt als ein Verdienst in Anspruch, daß der Vorschlag betreffend die Zündwaren der Kommission suppedidiert und ihr das amtliche Material zugänglich gemacht sei.

8. Kaffeezoll. Sydow wußte eine sachliche Diskussion durch die Erklärung abzuschneiden, „daß politische Rücksichten in diesem Augenblicke eine Erörterung untunlich erscheinen lassen". Die Bemerkung wurde mehrfach dahin aufgefaßt, daß das Reichsschatzamt seine wahre Absicht noch zu verschleiern wünsche, und daß vielleicht noch über den Vorschlag der Kommission werde hinausgegangen werden. Auch der Vorschlag Hamburgs, gleichzeitig mit Einführung des Kaffeezolles auch eine Abgabe auf Surrogate zu beschließen — was wahrscheinlich den gleichen Ertrag bringen, Brasilien gegenüber aber jedenfalls Deutschlands Position verbessern würde —, ward mit der Bemerkung, es gebe zu viele Arten der Surrogate und eine Abgabe erfordere unter allen Umständen langwierige Vorarbeiten, beseitigt.

Man wird bei diesem Gegenstande sich auf Überraschungen gefaßt machen müssen.

In der Anlage 1 ist versehentlich die Theesteuer nicht aufgeführt, die aber nur 800 000 *M* bringen wird.

9. Fahrkartensteuer. Die Ansichten Preußens wichen entschieden von dem Standpunkte des Reichsschatzamtes ab. Sydow wünschte zur Zeit einfach die bisherige Steuer, wie vom Reichstage vorgeschlagen, zu behalten und im Herbst erst an die Reform heranzutreten, — während Rheinbaben, unterstützt von Bayern und Sachsen, sofort an die Umarbeitung der Fahrkartensteuer heranzugehen (die 4. Wagenklasse also mitzutreffen) wünschte. Das Odium müsse man ruhig übernehmen. Reformiere man jetzt nicht, werde es dazu überhaupt in absehbarer Zeit nicht kommen. Sydow: „Sollen wir die Linke vor den Kopf stoßen?"

10. *Mühlenumsatzsteuer.* 11. *Kohlenausfuhrzoll.* Beide Vorschläge der Finanzkommission werden unbedingt verworfen.

Die Gründe gegen die Mühlenumsatzsteuer faßte Sydow dahin zusammen, daß diese *Gewerbesteuer* den Einzelstaaten nicht genommen werden dürfe und daß gegen die vorgeschlagenen Einzelheiten erhebliche Bedenken obwalteten; „die Großmühlen würden durch sie erdrosselt werden", die Schätzung des Ertrages schwebe völlig in der Luft.

Was den *Kohlenexportzoll* angehe, so werde seine Einführung Exportzölle des Auslandes zeitigen. Er würde auf das Inland zurückfallen und die Industrie schwer schädigen. Wegen der bevorstehenden Vertragsverhandlungen, namentlich auch mit Amerika, sollte man in diesem Punkte sehr vorsichtig sein.

Gegenüber einer Bemerkung des Sächsischen Finanzministers, der es für eine der Hauptaufgaben des Staates erklärte, „diesen unbezahlbaren Schatz uns zu erhalten", wurden die Bedenken gegen den Zoll von Rheinbaben, Dernburg, Richter (Handelsministerium) noch eingehender dargelegt.

Sydow schloß die Erörterung mit dem Satze: der Zoll würde, wenn man ihn selbst vorschlagen wollte, nie durchzubringen sein.

Jetzt wandte sich die Beratung den von der Reichstagskommission vorgeschlagenen *Besitzsteuern* zu.

1. Die *Kotierungssteuer* wurde von allen Seiten als unannehmbar bezeichnet. Sie sei eine ungerechte Vermögenssteuer, so etwa führte der Vorsitzende aus, die ohne Rücksicht auf die Wohlhabenheit die *Inhaber* der Papiere treffe, — sei volkswirtschaftlich bedenklich; der Markt könne auch die ausländischen Papiere nicht entbehren — Frankreich suche sich von seiner Kotierungssteuer loszumachen.

2. Zur *Wertzuwachssteuer* äußerte sich Sydow zurückhaltend, ganz wie seinerzeit in der Reichstagskommission. Er habe Prüfung zugesagt und seine inzwischen mit Praktikern und Gelehrten gepflogenen Beratungen hätten ihn davon überzeugt, daß „eine gewisse Beteiligung des Reiches zulässig sei". Aber die Frage sei nicht geklärt; noch lägen nicht genügend Erfahrungen

vor. Der Vorschlag der Kommission sei übrigens nur eine verschlechterte Abschrift des Kölner Statuts. Die Vorarbeiten würden Jahre erfordern. Übrigens „müsse man die Sache im Auge behalten“. Eine Denkschrift sei in Vorbereitung. Die Einnahmen seien naturgemäß sehr schwankend; in manchen Städten sei der Ertrag für besondere Zwecke (z. B. in Frankfurt a. M. für einen Schulfonds) reserviert.

Von allen Staaten erklärte sich nur Mecklenburg für die Wertzuwachssteuer. Die Begründung zeigte aber, daß der Vertreter nur die Steuer überhaupt, nicht eine Reichswertzuwachssteuer, hatte empfehlen wollen (er wies lediglich auf die abnorme Erhöhung der Mecklenburger Güterkaufpreise hin).

Rheinbaben erklärte, daß eine solche Reichssteuer viel Verlockendes habe; aber die Gemeinden seien geradezu darauf angewiesen, die Wertzuwachssteuer für ihre Zwecke zu entwickeln. Mindestens für jetzt dürfe man hier nicht eingreifen.

II. Die neuen Vorschläge des Reichsschatzamtes

1. Novelle zum Erbschaftssteuergesetze vom 3. Juni 1906. Die allgemeine Beratung offenbarte wieder einen scharfen Gegensatz zwischen dem Reichsschatzamt und Bayern. Es wies nämlich Herr von Pfaff nachdrücklich darauf hin, daß der Reichstag bezw. die Reichstagskommission nur 100 Millionen für Besteuerung des Besitzes in Aussicht gestellt bezw. gefordert habe. Wenn jetzt vom Reichsschatzamte — abgesehen von der Erbschaftssteuer-Erhöhung (Ertrag geschätzt auf 55 Millionen) — schon 85 Millionen Besitzsteuern vorgeschlagen würden, so werde damit die Möglichkeit, die Erbschaftssteuer durchzusetzen, von Seiten der Regierungen selbst verkürzt.

Sydow antwortete zweideutig: er habe keine anderen Steuern finden können, um die fehlenden 40 Millionen zu decken.

In der Versammlung überwog entschieden die Auffassung, daß die vom Reichsschatzamte vorgeschlagene starke Erhöhung der Erbschaftssteuer vom Reichstage werde abgelehnt werden.

Rheinbaben hatte für diese Eventualität schon seine Ersatzanträge fertig: die unter ganz anderen Voraussetzungen angekündigte Ermäßigung der Zuckersteuer müsse unterbleiben

(35 Millionen), jeder sonstige Ausfall aber durch stärkere Belastung des Tabaks wettgemacht werden.

Bei der Einzelberatung der Erbschaftssteuer-Vorlage überraschte Sydow durch Verteilung einer „soeben erst fertig gewordenen Arbeit“, der Veranschlagung des Mehrertrages an Erbschaftssteuer.

Die Mehrzahl der Anwesenden erklärte sich gegen die jetzt vorgeschlagene Steigerung der Steuer für unbeerbte Ehegatten und Deszendenten bis zu 5 % (über eine Million Erwerb hinaus). Es ward beschlossen, bei 4 % (über 750 000 Mark hinaus) stehen zu bleiben, übrigens bei geringer Abänderung der im Entwurfe zwischen 1 und 4 % vorgesehenen Staffelung.

Das Hauptinteresse der Hansestädte konzentrierte sich auf die Bestimmungen der Vorlage, wonach § 59 des bisherigen Gesetzes aufgehoben und im § 60 die Worte „treten insoweit außer Kraft, als den Bundesstaaten nicht die Erhebung besonderer Abgaben (§ 59) überlassen ist“ durch die Worte „treten außer Kraft“ ersetzt werden sollen.

Gegen die Auffassung des Reichsschatzamtes gelang es — zunächst mit Elsaß-Lothringen, demnächst aber unter Sekundierung der süddeutschen Staaten, endlich auch Preußens — entschieden Stimmung dafür zu machen, daß die zur Zeit den Hansestädten vorbehaltene Befugnis, die Anfälle unter 10 000 ℳ für sich zu besteuern, — sowie ferner die einzelstaatliche Heranziehung des beweglichen Vermögens (das Reich will fortan die ganze Fahrnis steuerfrei lassen!) uns auch fernerhin verbleibe.

Es ist meine Aufgabe, in diesen Tagen in Fühling mit dem Reichsschatzamte zu bleiben und nach Kräften dafür einzutreten, daß in der Ausschußberatung am Montag die Vorlage eine entsprechende Abänderung erfährt. Da Donandt nicht bleiben kann, Sthamer für Hamburg weniger Interesse an der Sache hat (Hamburg hat von dem Vorbehalt bisher keinen Gebrauch gemacht), Klügmann den von mir empfohlenen Vorstoß „nach seinen Informationen aus dem Reichsschatzamt für gänzlich aussichtslos“ erklärte, halte ich mich verpflichtet, bis zur Erledigung der Ausschußberatungen Berlin nicht zu verlassen,

und nehme an, daß diese Absicht der Billigung Hohen Senates begegnet.

2. Die Änderung des Wechselstempelgesetzes hat endlose Auseinandersetzungen gezeitigt, ohne an den Vorschlägen des Schatzamtes Wesentliches zu ändern.

3. Dagegen ist hinsichtlich der Novelle zum Reichsstempelgesetze, abgesehen von der neuen Besteuerung der Aktien pp. alles ins Ungewisse gesetzt. Mit einer kaum gehörten Schärfe wandte sich Sachsen gegen das Attentat des Schatzamtes, durch die Besteuerung der Versicherungsquittungen und der Grundstücksübertragungen den Einzelstaaten auch auf diesem bisher ihnen noch verbliebenen Gebiete einen in seinen weiteren Konsequenzen ganz unübersehbaren Schaden zuzufügen. „Nur zu, Herr Staatssekretär. Sie wollen die Finanzen des Reiches sanieren und sorgen für den finanziellen Zusammenbruch der Einzelstaaten!" Das ganze „System des Herrn Sydow" wurde auf das schärfste angegriffen. Die Stütze, die Sachsen an den süddeutschen Staaten fand, erwies sich um so kräftiger, je maßvoller die Vertreter Bayerns und Württembergs ihre Worte zu setzen bemüht waren.

Dennoch soll bei dem Versuche beharrt werden, auch diese Vorlagen am Montag bereits durch das Plenum des Bundesrates verabschieden zu lassen.

Indem ich meine Bemerkungen schließe, verfehle ich nicht zu betonen, daß in dem ganzen Verlaufe der Versammlung keine Abstimmung erfolgte. Diese wird in der Ausschuß-Sitzung am Montag erfolgen, in der Lübeck und Hamburg eine Stimme haben. Hoher Senat wird eine bestimmte Instruktion weder geben können noch wollen. Ich werde nach gewissenhafter Prüfung und in Übereinstimmung mit unserem Gesandten handeln, getreu dem dreifachen Prinzip, daß wir an baldiger Gesundung der Reichsfinanzen das größte Interesse haben, daß die besonderen Interessen Lübecks gewahrt werden müssen, daß es aber auch nicht als Aufgabe des lübeckischen Vertreters angesehen werden darf, unfruchtbare Opposition zu treiben und durch solches Verhalten nutzlos die Gunst des Reiches und

Preußens, auf die wir bald in wichtigen Fragen angewiesen sein können, zu verscherzen.

Die gestrige Versammlung dauerte mit zweistündiger Mittagspause von vormittags zehn bis abends neun Uhr.

gez. Fehling Dr.

An den Hohen Senat. / Berlin, den 15. Juni 1909 /

Mein in gestriger Abendstunde aufgesetzter Bericht über die Fassung, welche die Ersatzsteuerentwürfe durch die Ausschußberatungen erhalten haben, ist durch die wider Erwarten doch noch ermöglichte Veröffentlichung der Entwürfe im Abendblatte der Norddeutschen Allgemeinen überholt worden.

Einer Sitzung wie der gestrigen, die von morgens neun Uhr bis zum Abend dauerte, wollen sich „die ältesten Leute des Bundesrats nicht erinnern". Nicht wegen der Dauer, sondern hinsichtlich ihres Milieu. Es herrschte eine fieberhafte Stimmung. Sydow, der in letzter Zeit von Vielen als dickfellig bezeichnet war, brachte eine hochgradige Nervosität mit, die er erst im Laufe langwieriger Debatten, dann freilich vollständig, zu bannen vermochte. Vier vereinigte Ausschüsse (III, IV, VI und VII) tagten in dem überfüllten kleinen Saale, während im großen Saal die Reichsversicherungsordnung beraten wurde. Zur Abstimmung wurden viele Vertreter bald hierhin, bald dorthin gerufen. Eine dichte Corona von Bevollmächtigten umstand den Tisch der stimmführenden Mitglieder (unter denen Sthamer und ich Platz gefunden hatten), und das Geschwirre nicht abbrechender politischer Unterhaltungen accompagnierte dämpfend den metallenen Klang der Stimme des Vorsitzenden, während die Referate einiger mit engerer Brust behafteten Räte des Reichsschatzamtes in dem allgemeinen Lärm fast verloren gingen. Wie bei einem Hausbau die Handlanger sich die Steine zuwerfen, so wurden die fertiggestellten Abschnitte der Entwürfe und ihrer noch im letzten Augenblicke geänderten Begründung von Hand zu Hand weitergegeben, um endlich sofort in die Druckerei zu wandern und „wenn irgend möglich" noch am Abend fix und fertig den Reichsboten vor der Wiedereröffnung des Reichstages sich präsentieren zu können. Und der einzige Grund dieser Über-

stürzung? Bülows für Mittwoch angekündigte Rede sowie der lebhafte Wunsch des Schatzsekretärs, durch seinen Kommentar der neuen Vorlagen über die unerfreulichen Eindrücke, welche die Beratungen der Rumpfkommission hinterlassen haben, hinweggleiten zu können. Difficile satiram non scribere. Was würden unsere Vorgänger (mir kommen unwillkürlich Thöls Gewissenhaftigkeit, Haltermanns Pedanterie in den Sinn!) zu dieser Art von Gesetzmacherei gesagt haben? —

Das kaum Mögliche ist ermöglicht, die Entwürfe sind veröffentlicht, die Presse ist bereits an der Arbeit, sie zu zerzausen. Zweifellos ist, daß diese Finanzreform des großen Zuges, von dem man bei Stengels Abgang träumte, entbehrt. Dennoch wird man die Zähigkeit Sydows bewundern müssen, der nimmt, was er und wo er es glaubt nehmen zu können. Gegen einzelne Vorschläge (Stempel auf Versicherungsquittungen und für Eigentumswechsel an Grundstücken noch mehr als gegen die Besteuerung des Schecks!) ist im Bundesrate lebhafter Protest erhoben worden. Ich erlaube mir, den bayrischen „Protest" hier beizulegen, dem die Königreiche Württemberg und Sachsen und zwei Großherzogtümer sich angeschlossen haben. Aber diese Verwahrung ist eine rein platonische, da die sämtlichen protestierenden Regierungen der Einbringung der Vorlagen zugestimmt haben. Einem solchen wesenlosen Protest sich anzuschließen haben die hanseatischen Vertreter nicht für richtig gehalten.

Die Gefahr der heutigen Situation dürfte nach der Ansicht wohl der Mehrheit der Bundesratsbevollmächtigten darin liegen, daß Konservative und Zentrum trotz alles ihnen bewiesenen Entgegenkommens doch die Erbschaftssteuer ablehnen, und daß die Regierungen sich entschließen, auch ohne Erbschaftssteuernovelle die Reform zu machen. Lübeck würde die Beibehaltung des bisherigen Erbschaftssteuergesetzes ja an und für sich nicht unwillkommen sein; aber wir würden den Betrag, den wir dadurch behielten, durch Erhöhung des Matrikularbeitrages reichlich wieder hingeben.

Es war daher meine Aufgabe, die Erbschaftssteuervorlage für alle Fälle so gestalten zu helfen, daß für diejenigen Staaten, in denen eine weitergehende Besteuerung der Abkömmlinge und

Ehegatten besteht, als in der neuen Vorlage vorgeschlagen wird, das bisherige Landesrecht aufrechterhalten wird.

Die hierauf gerichteten Bestrebungen hätten kaum auf Erfolg rechnen können, wenn nicht, wie ich wohl in meinem letzten Berichte schon erwähnt, unser Interesse identisch mit demjenigen Elsaß-Lothringens gewesen wäre. Die angenehmen Beziehungen, die ich schon früher mit Sieveking angeknüpft hatte, und die jetzt durch den vortrefflichen Unterstaatssekretär Köhler von Straßburg sich noch verbessert haben, führten zur Verabredung eines getrennten, aber auf dasselbe Ziel steuernden Vorgehens beim Reichsschatzamt. Ich habe am Sonnabend trotz der Hochflut der dortigen Konferenzen mit dem Direktor Kühn eine Besprechung haben können, die sich dann auf gemeinsame Erörterungen mit dem Elsässer Vertreter ausdehnten und schließlich den anfangs sehr verpönten „Sonderbestrebungen" vollen Erfolg gebracht haben. Während der Entwurf den § 59 aufhob und im § 60 die Worte „treten insoweit außer Kraft, als den Bundesstaaten nicht die Erhebung besonderer Abgaben (§ 59) überlassen ist" durch die Worte „treten außer Kraft" ersetzte, ist nunmehr die unveränderte Beibehaltung des § 60 beschlossen und dem § 59 eine Fassung gegeben, die uns die Beibehaltung unserer über das Reichsgesetz hinausgehenden Besteuerung der Ehegatten und Abkömmlinge ermöglicht.

Da es mir fraglich ist, ob die neuen Vorlagen auch dem Senat bereits eingesandt worden sind, lege ich lieber das mir behändigte Exemplar der Drucksache Nr. 1455 hier bei.

Die Zuspitzung der Lage läßt es nach der gestrigen offiziellen Ankündigung Bethmann Hollwegs nicht als ausgeschlossen erscheinen, daß Bundesrat oder einzelne Ausschüsse in diesen Tagen nochmals zu sofortigem Zusammenkommen eingeladen werden. Ob hiebei an nachträgliche Einbringung von Vorlagen oder an politische Entschließungen großen Stils gedacht wird, ist vorläufig nicht abzusehen. „Zunächst", so drückte sich Bethmann aus, „müssen wir abwarten, ob etwa gleich in den beiden ersten Tagen eine völlige Verzankung des Reichstages mit den Regierungen eintritt."

Da Herr Minister Klügmann — zu seinem Entsetzen — täglich an den Beratungen des Ausschusses über die Reichsversicherungsordnung teilnehmen muß (Geheimrat Bielefeldt ist zur Abstimmung nicht befugt!), so glauben Senator Sthamer und ich, Berlin vor übermorgen nicht verlassen zu sollen. Am Donnerstag Abend, nach der Plenarsitzung des Bundesrates, kehre ich bestimmt heim.

Die Besprechungen, die ich am Sonnabend im Reichsschatzamt hatte, machten es mir unmöglich, der Versammlung im Zirkus Schumann beizuwohnen. Klügmann hat mir am Sonntag abend ein auf die Begründung des Hansa-Bundes bezügliches Schreiben gesandt, das ich beifüge. Ich habe dem Minister für seine schätzungswerte Äußerung gedankt, aber hinzugefügt, daß meines Erachtens der Senat kaum Anlaß nehmen werde, der am Schlusse des Schreibens ausgesprochenen Bitte zu entsprechen. Klügmanns Annahme, unter dem Namen des neuen Trutzverbandes könnten die politischen Interessen der drei Hansestädte leiden, scheint mir durchaus zu weit zu gehen. Andererseits sind gewisse Symptome bemerkbar, die darauf schließen lassen, daß jedenfalls in Berlin recht weite Kreise nicht so recht einverstanden mit dem gewählten Namen sind. Auch in der Versammlung selbst soll die plötzliche Bekanntgabe mehr verblüffend als begeisternd gewirkt haben.

gez. Fehling Dr.

An den Hohen Senat. / Lübeck, den 10. Juli 1909 /

Nachdem nach mehr als drei Jahre dauernden Arbeiten die sogenannte Reichsfinanzreform ihren Abschluß gefunden hat — will sagen: die Einnahmen des Reiches eine Steigerung von etwa einer halben Milliarde für das Jahr erfahren haben —, ist es wohl angezeigt, einige teils sachliche, teils persönliche Bemerkungen in den Senatsakten niederzulegen, die über den Rahmen von Tagebuchnotizen hinausgehen.

Gegenüber der — je nach der Schattierung von wildem Hohn bis zu ernster Niedergeschlagenheit und bitterer Enttäuschung gehenden Kritik der Liberalen muß festgehalten werden, daß

diese für den Sieg des Zentrums und der Konservativen mindestens mitverantwortlich sind. Insbesondere die Nationalliberalen sind von dem Vorwurfe nicht freizusprechen, daß sie ihrer erklärlichen Verstimmung über die geschäftliche Behandlung in der Finanzkommission des Reichstages sich zu sehr hingegeben und durch ihre Sezession mit den Freisinnigen erst den Erfolg der neuen Mehrheit gesichert haben. Bassermann und Genossen waren eben fest davon überzeugt, daß es zu einer Reichstagsauflösung kommen müsse, und wünschten, rechtzeitig von aller Kompromißmacherei abzurücken, um den Wählern sich als liberale, charakterfeste Männer und ihre Partei als die rettende gegenüber der Hochflut von rechts und links zu legitimieren. Sie haben die Rechnung ohne Bülow und den Bundesrat gemacht, in dessen Beratungen die Möglichkeit einer Auflösung niemals erörtert worden ist, weil alle sich darüber klar waren, daß die Neuwahlen nur Wasser auf die Mühle der Sozialdemokratie leiten würden. Anders hätte es werden können, wenn eine Parole für die Regierungen und für die gemäßigten Parteien vorhanden gewesen wäre. Selbst die Finanzreform hätte einen guten Reichstag zeitigen können, hätte es sich dabei um einen großen Gedanken, den sogenannten großen Zug — etwa Branntwein- oder Tabak-Monopol — gehandelt: der Kampf für die Erbschaftssteuer inmitten eines nur zu reichen Buketts anderer Steuern hätte das starke Vordringen der Radikalen nicht hintanhalten können.

Die leitenden Männer in den führenden Staaten sind sich klar darüber, daß die Regierungen in der öffentlichen Meinung schlecht abschneiden. Das Vertrauen hat einen starken Stoß bekommen, nachdem der Kanzler das unvorsichtige Wort „Keine Reform ohne Erbanfallsteuer" einfach vergessen hat. Aber auf der anderen Seite hat von Rheinbaben bis Podewils keiner die Verantwortung tragen können, die Reform scheitern zu lassen, nachdem etwa 470 Millionen der neuen Steuern gesichert waren. So haben die schlechte Talonsteuer und der Effektenstempel mit in den Kauf genommen werden müssen, die beide von dem Reichsbankpräsidenten und dem Preußischen Handelsminister für tolerabel erklärt waren. Alles in allem darf man sagen, daß

die neue Mehrheit sich noch einigermaßen menagiert hat; daß sie die Belastung der Feuerversicherungsscheine — im agrarischen Interesse — abgewiesen hat, wird man auch bei uns nicht bedauern.

Blickt man lediglich auf das gegenwärtige, im engsten Sinne fiskalische Interesse der Einzelstaaten, so wird niemand bestreiten können, daß dieses Interesse in überraschender Weise gewahrt worden ist: Lübeck wird in seinem Budget — durch Erhöhung der Matrikularbeiträge um 40 Pf. für den Kopf der Bevölkerung und Verminderung des Erbschaftssteueranteiles von 1/3 auf 1/4 — um wenig mehr als um 50000 ℳ belastet, während alle „gestundeten" Matrikularbeiträge (ca. 330000 ℳ) ihm endgültig abgenommen und auf das Reich übertragen werden, so daß also die hierfür bereits asservierten ca. 110000 ℳ noch zur Dotierung der Ausgleichskasse disponibel werden.

Dieses für den Augenblick überraschend günstige Ergebnis wird der Senatsvorlage betreffend Einführung einer Gewerbesteuer kaum zustatten kommen. Dennoch wird man an dem Satze der Senatskommissare „Keine Gehaltsaufbesserung ohne Gewerbesteuer" möglichst mit dem Hinweise darauf festhalten müssen, daß ein erheblicher Teil unserer neuen Wertzuwachssteuer — bei der nächsten Reichsfinanzreform uns sicher verlorengehen wird.

Noch eine allgemeine politische Bemerkung: In der breiten Öffentlichkeit wird, wie es scheint, heute nahezu ganz übersehen, welch enormen Stoß das Ansehen des Deutschen Reiches im Auslande durch ein abermaliges Scheitern der Finanzreform erlitten haben würde. Andererseits bildet in der Meinung des Auslandes, besonders Englands, die finanzielle Konsolidierung des Reiches (500 Millionen neuer Steuern ohne Reichstagsauflösung!) erst das wichtigste Korrelat zu der Erhöhung des Prestige der deutschen auswärtigen Politik, die ja zweifellos auf das Konto der geschickten Staatskunst des Fürsten Bülow zu bringen ist.

Der scheidende Kanzler hat sich weder im Reichstage noch im Bundesrate sehen lassen. Von einer „Verabschiedung" war auch bei dem Essen im Kongreß-Saale des Reichkanzlerpalais

nichts zu merken. Rosen und Gold in überreicher Fülle und angeregte Unterhaltung, die an der Biertafel in Bismarcks Arbeitszimmer im Erdgeschoß bis elfeinhalb Uhr fortgesetzt wurde. Aber Bülow sah bei aller heiteren Verbindlichkeit müde und fertig aus — wie ein Gastgeber, der, nachdem sich die Tür hinter dem letzten Gast geschlossen, mit einem aufatmenden „So!" sich in den Lehnstuhl fallen läßt.

gez. Fehling

2. Heeresvorlage

Hoher Senat! /Berlin, den 12. März 1913/

Für die „Beratungen der stimmführenden Bundesratsmitglieder, der leitenden Minister und der Finanzminister" waren der 10. und 11. März ausersehen. Daß diesen Verhandlungen eine außerordentliche Wichtigkeit beigelegt wurde, ergibt das in Anlage 1 beifolgende Schreiben, das ich bei meiner Ankunft in Berlin vorfand.

Die Verhandlungen fanden im großen Bundesratssaal Wilhelmstraße 74 unter dem Vorsitz des Reichskanzlers statt. Von preußischen Ministern waren nur der Finanzminister und der Kriegsminister zugegen.

Das Reichsschatzamt war durch Kühn, das Reichsamt des Innern durch Delbrück vertreten. Sämtliche Staaten hatten ihre Ministerpräsidenten, manche ihre Finanzminister entsandt. Von Hamburg war Sthamer, von Bremen Donandt zur Stelle. Der Kanzler saß zwischen dem Freiherrn von Hertling und dem sächsischen Minister von Seydewitz.

Der Reichskanzler eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, deren Wortlaut ich ziemlich wortgetreu aufzeichnen konnte. Sie lautete:

„Seit ich im vorigen Jahr die Herren Minister zur vertraulichen Beratung bei mir versammelt hatte, haben

sich die Verhältnisse ganz wesentlich geändert. Der Dreibund steht zwar heute zum mindesten ebenso fest wie damals, aber die Kräfteverteilung innerhalb des Bundes ist eine andere geworden. Die Balkankrisis ist leider noch nicht vorüber. Deutschland war von Anfang an und ist auch heute bestrebt, die Reibungsflächen zwischen den interessierten Großmächten zu mildern. Bisher ist unser Bemühen von Erfolg gewesen, und ich hoffe, daß es auch ferner so sein wird. Wir arbeiten in offenbar vertrauensvoller Weise mit England; aber aus dem langsamen Fortgange der Botschafterkonferenzen wissen Sie, daß es bisher nicht gelungen ist, die Differenzpunkte, die zwischen einigen Großmächten bestehen, erfolgreich zu erledigen und damit den europäischen Frieden zu sichern. Unzweifelhaft ist, daß die Regierungen einen Ausgleich wünschen, der eine europäische Konflagration ausschließt. Aber es sind Mächte an der Arbeit, mit denen man nicht Kompromisse schließen kann, und es kommen auch bei einzelnen Regierungen Anschauungen zu Tage, die an eine Prestige-Politik gemahnen. Für Deutschland ergeben sich aus den Vorgängen klare Konsequenzen. Solange eine wenigstens äußerlich intakte Türkei bestand und die Expansionsneigung der Slaven nicht in der Lage war sich zu verkörpern, durften wir für den Fall eines Krieges zwischen dem Dreibund und Frankreich-Rußland darauf rechnen, daß unsere Rüstung, d. h. die militärische Kraft Deutschlands, im Bunde mit Österreich und Italien den Heeren der eventuellen Gegner gewachsen sein werde. Insbesondere durfte man sich darauf verlassen, daß Österreich seine ganze Macht erfolgreich gegen Rußland werde entwickeln können. Heute steht es so nicht mehr. Das Schicksal der europäischen Türkei scheint besiegelt. An ihre Stelle treten die slavischen Balkanvölker, welche starke Heeresteile Österreichs absorbieren müssen. Ich bin kein Schwarzseher. Bisher haben die Balkanstaaten in bewundernswerter Weise sich zusammengeschlossen, jetzt treten freilich Rivalitäten zu Tage, die wir begrüßen müssen. Neben den Ergebnissen, die sich aus dem Balkankriege für Österreich ergeben, müssen für

den Kriegsfall wir auch damit rechnen, daß Italien in Tripolis engagiert ist. Schon diese beiden Umstände verändern Deutschlands Lage. Weiter: Rußland hat nach dem japanischen Kriege und nach der Revolution es verstanden, sich wirtschaftlich und militärisch zu stärken. Frankreich hat bekanntlich schon seit langer Zeit seine ganze militärische Kraft so angespannt, daß jetzt eine weitere Verstärkung nur durch Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit möglich ist. Endlich müssen wir mit der Rüstung Belgiens rechnen. In Summa: Die militärpolitische Stellung Deutschlands hat sich verschlechtert und wird mit dem Anwachsen der russischen Streitkräfte sich weiter verschlechtern. Noch halte ich einen europäischen Krieg für vermeidlich. Aber wir dürfen nicht übersehen, daß, je demokratischer bei einzelnen Völkern die allgemeinen Anschauungen sich entwickeln, um so stärker auch eine gewisse Hetze unverantwortlicher Kräfte sich geltend macht. Die deutsche Politik ist auf die Herbeiführung eines Krieges nicht gerichtet. Aber wir müssen uns darüber klar sein, daß die Gruppierung der Mächte und unser Lebensinteresse an einer Stärkung Österreichs uns auch bei nichtdirekter Beteiligung infolge der Politik der Staaten zweiten Ranges einen Krieg aufnötigen könnte. Unsere Lage bessert sich, je mehr wir mit England in vertrauensvoller Beziehung bleiben, und wenn wir dafür sorgen, daß der Draht mit St. Petersburg nicht abreißt. Die letzten Jahre haben wir hierauf unsere Politik gerichtet. Nicht ohne Erfolg. Immerhin werden sich Resultate unserer Bemühungen kaum in kurzer Zeit zeigen. Einstweilen ist Frankreich und Rußland durch eine Koalition verbunden, die ferner zusammenhalten wird, obgleich Lebensgegensätze zwischen Deutschland und Rußland nicht existieren.

Die Frage mußte an den verantwortlichen Stellen gestellt werden, ob bei diesem Zustande es verantwortet werden könne, daß Deutschland 60000 taugliche junge Leute alljährlich ohne kriegerische Ausbildung läßt. Die Frage hat verneint werden müssen. Die Militärvorlage geht nicht aus auf ein Wettrüsten mit den möglichen oder wahrscheinlichen

Gegnern. In bezug auf die Heereszziffer werden wir mit Rußland niemals konkurrieren können. Bei einem Kriege mit Rußland und Frankreich werden numerisch die Gegner uns immer überlegen sein. Um so mehr sind wir verpflichtet und entschlossen, alle Kräfte, die wir haben, anzuspannen. Wir können nicht die Schuld auf uns laden, weniger zu tun, als in unserer Kraft steht. Sollte, was Gott verhüte, es zu einem Kriege kommen, so werden wir um unsere Existenz fechten müssen. Es ist keiner im Saale, der sich darüber nicht klar ist und der nicht den Grundgedanken der Wehrvorlage billigt: die bisher noch nicht ausgebildete militärische Kraft zu entwickeln. Hieraus folgt alles Weitere. Sie können fragen: Warum kommt man jetzt erst mit einer Heeresvorlage, die alles hinter sich läßt, was wir bisher an Vorlagen zur Stärkung unserer Armee gehabt haben? In dieser Versammlung darf ich es nicht verschweigen: Rückblickend können wir es bedauern, wenn Deutschland es gutgeheißen hat, in den letzten 15 Jahren sein Heer nicht in gleichem Verhältnisse haben wachsen zu lassen, wie die Bevölkerung gewachsen ist. Vergessen wir aber nicht, daß Deutschland in diesen Jahren seine Flotte durch Aufwendung gewaltiger Mittel gestärkt hat. Sehen wir ab von allen Rekriminationen in praeteritum und richten wir unser Augenmerk darauf, in vollem Maße das zu tun, was die heutige Konstellation nicht weiter verschieben läßt. Es gibt nicht nur eine Balkanfrage. Der Balkanfragen gibt es zahlreiche und heikle: Skutari; das Verhältnis zwischen Rumänien und Bulgarien; die Frage der ägäischen Inseln ist überall noch nicht erörtert; eine Friedensgrundlage ward bislang nicht gefunden; die Panslavisten drängen; Rußland und Österreich sind noch nicht einig; in Frankreich arbeitet mehr Chauvinismus, als weite Kreise Deutschlands wissen. Und dennoch gebe ich die Hoffnung auf Aufrechterhaltung des Friedens für Deutschland nicht auf. Aber freilich wäre meine Hoffnung unerlaubter Sanguinismus, wenn wir nicht gegenwärtig alles täten, uns unsere Rüstung zu stärken. Die alte Maxime bleibt heute mehr wie je die sicherste, durch starke Rüstung dem Frieden zu

dienen. Unzweifelhaft ist, daß die Ankündigung der großen deutschen Heeresvorlage zunächst die Spannung verschärft hat. Aber wir konnten nur zwischen zwei Wegen wählen. Entweder lehnte man dieses Risiko ab und verschob dann auf lange unbestimmte Zeit jede wesentliche Stärkung unseres Heeres. Oder man mußte das Risiko, die Spannung zu vermehren, auf sich nehmen und die ganze Kraft Deutschlands auszunutzen trachten. In voller Erkenntnis der Lage haben wir uns entschlossen, den letzteren Weg einzuschlagen."

Jetzt nahm der Kriegsminister das Wort, um zunächst in kurzen Sätzen die militärische Lage Deutschlands gegenüber Frankreich und Rußland zu skizzieren.

Kommt es zum Kriege, so hat Deutschland an der Westgrenze allein gegen Frankreich und Belgien zu kämpfen. Italien hilft uns nicht. Die Grenze folgt den Seealpen, über die nur wenige Saumpfade führen. Im Osten hat sich die Lage verschlechtert. Eine Schwächung Österreichs bedeutet eine Schwächung Deutschlands. Rußland schließt seine Grenzen hermetisch ab und läßt keine Nachrichten über seine Rüstungen ins Ausland gehen. Das aber wissen wir, daß, wenn es zum Kriege kommt, wir sehr schnell gegen starke russische Kräfte zu kämpfen haben. Heute ist Rußland mit der Reorganisation seiner Armee noch nicht fertig. Die Überlegenheit der deutschen Armee beruht vor allem auf der Überlegenheit unserer Artillerie. Diese Überlegenheit wird aber bald ausgeglichen sein. In kurzer Zeit wird sowohl Rußland als Frankreich uns gleichkommen. Rußland stellt ein neues Korps an der schlesischen Grenze auf. Heute sind die vereinigten Gegner uns ziffermäßig schon um 6 bis 700000 Mann überlegen. Diese Mehrheit kann noch um eine halbe Million sich vergrößern. Diese gewaltigen Zahlen sind absolut zwingend. Die neue Wehrvorlage muß daher alle tauglichen Mannschaften heranziehen. Neuformationen beabsichtigen wir nur zur Ausfüllung der Lücken; im übrigen gilt es, die Friedenspräsenzstärke zu erhöhen. Alles kommt darauf an, die Möglichkeit eines überraschend schnellen Vorgehens im Osten wie im Westen zu sichern. An neuen Stäben sind nur vorgesehen: eine achte

Armeeinspektion und einzelne Festungsstäbe. Mit dem 1. Oktober 1913 müssen die fehlenden dritten Bataillone (18) vorhanden sein. Die Grenzforts heischen Verstärkung der Mannschaften. Bei den Jägerbataillonen soll eine Radfahrerkompagnie und eine Maschinengewehrkompagnie eingerichtet werden. Sechs neue Kavallerieregimenter stellt Preußen: eins sofort bei Trier, zwei in Lothringen (Nancy!), zwei in Westpreußen, eins in Oberschlesien. Der Bestand wird auf 725 Mann gebracht. Feldartillerie und reitende Artillerie werden verstärkt. Die Fußartillerie erhält sieben neue Bataillone für die östlichen Festungen. Die Küstenregimenter werden verstärkt, ebenso die Scheinwerferabteilungen und die Pioniere. In Württemberg und Sachsen werden zwei selbständige Eisenbahnerkompagnien gebildet. Dazu tritt eine neue Telegraphenkompagnie. Die Luftschifferbataillone werden von drei auf fünf gebracht. Eine besondere Inspektion für Flieger wird eingerichtet. Der Train erfordert nur ein neues Bataillon. Im ganzen werden geschaffen 4000 neue Offizierstellen, 15000 neue Unteroffizierstellen, hierzu 117000 Mann Erhöhung der Friedenspräsenz, d. h. jährlich 68400 Rekruten mehr. Vorgesehen ist weiter eine neue Kriegsschule, Verbesserung der Unteroffizierschulen. Dazu Verbesserung des Inventars. In erster Linie und sofort Feldhaubitzen, Feldartillerie, Luftfahrzeuge. Es ist eine Flotte von zwanzig großen Luftkampfschiffen gefordert. Frankreich und Rußland sind zusammen stärker. Im Fliegerwesen werden wir Frankreich nur annähernd gleichkommen. Eine Hauptsache bleibt der Ausbau unserer Festungen, vor allem im Osten, wo verhältnismäßig wenig geschehen ist. Rußlands Artillerie war bisher schwach. Sie wird aber bald ganz wesentlich gestärkt sein. Deutschlands starke Offensive im Westen muß durch Stärkung der Festungsdefensive gestützt werden. Die laufenden Mehrausgaben werden sich auf 186,3 Millionen stellen. Die einmalige Ausgabe stellt sich auf 895,9 Millionen. —

Eine Diskussion über diesen Bericht fand nicht statt. Freiherr von Hertling gab namens der Versammelten die Erklärung ab, daß man grundsätzlich der Vorlage zustimme und rasche Ausführung dringend wünschen müsse.

Der Kanzler erklärte, daß die Vorlagen ohne Verzug den zuständigen Ausschüssen zugehen würden.

Zur Deckungsfrage führte der Reichsschatzsekretär aus: Die einmaligen Kosten hätten auf Anleihe nicht genommen werden können. Eine volle Zeichnung wäre unsicher gewesen, ein schlechtes Ergebnis würde das Ausland als deutsche Niederlage notiert haben. Die Amortisation wäre, da sie stärker als regelmäßig hätte erfolgen müssen, mit Schwierigkeiten verknüpft gewesen. Der Kanzler griff hier wiederum ein, um darzulegen, wie peinlich die Indiskretion berührt habe, durch die vorzeitig die Nachrichten über die Heeresvorlage in die Öffentlichkeit gebracht seien. Ein Dementi der militärischen Korrespondenz sei unmöglich gewesen. So habe man sich entschlossen, noch am selben Tage das Gerücht zu bestätigen.

Nachdem der Kanzler noch mit besonderer Dankbarkeit der Bereitwilligkeit der regierenden Fürsten, an der einmaligen Aufbringung der Kosten sich zu beteiligen, gedacht hatte, lenkte er zugleich die Beratung zu der vor allem interessierenden Frage der Deckung der laufenden Kosten hinüber und empfahl dringend, die Reichsvermögenszuwachssteuer dem Reichstag in Vorschlag zu bringen. Er begreife den Widerstand, den ein starker Teil der Einzelregierungen diesem Plane entgegensetze. „Es war ein Fehler 1906, die Erbschaftssteuer dem Reiche auszuliefern." Er selbst habe damals als preußischer Minister dafür gestimmt. Wolle man gegenwärtig die Erbschaftssteuer des Reiches noch weiter entwickeln, so würde die Begehrlichkeit des Reichstages ins Ungemessene gesteigert werden. Bei dem Widerstande, den große und kleine Staaten dem Plan der Reichsvermögenszuwachssteuer entgegengesetzt hätten, habe er es sich angelegen sein lassen, mit den Führern der bürgerlichen Reichstagsparteien eingehend darüber zu verhandeln, ob die Erbschaftssteuer Annahme finden würde. Zentrum und Konservative hätten dafür nur ein entschiedenes Nein gehabt. Politisch sei es ausgeschlossen, die Heeresvorlage mit Hilfe des Zentrums und der Konservativen, die Deckung aber mit Liberalen und Radikalen zu beschließen. Eine Erbschaftssteuervorlage würde einen tödlichen Riß in die Parteien bringen, mit denen die Militärvorlage zu machen sei.

Es werde eine unmögliche Situation geschaffen, wenn er mit Bebel und Scheidemann wegen der Deckung paktieren sollte. „Aus diesen Gründen kann ich die Erbschaftssteuervorlage nicht einbringen." Das Verhalten der Konservativen und des Zentrums sei grundverkehrt. Er habe den Parteiführern auseinandergesetzt, daß die Fraktionen groß dastehen würden, wenn sie unter dem Druck der gegenwärtigen außerordentlichen Situation für die Erbschaftssteuer eintreten würden. Man habe nur ein Nein für ihn gehabt. An die Versammelten richtete der Kanzler die Bitte, sich mit dem Plane einer Reichsvermögenszuwachssteuer auszusöhnen.

Kühn, der von allen politischen Fragen absah, verteidigte ebenfalls seine Vermögenszuwachssteuer. Neue Gründe wurden von ihm nicht vorgebracht. Mehr Interesse boten die von ihm noch nachträglich mitgeteilten Ziffern wegen der Grundlagen für die Wehrsteuer. Ihr Ertrag habe nur im Anschluß an die bestehende Vermögenssteuer geschätzt werden können. Sicher sei diese Schätzung nicht. Werde das deutsche Vermögen zu hoch geschätzt, so werde der Ertrag zu gering sein. Werde es zu gering geschätzt, so würden zu viel Opfer verlangt. 1911 habe in Preußen das steuerpflichtige Vermögen 104 Milliarden betragen. Rechne man für das Reich ein Vermögen von 160 Milliarden, so würde bei Besteuerung zu ½ % nur die Summe von 800 Millionen erzielt werden. Es sei nicht ausgeschlossen, daß das gesamte Vermögen des Reiches, das zu dieser einmaligen Ausgabe herangezogen werden solle, auf 200 Milliarden anzusetzen sei. Danach werde der Prozentsatz sich auf nicht weniger als ½ %, auf nicht mehr als ⅔ % stellen.

In der Besprechung führte der preußische Finanzminister zunächst auch seinerseits nochmals aus, daß eine Milliardenanleihe bei dem heutigen Stande des Geldmarktes eine volle Zeichnung voraussichtlich nicht erbracht hätte. Dazu wäre die große Schwierigkeit gekommen, für Deckung der vierprozentigen Zinsen und dreiprozentigen Amortisation zu sorgen, also bei 900 Millionen jährlich 63 Millionen, dazu die laufenden Ausgaben mit 186 Millionen. Es hätte also Deckung für jährlich 250 Millionen beschafft werden müssen. Er habe alle Bedenken,

es könne durch diese Vorlage ein Präzedenzfall für die Zukunft geschaffen werden, zurückstellen müssen.

Bayern erklärte durch den Finanzminister Breinig seine grundsätzliche Zustimmung. In Wahrheit handle es sich bei der Deckung der einmaligen Ausgaben der Wehrvorlage um eine antizipierte Kriegskontribution. Nicht eine Steuer, sondern ein Opfer, eine patriotische Gabe werde verlangt.

Sachsen warf die Frage auf, ob bei unsern geordneten Finanzverhältnissen wirklich ein so außerordentlicher Schritt angezeigt gewesen sei. Der Kredit des Reiches sei nicht erschöpft.

Im übrigen erklärten alle Staaten sich für die vorgeschlagene Deckung der einmaligen Ausgaben. Die Zustimmung Lübecks habe ich dahin formuliert: „Der Vorlage stimmt mein Senat rückhaltlos zu. Wir halten den Gedanken für einen großen und glücklichen und sehen ihn durch die vorliegenden ganz außerordentlichen Verhältnisse als gerechtfertigt an. Daß dies im Gesetz zum Ausdruck gelangt, müssen wir für erwünscht ansehen."

Außer Hamburg und Bremen schlossen sich Mecklenburg, Anhalt, Altenburg, Lippe, Elsaß-Lothringen meiner Erklärung an.

In der Frage: Erbschaftssteuer oder Vermögenszuwachssteuer? wurde eine Einigung trotz vierstündiger Debatte nicht erzielt. Der preußische Finanzminister schloß sich hinsichtlich der Beurteilung der innerpolitischen Lage den Ausführungen des Kanzlers an. „So schwer es mir wird, und so bedenklich es mir scheint, daß das Reich und die Kommunen fortan aus derselben Quelle schöpfen sollen, so muß ich doch zu meinem tiefen Bedauern mich für die Reichsvermögenszuwachssteuer und gegen die Erbschaftssteuer erklären." Dagegen beharrten Bayern, Württemberg, Sachsen, Baden, Mecklenburg und die Hansestädte auf ihrem Widerspruch gegen die Vermögenszuwachssteuer, trotz einer längeren Rede Delbrücks über die parlamentarische Lage. „Der Erbschaftssteuerkampf hat die Arbeitsmehrheit des Reichstages zertrümmert und lähmt tagtäglich die Kraft des Parlaments. Wir sind geradezu gezwungen, dem Zentrum und den Konservativen zu folgen."

Dieser unglückliche Gedanke wurde vom Reichskanzler noch weiter ausgesponnen. Eine Auflösung des Reichstages sei unter Umständen verhängnisvoll, sie würde die Zahl der Konservativen dezimieren. Eine Neuwahl unter dem Zeichen der Steuerfragen sei überaus bedenklich und für das Reich schon wegen des Eindrucks auf das Ausland gefährlich.

Bayern regte an, ob überhaupt eine neue Besitzsteuer vorgeschlagen werden müsse. Seit 1912 habe sich alles verändert. Die Verpflichtung des Bundesrats, bis zum Sommer 1913 eine Besitzsteuer in Vorschlag zu bringen, sei durch die einmalige Vermögensabgabe zur Deckung der Wehrvorlage doch wohl als erfüllt anzusehen; denn diese sei nichts weiter als eine kapitalisierte Besitzsteuer.

Sachsen schien geneigt, den bayrischen Standpunkt anzunehmen, wünscht aber vor weiterem die Frage des Ausbaues der Reichsstempelsteuer in den Vordergrund zu schieben. Auf diesem Wege würden dem Reiche jährlich 60 bis 65 Millionen zugeführt werden können, also nur 15 bis 20 Millionen weniger, als Kühn für den Ertrag der Reichsvermögenszuwachssteuer ausgerechnet habe.

Weder die bayrische Anregung noch der Wunsch Sachsens fand andere Befürworter. Dagegen spitzte sich der Gegensatz zwischen den Vertretern der Erbschaftssteuer und der Vermögenszuwachssteuer dahin zu, daß der Kanzler für sein Projekt nur auf eine Mehrheit von etwa drei bis vier Stimmen rechnen konnte. Für Lübeck habe ich das Votum dahin formuliert: „Aus der Sache heraus sind neue Gründe für die Reichsvermögenszuwachssteuer nicht zu erkennen. Daß die Erbschaftssteuer an und für sich vorzuziehen sei, sei allseitig anerkannt. Ausschließlich aus Gründen der parlamentarischen Lage werde die Vermögenszuwachssteuer empfohlen. In dieser Beziehung sei es aber doch mindestens fraglich, ob die gänzlich unverbindlichen Erklärungen der Parteiführer als feste Faktoren in die Rechnung eingestellt werden dürften. Keiner im Reichstage kenne die geplante Erbschaftssteuervorlage. Im Bundesrate selbst sei sie noch nicht im einzelnen beraten. Nach den Darlegungen nicht nur Sachsens, Badens und Bayerns, sondern ganz besonders

mit Rücksicht auf die frühere Denkschrift des preußischen Finanzministers könne der Vermögenszuwachssteuer nicht das Wort geredet werden. Der Kanzler habe nun freilich sich außerstande erklärt, die Erbschaftssteuer beim Reichstage zu beantragen. Diese Erklärung sei so ernst, daß sie eine nochmalige Erwägung der Abstimmung jedem zur Pflicht mache. Meines Erachtens müsse die Heeresvorlage mit der Deckungsfrage, und zwar mit der Erbschaftssteuer, als ein Ganzes dem Reichstage entgegengebracht werden. Finde diese Vorlage keine Annahme, so würde im schlimmsten Falle auch eine Reichstagsauflösung nur klärend wirken. Der Wahlkampf werde sich aber nicht um die Frage: Erbschaftssteuer oder Vermögenszuwachssteuer? sondern lediglich darum drehen, daß dieser Reichstag die Mittel für die Heeresvorlage nicht bewilligt habe. Anzunehmen sei, daß die Parteien es zu einer Auflösung nicht kommen lassen würden."

Der Reichskanzler wiederholte seine früheren Darlegungen und schloß: „Ich kann die Erbschaftssteuer dem Reichstage nicht vorschlagen. Bringt eine Reichstagsmehrheit dem Bundesrat die Erbschaftssteuer entgegen, so werde ich sie als das zweifellos Bessere akzeptieren."

Nachdem die Verhandlungen soweit gediehen waren, schlug der Kanzler vor, die siebenstündige Beratung nunmehr zu vertagen und lud die Anwesenden ein, „in seinem Hause" um 10 Uhr abends zu einem Glas Bier sich zu vereinigen.

Es war vorherzusehen, daß die Abendstunden dazu benutzt werden würden, die süddeutschen Staaten zu dem Standpunkte des Reichskanzlers und Preußens herüberzuziehen. Erfolg haben die sehr lebhaften Bemühungen nicht gehabt. Die verschiedensten Gerüchte gingen um. Man sprach von Kanzlerkrisis und von anderen abenteuerlichen Dingen. Allgemein war das Kopfschütteln darüber, daß, obgleich die Erbschaftssteuer als das unbedingt Bessere erkannt sei, nur aus Rücksicht für Zentrum und Konservative diese Vorlage zurückgestellt werden solle. Man verurteilte die schwächliche Rolle, welche der Reichskanzler sich und den verbündeten Regierungen zuweise.

Als am anderen Vormittag die Verhandlungen wieder aufgenommen wurden, war die Spannung eine allgemeine. Zu großer Überraschung der nichtpreußischen Vertreter gab der Kanzler folgende Erklärung ab:

Eine wenn auch nicht große Mehrheit hat sich gestern für die Einbringung einer Vermögenszuwachssteuervorlage erklärt. Von dieser Mehrheit kann ich mich nur trennen, wenn auf einem anderen Wege Einigung erzielt wird. Um dem Bedenken der Minderheit entgegenzukommen, ist nochmals der Versuch gemacht, das Einverständnis des Zentrums mit der Erbschaftssteuer zu erreichen. Freiherr von Hertling hat die Verhandlungen geführt. Das Zentrum hat jedes Eingehen abgelehnt. Ich bin bereit, die Vermögenszuwachssteuer fallen zu lassen, wenn der für sie veranschlagte Betrag (82 Millionen) von den Staaten auf die Matrikularbeiträge übernommen wird mit der Maßgabe, daß 1. dieses Plus innerhalb des einzelnen Staates durch Besteuerung des Besitzes, also durch Vermögenssteuer, Einkommensteuer oder Erbschaftssteuer aufgebracht wird, und daß 2., falls die Einzelregierungen mit ihrem Landtage zu einer behufigen Einigung bis 1914 nicht gelangen, ohne weiteres die Vermögenszuwachssteuer nach dem Entwurf der Reichsregierung für den Staat in Kraft tritt.

Baden erkärte es für kaum angängig, daß zu diesem völlig neuen Vorschlage sofort seitens der Staaten Stellung genommen werden solle. Doch ergab sich insbesondere nach einer längeren Darlegung Delbrücks, daß fast einmütig der neu vorgeschlagene Weg als gangbar bezeichnet wurde. Nur einzelne der kleinen mitteldeutschen Staaten erklärten die vorgeschlagene Lösung nach ihren Verhältnissen für unannehmbar. Der große Vorteil für die Einzelstaaten, zunächst den Versuch zu machen, im eigenen Lande und nach Abwägung der für den Einzelstaat in Betracht kommenden Umstände Bestimmung zu treffen, wurde unter Führung von Preußen, Bayern und Württemberg nahezu von allen Seiten erkannt. Auch die Hansestädte erklärten den Weg für gangbar, wenngleich in der Beratung sich die Neigung zeigte, im Interesse der weniger potenten kleinen Mittelstaaten auf den früher stets verworfenen Gedanken einer sogenannten

Veredelung der Matrikularbeiträge (Bemessung nach dem Grade der Leistungsfähigkeit) ad hoc zurückzukommen. Es wurde jedenfalls beschlossen, nach dem neuen Vorschlage des Kanzlers die Deckungsvorlage auszuarbeiten und sie mit den übrigen Vorlagen mit möglichster Beschleunigung an die Ausschüsse zu bringen.

Über die sonst noch zu machenden Steuervorschläge wurde nur eine allgemeine Erörterung gepflogen an der Hand der von Preußen verteilten Anlage. Aus der Mitte der Versammlung ward eine Inseratensteuer, eine Steuer auf Kohlen, Elektrizität und Gas, eine Quittungssteuer, eine Textilbesteuerung angeregt; auch einem Kalimonopol wurde das Wort geredet. Es gelang dem Reichsschatzsekretär unter Beistand Delbrücks leicht, diese Vorschläge zum größten Teile als völlig unannehmbar zu beseitigen. Die Vorlagen, welche vom Reichsschatzamt ausgearbeitet werden sollen, werden sich auf einzelne preußische Vorschläge und auf den früher schon als annehmbar bezeichneten Vorschlag einer Ausdehnung des Erbrechtes des Staates beschränken.

Am Schlusse der Verhandlungen formulierte der Reichskanzler die Mitteilung, welche er der Presse zu geben beabsichtige. Er danke allen für die bei den ernsten Beratungen bewiesene Hingabe, insonderheit dem Geiste der vollen Einmütigkeit hinsichtlich der Beurteilung der Heeresvorlage und der Deckung ihrer einmaligen Kosten. Wenn man nicht in allen Fragen zu einem völlig befriedigenden Ergebnisse gelangt sei, so liege das an der Schwierigkeit des Gegenstandes. Immerhin hoffe er, daß der Bundesrat dem Reichstage Vorlagen bringen werde, die auf eine Annahme mit stattlicher Mehrheit würden rechnen können. Für die Ausschußberatungen wurde schließlich spätestens die Woche nach Ostern in Aussicht genommen, falls es nicht gelingt, die Vorlagen schon einer im Laufe der Stillen Woche zu berufenden Versammlung vorzulegen. Daß diese Ausschußberatungen erst die Schwierigkeiten im einzelnen zeigen und für die ganze Angelegenheit von entscheidender Bedeutung sein werden, bedarf einer Ausführung nicht.

Die bisher den Bundesratsmitgliedern zugegangenen, nunmehr aber zum großen Teile überholten Entwürfe werden mit einer kurzen Äußerung des Reichsschatzamtes hierneben überreicht.

gez. Fehling Dr.

Stimmungsberichte

An den Hohen Senat. / Berlin, den 28. Januar 1916 /

Indem ich Hohem Senate über meine während meines Berliner Aufenthaltes (16. bis 29. Januar) ausgeübte Tätigkeit berichte, darf ich mit einer kurzen Kennzeichnung der Stimmung innerhalb des Bundesrats beginnen. Von den führenden Vertretern der bundesstaatlichen Regierungen sind ja weitaus die meisten homines novi — insofern, als sie erst in den letzten Jahren vor Ausbruch des Krieges die Leitung der Geschäfte übernommen haben. Sie werden durch das tägliche Brot der Ernährungsfragen sehr stark in Anspruch genommen und empfangen hinsichtlich der hohen Politik offenbar ihre Weisungen aus der Heimat, d. h. von den leitenden Staatsministern, anstatt daß sie ihrerseits die heimische Regierung beeinflußten. Im Gespräch über politische Fragen, namentlich über die Friedensziele, geben sie wenig her. Die preußischen Minister lassen sich in den Versammlungen kaum blicken. Kommt einmal der eine oder andere, so ist zehn gegen eins zu wetten, daß er einem der Staatssekretäre der Reichsressorts widersprechen will. Dieser Zustand darf insofern als nicht unerfreulich bezeichnet werden, als von einer Verständigung zwischen dem Reich und Preußen in allen wichtigen Fragen, so daß also in dieser Hinsicht von dem Bundesrat als einer bloßen Dekoration gesprochen werden dürfte, garnicht die Rede sein kann. Unerfreulich ist nur die Ausnahme, daß in den wirtschaftlichen Fragen, die auf der Tagesordnung stehen, das Reichsamt des Innern, soweit ich sehe, von dem preußischen Landwirtschaftsministerium nahezu völlig beherrscht wird. Die sehr jugendlichen Unterstaatssekretäre, Direktoren, Geheimräte, besonders die zur Bearbeitung von Einzelfragen herangezogenen Landräte beherrschen die Situation. Das hat sich namentlich auch in der Kartoffelfrage gezeigt, in

der Präsident Kautz, der frühere Leiter des Kanalamtes, eine Rolle spielt. — Der „Beirat" des Reichstages zeichnet sich durch viel schöne Reden aus; Einfluß sollen nur die Konservativen und Erzberger haben. Ein Nachteil dieser neuen Institution ist jedenfalls, daß wegen der großen Zahl der Berater Indiskretionen über die Absichten der Regierungen sich häufen. Es ist wohl erklärlich, daß Helfferich völlig zugeknöpft ist und bis heute über seine Steuerprojekte nichts Zuverlässiges verlautet. Die kargen Notizen der Presse sind lediglich Fühler.

Daß die mit mehr Eifer als Geschick und Anstand betriebene Kanzlerhetze gescheitert ist, kann als sicher gelten. Dagegen wird Delbrücks Gesundheit wohl bald dauernde Schonung erheischen. Bezeichnend ist es doch, daß Bethmann seinem Wandnachbar Delbrück telegraphisch zu seinem 60. Geburtstage gratulierte. Wer sein Nachfolger werden mag — darüber ist nichts zu erfahren. Von seinen Unterstaatssekretären erscheint keiner dazu prädestiniert, auch der aus dem Elsaß heimgerufene Freiherr von Stein nicht, dessen Klugheit gerühmt wird, dessen säuselnde Stimme aber allein schon (wenn er präsidiert, drängen viele Bundesratsmitglieder nach der Mitte des Saales, während die Sitzenbleibenden die Hand am Ohr haben) ihn für den Reichstag nicht qualifiziert.

Über Friedensaussichten und Friedensabsichten ist wenig zu sagen. Der Wunsch, daß bald Friede werde, ist ja sicher ein allgemeiner; aber die — im letzten Sommer noch ziemlich starke und merkwürdig frei auftretende — Schar der Miesmacher, d. h. derjenigen Männer in amtlichen Stellungen, die da behaupteten, Deutschland müsse bald Frieden schließen, ist nicht nur zusammengeschrumpft, sondern verschwunden. Als ein immerhin beachtliches Symptom sei hier am Rande bemerkt, daß in der Kaisergeburtstagspredigt im Dom (der stark alternde Dryander hatte sich zu einer herrlichen und durch schlichte Größe ergreifenden Rede aufraffen können) des Friedens nur im Schlußgebet gedacht wurde.

Entscheidend für den gar nicht zu verkennenden Stimmungsumschwung ist vielleicht die rückhaltlose Bewunderung, die man der Balkanstrategie zollt. Auch Hindenburg, der das Vorgehen

gegen Serbien noch im Beginn des Herbstes als verspätet bezeichnet hatte, soll durch den sichern Gang der festen Kurs haltenden Operation im Südosten ausgesöhnt sein. In mehr als einer Unterhaltung mit Fachleuten und Gelehrten bin ich dem Ausdruck dankbarer Genugtuung begegnet, daß sich Zeichen der Annäherung zwischen dem ausgezeichneten Manne, dem der Plan der obersten Heeresleitung einstweilen Halt gebot, und dem das unbegrenzte Vertrauen des Kaisers besitzenden Falkenhayn bemerkbar machen. — Hierbei möchte ich interessante Mitteilungen nicht unerwähnt lassen, die ich einem Oberst vom Stabe des Feldmarschalls von der Goltz verdanke. Er reiste nach vierzehntägigem Urlaub mit dem zweiten Balkanzuge wieder zur Front. Den Gedanken, daß eine deutsche Armee in Ägypten zu kämpfen haben werde, erklärte er für abgeschmackt. „Deutsche Offiziere, deutsche Kanonen, deutsche Unterseebote — ja; die tun da ihre Pflicht und werden da ihre Pflicht tun, — aber deutsche Soldaten gehören nicht dahin.“ — „Der Kampf in Mesopotamien wird Englands Stellung in Ägypten erschüttern.“ — Doch dies nebenbei.

Die wichtigste Änderung der Ansichten seit dem Herbst, die ich feststellen konnte, ist, daß einer Annexion Belgiens oder doch großer Teile belgischen Gebietes kaum noch das Wort geredet wird. Die Blicke sind nach Osten gerichtet, und die Hoffnungen derjenigen, die eine starke Ausdehnung des Reichsgebietes nach Osten und Nordosten anstreben, beleben sich. Es ist in den letzten Wochen eine Fülle von Friedensbetrachtungen u. w. d. g., d. h. von Ratschlägen für die dereinstigen Friedensverhandlungen, als Manuskript gedruckt, unter die Leute gebracht. Einen ganzen Stoß davon sah ich bei Karl Curtius, dem Verlagsbuchhändler, der gute Verbindungen mit Professoren und Politikern unterhält. Die neueste Ausgabe seiner Verlagsschriften bezeugt, daß er sich der Tatsache seiner baltischen Abstammung (von väterlicher und mütterlicher Seite) bewußt ist; für Lübecks Standpunkt interessiert er sich lebhaft, und er kann unter Umständen uns nützlich sein. Nach seinem Bruder fragte ich: „Paul ist wohl noch ganz Falkenhayn?“ Antwort: „Mit Haut und Haaren.“

Über die Persönlichkeiten, die zurzeit am fleißigsten in Fragen der Ostenpolitik arbeiten und ernst genommen werden, bin ich am besten durch Professor Th. Schiemann, dessen ich in meinem letzten Berichte schon Erwähnung tat, unterrichtet worden. Schiemann ist für uns deswegen so wichtig, weil er seit langen Jahren — er war fünfmal der Gast des Kaisers auf seiner Nordlandsreise — das Ohr des Kaisers hat und auch während des Krieges behalten hat. Noch vor wenigen Wochen wurde er von S. M. zur kleinen Tafelrunde zugezogen. Der Kaiser sprach mit Wärme „von seinen Hansestädten, die es wahrhaftig nicht leicht hätten, aber sich famos machten und nicht jammerten". Als Deutsch-Russe hat Schiemann die besten Verbindungen mit den Balten hier und draußen; er gehört eben auch zu den besten Kreisen der Berliner Universitätsprofessoren, während leider unser Dietrich Schäfer sich immer mehr zurückzieht seit seiner Sezession nach Steglitz. — Ich nenne ferner, ohne mich in eine öde Aufzählung aller Persönlichkeiten, mit denen ich in Beziehung gekommen bin, einzulassen: Staatsanwalt a. D. Wetterhoff und Dr. jur. et rer. pol. Ramin, beide jetzt in Berlin in erster Linie für die Ostenpolitik schriftstellerisch tätig. Von ersterem besitze ich eine nur handschriftlich mitgeteilte Arbeit „Die nordischen Länder im Weltkampf", die sich aber vorwiegend mit Schweden und Finnland beschäftigt. Eine sehr instruktive Zusammenstellung Ramins (und Dr. Warmbolds) „Die Volkswirtschaft der russischen Ostseeprovinzen, ihre jetzige und zukünftige Leistungsfähigkeit" ist mir ebenfalls streng vertraulich (Ex. Nr. 149) mitgeteilt worden.

gez. Fehling

Hoher Senat! / Lübeck, den 29. August 1916 /

Nachdem ich am Freitag Abend in Berlin eingetroffen war, habe ich sogleich den ersten Tag benutzt, um mit einzelnen Mitgliedern des Bundesrats mich zu unterhalten. Es ist nicht zu leugnen, daß man im Kollegium zurzeit vielen schwer abgearbeiteten und in der Kriegszeit stark gealterten Leuten begegnet. Man bedenke: mehr als zwei Jahre lang unausgesetzte Arbeit auf allen Gebieten der Bundesratskompetenz,

täglich mindestens zwei oder drei Sitzungen, Ausschuß- und Plenarverhandlungen, Beratungen über die Ernährungsfragen, die täglichen Berichte an die Regierungen, daneben endlose Konferenzen mit Spezialvertretern der einzelnen Staaten, vor allem die Last der enormen Verantwortung, da nur zu den wenigsten Vorlagen Instruktion eingeholt werden kann. Es ist da immer dieselben Personen am Platze sein müssen, eine solche Fülle von Arbeit zu bewältigen gewesen, wie sie früher auch nicht annähernd den Gesandten und Bundesratsvertretern zugemutet worden ist.

Die Stimmung fand ich ernst, „gespannt". Daß aber die Erklärung Rumäniens, die manche vorausgesehen haben wollen, so bald kommen werde, hat wohl keiner geahnt. Über den Inhalt der Depesche des Grafen Czernin berichtete der Reichskanzler, ihr Wortlaut wird inzwischen dem Senate bekannt geworden sein. Montag früh wurde ich durch die Nachricht geweckt, daß Rumänien an Österreich und Italien an Deutschland den Krieg erklärt habe. Um acht Uhr setzte ich mich mit der Gesandtschaftskanzlei in Verbindung, um möglichst bald über die Stunde der bevorstehenden Bundesratsitzung orientiert zu werden. Man wußte von nichts. Der stellvertretende Kanzleivorsteher Klünder (Beckmann ist nicht in Berlin) führte ein Register über die an diesem Tage einlaufenden Nachrichten. Alle halbe Stunde telephonierte er an das Bureau des Reichsamts des Innern. Die regelmäßige Antwort lautete: „Helfferich ist noch beim Kanzler." Um 1 Uhr 15 kam endlich die Nachricht, daß die Sitzung um drei Uhr stattfinden solle. Die Verzögerung war erklärlich, da zunächst telegraphische Verbindung mit dem Kaiser gesucht werden mußte. Der Senat von Bremen ersuchte mich telephonisch, seine Vertretung wahrzunehmen, da Donandt und Nebelthau im Harz weilten und schwerlich rechtzeitig in Berlin eintreffen könnten. Hamburg telephonierte, nach der Ankündigung Sievekings, daß Bayern sich zur Vertretung in den Plenarsitzungen bereit erklärt habe, werde man den Grafen Lerchenfeld nicht übergehen können; Senator Schaefer werde übrigens um zwölf Uhr mit dem Eilzuge nach Berlin fahren. Schaefer kam in der Wilhelmstraße an, als die Mit-

glieder des Bundesrats soeben den Sitzungssaal verlassen hatten.

Ich habe in diesen zwei Jahren die meisten der Kriegserklärungsversammlungen mitmachen dürfen. In der Erinnerung teile ich sie in begeisterte und gelassene. Die gestrige Sitzung schuf einen neuen Typ. Es war die ernsteste Sitzung, die ich mitgemacht habe. Ich habe dem Senate bereits gestern nachmittag die Worte des Kanzlers möglichst getreu mitgeteilt. Sie lesen sich ja ganz einfach, aber man muß diese tiefe Bitterkeit, diese verhaltene Erregung gesehen, mitempfunden haben. Übrigens zeigte Bethmann keine Spur von Unsicherheit oder Nervosität. Jeder fühlte: nun geht es aufs Ganze. Die Einzelgespräche, in denen nach der kurzen Dauer der Sitzung noch manche Kollegen beisammen blieben, begannen regelmäßig mit der Wendung: „Ja, nun steht es also fest, daß nach menschlichem Ermessen ein mindestens großer Teil des nächsten Jahres noch den Krieg sehen wird" oder ähnlich.

Durch die Ereignisse des gestrigen Tages ist eine völlige Veränderung der Lage Deutschlands herbeigeführt worden. Ich stehe nicht an, meine Ansicht dahin auszusprechen, daß eine allgemeine Kritik der auswärtigen Politik des Kanzlers, niedergelegt in der Eingabe der Regierung eines der kleinsten Staaten, sei es an den Kanzler, sei es an den Staatssekretär des Auswärtigen, mir heute unmöglich zu sein scheint. Es erübrigt sich, darüber mehr zu sagen. Die Herren in Berlin haben heute mit anderen Dingen sich zu beschäftigen. Die Eingabe würde, wie man sagt, hingelegt, jedenfalls zum Gegenstande einer Erörterung nicht gemacht werden; aber es wäre nicht ausgeschlossen, daß man sie als einen Versuch einschätzen würde, dem Kanzler in den schwersten Tagen des Weltkrieges in den Rücken zu fallen. Der Möglichkeit einer solchen Charakterisierung darf sich eine Regierung nach meinem Dafürhalten nicht aussetzen. Ich muß daher bitten, daß über die Frage, ob trotz der veränderten Sachlage dem Beschlusse vom 23. August zurzeit weiter nachgegangen werden soll, im Senat Beschluß gefaßt werde.

Eine ganz andere Frage ist, ob über einen bestimmten Punkt etwa eine Vorstellung erhoben oder eine kurze Denkschrift an den Kanzler zu richten sei. Die beiden Fragen, die in dieser Beziehung sich als diskutabel darbieten würden, sind erstens das Friedensziel, zweitens die Annahme eines System-wechsels im U-Bootkriege. Nachdem durch die Kriegserklärung Rumäniens an Österreich und Deutschlands an Rumänien leider das Ende des Krieges in weites Feld gerückt ist, wird es schwerlich für den Senat in Betracht kommen, heute dem Kanzler über den ersten Punkt Auseinandersetzungen vorzutragen. Anders steht es mit dem zweiten. Ich habe dem mir erteilten Auftrage gemäß mich bereits mit einer Eingabe beschäftigt, die darzulegen sucht, daß der Zeitpunkt gekommen sei, gegen England jetzt unverzüglich den rücksichtslosen U-Bootkrieg zur Anwendung zu bringen. Es wird nicht schwer sein, an der Hand der seit dem März dieses Jahres eingetretenen Veränderung der Gesamtlage nachzuweisen, daß jetzt der Zeitpunkt da sei, für den auch der Kanzler die schärfste Waffe gegen England zu gebrauchen sich bereiterklärt hat. Wenn man aber erwägt, daß die Lage durch die Ereignisse des Gestern so völlig verändert ist und eine weitere Veränderung jeden Tag sich zeigen kann, so möchte ich doch anheimgeben, ob es nicht besser ist, in dem angedeuteten Sinne persönlich im Auswärtigen Amte zu wirken, sei es durch den Gesandten, sei es durch mich oder etwa durch andere zu diesem Zwecke zu komittierende Herren des Senats. Ich mache dabei aber noch auf folgendes aufmerksam: Ein Kollege im Bundesrat, dem ich von meiner Ansicht über den U-Bootkrieg sprach und davon, daß es nach Ansicht vieler die höchste Zeit sei, England mit aller nur denkbaren Schärfe anzufassen, antwortete mir: „Ja, das ist ja die hanseatische Ansicht", und ich meine, daß in dieser Frage ein Benehmen mit Hamburg und Bremen erwogen werden muß. Eine Angelegenheit, bei der so überaus bedeutungsvolle überseeische Interessen in Betracht kommen, vornehmlich die Stellung Amerikas, die durch die Fahrten der Deutschland und der Bremen geschaffene neue Perspektive, wird füglich nicht von dem Senate Lübecks allein behandelt werden können. Bremen und

Hamburg hätten wohl den Vorrang, hierüber mitzusprechen. Wird aber unsere Ansicht von den Senaten der Schwesterstädte geteilt, so daß man von einer communis opinio hanseatica sprechen könnte, so wäre dies außerordentlich zu begrüßen, und es würde dieses Zusammengehen der drei Städte zweifellos die Entschließung der Reichsregierung wesentlich beeinflussen können. Einen etwaigen Auftrag, mit den hamburgischen und bremischen Vertretern diese Frage zu besprechen (natürlich nicht in Hamburg oder Bremen, sondern auf neutralem Gebiet im Bundesrat) würde ich gern übernehmen.

gez. Fehling Dr.

Friedensangebot

Bericht über die entscheidende Sitzung der leitenden Minister
Berlin, den 11. Dezember 1916

An den Hohen Senat z. Hd. Seiner Magnifizenz
Herrn Bürgermeister J. H. Eschenburg Lübeck /

Der Reichskanzler hatte die „leitenden Minister" auf heute zehn Uhr ins Reichskanzlerpalais geladen. Die mir persönlich zugesandte Einladung lege ich bei. In letzter Stunde waren auch die hier ansässigen Gesandten benachrichtigt worden. Die im großen Gartensaal abgehaltene Versammlung bestand daher aus etwa vierzig Bundesratsmitgliedern, unter ihnen fast sämtliche Ministerpräsidenten. Der Kanzler hatte den Staatssekretär des Auswärtigen Zimmermann neben sich. Außer den Mitgliedern des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Mecklenburg-Schwerin) kannte bei Beginn des Vortrages niemand den zu behandelnden Gegenstand. Der Reichskanzler erklärte:

„Bereits im Sommer dieses Jahres habe ich in ernstliche Erwägung gezogen, ob ein positiver Schritt zur Herbeiführung des Friedens von Deutschland zu geschehen habe. Voraussetzung war selbstverständlich, daß die militärische Lage so fest und günstig sein werde, daß der Schritt zwar von der feindlichen Presse als Schwäche gedeutet werden, in Wirklichkeit aber ein Zeichen der Kraft des Deutschen Reiches sein werde. Vor etwa acht Wochen, als ich aus anderer Veranlassung mit dem österreichischen Ministerpräsidenten zusammentraf, konnte ich feststellen, daß dieser genau auf denselben Gedanken gekommen war, daß, wenn die Lage es gestatten sollte, die Friedensbereitschaft der Verbündeten in determinierterer Weise zum Ausdruck gebracht werden müsse. Burian setzte mir auseinander, niemand könne die Augen davor verschließen, daß große Volkskreise auf unserer

Seite wie nicht minder in den feindlichen Staaten den Frieden ersehnen. Es werde eine Stärkung der pazifistischen Bestrebungen gegen die feindlichen Regierungen bedeuten, wenn unzweideutig klargestellt werde, daß Deutschland und seine Verbündeten nichts versäumten, um der Welt den Frieden wiederzugeben, falls dieser Friede der Ehre, der Sicherheit und einer Entwicklungsfähigkeit der Zukunft des Reiches entspreche. Sollte das Angebot abgelehnt werden, so würde für die Mittelmächte der mächtigste Ansporn gegeben sein, um auch das Letzte für den endgültigen Sieg einzusetzen. Ich habe im wesentlichen diesem Gedankengang zustimmen können. Die Oberste Heeresleitung, Hindenburg und Ludendorff haben sich dem Gedanken rückhaltlos angeschlossen, indem sie ausdrücklich und stark betonten, Voraussetzung eines solchen Vorgehens sei, daß die militärische Lage so stark und zuversichtlich sein werde, daß im Falle der Ablehnung die siegreiche Fortführung des Krieges für uns gesichert sei, und daß das Friedensangebot auch in der äußeren Form nicht als Zeichen der Schwäche gedeutet werden könne. Zu diesem Zweck haben Hindenburg und Ludendorff verlangt, daß das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst, durch welches hinter der Front gewissermaßen das Heimatsheer mobil gemacht werde, vorher vom Reichstage verabschiedet werde. Nachdem die Dinge sich so gestaltet, sind wir mit Wien, Konstantinopel und Sofia in Verbindung getreten. An allen Stellen haben wir die sofortige Zustimmung erhalten. Es besteht Übereinstimmung darüber, daß dieser Krieg nicht von uns als ein Eroberungskrieg entfesselt ist, sondern daß er einen Verteidigungskrieg um die heiligsten Güter der Nation und eine gesicherte Zukunft des Reiches ist, und da die herrlichen Truppen in der Verteidigung und im Angriff es uns ermöglicht haben, jetzt die Lage so zu beurteilen, daß der endgültige Sieg uns nicht entrissen werden könne, die verbündeten Mächte in der starken Lage seien zu erklären, sie seien bereit, das Schwert wieder in die Scheide zu stecken, wenn ein die Ehre und die gesicherte Zukunft verbürgender Friede dadurch erreicht werde. Wir haben uns auch über die Form geeinigt. Bisher haben wir, allerdings in durchaus verantwortlicher Form, aber doch nicht in direkter Wendung an die

Regierungen, unsere Friedensbereitschaft wiederholt betont. Ich erinnere Sie an meine Rede vom 9. Dezember 1915 im Reichstage. Jetzt wählen wir den Weg, unsere Erklärung direkt an die feindlichen Regierungen zu richten. Bisher hat man mit Spott und Geringschätzung auf unsere Äußerungen geantwortet. Jetzt wollen wir die präzise Frage an die Feinde richten, ob sie bereit sind, mit uns einen Frieden auf obiger Grundlage abzuschließen. Die militärische Lage in Rumänien, Hindenburgs genialer Plan, die Energie der mit dieser Ausführung betrauten Führer und die fast das Menschenmögliche übersteigende Tapferkeit der Truppen geben uns die gesicherte Position, deren wir zu einem solchen Schritt bedürfen. Rumäniens Eroberung hat uns große Mengen von Lebensmitteln gesichert, so daß unsere wirtschaftliche Lage, die wir als eine ernste ansehen mußten, aufs neue gebessert und gefestigt ist. Wir beabsichtigen, morgen durch unsere sogenannten Schutzmächte in den feindlichen Ländern, also Spanien, Amerika und die Schweiz, den Feinden eine Note zugehen zu lassen, die die Aufforderung enthält, alsbald in Friedensverhandlung mit uns einzutreten. Die Situation wird am kürzesten und geeignetsten durch den Wortlaut der Note bezeichnet; sie hat folgenden Wortlaut: . . . . ."

Der Kanzler verlas die Note und fuhr fort:

„Es handelt sich um einen unendlich schweren Entschluß; wozu er führen wird, weiß niemand. Die Chancen einer Ablehnung halte ich für größer als diejenigen der Annahme. Die Umwandlung der Ministerien in Rußland und England, die Heranholung der schärfsten Männer in beiden Ländern, die offen erklärten Ziele der Entente gegen die Türkei, der verbissene Kriegswille Englands machen es zum mindesten fraglich, ob unser Appell mit einem „Ja" beantwortet werden wird. Aber wir vergeben uns nichts. Daß es uns möglich war, trotz der Riesenkämpfe an der Somme, trotz der gewaltigen russischen Anstürme gegen Siebenbürgen, trotz der Erneuerung der Isonzokämpfe den rumänischen Feldzug mit solcher Genialität, solcher Schnelligkeit, solchen entscheidenden Erfolgen durchzuführen, zeugt deutlicher als irgend etwas anderes für die militärische Kraft Deutschlands und für seine Bereitschaft, bis ans Ende zu gehen.

Im Felde Sieg auf Sieg, in der Heimat der Siegeswille, über die größten Schwierigkeiten hinwegsehen zu lassen. Was wir geleistet und was wir ferner zu leisten uns entschlossen gezeigt haben, muß uns davor bewahren, daß unser Schritt als Schwäche ausgelegt werden kann. Die dargelegten Umstände geben uns das Recht, das Friedensangebot als das vollkommenste Zeichen unüberwindlicher Kraft auszugeben. Nach meinem Dafürhalten entspricht diesem Recht auch die Pflicht, dem Volke, das während zweieinhalb Jahren draußen und daheim das Äußerste und Größte geleistet hat, zu sagen, wir wollen nicht einen Tag länger kämpfen, als unbedingt in Deutschlands Interesse erforderlich ist. Wer kann in die Zukunft sehen? Nach menschlicher Berechnung haben Hindenburg und Ludendorff recht, wenn sie uns erklären, die uns aufgezwungene Weiterführung des Krieges dürfe mit aller Zuversicht und vollem Vertrauen betrachtet werden. Geben wir den Völkern die Möglichkeit, daß der Friede wieder einkehrt, so ist unser Gewissen rein vor Gott und den Völkern. Muß der Krieg weitergeführt werden, so wird der kundgegebene Entschluß, den Frieden herbeizuführen, unsere Kraft nicht geschwächt haben, sondern aufs äußerste steigern. Dann werden wir ihn auch zu gutem Ende führen. So schwer bei uns die wirtschaftlichen Zustände sind (wir wollen demgegenüber die Augen nicht verschließen), so schwer sind sie auch bei den Feinden. Der Wechsel der Minister ist nach meiner Meinung nicht der Ausdruck der Stärke, sondern ein unwiderleglicher Beweis dafür, daß der Krieg unseren Feinden mit jedem Tage mehr an die Nieren geht. Die Entwicklung unseres U-Bootkrieges hat die Gefahren für England und Italien bedeutend gesteigert. Lebensmittel und Kohlen werden knapp. Mehr aber als alles andere beweisen die Heldentaten unserer Truppen den feindlichen Regierungen, daß sie auf die Dauer sich militärisch unser nicht mehr erwehren können. Weisen die Feinde unser Anerbieten zurück, so wird ihr Verhalten nicht eine Stärkung in den inneren Verhältnissen ihrer Länder, sondern eine Schwächung herbeiführen. Dann werden wir nach dem Grundsatze „divide et impera" verfahren und unser Ziel auf diesem Wege erreichen. Unser Entschluß ist nicht über Nacht geboren; er ist in wochenlanger Überlegung

gereift; er ist abhängig gemacht von dem Fortgang unserer Unternehmungen. Nach dem Fall von Bukarest mit seinen enormen Folgen in materieller und moralischer Beziehung sind wir der Überzeugung, daß jetzt der psychologische Moment gekommen ist, in dargelegter Weise zu handeln. Es handelt sich vielleicht um den ernstesten Entschluß, der bisher im Laufe dieses Krieges zu fassen war. Von der Stärke unserer heutigen Lage durchdrungen, von einem reinen Gewissen getragen, leben wir der Hoffnung, daß wir das Richtige tun."

Mit Schweigen wurde der Vortrag des Kanzlers aufgenommen. Die Versammlung sah sich in einer der wichtigsten Fragen vor vollendete Tatsachen gestellt. Daß in eine Besprechung nicht eingetreten wurde, wird um so erklärlicher sein, da ja über die Grundlage eines Friedensschlusses auch nicht die leiseste Andeutung von dem Kanzler gegeben war. Nur drei Staaten gaben eine kurze Erklärung ab, und man wird wohl nicht fehlgehen in der Annahme, daß sie, die sämtlich dem Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten angehören, damit auch eine Kennzeichnung der Ausschußberatungen gaben; Württemberg, Sachsen und Mecklenburg-Schwerin. Für Sachsen erklärte Graf Vitzthum, „Sachsen habe sich im Ausschuß für den Plan des Kanzlers und Hindenburgs ausgesprochen. Der Schritt könne nicht als Schwäche ausgelegt werden. Wolle man ihn tun, so könne der jetzige Augenblick nur als der allergeeignetste erscheinen. Immerhin werde jeder fragen: Wie wird die Wirkung sein? Drei Fälle seien möglich. 1. Die glatte Annahme des Angebots. Von den alldeutsch gerichteten Elementen unseres Volkes werde sie als ein nationales Unglück bezeichnet werden. Ein auf diesem Wege herbeigeführter Friede werde nicht auf Sieg, sondern auf Kompromiß aufgebaut. Die Alldeutschen würden ihn von vornherein als faulen Frieden bezeichnen. Wir fürchten diesen Vorwurf nicht. Die gegenwärtige militärische Lage muß ausgenutzt werden, und sie kann heute so ausgenutzt werden, daß die Ehre der Nation voll gewahrt und die Entwicklung unserer Zukunft sichergestellt wird. 2. Es erfolgt glatte Ablehnung. Wir würden sie nicht als Unglück betrachten. Dann würde im deutschen Volke ein solcher

Furor sich erheben, daß der endgültige Sieg uns nicht entrissen werden kann. Voraussetzung ist allerdings, daß im Falle der Ablehnung dem deutschen Volke in klar verständlicher Form gesagt wird, jetzt handelt es sich nicht mehr um einen Verteidigungskrieg. Für den sogenannten rücksichtslosen U-Bootkrieg plädieren wir nicht. Sicher aber ist, daß dem für den Fall der Ablehnung unwiderstehlich sich geltendmachenden Verlangen der Verschärfung nicht entgegengetreten werden darf. 3. Die Feinde erklären weder ihre Bereitwilligkeit noch lassen sie es auf eine bestimmte Ablehnung ankommen, geben vielmehr ausweichende Antwort. Dadurch können uns die meisten Schwierigkeiten erwachsen. Aber solches Verhalten der Feinde muß als Ablehnung betrachtet werden. Im übrigen sind wir dankbar, daß der Kanzler uns, wenn auch nicht die Möglichkeit einer Erörterung im Kreise des Bundesrats, so doch vor dem Reichstage eine Mitteilung über den geplanten Schritt gemacht hat."

Württemberg erklärte, wenn seitens der Reichsleitung dieser historische Schritt erfolgt, so sind wir nicht nur dankbar dafür, daß der Bundesrat vor dem Reichstage von ihm Kenntnis erhält, wir sind auch materiell mit ihm einverstanden und erachten es als unabweisbare Pflicht des Bundesrats, der Leitung des Reichs in diesem Augenblick zur Seite zu stehen und moralisch das Gewicht seiner im Reichstage abzugebenden Erklärung zu stützen.

Mecklenburg-Schwerin: Wir haben im auswärtigen Ausschuß unsere Bedenken geltend gemacht und können sie auch heute nicht zurückhalten. Es bleibt dabei, daß der Schritt auch im Innern von weiten Kreisen als Schwäche eingeschätzt wird. So wie die Dinge jetzt liegen, könne freilich keine Regierung sich ausschließen von dem heißen Wunsch, es möge ihm voller Erfolg beschieden sein.

Der Kanzler nahm noch einmal das Wort, um nachdrücklich zu erklären, die Heeresleitung sei entschlossen, im Falle der Ablehnung dem Willen des Volkes entsprechend alle Kriegsmittel in rücksichtsloser Weise zur Anwendung zu bringen. Auf Einzelheiten des U-Bootkrieges gehe er in diesem Augenblick nicht

näher ein. Wenn die Anwendung des U-Bootkrieges uns wiederholt in schwierige Lage zu Amerika gebracht habe, so sei er überzeugt, daß auch in Sachen des U-Bootkrieges bei Ablehnung des Friedensangebots Amerika ebenso wie die europäischen neutralen Staaten uns unsere Lage erleichtern würden. Trotz ungünstiger Jahreszeit seien im Oktober 400000 t, im November 440000 t Schiffsraum vernichtet. Diese Kurve werde weiter aufwärts gehen, wenn durch Ablehnung des Angebots wir ganz wesentlich gestärkt würden.

Wie es heißt, werden heute sofort die Verhandlungen mit den Parteiführern des Reichstages aufgenommen werden. Über das Ergebnis läßt sich nichts voraussagen. Dem Wunsche der Reichsleitung entsprechend werden die meisten Minister hier bleiben und der morgigen Sitzung beiwohnen. Mit den Kollegen aus Hamburg (Senator Dr. Schaefer) und Bremen (Senator Dr. Donandt) habe ich ein Gleiches verabredet. Ich hoffe, daß der gegenwärtige Bericht so zeitig in Lübeck ankommt, daß er den Herren Kollegen mindestens vor jeder Berichterstattung aus dem Reichstage zur Kenntnis gebracht werden kann. Eine telegraphische Benachrichtigung war nach Lage der Sache ausgeschlossen.

gez. Fehling Dr.

Ansprache an den Senat

bei Übernahme des Vorsitzes, den 3. Januar 1917

Durch die am 2. Dezember 1916 erfolgte Wahl ist mir für die Jahre 1917 und 1918 der Vorsitz im Senate übertragen worden. Indem ich als Bürgermeister diesen Platz einnehme, sage ich zuerst namens des Senates meinem Herrn Amtsvorgänger Dank für alle während der Kriegsjahre 1915 und 1916 dem Senat und der Stadt geleisteten bedeutenden Dienste, hocherfreut, die während seiner Senats-Präsidialführung nicht abgegebene Leitung der Staatsfinanzen auch ferner in seiner sicheren Hand zu wissen. Ihnen allen erneuere ich die Ihnen sogleich nach der Wahlhandlung gegebene Versicherung meiner Dankbarkeit für das durch Ihre einmütige Wahl mir bekundete Vertrauen. Ich weiß, daß ich, im vorgerückten Lebensalter stehend, auf die wohlwollende Unterstützung meiner Herren Kollegen in starkem Maße angewiesen bin. Sie mir zu gewähren, ist meine herzliche Bitte. Diese Bitte richte ich auch an unsere bewährten Mitarbeiter, denen ich mit ganzem Vertrauen entgegenkomme. Ich freue mich der, wie mir deucht, sehr glücklichen Einrichtung des regelmäßig gemeinsamen Vortrages in der Bürgermeisterstube. Nur wenn alle Herren Sekretäre über alle wichtigen Eingänge der Einzelressorts vor der Senatssitzung wenigstens im allgemeinen orientiert sind, kann die bei uns im Gegensatz zu den beiden anderen Senaten bestehende Vorschrift, daß regelmäßig alle Senatssekretäre an den Versammlungen teilzunehmen haben, sich als fruchtbar erweisen.

Ein besonderes Verhältnis zum Senate hat sich für den Staatsarchivar herausgebildet, der, zur Vertretung verhinderter Sekretäre verpflichtet, fast während der ganzen Kriegszeit an unseren Sitzungen teilgenommen und einen wichtigen Teil der

Sekretariatsgeschäfte geführt hat. Den Senatoren sehr erfreulich, wird diese Entwicklung dem Herrn Staatsarchivar gewiß in mehr als einer Beziehung nicht unwillkommen gewesen sein. Ich würde es für vorteilhaft halten, wenn diese engere Verbindung mit dem Senate nach dem Kriege nicht ganz verschwände. Wird dem Staatsarchivar in Zukunft etwa die Befugnis verliehen, auch wenn die Vertretung eines Senatssekretärs nicht in Frage steht, an Ratsversammlungen teilzunehmen, um seine Anträge selbst hier zu vertreten, so würde das nur eine Rückkehr zu der in früheren Zeiten gepflogenen Übung des Senats bedeuten.

Aus dem Ratssaale richte ich Ihren Blick auf die Bürgerschaft. Die Ansprache des Herrn Bürgermeisters Eschenburg in der letzten Versammlung hat eine Zusammenstellung der wichtigsten Rat- und Bürgerschlüsse seiner Amtszeit gegeben und damit ein anschauliches, überaus markantes Bild unseres Freistaates während der beiden ersten Kriegsjahre entrollt. Mir sei gestattet, daneben, als gegebenes Korrelat, einige knappe, auf persönliche Beobachtung sich stützende und also mehr subjektive Bemerkungen zu setzen, die teils auf das Verhältnis der beiden Staatskörper, teils auf die Struktur unserer Staatsverfassung, vornehmlich auf einzelne ihrer grundlegenden Bestimmungen sich beziehen. Es ist ja einem Zusammentreffen verschienartiger Umstände zuzuschreiben, daß abweichend von dem sonst ausnahmslos beobachteten zweijährigen Turnus der Senat mir für die Dauer von mehr als sieben aufeinander folgenden Jahren die Stellung des ständigen Kommissars übertragen hat. Überschaue ich den Zeitraum, in dem ich mit Bürgerschaft und Bürgerausschuß in unmittelbarem Verkehr stand, so kann ich nicht umhin zu bekennen, daß ich zuweilen gelitten habe unter einem Mangel an Augenmaß bei einzelnen Doktrinären, denen in einer Körperschaft von mehr als hundert Mitgliedern ja immer eine starke Gefolgschaft gesichert ist, — noch mehr unter dem mangelnden Verständnis für die verfassungsmäßige Abgrenzung der Gewalten, dem man keineswegs nur bei halbgebildeten Elementen der Bürgerschaft begegnet. Gegenüber der stark hervortretenden Neigung, in die Verwaltung überzugreifen, findet man wohl einen gewissen Trost in der

Betrachtung, daß Übereifer schließlich besser ist als Interesselosigkeit. Die Gerechtigkeit verlangt aber, auch festzustellen, daß die Bürgerschaft als solche in großen Fragen nicht versagt hat. Noch heute hat das Wort seine Berechtigung, in dem Wehrmann vor dreißig Jahren seine schöne, abgeklärte Abhandlung über die obrigkeitliche Stellung des Rats ausklingen ließ: „Die Bürgerschaft wacht nun wohl sehr sorgsam über die Aufrechthaltung ihrer Gerechtsame, doch hat sie bisher noch immer einträchtig mit dem Senate zusammen gewirkt. Beide Körperschaften stehen auf dem gemeinsamen Grunde der Liebe zur Vaterstadt und zum Vaterlande.“ Jedenfalls ist es noch immer gelungen, bei Vorlagen, die nach Ansicht des Senates für unser Staatswesen von wesentlicher Bedeutung waren, die Bürgerschaft von der Richtigkeit des von der Regierung eingenommenen Standpunktes zu überzeugen. Der numerus clausus der Sozialdemokraten hat eine Werbekraft durch ihre — auch mehr aus dem Fenster gehaltenen — Reden innerhalb der Bürgerschaft kaum gezeitigt, hat im Gegenteil wiederholt bei wichtigen Anlässen die übrigen Mitglieder zu noch festerem Zusammenschluß vereinigt, ohne daß bisher die Bürgerlichen zu der vor wenigen Jahren für unvermeidlich erklärten Fraktionenbildung übergegangen wären. Die endgültige Festlegung der Wahlrechtsbestimmungen ist vom Senate grundsätzlich schon gutgeheißen, die weitere Verfolgung dann für die Dauer des Krieges hinausgeschoben worden. Was das Drängen nach einem Verantwortlichkeitsgesetze betrifft, so hat es, soweit ich sehe, infolge der bestimmten Stellungnahme des Senates aufgehört und findet nur noch in der Beratung über die neue Ordnung der Baubehörde ein harmloseres, jedoch nicht zu leicht zu nehmendes Nachspiel. Durch seine Ablehnung jener bürgerschaftlichen Aspirationen hat der Senat einen der wichtigsten Grundsätze des hanseatischen Staatsrechts geklärt und damit sicherlich nicht nur seiner Stellung, sondern auch der Stellung der beiden anderen Senate gedient. Die heißersehnte „Zweite Lesung“, deren Einführung der Senat namentlich im Hinblick auf die längst geltenden Bestimmungen der schwesterstädtischen Verfassungen sich nicht entziehen wollte und auch auf die Dauer kaum entziehen konnte, erweist sich in

ihrer praktischen Handhabung nicht als so schwerfällig und unbequem als von manchen (ich schließe mich nicht aus) angenommen war. — Von größerer Bedeutung für unsere Verfassungszustände ist, daß die vor etwa sechs Jahren einsetzende, aber offenbar nur von einigen Wenigen in der Bürgerschaft geschürte Bewegung, die auf Beseitigung oder doch starke Verminderung der Bedeutung des Bürgerausschusses abzielte, völlig abgeflaut ist. Ja, von Monat zu Monat mehren sich die Vorgänge, die davon zeugen, daß man in bürgerschaftlichen Kreisen sich darüber klar wird, der Bürgerausschuß sei in unserem Staatsorganismus nicht zu entbehren. In dieser Beziehung ist auf die von der Bürgerschaft vorgeschlagene Ausdehnung der Zuständigkeit des Bürgerausschusses für Kriegsbewilligungen, auf die Betonung seiner Stellung als Wahlkollegium, auf das Referat der Bürgerausschußmitglieder in den Bürgerschaftsversammlungen, auch auf die von der Bürgerschaft ohne jede Eifersuchtsanwandlung begrüßte Herabsetzung der Beschlußfähigkeitsziffer des Bürgerausschusses hinzuweisen, die nach dem Kriege beizubehalten schon jetzt sich Neigung zeigt und einem Widerspruche des Senates schwerlich begegnen dürfte. Demnächst wird es sich um eine authentische Interpretation des Artikels 51 Abs. 1 der Verfassung handeln. Sie ist bereits von dem Verfasser vorzüglich geschriebener Kommissionsberichte der jüngsten Zeit in der Richtung vorbereitet, daß für die Übernahme von Grundstücken auf den Staat unter bestimmten Voraussetzungen die Mitwirkung der Bürgerschaft ausdrücklich bestimmt wird, so zwar, daß auch hier der Bürgerausschuß unter Beseitigung der bisherigen Zuständigkeitsgrenze allgemein die Bürgerschaft vertritt.

Nach allem diesen mag man vertrauen, daß die wichtige Vorbedingung für eine glückliche Fortentwicklung unseres Staatswesens, nämlich das gute Einvernehmen zwischen Senat und Bürgerschaft, uns auch in der Folge nicht fehlen wird. Der vierte Artikel der Verfassung erklärt die beiden Staatskörper als Träger der lübeckischen Staatsgewalt, und indem der Senat der Bürgerschaft gibt, was ihr durch unser Grundgesetz verbrieft ist, wollen wir nicht vergessen, daß die weitaus größte Zahl

der unter der Herrschaft der Verfassung von 1848 gewählten Ratsmitglieder, auch die große Mehrzahl von uns Lebenden, aus der Bürgerschaft hervorgegangen ist. Das schließt mit nichten aus, die Aufgaben der Regierung und ihre Sphäre fest zu umgrenzen und mit Festigkeit die beschlossenen Vorlagen zu vertreten. Der Eindruck wird von Ihnen geteilt werden, daß auch im lübeckischen Parlament ein entschiedener Kurs, eine klar bestimmte Stellungnahme der Regierung von der großen Mehrheit nicht nur als erträglich empfunden, sondern als erwünscht angesehen wird. Von allerhand Freundlichkeiten, die bei meiner Erwählung zum Präsidenten des Senats mir in der Öffentlichkeit gesagt sind, hat vielleicht nichts mich so fröhlich gestimmt, als das Zeugnis des sozialdemokratischen Blattes: bei einer gewissen Urbanität der Form hätte ich — zwischen den Zeilen las man das Wort „leider" — niemals den Standpunkt des Senates verleugnet.

Auf die Dauer aber kann auch die beste Harmonie zwischen Senat und Bürgerschaft Gutes nur wirken, wenn beide Körperschaften sich einig sind über die materiellen Grundlinien der zu befolgenden Politik, — wenn die Regierung ein klares, von den Bürgern verstandenes und gebilligtes Programm hat. Es ist vorhanden und leuchtet klar aus den Silvesterdarlegungen meines Herrn Amtsvorgängers hervor. In diesem Programm bleibt an erster Stelle die Heranziehung und Förderung der Industrie, daneben die unablässige Arbeit an systematischer Verbesserung des Verkehrs im weitesten Sinne, an den Verbindungen über See wie durch tunlichst günstigen Anschluß an die großen Wasserstraßen des Binnenlandes, nicht minder an der Vervollständigung der lübeckischen Eisenbahnverbindungen, endlich an der Hebung und Vervollkommnung unserer Einrichtungen für Handel, Schiffahrt und Verkehr. Die Zukunft wird gebieterisch erheischen, die ganze Kraft zusammenzunehmen und auch die noch schlummernden Kräfte unseres kleinen aber kostbaren Staatsgebietes freizumachen. Kein Teil darf brach liegen bleiben. Wenn uns die Hebung des Grundkredits gelingt, die Besserung der Straßenzüge des Landgebietes und die Versorgung unserer Stadtgüter und Bauerndörfer mit elektrischer

Kraft nach bestimmtem Plane durchgeführt wird, werden wir vielleicht dadurch noch mehr als durch die nach Friedensschluß anzustrebende Verabschiedung eines vernünftigen Ablösungsgesetzes auch unserer ländlichen Bevölkerung und dem Staate nutzen.

Nach dem Frieden! Das Friedensangebot der Mittelmächte ist abgelehnt, — hochmütig, höhnisch, mit der Unehrlichkeit, die alle Äußerungen der feindlichen Regierungen bei Beginn und während des Krieges auszeichnete. Mögen Millionen darüber trauern, andere durch diesen Ausgang enttäuscht sein. Bei Millionen und aber Millionen wird doch der Gedanke die Oberhand haben: Gott sei Dank! Ein Albdruck ist uns von der Seele genommen. Nun nichts von Verhandeln — „nun bleibt es dabei". Vorwärts mit Gott für Kaiser und Reich zum Entscheidungskampfe. Und Gott wird mit uns sein. Wir alle ersehnen den Frieden, aber wir sehnen uns nach einem edlen, jawohl: nach einem deutschen Frieden. Von der Trave ist 1870 auch dieses schöne, stolze Wort erklungen. Einen Frieden wünschen wir, würdig der treuen Toten, entsprechend den furchtbaren Opfern, die für die Ehre und die sichere Zukunft unseres Vaterlandes gebracht sind und nun noch weiter gebracht werden müssen. Hoffen wir denn, daß in dem vor uns liegenden Zeitabschnitte, der über Deutschlands Zukunft auf Generationen hinaus, über die Zukunft des Deutschtums vielleicht auf immer zu entscheiden berufen ist, die Leitung des Reiches, deren unendlich schwere Last niemand verkennt, auf der Höhe ihrer gewaltigen Aufgabe sei.

Für Lübeck stehen bei den dereinstigen Friedensverhandlungen im Vordergrunde: die Kriegsentschädigung im weitesten Sinne und die neue Festlegung der Grenzen des Deutschen Reiches, damit im Zusammenhange glückliche Handelsverträge. Zwar ist auch für unsere eines Dauer versprechenden Friedenszustandes dringend bedürftige Handelsrepublik die Lösung der belgischen Frage von allergrößter Bedeutung. Doch lenkt sich naturgemäß unser Blick vornehmlich nach Osten. Es wird darauf ankommen, daß wir in dieser Frage auch ferner, insbesondere hinsichtlich eines deutsch-russischen Handelsabkommens

Einfluß zu gewinnen suchen, und wir werden darauf um so eher rechnen dürfen, als der Senat mit Vorbedacht auf eine kühle Abwägung der handelspolitischen Fragen, zu deren Erörterung Lübeck nach seiner Geschichte und nach den heutigen Verhältnissen mit in erster Linie berufen ist, sich beschränkt hat und das Auswärtige Amt seit der lübeckischen Denkschrift über den deutsch-schwedischen Vertrag unsere Stadt auf diesem Gebiet in guter Erinnerung hat.

Wird es gelingen, zumal bei den nach dem Frieden sicher noch im verstärkten Maße vordringenden Ansprüchen des Reiches unsere geordneten Finanzen geordnet und gesund zu erhalten und so in dem — will's Gott — neugefestigten, größeren Deutschland die Selbständigkeit der geliebten Vaterstadt zu behaupten? Wir verzagen nicht. Deutsche Kraft hat bis heute gegen eine Welt von offenen und versteckten Feinden das Feld behauptet. Deutsche Kraft, Ausdauer und Fleiß werden unser Vaterland auch einer lichtvollen Zukunft entgegenführen. Was Lübeck selbst anbelangt, so ist es uns bisher auf dem Grunde des Reiches aus eigener Kraft möglich gewesen, den mannigfachen Wendungen der vom Reichsschatzamte inaugurierten Systeme folgend, schwierige Wandlungen im Innern zu überwinden, ja sie zum Besten unseres Gemeinwesens auszugestalten. Eine nicht unbedeutende Aufgabe fällt in dieser Richtung sicher der neuesten Reform unserer Steuergesetzgebung zu, deren Verabschiedung vor wenigen Wochen eingeleitet ist. Ohne Überhebung darf es in diesem Saale ausgesprochen werden, daß Lübeck sich nicht von der lähmenden Existenzsorge etwa mitteldeutscher Kleinstaaten braucht niederdrücken zu lassen. Hier war es, wo ein Jahr vor Ausbruch des Weltkrieges der Kaiser seiner Achtung vor dem deutschen Kaufmann kraftvollen Ausdruck gab und damit dem Gedanken Worte lieh, daß die Geschichte der freien Städte nicht abgeschlossen ist, sondern daß sie, die ihre Schuldigkeit gegen das Reich getan haben und tun, unentbehrliche Glieder im Organismus des Reiches sind. Darum: „Libertatem, quam peperere maiores, digne studeat servare posteritas.“ Mit Anspannung der ganzen Kraft, der alten Hanse würdige Söhne wollen wir ferner unsere Pflicht tun. Auch dem Kollegium

ist das Goethesche Wort geschrieben: „Dir selbst sei treu und treu dem andern, dann ist die Enge weit genug.“

Es ist vielleicht nicht abwegig, in diesem Zusammenhange heute einen Punkt zu berühren, der den inneren Geschäftsbetrieb des Senates angeht. Schon vor Jahren, in letzter Zeit wiederholt, bin ich der Frage begegnet: Sollte es nicht möglich sein, den Ratssitzungen eine anziehendere Gestaltung zu geben? Sicher verdient diese Frage eine sorgfältige Prüfung. Sollen unsere Versammlungen nicht allmählich trockener werden, um schließlich einzutrocknen, so sollten wir darauf Bedacht nehmen, sie von allem, aber auch allem Material zu entlasten, das aus sachlichen Gründen nicht vor den sitzenden Rat, will sagen: vor das Plenum (nur dies und nichts anderes bedeutet der Ausdruck „der sitzende Rat“) gehört. Ein guter Versuch ist bereits vor vier Jahren durch die Abänderung der Geschäftsordnung gemacht. Er ermutigt zu weiterem Vorgehen, vielleicht in der Richtung, daß noch eine Abteilung geschaffen wird; vielleicht — und mir scheint: richtiger — dadurch, daß sogenannte laufende Sachen ohne grundsätzliche Bedeutung und ohne finanzielle Belastung dem Direktorium zur Erledigung überwiesen werden. Dies sind ersichtlich keine bestimmten Vorschläge, wohl aber Anregungen, die, wenn der Rat sie nicht von der Schwelle abweist, weiter verfolgt werden mögen. Takt und Augenmaß bleiben auch bei ihrer Prüfung wie bei der Ausführung etwa formulierter Vorschriften die Hauptsache.

Meine Bemerkungen kann ich nicht schließen, ohne auch meinerseits des ältesten Kollegen, des Herrn Senators Dr. Eschenburg zu gedenken, der seit mehr als einem Vierteljahr durch Krankheit von den Sitzungen ferngehalten ist. Unsere herzlichen Wünsche haben seine wenn auch langsam, doch stetig fortschreitende Genesung begleitet. Heute dürfen wir hoffen, daß der durch seine vorbildliche Treue wie durch reichste Erfahrung gleich ausgezeichnete Mann bald in ungebrochener Frische und in seiner schier unbezähmbaren Arbeitslust wieder zu uns zurückkehrt.

Und so wenden wir uns denn, meine Herren, durchdrungen von dem schweren Ernst der vor uns liegenden Aufgaben,

doch guten Mutes der gemeinsamen Regierungsarbeit des neuen Jahres zu. Möchte Sie gestützt von kraftvollem Bürgersinn der Stadt und dem Vaterlande zum Segen gereichen. In allem aber lassen Sie uns die Mahnung beherzigen, die einer der besten lübischen und deutschen Patrioten, Professor Ernst Deecke, an den Rat von Lübeck gerichtet hat: „Vergesset es nie, welcher Ehre Bewahrer, welcher Würde Träger Ihr seid!"

Die Revolution in Lübeck

Niederschrift vom November 1918 bis Anfang Januar 1919

Der fünfte November 1918 schien in Lübeck ziemlich ruhig verlaufen zu wollen. Vom Mittag an zogen Trupps der in Travemünde ausgeschifften Matrosen, die sich mit Einheimischen, insbesondere mit Soldaten der hiesigen Garnison verbrüderten, durch die Stadt. Ausschreitungen kamen nicht vor. Gegen Abend änderte sich das Bild. Die aus den Fabriken strömenden Arbeiter schlossen sich den Fremden an. Arbeitslose und noch mehr solche, die sich dafür ausgaben, viele Halbstarke, Scharen von aufgeregten Frauen drängten sich in den Straßen. Ich arbeitete auf dem Rathause, als gegen sieben Uhr mein ältester Sohn mit der Frage ins Zimmer trat, ob mir von der wachsenden Beunruhigung in der Stadt nichts bekannt sei. Da mir kein Bericht zugegangen war, beschloß ich, mich persönlich über die Dinge zu orientieren und dann nach Hause zu gehen. Die Breite Straße war vollgestopft von Menschen; zweifellos waren viele Neugierige in der Masse. Das Gedränge war so stark, daß es unmöglich war, sich einen Weg im Zuge der Breiten Straße nach dem Geibelplatz zu bahnen. Jeder Wagenverkehr, auch der Betrieb der Straßenbahn war eingestellt. Polizeimannschaft sah ich nicht. Wir gewannen die obere Fleischhauerstraße und gingen durch die nur mäßig belebte Königstraße und durch die Burgstraße, durch die starke Menschenmassen nach der Breiten Straße zogen, zum Burgtore hinaus. Ganz auffallend war zu jener Stunde die Stille der sich im Zentrum der Stadt zusammenballenden Volksmenge. Kein Gebrülle, kein Johlen. Die Leute „tuschelten" miteinander; sie schienen gespannt auf irgend etwas Besonderes zu warten.

Ich hatte dem Rathausaufseher gesagt, daß ich um acht und um neun Uhr telephonisch bei ihm anrufen werde. Die erste Auskunft ging dahin, daß beim Rathause keine Veränderung eingetreten sei. Als ich gegen neun Uhr abermals anrief, konnte ich keinen Anschluß mehr bekommen. Da ich auch in meiner Wohnung — die Vorstadt St. Gertrud war völlig ruhig — keinerlei Meldung erhielt, ging ich zur gewohnten Stunde zur Ruhe. Um halb drei Uhr ward ich durch einen Abgesandten der Polizeibehörde geweckt, der mir die Nachricht brachte, der Generalmajor von Wright sei von den Aufständischen gefangen gesetzt, und daß man auch mich sogleich „abholen werde". Auch der Polizeiherr suchte mich etwa eine Stunde später auf, um mir die gleiche Mitteilung zu machen. Aber der in Aussicht gestellte Besuch unterblieb; eine Rotte lärmender Menschen (es werden Arbeiter vom Hochofen gewesen sein) zog an der Curtiusstraße vorbei.

Am 6. November — dies ater! — begab ich mich zur gewohnten Stunde, um siebeneinhalb Uhr morgens — zu Fuß aufs Rathaus, das ich an diesem Tage wie an den nächsten fünf Tagen erst in später Abendstunde verlassen habe. Jetzt regnete es Besuche, Meldungen, Berichterstattungen. Über die Fortschritte, welche die Revolution während der Nacht gemacht, brauche ich hier im einzelnen nicht zu berichten. Die Zusammenstellung der Lübeckischen Blätter (Jahrgang 1918, Seite 577 und 578, Spalte 1) ist genau. In beiden Kasernen hatten sich die Mannschaften den Matrosen angeschlossen; Hauptpost und Bahnhof, alle Zugänge der Stadt waren militärisch besetzt. Die Offiziere waren entwaffnet, viele höhere Offiziere interniert. Waffen- und Munitionsdepot waren geöffnet. Am Morgen wandte sich der „Soldatenrat Lübeck" mit einem Aufruf an die Bevölkerung, in dem er feststellte, daß kein Blut vergossen sei, und die Versicherung gab, daß die Macht in seiner Hand liege. In Wahrheit war Lübeck schutzlos. Aber klar war zu erkennen, daß die Mehrheitssozialisten entschlossen waren, an Gewaltakten sich nicht zu beteiligen. Ob es ihrem Einfluß zu danken ist, daß ein Versuch, sich des Rathauses zu bemächtigen, nicht gemacht wurde, entzieht sich meiner Beurteilung. Die

Tatsache, daß an diesem Tage und den drei folgenden Tagen jeder Angriff auf das Rathaus und staatliche und städtische Gebäude überhaupt unterblieb, deutete auf eine gewisse Unschlüssigkeit in der ganzen Bewegung. Auch möglich, daß nur eine Atempause vorlag. Jedenfalls blieben Senat und Behörden in uneingeschränkter Funktion. Da nun die bisher rein militärische Leitung sich in einen Soldaten- und Arbeiterrat umwandelte, entschloß ich mich, die Gunst des Augenblicks zu benutzen und mit diesem neuen Organ in Verbindung zu treten. Ich entsandte am 9. November den jüngsten Senatssekretär, Dr. Lange, zu dem Soldaten- und Arbeiterrat und ließ ihm sagen: ich nähme an, daß er den Wunsch hege, mit mir und mit dem Senat über die Lage und über zu ergreifende Maßregeln sich zu unterhalten. Falls dem so wäre, so bäte ich um Nachricht. Umgehend erfolgte die Erklärung, man sei zur Verhandlung bereit. Schon um elf Uhr erschienen auf dem Rathause die Vertreter des neuen Organs, drei Soldaten und acht Arbeiter. Schnell ward der Senat zusammengerufen. Mit Ausnahme der verhinderten Senatoren Ewers und Possehl waren alle Mitglieder anwesend. Der Gang der Verhandlungen ist aus der anliegenden Niederschrift ersichtlich (Anlage A). Der Zweck des von mir unternommenen Schrittes war erreicht: es wurde vor dem versammelten Senat die Erklärung abgegeben, daß die Verfassung geachtet werden solle, und es ward durch Einsetzung einer gemeinsamen Kommission von Vertretern des Senats und des Soldaten- und Arbeiterrats, demnächst durch Zulassung von Vertretern des Soldaten- und Arbeiterrats zu Sitzungen des Senates und der Behörden die Bahn freigemacht für rechtzeitige Erörterung und Erledigung aller vorhandenen und weiterhin etwa neu auftauchenden Differenzpunkte. Bereits am 13. November fand die gewünschte Kommissionsverhandlung statt, über deren günstigen Verlauf ebenfalls eine genaue Niederschrift die Einzelheiten meldet (Anlage B). Beide „Parteien" haben Wort gehalten. Nachdem ungeeignete Persönlichkeiten des Soldaten-Rates abgestoßen waren, hat sich das Verhältnis zwischen dem Senat und den in die Ratsstube entsandten Vertretern des Arbeiter-Rates als dem Ganzen dienlich erwiesen. Zu einem Zusammenstoß

ist es niemals gekommen. Man faßte zueinander Vertrauen, das auch der nunmehr ohne Verzug einsetzenden Arbeit der gemeinsamen Kommission von Senat und Bürgerschaft, betreffend Durchsicht der Staatsverfassung, zustatten gekommen ist. Losgelöst von der allgemeinen Verfassungsrevision beantragte der Senat schon am 10. November die Einführung des gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Bürgerschaftswahlrechts für alle über zwanzig Jahre alten Männer und Frauen.

Mag diese Entwicklung unserer inneren Verhältnisse dem Wunsche oder dem Geschmack des einen oder des anderen nicht entsprochen haben — nur auf dem eingeschlagenen Wege (das hat auch die so völlig abweichende Entwicklung der Dinge in Hamburg und Bremen schlagend erwiesen) konnte Lübecks Selbständigkeit, seine alte Regierung und das verfassungsmäßige Verhältnis von Senat und Bürgerschaft erhalten bleiben.

Drei Senatsmitglieder — die beiden Eschenburg und Rabe — zogen sich unter Hinweis auf ihr vorgeschrittenes Alter schon am 10. November von den Geschäften zurück. Auch ich hielt mich, da ich die Siebzig schon überschritten hatte, verpflichtet, den Senat zu befragen, ob er meinen Rücktritt für angezeigt halte. Die Antwort ist in verneinendem Sinne ausgefallen, und ihre freundliche Art hat mich in meiner ferneren Arbeit gestärkt, so daß ich mich entschlossen habe, bis zum Ablauf meiner vierjährigen Bürgermeisterzeit im Amte auszuharren.

Ich kehre zu der Schilderung der Vorgänge vom 9. November zurück. In der Besprechung auf dem Rathause hatte ich es als erwünscht hingestellt, daß der Senat sich nunmehr ohne weiteren Verzug mit einer kurzen Erklärung an die Bevölkerung wende. Widerspruch ward nicht erhoben. Infolgedessen wurde noch am selben Tage folgender Senatserlaß in der Presse und durch Anschlag verkündet:

An Lübecks Bevölkerung!

In schneller Folge haben sich die Ereignisse der ablaufenden Woche gedrängt. Sobald es sich erwies, daß die militärische Bewegung den festen Willen habe, in unserer Stadt die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten und zu sichern, hat der Senat es für seine und der Behörden Pflicht erachtet,

diesen Bestrebungen seine Mitwirkung zu leihen. Erfolg konnte den Bemühungen nur beschieden sein, wenn die Bevölkerung selbst Ruhe und Besonnenheit bewahrte. Daß dies geschehen ist, dafür spricht ihr der Senat Dank und Anerkennung aus. An die Gesamtheit und an jeden einzelnen, an Männer und Frauen, an Alt und Jung sei die Bitte gerichtet, diese würdige Ruhe, die zu nicht geringem Teile das Ergebnis staatsbürgerlicher Schulung ist, auch fernerhin zu bewahren.

In tiefernster Stunde ergeht diese Mahnung. Schicksalsschwer ist die Wandlung, der unser Vaterland entgegengeht. Jeder Lübecker wird der Mitverantwortlichkeit eingedenk sein und bleiben, die von heute ab kein Deutscher ablehnen darf.

Beschlossen in der Versammlung des Senates, am 9. November 1918.

Während also in aller Stille durch den Senat ein modus vivendi mit dem Soldaten- und Arbeiterrat hergestellt war, während die Bürgerschaft sich völlig zurückhielt — sie trat überhaupt erst auf Berufung des Senates am 19. November zusammen —, waren einzelne Bürger, offenbar besorgt, das bürgerliche Element könne bei der Neuordnung ausgeschaltet werden oder doch nicht genügende Berücksichtigung finden, eifrig am Werke, über die ferner zu ergreifenden Maßregeln zu debattieren. Am Sonntag, dem 10. November, ging beim Senat ein von Hermann Eschenburg als Vorsitzer und W. Planthaber als Schriftführer unterzeichnetes Schreiben ein, in dem angezeigt wurde, daß „Kaufleute, Industrielle, Gewerbetreibende, Landleute, Gelehrte, Staats- und Privatbeamte" sich am Tage zuvor zusammengeschlossen hätten, „um eine gleiche Organisation wie die des Arbeiterrates zu schaffen". Ein Ausschuß von 50 von den Berufsvereinigungen entsendeten Personen sei eingesetzt und aus diesem wiederum ein engerer Ausschuß von 12 Mitgliedern gewählt. Das Schreiben fährt fort: „Diese Organisation führt den Namen ‚Rat der vereinigten Berufe'. Der Aufruf und die Namen des Rates werden morgen in der Presse veröffentlicht. Den Arbeitsausschuß bilden die Herren H. Ambrosius, H. Eschenburg, Dr. H. Görtz, W. Köster, F. C. Lauenstein, Dr. M. Neumark,

G. Pauels, W. Planthafer, H. Rosenquist, von Schack, M. Schiemann, G. Thode. Dieser Rat der vereinigten Berufe beantragt, ein Hoher Senat möge zu allen Verhandlungen, zu denen der Arbeiterrat und Soldatenrat hinzugezogen werden, auch ihn mit berufen." Die Eingabe wurde dem Senate in seiner nächsten Sitzung (13. November) vorgelegt. Der Senat antwortete mit folgendem Präsidialschreiben vom 14. November:

> Der Senat hat mit Befriedigung von der Gründung der neuen Organisation Kenntnis genommen und ist gerne bereit, zu den Verhandlungen, die mit dem Soldatenrat und Arbeiterrat gepflogen werden, auch Vertreter des Rats der vereinigten Berufe hinzuzuziehen.
>
> Ich bitte um Bezeichnung der Vertreter, an welche entsprechende Aufforderungen zu richten sein werden.
>
> Der Präsident des Senates
> gez. Fehling

Dem Ersuchen des Schreibens ist nicht entsprochen; es bedurfte auch keiner Mahnung, denn Verhandlungen des Senates mit dem Soldatenrat und Arbeiterrat sind in der Folge nicht geführt worden. Von der ferneren Tätigkeit des Rates der vereinigten Berufe ist mir nichts bekannt.

Der in der Kommissionssitzung vom 13. November gegebenen Zusage gemäß berichtete mir tags darauf der Arbeitersekretär Mehrlein namens des Arbeiterrates über die einzelnen von diesem aufgestellten Wünsche. Ich glaubte, ihm in allen Punkten ein Entgegenkommen des Senates in Aussicht stellen zu können. Nachdem der Senat sich meinem Standpunkte angeschlossen hatte, schrieb ich Herrn Mehrlein am Morgen des 15. November:

> Herrn Arbeitersekretär Mehrlein, hier.
>
> Die Eröffnungen, die Sie als Vertreter des Arbeiterrates mir gestern gemacht haben, habe ich dem Senate mitgeteilt. Was ich Ihnen bereits gestern in Aussicht stellte, bestätige ich Ihnen hierdurch nach erfolgter Stellungnahme des Senates: Der Senat, von dem Wunsche geleitet, die Selbständigkeit des lübeckischen Freistaates zu sichern, und entschlossen, an

den durch die politische Lage bedingten Ausbau der Verfassung unverzüglich heranzutreten, erklärt sich mit dem von Ihnen begehrten Vorgehen in allen Punkten einverstanden. Im einzelnen bemerke ich:

1. Der Amnestie-Erlaß wird bereits heute veröffentlicht.
2. Der Senatsantrag, betreffend die Errichtung eines Arbeitsamtes, geht gleichzeitig mit einer Vorlage wegen Begründung eines Wohlfahrtsamtes heute an den Bürgerausschuß.
3. Was die Umgestaltung des Bürgerschaftswahlrechts betrifft, so geschieht alles, um die Bearbeitung der Senatsvorlage zu fördern. Die mit dieser Arbeit betrauten Kommissare hoffen, ihren Entwurf in der kommenden Woche vorlegen zu können. Die Richtlinien sind in dem bereits am 12. d. M. an den Bürgerausschuß gerichteten und in dessen Protokoll vom folgenden Tage veröffentlichten Senatsdekret festgelegt.
4. Die Einladung der mir bezeichneten Vertreter des A.-R. (der Herren Stelling, Mehrlein und Haut) zu den Senatssitzungen wird schriftlich durch Benachrichtigung der einzelnen Vertreter erfolgen.

Hochachtungsvoll
gez. Dr. F.

Hierdurch war für die Beziehungen des Soldaten- und Arbeiterrates zur Regierung völlige Klarheit und eine feste Grundlage geschaffen. Doch haben die guten Ratschläge der bürgerlichen Kreise post festum nicht aufgehört. Es gab unter den führenden Leuten der Bürgerschaft wenige, die sich über die neugeschaffene Situation klar waren, und immer noch, nachdem in Wahrheit die Sicherung der Stadt durchgeführt war, ward von manchen mit der starken Wahrscheinlichkeit einer Beseitigung der bestehenden Gewalten gerechnet. „Es gibt nur Eines", schrieb mir damals einer der Führer, dem ich mündlich auseinandergesetzt hatte, daß die Gefahr für Lübeck beschworen sei, — „es gibt nur Eines: nicht zurückzutreten, nicht ein Prävenire spielen, sondern digne den kommenden Ereignissen entgegengehen. Und kommt das für uns alle Fürchterlichste, die Aufhebung von Senat und Bürgerschaft, dann geht man stolz und

aufrecht aus der Ratsstube und aus dem Kriegszimmer. Der Gewalt muß man sich fügen; aber was uns nicht entrissen werden kann, ist der Glaube, daß eine spätere Zeit freudig wird wiederaufbauen, was die Gegenwart zerstört hat."

Eines mag in diesem Zusammenhange noch gesagt werden, daß man auch in den Schwesterstädten von der schnellen Entscheidung zugunsten einer organischen Fortbildung der lübeckischen Verfassung wenig Ahnung gehabt hat. Der Chef eines der ersten Hamburger Bankhäuser telephonierte am 15. November einem Leiter des größten Lübecker Handlungshauses folgende wunderlich anmutende Sätze: „Sie werden heute morgen im Fremdenblatt gelesen haben, daß der Staat Hamburg als solcher fortbesteht, und daß die Finanzdeputation ihn vertritt. Das ist auf unsere (Banken) Intervention geschehen, natürlich schon mit Rücksicht auf weiterhin auszugebendes Notgeld. — Die Bekanntmachung, betreffend Übernahme der Staatsgewalt in Hamburg und Bremen durch den ‚A.- u. S.-Rat', ist unglücklich abgefaßt; es fehlt darin die Einschaltung, daß der Staat Hamburg resp. Bremen nur dann in die deutsche Volksrepublik aufgehen soll, wenn auch die anderen deutschen Bundesstaaten in sie aufgehen. Es ist jetzt bei uns und in Bremen zu spät, dies noch zu ändern. Ich sage Ihnen dies für den Fall, daß auch in Lübeck ähnliche Verhältnisse kommen, und bitte, die zuständige Stelle hierauf hinzuweisen." — Der Empfänger dieses Rezeptes hielt es für passend, es an mich als zuständige Stelle ebenfalls durch Fernsprecher weiterzugeben. Ich bedauerte dafür keine Verwendung zu haben, erbat aber und erhielt eine schriftliche Aufzeichnung, die ich mit der Bemerkung „Nur von symptomatischer Bedeutung" zu den Akten legte.

Die in der Silvestersitzung des Senates von mir gehaltene Rede, die eine Übersicht über Lübeck während der beiden letzten Jahre gab, bezeugt, in wie kurzer Zeit wir hier in Lübeck wieder zu ruhiger Beurteilung der Lage gelangt sind.

gez. Fehling

Nachdem der Soldaten- und Arbeiterrat den Wunsch ausgesprochen hatte, mit dem Senate über verschiedene grundsätzliche Fragen zu verhandeln, fand auf Einladung des Bürgermeisters heute vormittag um elf Uhr im Kommissarzimmer des Rathauses eine gemeinsame Besprechung zwischen dem Senate und Vertretern des Soldaten- und Arbeiterrates statt.

Die Senatsmitglieder waren mit Ausnahme der Senatoren Fr. Ewers und Possehl, die entschuldigt waren, vollzählig erschienen; der Soldaten- und Arbeiterrat hatte drei Soldaten und acht Arbeiter entsandt.

Bürgermeister Dr. Fehling eröffnete die Versammlung und forderte die Vertreter des Soldaten- und Arbeiterrates auf, dem Senate ihre Wünsche vorzutragen.

Darauf bemerkte ein Vertreter des Soldaten- und Arbeiterrates (Wehrmann Zeiß): die Veranlassung zu dieser Besprechung habe die Bekanntmachung des Polizeiamtes wegen Verkürzung der Polizeistunde und die Bekanntmachung der Betriebsbehörde, betreffend Einschränkung des Gasverbrauchs, gegeben. Diese Bekanntmachungen hätten die Bevölkerung lebhaft beunruhigt; der Arbeiter- und Soldatenrat könne sie nicht akzeptieren und müsse fordern, daß derartige Maßnahmen vorher mit seinen Vertretern beraten würden.

Ein Mitglied des Arbeiterrates (Haut) führte aus, es sei nicht die Absicht des Arbeiter- und Soldatenrates, den Senat und die Behörden auszuschalten; diese und die Beamten sollten vielmehr — wie auch die städtischen Betriebe — ihre Tätigkeit wie bisher ausüben; dagegen wünsche der Soldaten- und Arbeiterrat Delegierte in die wichtigeren Behörden abzuordnen und insbesondere auch in Lebensmittelfragen mitzuwirken. Im übrigen betrachte er es als seine Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, daß bei der Neuordnung, die sich jetzt vollziehe, alles Blutvergießen vermieden werde. Dieser Zustand solle beibehalten werden, bis durch eine Nationalversammlung eine Änderung der Verfassung vollzogen sei.

Der Bürgermeister wies darauf hin, daß der Senat in demselben Augenblick, als er festgestellt habe, daß die Führer der militärischen Bewegung das ehrliche Bestreben gezeigt hätten, einen gewaltsamen Umsturz zu vermeiden, mit den Vertretern des Soldatenrates Fühlung gesucht und auch genommen habe in dem Bestreben, die Ruhe und Ordnung in unserer Stadt aufrechtzuerhalten. Wenn der Soldaten- und Arbeiterrat jetzt weitergehend wünsche, zum mindesten bei einer Anzahl von wichtigeren Behörden mitwirkend tätig zu werden, so werde diese Frage reiflicher Überlegung bedürfen. Im übrigen erscheine es ihm angezeigt, daß der Senat jetzt auch gegenüber der Bevölkerung ein offenes Wort spreche. Er wolle auch nicht unterlassen, dem Soldaten- und Arbeiterrat die Befriedigung des Senates darüber auszusprechen, daß es seinen Bemühungen gelungen sei, in unserer Stadt die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Es erscheine ihm zweckmäßig, wenn zur Erörterung der Wünsche des Soldaten- und Arbeiterrates und zur Feststellung von Einzelheiten ein engeres Gremium von Vertretern des Senates und des Soldaten- und Arbeiterrates gebildet werde.

Zu dem letzteren Vorschlage wurde von Vertretern des Arbeiterrates (Rockfien, Haut) bemerkt, daß der Soldaten- und Arbeiterrat ein bestimmtes Programm für seine Forderungen noch nicht aufgestellt habe; speziell der Arbeiterrat müsse hierüber erst mit seinen Auftraggebern verhandeln. Im wesentlichen seien es zwei Fragen, die dringend baldiger Verhandlung bedürften: einmal die Kohlen- und Gasfrage und sodann die Frage des Strafvollzuges. Im allgemeinen begrüße der Soldaten- und Arbeiterrat die ihm vom Senate erteilte Antwort, die den Willen des Senates erkennen lasse, mit dem Soldaten- und Arbeiterrat zusammen zu arbeiten und unnötige Reiberen zu vermeiden.

Von Vertretern des Soldatenrats wurde der Wunsch ausgesprochen, die Bekanntmachung der Betriebsbehörde wegen Einschränkung des Gasverbrauchs erst einmal sofort zurückzuziehen.

Demgegenüber wurde senatsseitig darauf hingewiesen, daß eine Aufhebung dieser Verordnung, auch nur für kurze Zeit,

nicht empfehlenswert sei, da dadurch die Gaslieferung in absehbarer Zeit überhaupt in Frage gestellt werden könnte; dagegen erklärte Senator Dr. Lienau sich bereit, die Angelegenheit noch heute nachmittag unter Zuziehung des Direktors Hase mit Vertretern des Soldaten- und Arbeiterrates kommissarisch zu besprechen und eine entsprechende Pressenotiz zu veranlassen. Hiermit erklärte man sich einverstanden.

Nachdem noch von Vertretern des Soldaten- und Arbeiterrates bemerkt worden war, sie würden jetzt ihre Wünsche und Forderungen im einzelnen formulieren, und der Bürgermeister gebeten hatte, man möge ihm diese Beschlüsse alsdann zur weiteren Veranlassung überreichen, wurde die Versammlung um elfdreiviertel Uhr geschlossen.

gez. Lange

Niederschrift B / Lübeck, den 13. November 1918 /

Auf Einladung des Bürgermeisters Dr. Fehling fand heute Nachmittag vier Uhr im Kommissarzimmer des Rathauses eine Aussprache mit Vertretern des Soldaten- und Arbeiterrates statt. An ihr nahmen teil:

Als Vertreter des Senates: außer dem Bürgermeister die Senatoren Dr. Stooß, Dr. Neumann, Strack und Dr. Lienau, ferner der Unterzeichnete;

als Vertreter des Soldatenrates: Zeitz, Rethfeldt und Olrogge;

als Vertreter des Arbeiterrates: H. Ehlers, Mehrlein und Bromme.

Der Bürgermeister knüpfte an die Besprechung vom 9. November an, in der er eine gemeinsame Beratung im engeren Kreise von Vertretern des Senates und des Soldaten- und Arbeiterrats als erwünscht bezeichnet habe, und lud zu einer allgemeinen Aussprache und zur Bekanntgabe von Wünschen und Forderungen ein.

Mehrlein erklärte, daß der Soldaten- und Arbeiterrat bestimmte Wünsche noch nicht formuliert habe. Gestern habe eine Sitzung der vereinigten Arbeiter- und Soldatenräte in Hamburg stattgefunden, zu der auch Lübeck Vertreter entsandt habe; an diese Sitzung schließe sich eine Besprechung in Berlin. Die Lübecker Vertreter kehrten erst heute nachmittag zurück, das Ergebnis der Besprechungen liege daher noch nicht vor. Weiter kam er auf den Antrag des Arbeiterrates wegen Bewilligung einer Summe von 15 000 ℳ zurück; dieser Betrag solle dazu dienen, den Arbeiterrat aktionsfähig zu erhalten, insbesondere solle die Summe für Drucksachen und zur Zahlung von Entschädigungen an die Mitglieder der vom Arbeiterrat gebildeten Unterausschüsse verwandt werden. Der Arbeiterrat werde über die Verwendung der Summe Rechnung legen. Die baldige Überweisung mindestens eines Teiles der Summe sei erwünscht.

Zu dem letzteren Wunsche bemerkte der Bürgermeister, daß dem Bürgerausschuß bereits ein Antrag auf Bewilligung der erbetenen Summe von 15 000 ℳ in seiner heutigen Sitzung zur Begutachtung vorliege; sobald der Bürgerausschuß den Antrag befürwortet habe, beabsichtige der Senat, dem Arbeiterrat eine Summe bis zu 5000 ℳ sofort zur Verfügung zu stellen.

Zeitz erklärte für den Soldatenrat, daß auch dieser sich eine gleiche Forderung und einen entsprechenden Antrag vorbehalten müsse.

Ehlers brachte zur Sprache, daß die staatlichen Arbeiter, insbesondere die Straßenbahner, noch kein Koalitionsrecht besäßen; der Soldaten- und Arbeiterrat erhebe die Forderung, daß der entsprechende § 7 der Bestimmungen des Dienstvertrages, der das Koalitionsrecht ausschließe, aufgehoben werde. Eine Unterredung mit Vertretern der Straßenbahnverwaltung, insbesondere auch mit Direktor Jähnke, sei wünschenswert.

Hierzu erklärte Senator Strack, er habe keine Bedenken dagegen, daß den Straßenbahnangestellten in Berücksichtigung der veränderten Verhältnisse das Koalitionsrecht gewährt werde, und werde das hierzu Erforderliche alsbald in die Wege leiten. Mit der angeregten Besprechung sei er ebenfalls einverstanden.

Mehrlein wies in Anknüpfung an die Bekanntmachungen des Soldaten- und Arbeiterrates vom gestrigen Tage, nach denen er für die Polizei und Verwaltung, für das Gerichtswesen Roß zum Vertreter bestimmt seien, darauf hin, daß beim Arbeiterrat viele Gnadengesuche eingegangen seien, deren Erledigung eine baldige Besprechung mit der Justizkommission erwünscht erscheinen lasse. Es sei nicht die Absicht des Soldaten- und Arbeiterrates, die Gefängnisse zu öffnen und alle Gefangenen ohne Unterschied herauszulassen; wohl aber empfehle sich eine weitgehende Amnestie für geringe Vergehen, so für Gefängnisstrafen etwa bis zu einem Jahre.

Senator Dr. Stooß bemerkte hierzu, daß er in dieser Frage bereits Fühlung mit dem Vertreter des Arbeiterrates Roß genommen habe. Der Gedanke einer Amnestie sei ihm nicht unsympathisch, und er hoffe, daß man bei einer gemeinsamen Besprechung bald zu einem praktischen Ergebnis kommen werde.

Senator Dr. Neumann sprach sich im gleichen Sinne aus und schlug vor, daß von seiten des Arbeiterrates der Justizkommission baldigst bestimmte Vorschläge unterbreitet werden möchten; er verknüpfte damit die Bitte, daß im Interesse einer geordneten Rechtspflege von seiten des Arbeiterrates kein einseitiger Eingriff in den Strafvollzug und die Untersuchungshaft erfolgen möchte. Dies wurde von den Vertretern des Arbeiterrates zugesagt.

Mehrlein wies noch darauf hin, daß in mehreren Fällen, in denen die Strafverbüßung für Leute, die im Felde gestanden hätten, ausgesetzt gewesen sei, jetzt nach ihrer Rückkehr aus dem Felde die Ladung zum Antritt der Strafe erfolgt sei, und bat, in diesen Fällen den Strafantritt auszusetzen.

Diesem Vorschlage wurde allgemein zugestimmt und eine sofortige Anweisung an die Staatsanwaltschaft in diesem Sinne verheißen.

Mehrlein kam sodann auf das dem Senate heute unterbreitete Schreiben des Arbeiterrates zurück, in dem bis auf weiteres die Teilnahme von drei Vertretern des Arbeiterrates an den Senatssitzungen erbeten worden ist. Er bemerkte dazu,

daß der Soldaten- und Arbeiterrat beabsichtige, diese Angelegenheit hier so zu regeln, wie es nach seinem Dafürhalten richtig sei. Eine endgültige Entscheidung in dieser Frage sei noch nicht getroffen; es würde aber die Sachlage erheblich erleichtern, wenn schon heute eine entgegenkommende Erklärung des Senates erfolgen könnte.

Der Bürgermeister verlas das entsprechende Schreiben des erweiterten Arbeiterrates und erklärte: solange von dem Soldaten- und Arbeiterrate die verfassungsmäßigen Gewalten nicht angefochten würden, müsse seines Erachtens ein Weg gefunden werden, um dem geäußerten Wunsche zu entsprechen; von einer grundsätzlichen Weigerung des Senates könne nach Lage der Sache nicht die Rede sein.

Mehrlein bemerkte, daß die Angelegenheit noch heute abend und morgen vormittag in einer gemeinsamen Sitzung des Soldaten- und Arbeiterrates sowie in Besprechungen mit dem Parteivorstande und der Bürgerschaftsfraktion der Sozialdemokratie erörtert werden würde; er hoffe, bis morgen Vormittag elf Uhr dem Herrn Bürgermeister über das Ergebnis Mitteilung machen zu können.

Zeitz fragte an, wie sich der Soldatenrat verhalten solle, wenn ihm Wünsche wegen Festnahme von Personen entgegengebracht würden.

Der Polizeiherr empfahl Verweisung an das Polizeiamt und erklärte im übrigen, daß er auch diese Frage demnächst mit Vertretern des Soldaten- und Arbeiterrates besprechen werde.

Einem weiteren von Zeitz geäußerten Wunsche, Kriminalbeamte nicht mehr in das Kasino zu schicken, wird vom Polizeiherrn ebenfalls entsprochen werden.

Der Bürgermeister wies darauf hin, daß die an die Mitbürger gerichtete Bekanntmachung des Soldaten- und Arbeiterrates vom gestrigen Tage in ihrem letzten Absatze von der Bevölkerung offensichtlich vielfach falsch verstanden werde, indem man der Meinung sei, daß die Bevölkerung sich in den Angelegenheiten der Verwaltung künftig nicht mehr an die Behörden, sondern unmittelbar an die Vertreter des Soldaten- und Arbeiterrates wenden solle; vielleicht sei in diesem Punkte eine

andere Fassung zu empfehlen. Der Senat habe durchaus den Wunsch, dem Soldaten- und Arbeiterrat entgegenzukommen und sich frei und offen und ohne Rückhalt auszusprechen; er erbitte ein gleiches Entgegenkommen auch vom Soldaten- und Arbeiterrat.

Rethfeldt teilte mit, daß dem Soldatenrate Wünsche wegen Einführung der ungeteilten Dienstzeit vorgetragen seien; dies sei vielleicht im Interesse der Ersparnis an Beleuchtung zu empfehlen.

Der Bürgermeister bemerkte hierzu, daß der Senat bisher nach reiflicher Erwägung von der Einführung der ungeteilten Dienstzeit abgesehen habe. Im übrigen habe er es an Wohlwollen gegenüber den Beamten und Angestellten nicht fehlen lassen; so habe er noch kürzlich den Beamten und Angestellten auch für das Winterhalbjahr einen freien Nachmittag in der Woche gewährt.

Senator Dr. Neumann führte ergänzend aus, daß die Frage der Einführung der ungeteilten Dienstzeit für die Behörden nicht isoliert behandelt und gelöst werden könne; sie stehe vielmehr in engem Zusammenhange mit dem Wirtschafts- und Geschäftsleben. Da aber hier — im Gegensatz zu sehr großen Städten wie Berlin und Hamburg — eine einheitliche Geschäftszeit bisher nicht durchgeführt sei, so werde zweckmäßig davon Abstand genommen, sie für die sämtlichen Bureaus gesondert einzuführen. Das sei übrigens auch im Interesse des Familienlebens durchaus erwünscht.

Rethfeldt wies darauf hin, daß nach Meldung von Straßenpatrouillen nachts in einigen Häusern vielfach sehr lange Licht brenne.

Es bestand Einverständnis darüber, daß in allen derartigen Fällen, in denen die Lichtvergeudung auf Mutwillen oder grobe Nachlässigkeit zurückzuführen sei, strenge Bestrafung eintreten müsse. Senator Dr. Lienau sprach die Bitte aus, dem Polizeiamte entsprechende Anzeigen zu übermitteln.

Auf eine Bemerkung von Zeitz, daß in der Heilanstalt Strecknitz eine besonders starke Lichtvergeudung stattfinde, sagte Senator Strack sofortige Prüfung zu.

Auf eine weitere Bemerkung von Zeitz, daß nach ihm gewordenen Mitteilungen hier größere Quantitäten von Braunkohle dem Publikum vorenthalten würden, sprach Senator Dr. Lienau den Wunsch aus, den Fall an das Polizeiamt zur Prüfung zu überweisen.

Schließlich wies Olrogge noch darauf hin, daß die Polizeiwachtmeister die Schutzleute noch immer stramm stehen ließen, und bat um Aufhebung dieser Vorschrift.

Der Polizeiherr sagte eine Prüfung dieses Wunsches zu.

Darauf wurde vom Bürgermeister die Sitzung um fünf einviertel Uhr geschlossen.

gez. Lange Dr.

B e g r ü ß u n g

des heimkehrenden Regiments „Lübeck“ auf dem Lübecker Marktplatze am 29. November 1918

Kein deutscher Mann, der nicht die Wucht des furchtbaren Schicksals empfände, das unser deutsches Volk betroffen hat. Kein deutsches Herz, in dem nicht sorgenschwer die Frage bebte: was wird aus unserm Vaterlande, dessen Boden nach strahlenden Siegen und schier unermeßlichen Opfern jetzt der Begehrlichkeit grausamer Feinde preisgegeben ist? Wir, meine Freunde, haben zu einer Feier uns vereinigt, und fern sei es von mir, durch trübes Wort die schweren Gedanken der Einzelnen noch mehr zu beschweren. Nein: empor die Herzen! sei die Losung dieser Stunde. Wie den fast verzweifelnden Wanderer ein Stern aus Wolkennacht mit neuer Hoffnung zu beleben vermag, so möge gerade die schlichte Feier, die uns vereinigt, für eine Weile uns herausheben aus Kummer und Trübsal. Denn das will sich Lübeck nicht nehmen lassen, hier an dieser Stätte, die durch große Erinnerungen geweiht ist, Ehre zu erweisen, denen hohe Ehrung gebührt, gemeinsam Dank zu bezeugen denen, die sich ein Recht erworben haben auf die nie verlöschende Dankbarkeit unserer Stadt. — Als im Jahre 1914 das Regiment hinauszog in den Kampf, da geleiteten es die Segenswünsche der Heimat, die dessen gewiß war, daß dies Regiment unserer freien Stadt, deren Namen es trägt, Ehre machen werde immerdar und allerwegen. Es hat diese Zuversicht sich nicht getäuscht, in wundervoller Weise hat es unser Vertrauen gerechtfertigt. Nun ist es heimgekehrt. Tief ergriffen entbiete ich ihm den Willkommsgruß der Heimat. In Ehrfurcht neigen sich Senat und Bürgerschaft, Gewerkschaften, Vereine, neigt sich

die ganze Bevölkerung vor den treuen Toten. Wohl ist heute so mancher Blick umflort; ach, wie viele ergreift in dieser Stunde nicht mit doppelter Gewalt der herbe Schmerz um den Gatten, den Sohn, den Bruder, die nicht mit zurückkamen. Aber auch die Trauernden stehen — wohl gebeugt, doch nicht zerschlagen — in unserer Reihe. Ja, wir preisen glücklich, die für das Vaterland ihr Leben lassen durften. — Euch Lebenden aber, liebe Kameraden, rufe ich zu: wo man die besten Namen des gewaltigen Völkerringens nennen wird, da wird der Name des Regiments Lübeck nicht fehlen. Euer Heldenmut in offener Feldschlacht, Eure beispiellose Kraft und Ausdauer haben es den Besten gleich getan. Stolz dürft Ihr das Haupt tragen; mit Stolz blicken wir auf Euch. Und kann unser Gruß nicht frei von tiefster Wehmut sein, und ist auch der Empfang, den wir Euch, den nicht Besiegten, bieten, ohn' alles Gepränge, er ist darum nur um so inniger. Wir drücken die Hand eines jeden Tapferen; einem jeden unserer lieben 162er gilt der Dank der Vaterstadt.

Und dies sei heute unser Gelöbnis. Nur wenige Stunden noch, und viele, vielleicht die meisten Angehörigen des Regiments werden in alle Welt verstreuet sein. Ob wir aber hinausziehen, ob wir hier verbleiben, allesamt wollen wir diese Stunde ernster Zeit, diese Feier, die in den 775 Jahren lübscher Geschichte nicht ihresgleichen hat, im Gedächtnis bewahren, wollen auch aus dem neu geknüpften Bande gemeinsamer Erinnerung Kraft schöpfen und Mut, weiter zu wirken, die Aufgaben der neuen Zeit verstehen zu lernen, ihnen gerecht zu werden suchen, weiter arbeiten für die Gesamtheit, für unser Vaterland, das wir festhalten wollen mit unserm ganzen Herzen. Nimmer verzweifeln! „Wenn's etwas gibt, gewaltiger als das Schicksal, so ist's der Mut, der's unerschüttert trägt." Und deutscher Geist und Fleiß und deutsche Treue mögen aus tiefem Dunkel unser Volk wieder hinaufführen zu lichter Höhe, lichteren Zeiten entgegen und edler Freiheit — das walte Gott!

Aus solcher Gesinnung heraus ertöne denn jetzt vieltausendstimmiger Ruf ehrender Dankbarkeit für unsere Helden. Das ruhmreiche Regiment Lübeck — — hurrah!

Silvesterrede

im Senat am 27. Dezember 1918 über die Staatsverwaltung der Jahre 1917 und 1918

Altem Herkommen gemäß gibt der abtretende Bürgermeister in der letzten Senatssitzung des Jahres einen Überblick über die in seine Amtsperiode gefallenen bedeutenden Vorgänge der heimischen Staatsverwaltung. Wenn nun auch der Senat im Einvernehmen mit der Bürgerschaft mir mein Amt als Vorsitzender des Senats für zwei weitere Jahre verlängert hat, so möchte ich doch jener Gepflogenheit zweijähriger Berichterstattung treu bleiben.

Der furchtbare Weltkrieg hat auch dem Leben der beiden letzten Jahre seinen ehernen Stempel aufgedrückt. Der weitaus größte Teil aller unserer Arbeiten und Beschlüsse galt der Pflege der Anforderungen, die der Krieg nach den verschiedensten Seiten hin an die Kraft unserer Stadt, an den lübeckischen Bürger- und Gemeinsinn gestellt hat. Dank sei auch hier allen den Männern und Frauen gezollt, die für Ernährung und Versorgung unserer Bevölkerung unter stetig steigenden Schwierigkeiten sich eingesetzt und alles in allem Erfolge erzielt haben, die in ihrer ganzen Bedeutung erst von einer späteren Zeit werden anerkannt werden. — Die zunehmende Teuerung aller Lebensbedürfnisse forderte gebieterisch ausgiebige Hilfe des Staates. Für die ergänzende Familienunterstützung der zum Heeresdienste Eingezogenen ist das Rote Kreuz unermüdlich tätig gewesen. Der Staat ist ihm dabei durch Gewährung hoher Beträge zu Hilfe gekommen. — Für die Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter, für die Kriegsteuerungs- und

Kinderzulagen, für Zulagen an Beamte und Angestellte wurden Beträge bewilligt, die man in der Ratsstube noch vor wenigen Jahren als völlig außer dem Bereiche der Möglichkeit liegend erachtet haben würde. Dem Polizeiamt und dem Ausschusse für Kriegshilfe wurden große Summen zur Verfügung gestellt. Auch an Reichskriegsgesellschaften hat sich der Staat beteiligt. Die Landwirtschaft wurde durch Gewährung von Prämien, durch Beteiligung an einer gemeinnützigen Unternehmung, der Kleingartenbau durch Bereitstellung billiger Sämereien und Dungmittel unterstützt. Der Fürsorge für Kriegsbeschädigte und der Erschließung neuer Erwerbsmöglichkeiten für sie wandte der Staat sein lebhaftes Interesse zu. An der Nationalstiftung für Hinterbliebene der im Kriege Gefallenen beteiligte er sich durch Gewährung eines größeren Betrages. Sehr nahmhafte Summen und außerordentliche Arbeit erforderte die Einquartierung der Truppen. Die vielen Aufwendungen, die für Unterstützung der Kriegsverletzten bewilligt wurden oder ins Auge gefaßt werden mußten, sollen eine dankbar erkannte Ergänzung finden durch die von unserem Mitgliede Senator Possehl errichtete Stiftung zugunsten des Regiments Lübeck und der Hinterbliebenen seiner Angehörigen. Auch für die Errichtung eines Hallenschwimmbades begründete Senator Possehl eine reich dotierte Stiftung, die hoffentlich bald in die Tat umgesetzt werden wird. Der Kriegsnot im Osten des Vaterlandes hat unsere Stadt durch Bewilligung nahmhafter Summen und Gewährung eines beträchtlichen Staatszuschusses für den Kreis Heydekrug in Ostpreußen zu steuern unternommen. Den Städten Riga, Mitau und Reval ist sie durch Zuwendung von Geldmitteln zu Hilfe gekommen, dadurch den Gefühlen jahrhundertealter wirtschaftlicher Zusammengehörigkeit mit den baltischen Landen Ausdruck gebend, deren deutsches Wesen uns die Livland-Estland-Ausstellung so deutlich vor Augen geführt hat. Die engeren Beziehungen Lübecks zum Baltenlande gaben auch Veranlassung zur Genehmigung der lebhaft gewünschten Entsendung unseres Mitgliedes Senator Dr. Neumann an das Gouvernement in Riga, wo er fast zehn Monate lang eine ebenso verantwortungsvolle wie dankbar erkannte Tätigkeit ausüben konnte.

Mußten wir in erster Linie es als unsere Aufgabe betrachten, der Teuerung aller Lebensbedürfnisse durch die Zuwendung erheblicher Barmittel an die schwer betroffenen Bevölkerungskreise Rechnung zu tragen, so erwuchs uns daneben eine zweite große Aufgabe: die Steuerung der Wohnungsnot, die, wenn auch nicht geradezu bedrohliche, so doch bedenkliche Formen angenommen hatte. Hier galt und gilt es, durch schnelle Schaffung von Kleinwohnungen sowohl durch Ausbau vorhandener Gebäude als durch Neubau, soweit wie möglich, zu helfen. Es ist dies geschehen durch Vertrag mit der Heimstätten-Gesellschaft und dem Gemeinnützigen Bauverein, sowie durch die Inangriffnahme von staatlichen Bauten.

Neben der Kriegsarbeit hat die Arbeit unseres Gemeinwesens auf den verschiedenen Gebieten friedlicher Betätigung nicht geruht. Während draußen der Krieg wütete, war es möglich, dem neuen Aufblühen des wirtschaftlichen Lebens in kommender Friedenszeit vorzuarbeiten, zugleich aber auch die Pflege der geistigen Güter nicht zu versäumen. Der Entwicklung von Handel und Verkehr wie der Ausgestaltung des Unterrichtswesens waren daher mannigfache Arbeiten gewidmet. Die wesentlichsten Punkte seien hier hervorgehoben. Für die Aufstellung von neuen Krähnen auf dem Kulenkampkai wurden 370000 ℳ bewilligt. An dem Unternehmen der in der Kriegszeit vollendeten Segeberger Bahn beteiligte sich Lübeck durch Zeichnung neuer Aktien im Betrage von 90000 ℳ. Die Herstellung eines Umschlagplatzes bei den Israelsdorfer Wiesen erforderte 285000 ℳ, die Errichtung einer Kaimauer an der Vorstadtseite des zweiten äußeren Hafens 140000 ℳ, die Herstellung eines Gleisanschlusses für die Halbinsel bei der Herrenbrücke 260000 ℳ, die Zuwegung zu der neu entstandenen Werft der A.-G. Brückenbau Flender und die Zuführung eines zweiten Gleises der Uferbahn 120000 ℳ. Mit den Arbeiten zur Herstellung des Konstinbahnhofes, die auf 393000 ℳ veranschlagt sind, wurden die neuen, für die Entwicklung unseres Platzes so bedeutungsvollen, großzügigen Eisenbahnbauten erfolgreich eingeleitet. Große weitere Aufwendungen auf diesem Gebiete stehen bevor. Erfreulicherweise setzte die Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens unseres Platzes bereits in den letzten

Kriegsjahren kräftig ein. Neue industrielle Anlagen wurden begründet, für weitere Ausdehnungsmöglichkeit Verhandlungen mit nachbarstaatlichen Regierungen eingeleitet. Der große Plan der Erbauung eines Nord-Süd-Kanals, der von mächtig belebender Wirkung für unsern Platz sein würde, steht zwar seiner Verwirklichung noch fern; die Vorarbeiten sind jedoch durch das nunmehr vollendete und der großen Öffentlichkeit zugänglich gemachte Werk des genialen Erbauers unseres Elbe-Trave-Kanals wesentlich gefördert; und wir wollen wünschen, daß die überzeugenden Darlegungen Rehders, mit dem noch Hand in Hand zu arbeiten unserem neuen, rührigen Wasserbaudirektor vergönnt ist, schließlich doch die wahrlich nicht zu unterschätzenden Widerstände eines preußischen Partikularismus überwinden werden. Den Bedürfnissen einer wieder beginnenden Bautätigkeit soll die neue Bauordnung Rechnung tragen, deren unmittelbarer Abschluß bevorsteht. — Durch Erwerb der Untermannschen Erbpachtstelle in Krempelsdorf zum Preise von 485000 ℳ und der Burmesterschen Stelle in Wesloe für 250000 ℳ ward der Grundbesitz des Staates in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Weichbild der Stadt vorteilhaft ausgedehnt.

Was die kräftig pulsierende Tätigkeit auf sozialpolitischem Gebiete anbelangt, so wird sie am besten durch den Hinweis auf die Schaffung des Arbeitsamtes und des Wohlfahrtsamtes gekennzeichnet, die soeben unter der Leitung eines starkbegabten und bewährten Beamten, der trotz mannigfacher Widerstände zum Vorteile Lübecks sich durchzusetzen gewußt hat, ihre Tätigkeit aufgenommen haben.

Die Neugestaltung des Unterrichtswesens hat seit langer Zeit Senat und Bürgerschaft lebhaft beschäftigt. Das Ergebnis langwieriger Arbeiten ist das Zustandekommen wenigstens des ersten Abschnittes eines neuen Unterrichtsgesetzes, das insbesondere auch dem Schulrat, dem ein Schulinspektor zur Seite getreten ist, die schon lange erstrebte Stellung und der Lehrerschaft durch die Einrichtung einer Schulkammer die von ihr gewünschte Beteiligung an den bisher der Oberschulbehörde zugewiesenen Arbeiten gegeben hat. Neben dem Ausbau von Schulgebäuden in Stadt und Land sei der Erwerbung des Pflügschen Grund-

stückes an der Musterbahn für Schulzwecke gedacht. In Verbindung mit der Ernestinenschule wurde eine Studienanstalt mit dem Lehrplan des Realgymnasiums und der Schaffung zweier neuer Oberlehrerstellen errichtet, um dadurch den neuzeitlichen Anforderungen für den Unterricht der weiblichen Jugend Rechnung zu tragen. Für die Oberrealschule zum Dom ist eine neue Oberlehrerstelle bewilligt; dagegen ist eine Entscheidung über die viel umstrittene Platzfrage noch nicht gefallen. Längere Zeit waren die Stellen der Leiter unserer höheren Knabenschulen verwaist. Durch die inzwischen erfolgte Wahl der Direktoren Dr. Stodte und Dr. Rosenthal glaubt der Senat die richtigen Männer an den rechten Platz gesetzt zu haben.

Neben dem Schulwesen ist auch die Sorge für künstlerische und wissenschaftliche Zwecke nicht versäumt. Das Museumsgebäude ist instand gesetzt worden, die Öffentliche Bücher- und Lesehalle wie der Verein für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde haben namhafte Staatszuschüsse erhalten. Der Förderung des Stadttheaters, das seinen bewährten Leiter scheiden sehen mußte, soll die Neugestaltung des Theatergesetzes dienen.

Auf dem Gebiete des Gesundheitswesens betätigte sich die Fürsorge des Staates insbesondere durch die Errichtung eines Kinderheims und durch die Übernahme eines Teiles der Kosten für Anstellung eines Spezialarztes für Kinderpflege, der neben der Leitung des Kinderhospitals die Obliegenheiten eines staatlichen Kinderschularztes wahrzunehmen hat. Die Pflege der Jugend in Ferienkolonien und die Unterbringung von Stadtkindern auf dem Lande ließen wir uns angelegen sein. Das Grundstück der Lübecker Badeanstalt am Hüxtertor wurde vom Staate angekauft und seine Einrichtung erneuert. Die größere Sicherheit der dicht bewohnten Vorstadt St. Lorenz gegen Feuergefahr wurde durch den Erweiterungsbau der Feuerwache in der Hansastraße erreicht.

Trotz des Bemühens, die Aufgaben der Staatsverwaltung mit den vorhandenen Arbeitskräften zu erfüllen, ließ sich doch die Schaffung neuer Beamtenstellen nicht umgehen. Es wurden

außer den schon erwähnten Oberlehrerstellen neu errichtet: die Stelle eines Sekretärs der Finanzbehörde, eines Obersteuerkontrolleurs bei der Steuerbehörde. Auch bei der Zollverwaltung wurden ein Oberzollkontrolleur, ein Zollaufseher und die Anstellung zweier Unterbeamten erforderlich. Bei der Baubehörde macht die Übernahme zahlreicher bisher durch Privatingenieure gelieferter Arbeiten für Ausgestaltung unseres Eisenbahnwesens die Anstellung eines technischen Bureauvorstehers notwendig.

Dem wachsenden Bedürfnisse erleichterter Beleihung der Grundstücke wurde durch den Abschluß eines Vertrages mit dem Großherzogtum Oldenburg wegen Erlasses eines Gesetzes über den Betrieb der staatlichen Kreditanstalt des Großherzogtums Oldenburg im lübeckischen Staatsgebiete Rechnung getragen.

Auf dem Gebiete der Steuergesetzgebung trat neben die Einkommensteuer die Vermögenssteuer. Die Abänderung des Einkommensteuergesetzes verfolgte die Tendenz, die niederen und mittleren Einkommen zu entlasten und die kinderreichen Familien zu begünstigen. In der gleichen Richtung bewegt sich der soeben vorgelegte Entwurf eines neuen Nachtrages, der ernste Prüfung erheischt. Im übrigen hatten wir unsere Steuern dem Steuersystem des Reiches anzupassen. Leider hat der neue Reichssteuertarif uns nicht unerhebliche Einnahmen genommen. Die lübeckische Stempelordnung ist durch eine neue Ordnung ersetzt worden.

Aus bürgerschaftlichen Kreisen ist angeregt, die Verhandlung über das sogenannte Ablösungsgesetz, die durch den Krieg zum Stillstand gebracht war, nunmehr zum baldigen Abschluß zu bringen. Der Senat hat dazu seine Geneigtheit erklärt. Bevor er seine Anträge an die Bürgerschaft richtet, wird er nicht umhin können, zu der Hauptfrage Stellung zu nehmen, ob die politische Lage und aus ihr sich darbietende neue Momente nicht vielleicht eine Revision seiner bisherigen Ansicht erfordern.

Wenn in den Reichsstellen während der letzten beiden Jahre die Flut der Kriegsverordnungen mit ihren zahllosen

Novellen fast ins Unerträgliche gesteigert ward, hat Lübeck sich bemüht und werden wir auch weiterhin uns zu bemühen haben, aus diesem Unwesen zu lernen und von Überschwang wie von Kasuistik in unserer partikularen Gesetzgebung uns tunlichst freizuhalten.

Bei meiner Zusammenstellung habe ich von einer Häufung der Ziffern geflissentlich abgesehen. Um aber mit ganz knappen Strichen zur Zeichnung unseres finanziellen Standes beizutragen, seien die folgenden Zahlen gegeben: Unsere konsolidierte Anleiheschuld, die 1914 72 Millionen betrug, stellt sich heute auf 110 370 000 M. Außerdem laufen bis 1920 Schatzanweisungen im Betrage von 3 Millionen. Das macht insgesamt 113 370 000 M, von denen auf die Stadtgemeinde, also im wesentlichen auf die Betriebsanstalten, dreieinhalb Millionen entfallen. Für Ausgaben aus Anlaß des Krieges sind bislang angewiesen rund 34 700 000 M. Für Kriegsunterstützungen wurden ausgegeben 25 Millionen. Davon hat das Reich zu tragen rund 11 Millionen, worauf uns bislang erst anderthalb Millionen erstattet sind, so daß unsere Forderung an das Reich neun und eine halbe Million beträgt. Hervorzuheben ist, daß wir von unseren Anleihen rund zwölf Millionen noch nicht abgehoben haben. Unter Zugrundelegung der sehr vorsichtigen Schätzungen unserer amtlich aufgestellten Bilanz von 1914 stellen sich daher heute die Aktiva des Staates auf 169 500 000 M, denen Passiva im Betrage von 113 000 000 M gegenüberstehen, so daß wir heute mit einem Vermögensstande von 56 500 000 M rechnen dürfen.

Daß wir im Jahre 1916 in die Ausgleichskasse 700 000 M abführen konnten, in dem jetzt abgerechneten Jahre 1917 statt eines veranschlagten Fehlbetrages von 500 000 M einen Überschuß von 2 600 000 M verzeichnen dürfen und im laufenden Rechnungsjahre eine Million zur außerordentlichen Tilgung unserer Anleiheschuld verwenden, ist Ihnen bekannt. Diese günstigen Rechnungsergebnisse dürfen uns nicht verleiten, vor der starken Vermehrung unserer Anleiheschuld, vor der stetigen Steigerung der staatlichen Bedürfnisse und der an den Staat gestellten Anforderungen sowie der nicht wegzuleugnenden

Gefahr eines völligen oder teilweisen Versagens des Reiches die Augen zu verschließen. Andererseits darf auch die starke Kreditkraft Lübecks, die sich auch in dem Kurse unserer Staatsanleihen spiegelt, nicht unterschätzt werden, und geradezu gemeingefährlich erscheinen im gegenwärtigen Augenblicke allgemeine Deklamationen, die, ohne sich die Mühe genauer Feststellungen zu nehmen, die bedenkliche Lage des Reiches ohne weiteres als auf Lübeck abfärbend hinstellen.

Von hoher Bedeutung für die richtige Einschätzung unserer Lage wird der demnächst in Angriff zu nehmende Haushaltsplan für 1919 sein, aus dem mit fester Entschlossenheit alle irgendwie noch aufzuschiebenden Ausgaben nicht werbenden Charakters ferngehalten werden müssen. Freilich kann alle Vorsicht unserer Finanzpolitik zuschanden werden, wenn die Überspannung der Arbeitslöhne unserer Industrie ein Weiterwirtschaften unmöglich machen oder der Kohlenmangel sie zum Einstellen blühender Betriebe nötigen sollte.

Sehr stark haben die beiden letzten Jahre in das lübeckische Verfassungsleben eingegriffen. Im Mai 1917 entschloß sich der Senat, die Einsetzung einer gemeinsamen Kommission zu beantragen mit dem Auftrage, Vorschläge zur Änderung des Wahlrechtes zur Bürgerschaft — ihre Wahlperioden hatten ebenso wie diejenigen des Bürgerausschusses auch in diesen beiden Jahren wieder verlängert werden müssen — entgegenzubringen. Noch ehe die Kommission ihre Arbeiten abgeschlossen hatte, erfolgte die Abdankung des Kaisers, setzte dann der Umsturz, die deutsche Revolution ein. Unter dem Zeichen dieser neuen Zeit ging der Senat über die alsbald vorgelegten Anträge der gemeinsamen Kommission hinaus, indem er die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes für Männer und Frauen über 20 Jahre auf Grund der Verhältniswahl bei der Bürgerschaft beantragte. Die Bürgerschaft hat diesem Antrage zugestimmt unter gleichzeitiger von der Bürgerschaft geforderten Herabsetzung der 1848 bestimmten Zahl der Bürgerschaftsmitglieder von 120 auf 80, und der Senat ist solcher Abänderung beigetreten. Eine neue, vom Senat beantragte gemeinsame Kommission beschäftigt sich mit der Ausarbeitung

von Vorschlägen zu weiterer Umgestaltung unserer Verfassung. Wir alle hoffen, daß die sich hieraus ergebenden Beschlüsse die Möglichkeit schaffen werden, das Gemeinwesen unserer freien Stadt, deren Regierung und verfassungsmäßige Gewalten dank dem Zusammenarbeiten mit den neu erstandenen Faktoren allein ungeändert geblieben sind, auch ferner in freier Selbständigkeit zu erhalten und im Rahmen der deutschen Republik organisch fortzubilden.

Nachdem durch ein Jahrzehnt der Kreis des Senates vor Verlusten verschont geblieben, hat der letztvergangene Monat ihm einen empfindlichen Verlust durch den Austritt dreier seiner bewährtesten Mitglieder gebracht: die Senatoren Herm. Eschenburg und Dr. Eschenburg, denen der Senat wiederholt das Amt seines Vorsitzes übertragen hatte, sowie Senator Rabe haben sich mit Rücksicht auf ihr Alter veranlaßt gesehen, aus unserer Mitte zu scheiden. Der unermüdlichen Arbeitskraft, der reichen Erfahrung, dem hohen Pflichtgefühl dieser Männer, denen ein glücklicher Lebensabend beschieden sei, hat Lübeck viel zu danken. Ihr Gedächtsnis wird vom Senate und in unserer Stadt für lange Zeit in hohen Ehren gehalten werden.

Am 1. Oktober 1917 ernannte der Senat den Generalfeldmarschall von Hindenburg zum lübeckischen Ehrenbürger. Er bleibt der Unsere. Das aus dem Felde heimkehrende Regiment Lübeck ist von Senat und Bürgerschaft, von Gewerkschaften und Vereinen auf dem Marktplatze feierlich begrüßt worden.

Diese Silvesterbemerkungen erheben ja keinen weiteren Anspruch, als Ihren Blick auf die wesentlichen lübeckischen Vorgänge der beiden letzten Jahre gelenkt zu haben. Vielleicht bietet sich ein Anlaß, an den Rückblick den Ausblick auf die nächste Zukunft zu knüpfen. Das wird man, ohne der Überhebung geziehen zu werden, als Ergebnis feststellen dürfen, daß wir — ganz abgesehen von dem schnellen Zeitmaß der noch nicht abgeschlossenen Staatsumwälzung im Reiche — auch während des Krieges in unserer Vaterstadt vorwärts gekommen sind. Eine gerechte Kritik wird darin mit uns übereinstimmen,

daß auf staatsrechtlichem, auf sozialem, kulturellem und wirtschaftspolitischem Gebiete nicht nur neuzeitliche Keime kräftig sich regen, sondern trotz aller schweren, insonderheit aller finanziellen Sorgen die Grundlage für einen glücklichen weiteren Ausbau unseres hanseatischen Freistaates gegeben scheint. Auf ihn lassen Sie uns hoffen, und mit dieser Hoffnung in das Jahr 1919 hinüberschreiten.

Unruhen in Lübeck

Niederschrift über den 1. Februar 1919

Um elf Uhr teilte mir der Polizeiherr Senator Dr. Lienau mit, die Arbeitslosen würden voraussichtlich einen Demonstrationszug nach dem Marktplatz veranstalten. Ich legte der freundlichen Mitteilung eine besondere Bedeutung nicht bei, da mir über Schwierigkeiten des Arbeitsamtes gegenüber den Arbeitslosen seit meiner Rückkehr von der Berliner Konferenz der einzelstaatlichen Vertreter (Reichsverfassung) keine Nachricht zugegangen war. Herr Dr. Lienau meinte aber, es sei doch nicht ausgeschlossen, daß die Leute dem Rathause einen Besuch abstatten würden, — worauf ich antwortete: Deputationen würden in der Ratssitzung unter keinen Umständen angenommen; sollte sich eine Abordnung im Rathause einfinden und Einlaß begehren, so würde ich Entsendung eines Kommissars (voraussichtlich des Vorsitzenden des Arbeitsamtes Senator Dr. Neumann) vorschlagen, damit dieser mit den Vertretern der Arbeitslosen über ihre Wünsche oder Beschwerden verhandle, wie ich solches vor Jahresfrist auch bereits unter Billigung des Senats getan.

Mit Rücksicht auf die Beeidigung der neu angemeldeten Bürger (40) fand die heutige Senatssitzung im Audienzsaale statt. An ihr nahmen zwei Mitglieder des Soldatenrates (Schultz und Müller) und das Mitglied des Arbeiterrates, Abgeordneter Lübecks zur Nationalversammlung Johs. Stelling, teil. Die Mitglieder des Arbeiterrates Mehrlein und Haut waren nicht erschienen.

Die Sitzung ward um zehn Minuten nach zwölf Uhr von mir eröffnet. Um zwölfeinhalb Uhr fand die Beeidigung der Bürger statt. Zwischenfälle ereigneten sich nicht. Gegen ein Uhr wurde im Saale das Geräusch heranziehender Volks-

massen wahrgenommen. Die Marschierenden sangen. Bald aber wurde der Gesang übertönt von Johlen und Schreien, das sich, als der Zug vor dem Rathause haltmachte, zu einem ohrenzerreißenden Lärm steigerte, so daß ich meinen bis dahin ruhig fortgesetzten Präsidialvortrag unterbrechen mußte. Sämtliche Senatoren blieben auf ihrem Platze. Ein Brief des Inspektors der Kanzlei benachrichtigte mich, daß eine Abordnung der Arbeitslosen mit dem Senate zu verhandeln und ihm eine Resolution zu übergeben wünsche. Ich teilte das dem Senate mit und erklärte, daß im Ratssaale keine Deputation zuzulassen sei. Unter Billigung der Versammlung ersuchte ich Senator Neumann, sich in den ersten Stock des Rathauses zu begeben, die Abordnung zu empfangen, mit ihr zu verhandeln und ohne Verzug dem Senate zu berichten.

Während die Abordnung im Rathause verhandelte, scheinen die Spartakisten schnell die Führung der Masse an sich gerissen zu haben. Der wüste Lärm wurde ins Innere des Rathauses hineingetragen. Die kleine Tür wurde mit Gewalt und unter Niederzwingung der sich heftig zur Wehr setzenden Ratsdiener geöffnet; unmittelbar darauf wurden die großen Türflügel auf- gebrochen und eingestoßen, und unter wütendem Gebrüll flutete die wild erregte Menge — ich schätze die Teilnehmer des Aufruhrs auf 400 — in den Saal. Sofort erklärte ich die Sitzung für aufgehoben. Der Rathausaufseher bahnte sich durch den Menschenknäuel einen Weg und versuchte im letzten Augenblick die Barriere des Ratsgeheges zu schließen; es war zu spät. Unter Führung eines sich wie toll gebärdenden Schreiers sowie zweier Marinesoldaten, von denen der eine mit dem dem Ratsdiener Ihnenfeldt entrissenen Degen fuchtelte, drangen die Menschen in den Versammlungsraum, so daß ich, der ich den Eindringlingen entgegengegangen war, sowie mehrere andere Ratsmitglieder im Nu von der tobenden Horde umgeben waren. Die Szene war widerwärtig. Auf Bänken, Tischen, auf der Barriere postierten sich die Anführer. Mit Männern im Arbeitskittel mischten sich gut gekleidete Frauen; Soldaten, besonders viele Halbstarke drängten sich vor. Die Mütze auf dem Kopfe, rauchend, standen dichtgedrängt die schreienden

Menschen; andere machten es sich auf den Plätzen der Senatoren bequem, gewissermaßen die Entwicklung des Schauspiels erwartend, während hinter der vorwärts drängenden und immer neuen Sukkurs erhaltenden Rotte jugendliche Diebe sich in den Garderobenraum schlichen und mit vier Pelzen das Weite suchten. (Drei Mäntel konnten ihnen wieder abgenommen werden.)

In diesem wüsten und ekelhaften Durcheinander mußten die Senatoren und Syndiker dreiviertel Stunden ausharren. Mein wiederholter Versuch, das Hausrecht zu wahren, zu warnen, auf das Unsinnige dieses Einbruches hinzuweisen, zur Ruhe zu mahnen, bis der Vorsitzende des Arbeitsamtes zurückgekehrt sein werde, — abzuziehen und draußen auf dem Marktplatz den sofort zu verkündenden Beschluß des Senates zu erwarten, — alles wurde niedergeschrieen. Als in einem Augenblick abflauenden Lärms ich den Leuten zurief: „Sieht denn keiner ein, daß auf solche Weise nicht weiter zu kommen und nichts zu erreichen ist? Wie kann der Senat eine Resolution prüfen, die ihm noch gar nicht mitgeteilt ist? Her damit!" — tönte es zurück: „Resolution?! Revolution!!" Der vorhin erwähnte Hauptschreier hatte sich unmittelbar an mich herangedrängt und, während ihm der Geifer über die Lippen floß und ekler Atem mich streifte, überschrie er sich in den wildesten Ausbrüchen und Anklagen gegen die Unfähigkeit des Arbeitsamtes und den bösen Willen seines Leiters. Ich rede mir ein, daß den offenbar kranken Agitator („ich bin herzleidend", schrie er einmal) nicht nur die physische Ermüdung schließlich zum Schweigen brachte, sondern daß auch meine Ruhe — das einzige Mittel, einer tobenden Menge entgegenzuwirken — nicht ganz ohne Eindruck auf ihn und die Umstehenden geblieben ist. Freilich drohte diese Ruhe mich zu verlassen, als ein Feldgrauer, den ersten Schreier ablösend, anhub: „Wir müssen hungern, aber die Senatoren mästen sich. Wir haben bluten müssen, aber ein Senator hat unterm Krieg nicht zu leiden gehabt. Ein Lübecker Senator hat es gut. Auch nicht ein einziges Opfer habt Ihr gebracht!" Da rief ich: „Zum Donnerwetter, das wagt man zu sagen? Ist unter der ganzen Gesellschaft, die hier ein-

gedrungen ist, ein Einziger, der sagen kann, er habe im Kriege einen Sohn verloren? Er melde sich. Ist das kein Opfer, wenn man seinen Jungen unter dem Rasen betten mußte?" Es meldete sich niemand, aber wie aus einem Munde schrieen fünf oder sechs Feldgraue mich an: „Die habens gut, die nicht wieder zurückgekommen sind; wir aber sind Krüppel und müssen hungern."

In diesem Augenblicke wurde die Lage kritisch. Während sich hoffen ließ, daß allmählich eine Rede und Gegenrede aus dem Tohuwabohu sich entwickeln und so bei den Aufgeregten die Besinnung zurückkehren werde, ertönte plötzlich von der Rathausdiele der Ruf: „Das Militär rückt an!" Ein Wutschrei im Saale antwortete. Und es bedurfte nicht nur einer erneuten Anstrengung der Lunge, um wenigstens den Vornestehenden klarzumachen, daß der Senat keines Schutzes bedürfe und das Militär nicht herbeigerufen habe. Aber immer heftiger wurde das Rufen: „Wir ziehen nicht ab, wenn ihr nicht das Militär nach Hause schickt!"

Aus der Hörkammer — ich meine, durch den Polizeiherrn — wurde telephonisch die Zurückziehung der Sicherheitswache angeordnet. Es bildeten sich Gruppen, in denen mäßigende Elemente zum Abzuge mahnten, und wenn auch die Wogen noch immer wieder sich aufbäumten — Rufe wie „Die Hunde!", „Gnade euch Gott, wenn die Maschinengewehre kommen!", „Ihr kommt nicht lebendig vom Platze!" schwirrten um mich herum —, so erschien doch jetzt sehr zur rechten Zeit Senator Neumann mit seiner Deputation im Saale; auch die Mitglieder des Soldaten- und Arbeiterrates (Jaster, Mehrlein und Haut) waren herbeigeholt, und langsam ebbte der Lärm aus; zögernd, zum Teil fluchend, zog die Menge ab. Die Senatsmitglieder bat ich, sich in die Hörkammer zu begeben, und blieb mit Senator Neumann und Syndikus Dr. Lange im Saale, um mit der Abordnung eine Verständigung herbeizuführen oder richtiger: zu bestätigen, denn Senator Neumann konnte berichten, daß über die Forderungen der sogenannten Resolution — 1. Nachzahlung der Unterstützung der Arbeitslosen für die Zeit vom 20. Dezember 1918 ab und 2. Zuziehung von Vertrauens-

männern zu bestimmten Verhandlungen des Arbeitsamtes — schon unter Vorbehalt der Genehmigung des Rats eine Verständigung mit der Abordnung getroffen sei. Auf dringendes Bitten der letzteren wurde noch zugesichert, daß die Nachzahlung möglichst schon am Montag erfolgen, jedenfalls ohne Verzug damit begonnen werden solle.

Ehe ich die Deputation entließ, habe ich der gerechten Entrüstung des Senates Ausdruck geliehen, daß in unerhörter, Lübecks Namen und Ansehen schändender, aber auch sinnloser Weise ein solcher Einbruch in den Ratssaal erfolgt sei, und von den einzelnen Vertretern die von mir geforderte Zusicherung erhalten, daß bei Verkündung des Senatsbeschlusses der Volksmenge gesagt werde, daß nicht infolge, sondern trotz des aufrührerischen Vorgehens der Senat mit Rücksicht auf die allgemeine Lage zu solcher Konzession sich herbeigelassen habe.

Nachdem die Deputation abgetreten war, betraten die Senatoren wieder den Ratssaal. Die Sitzung wurde wiederum eröffnet, der den Arbeitslosen gegebene Bescheid bestätigt.

Die laufenden Angelegenheiten fanden ihre Erledigung.

Schluß der Sitzung dreieinviertel Uhr.

gez. Dr. Fehling

Friedensschluß

Bericht über die Verhandlungen in Weimar 10.—23. Juni 1919

Von Weimar zurückgekehrt, übernehme ich wieder den Vorsitz, den während vierzehn Tagen unter sehr schwierigen Verhältnissen mein Herr Stellvertreter geführt hat.

Dies ist die erste Sitzung des Senates, seitdem der Friede gesichert ist. Es ist nicht der Friede, wie von Grund unsrer Seele wir ihn ersehnt hatten, — auch nicht ein Friede, ungünstig oder hart, wie ihn unser deutsches Volk früher hat tragen müssen; ein Friede von unabsehbarer Schädigung, der Preisgabe edlen deutschen Gebietes, ein Friede der Knebelung auf Generationen, — der Erniedrigung, der tiefsten Demütigung, der planmäßigen Entehrung unseres Vaterlandes.

War es wirklich eine dira necessitas, diesen schrecklichsten Frieden anzunehmen? Wir alle sind uns klar darüber, daß, wenn die Unterzeichnung geweigert wäre, ein maßloses Elend, — Leiden, Entbehrungen, Gefahren von gar nicht auszudenkendem fürchterlichen Maße über unser armes Vaterland wiederum hereingebrochen wären, — wir wissen, daß große Parteien, viele kluge und gute Männer der Ansicht waren und sind, daß dies Elend verhütet werden mußte, ja daß sonst das Chaos und des Deutschen Reiches Untergang die unausbleibliche Folge gewesen sein würde. Ich würde aber in diesem Augenblick schwerer Schuld, der jammervollsten Schwächlichkeit mich anklagen müssen, wenn ich Ihnen nicht frei bekennte, daß, wenn es zu einer Abstimmung der Regierungen gekommen wäre, ich außerstande gewesen sein würde, für die Unterzeichnung dieses Dokumentes ewiger Schande zu stimmen. Alle Tatsachen der furchtbaren letzten Woche hier nochmals zusammenzustellen, kann nicht meine Aufgabe sein. Aber ich möchte an Hand meiner Notizen die

Entwicklung der entscheidenden Tage Ihnen kurz skizzieren, indem ich mir vorbehalte, den Bericht dem Archiv zu übergeben, insbesondere auch, damit die nach uns Kommenden wissen, welche Stellung die Vertreter Lübecks in Weimar zu der Schicksalsfrage Deutschlands eingenommen haben.

Als ich in Weimar mit Herrn Senator Neumann mich vereinigte, war die Stimmung bereits eine stark gespannte. Das Gefühl der Unsicherheit beherrschte alle Kreise. Allmählich steigerte sich die Erregung. In den letzten zehn Tagen trugen bestimmte Ereignisse wesentlich dazu bei: die Streiks in Thüringen, die Unregelmäßigkeit der verkehrenden Züge, das Ausbleiben aller Berliner Zeitungen, die Anwesenheit vieler Ausländer, das dreiste Auftreten zahlreicher, zweifellos der Entente oder dem Bolschewismus dienender Agenten. Die Vereitelung des nächtlichen Einbruches ins Schloß mit dem Ziele, des Reichspräsidenten und der Regierungsmitglieder sich zu bemächtigen, ist einem reinen Zufall zu danken. In Wahrheit war die Regierung schutzlos.

Von Abgeordneten der Nationalversammlung war wenig zu sehen. Ständige Sitzungen der Fraktionen, der Parteitag der Sozialdemokraten nahmen sie in Anspruch. Im Staatenausschuß waren fast alle Regierungen vertreten; nur Oldenburg hatte keinen Vertreter (Minister Scheer!) zu senden für nötig befunden. Die Hanseaten (Hamburg: Senator Dr. Sthamer, Bremen: Senator Nebelthau) hielten fest zusammen. Wir hatten gute Beziehungen zu Preußen, Bayern, Baden, Mecklenburg, Hessen, Braunschweig.

In der Dienstag-Nacht kam die Versailler Delegation unter Graf Rantzaus Führung in Weimar an. Bald wurde bekannt, daß sie die Ablehnung des Friedensvertrages empfehle. Auf Donnerstag mittag zwei Uhr lud die Reichsregierung die leitenden Minister und die übrigen Staatenvertreter zu einer Versammlung im Schlosse ein.

Ein denk- und merkwürdiges Milieu, als wir eintrafen. Der Beratungssaal war noch durch eine andere wichtige „Sitzung" in Anspruch genommen: hier tafelten die Männer der Regierung! So drückte man sich in ungemütlichen Vorzimmern herum. Es

bildeten sich Gruppen. Gerüchte wurden von einer zur anderen getragen, unkontrollierbare — meistens, wie sich bald zeigte, abenteuerliche. Als nach dreiviertelstündigem Warten die Flügeltüren sich öffneten, stand man vor der „abgegessenen" Tafel; soeben verschwand der letzte gesättigte Reichsminister durch die gegenüberliegende Tür; in der Ecke neben ihr aber saß noch an einem kleinen „Tischlein, deck dich" ein Pressevertreter, der mit vorgebundener Serviette den letzten Gang des vorzeitig gestörten Mahles hinunterschlang. — Schnell ein wenig gelüftet, die weißen Tischtücher mit den grünen Decken vertauscht, und „die Szene ward zum Tribunal". Denn eine Art Gerichtstag war es, der jetzt abgehalten wurde. An der lang gestreckten Tafel nahmen 42 Regierungsvertreter, im Hintergrunde noch ein Dutzend dii minorum gentium Platz.

Den Vorsitz — in der Mitte der Tafel — hatte Dernburg. Zu seiner Rechten saß Rantzau, zur Linken Erzberger. Dernburg, matt und angegriffen, beteiligte sich kaum an der Beratung. Auch Erzberger hielt sich völlig zurück; man sah es ihm an: seine Stunde war noch nicht gekommen. Rantzau war nervös aufgeregt. Statt lebendig zu berichten, beschränkte er sich darauf, den schriftlichen Bericht der Delegation zur Verlesung zu bringen, der die Ablehnung der Entente-Forderungen empfahl, aber durch die Nüchternheit überraschte. Ich nehme als selbstverständlich an, daß dieser Bericht allen Regierungen mitgeteilt werden wird. Die Stellungnahme der einzelnen Staaten ist Ihnen ja bereits berichtet worden. Bezeichnend war die Spaltung der Süddeutschen, von denen Bayern und Baden sich an die Seite Rantzaus stellten, während Hessen und Württemberg die Gefahren eines Einmarsches der französischen Heere unterstrichen. Es ward sogar die Möglichkeit einer Absonderung vom Deutschen Reiche ausgemalt, wenn die Friedensverhandlungen zum Scheitern gebracht würden. Sachsen ging mit Bayern, während Preußen zwar seinen Widerspruch gegen die Forderung der Entente anmeldete, aber im weiteren Gange der Besprechung, durch keinen Minister vertreten, sich ausschwieg. Es war klar, daß hinter den Kulissen mit Hochdruck für Abschluß des Friedens gearbeitet wurde.

Um so mehr habe ich, als Ältester der hanseatischen Vertreter, es für Pflicht gehalten, mit ganzer Entschiedenheit gegen den Diktatfrieden Stellung zu nehmen. Ich führte aus: „Die Lage Deutschlands sei furchtbar — so oder so — d. h. sowohl bei Abschluß des Friedens als bei Abbruch der Verhandlungen; ein Irrtum aber sei es anzunehmen, daß durch eine Unterwerfung unter die Forderungen der Entente der Einmarsch der fremden Heere endgültig beschworen sein werde. Die Entscheidung über die zur Erörterung stehende Frage sei nicht nur durch militärische, wirtschaftliche oder innerpolitische Erwägungen zu finden; sie liege auf ideellem oder ethischem Gebiet. Meines Erachtens komme vor allem in Betracht:

1. Mit gutem Gewissen könne kein Staatsmann den uns angesonnenen Vertrag unterzeichnen, dessen Erfüllung eine Unmöglichkeit sei.

2. Wenn es sich darum handelte, dem lebenden Geschlecht schwere Lasten aufzuerlegen, so sei die Annahme ernstlich zu erwägen. Wir seien aber nicht befugt, ein Dokument zu vollziehen, das Generationen verelenden und den deutschen Namen, ja die Nation selbst für alle Zeiten mit Schimpf belasten werde, und das unsern Nachkommen sogar die Möglichkeit nehme, sich zu beklagen.

In zweiter Linie seien für die Stellungnahme Lübecks und, wie ich annehme, auch für die beiden Schwesterstädte die folgenden Erwägungen maßgebend:

1. Eine Reichsregierung, die diesen Vertrag unterzeichne, grabe sich selbst ihr Grab. Wir wünschten aber sie zu stützen; falle sie, so sei alles ins Unsichere gestellt. In diesem Punkte seien wir mit der Regierung Preußens einverstanden.

2. Rantzau habe auf die Schwierigkeiten in den Ententeländern hingewiesen. An den dargelegten Tatsachen vorüberzugehen sei unverantwortlich.

Daher müsse man mit Ruhe und Würde den Vertrag ablehnen. Vielleicht könne dadurch noch eine Verbesserung unserer Lage erzielt werden, aber auch nur dadurch.

Was die süddeutschen Befürchtungen betreffe, so hätte ich eine zu hohe Meinung von Regierungen und Volk, als daß ich

glauben könnte, unter dem Druck des Einmarsches der feindlichen Truppen würde ein süddeutscher Staat vom Reiche abfallen."

Senator Sthamer und Senator Nebelthau, die nach mir das Wort nahmen, schlossen sich meinen Ausführungen an. Während Nebelthau sprach, kam General Groener, der neben Erzberger gesessen hatte, zu mir und versuchte mich von der Unhaltbarkeit der Rantzauschen Ansicht zu überzeugen. Von Schwierigkeiten in Frankreich und England könne gar keine Rede sein. —

Die Sitzung zog sich viereinhalb Stunden hin. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Die Vertagung trat ein, weil die Regierungsvertreter zu einer Nachtsitzung berufen wurden.

Der Verlauf dieser Nachtsitzung der Regierungsmänner ist entscheidend gewesen für den Verlauf der Dinge.

Schon am nächsten Morgen — Freitag, dem 20. Juni — verlautete, daß die Friedenstendenz den Sieg davontrage. Scheidemann, der am Donnerstag noch mit Ebert ausgefahren war, zog sich zurück. Rantzau ward nicht wiedergesehen.

Am Nachmittag fand unter Dernburgs Vorsitz eine Versammlung des Staatenausschusses statt, in der die Mitteilung gemacht wurde, daß die Reichsregierung eine Note an die Alliierten richten werde, in der vor allem gegen das verlangte Bekenntnis Deutschlands zur „Schuld am Kriege" und gegen die „Auslieferung" Einspruch erhoben werde. Preußen legte Verwahrung ein.

Abends waren wir Hanseaten mit Wissell im Fürstenkeller zusammen. Er hüllte sich in diplomatisches Schweigen, wußte wahrscheinlich Bestimmtes selbst nicht.

Das neue Ministerium, das „Unterzeichnungsministerium", ward Sonnabend Mittag gebildet. Schwere Geburt. Bis zum Augenblick der Bekanntgabe fanden noch Änderungen der Liste statt. Bauer übernahm den Vorsitz, Erzberger die Finanzen und das Vizepräsidium!

Es verlautete, daß die Note zurückgehalten werde, daß die Demokraten sich von der Regierungsbildung zurückziehen. Schwarz-Rot regiert die Stunde.

Über die nun folgende Entwicklung berichtete zutreffend die Sonntagsnummer der „Thüringischen Tageszeitung", die ich beilege.

Um ein Uhr mittags erhielt ich die schriftliche Aufforderung, den Nachmittag und den folgenden Morgen mich für eine Sitzung des Staatenausschusses zur Verfügung zu halten. Um fünfeinhalb Uhr berief die Reichskanzlei zur sofortigen Sitzung ins Schloß. Aber im letzten Augenblick ward anders beschlossen. Die sämtlichen Regierungsvertreter wurden mit rasch herbeigerufenen Autos zum Theater befördert. Dort fand im Obergeschoß eine Sitzung des Friedensausschusses statt. Alles wogte durcheinander. Reden wurden gehalten, die niemand anhörte. Im ganzen mögen 250 Mitglieder der Nationalversammlung anwesend gewesen sein. Der nachdrücklichen Forderung einer vertraulichen Sitzung der Reichsregierung und der Staatenvertreter wurde nachgegeben. Und wieder zog man zum Schlosse, wo um acht Uhr die Verhandlungen begannen. Hier hielt Noske, der Wehrminister, sekundiert von dem Ernährungsminister Schmidt und dem Wirtschaftsminister Wissell, die Hauptrede. Preußen fehlte! — Aus Noskes Rede: Er begann mit den Worten „Das Volk, durch Hungerkur zermürbt, lechzt nach Frieden. Mit der Geste des Heroismus kann man das Vaterland nicht retten." Er malte Grau in Grau, — mehr als das: in Schwarz. Die Zerstückelung des Reiches werde die unvermeidliche Folge des Einmarsches der Franzosen sein. Die Industrie werde keine Kohlen haben, die ganze Wirtschaft binnen achtzehn Tagen stille stehen; Autos und Motoren gehe der Stoff aus, die Lokomotiven seien auf Holzheizung angewiesen. Militärischer Widerstand sei ein Unding. Im besten Falle könne vorübergehend an der Elbe noch Widerstand geleistet werden. Spielend würde in vier Wochen der Feind Berlin besetzen. Ein beträchtlicher Teil der Arbeiter sei zum Generalstreik entschlossen. In Hamburg liege kein zuverlässiges Regiment. Widerstand im Osten? Von den Leuten im Grenzschutz seien viele für den Bandenkrieg gegen den Bolschewismus. Anfängliche militärische Erfolge seien nicht ausgeschlossen. Auf die Dauer sei die Grenze nicht zu halten. Vierzig bis fünfzig Schiffe der feindlichen

Flotten kreuzten in der Ostsee. Die Küste sei wehrlos. Zu alledem kämen die Bombenwürfe der Flugzeuge. „Dies sind die Erwägungen, die der Regierung ihr pflichtgemäßes Verhalten vorzeichnen. Eine Meinungsverschiedenheit existiert nicht. Zehntausende sind bereit, im letzten Kampfe zu sterben. Deutschlands Schicksal werden sie nicht abwenden. Niemandem geht es so gegen das Gefühl wie mir, sich zu unterwerfen. Aber ich sehe keine andere Möglichkeit. Es geht nicht an, auf ein Wunder zu hoffen. Ich bleibe auf dem Posten, um, soweit es möglich, die Unversehrtheit des Reiches zu wahren. Allmählich muß es doch gelingen, diesem unerträglichen und unerfüllbaren Vertrag zum Trotz doch wieder emporzukommen."

Schmidt: Von Argentinien seien 40 000 Tonnen Getreide unterwegs. Aber die feindliche Besetzung werde von unsern Beständen zehren. Die Binnenschiffahrt läge still. Die Ernährungsorganisation wäre erledigt. Die Zulage an Mehl und Speck höre auf, die Transporte von Fleisch hören auf. Milchversorgung? Im April schon waren nur 77 % des Bedarfs zu decken. Der Mangel, das weitere Herabdrücken der Rationen werde den Rest der Widerstandskraft brechen. Die ganze Ernährungswirtschaft sei erledigt. „Die Verantwortung dafür kann ich nicht übernehmen. Die Entente hat kein Interesse daran, uns zu stärken. Die Stimmung des Volkes ist verzweifelt. Man teilt sich in Resignation und Erbitterung, und diese letztere wird sich gegen die Besitzenden und gegen die Regierung wenden. Die Unterzeichnung ist das kleinere Übel. Der moralische Halt ist gebrochen."

Wissell: „Die Kohlen für die Eisenbahnen reichen noch vierzehn Tage. Im Rheinland liegen noch 700 000 Tonnen. Wir sind bemüht, sie nach dem Innern Deutschlands zu schaffen. Aber das Beförderungsmaterial fehlt. Längstens in drei Wochen ist die Industrie zusammengebrochen."

Müller wandte sich gegen Rantzaus Ergebnisse, die er unannehmbar, unerfüllbar, unaufrichtig nannte. Das Diktat Rantzaus sei leider nicht zu erhalten gewesen.

Dies Wort griff Erzberger auf, um einen letzten Vorstoß gegen Rantzau zu unternehmen. Er rekapitulierte „aus der

Erinnerung" dessen Bericht, den er nach seinen Anschauungen zurechtstutzte. „Das deutsche Volk hat den Krieg verloren. Die Neutralen müssen jetzt den Feinden helfen, uns niederzuzwingen. Eine Wahl gibt es nicht mehr."

Posadowsky und Traub, schließlich auch Heintze, versuchten Einzelheiten zu widerlegen. Aber ihre kurzen Erklärungen waren matt und machten keinerlei Eindruck.

Um halb zwölf Uhr wurde die Aussprache geschlossen, auf zwölfeinhalb Uhr nachts die Schlußverhandlung des Staatenausschusses unter — Erzbergers Vorsitz anberaumt. Hier legte dieser den Entwurf einer Erklärung vor, mit der die Forderungen der Entente beantwortet werden sollten. In der Begründung, aber nicht im Tenor hieß es, daß der Vertrag unerfüllbar sei. Ferner wurde erklärt, daß die Unterzeichnung des Vertrages gezwungen erfolge.

In der Besprechung habe ich die Bedenken gegen diese Erklärung kurz zusammengefaßt: Ein Wohlwollen der Feinde (auf das Erzberger sich verlassen zu können meinte) bei Auslegung des Vertrages sei eine Utopie. Die Unterzeichnung des Vertrages verpflichte zu seiner Erfüllung, diese aber bedeute: Finis Germaniae.

Wäre es zu einer Abstimmung gekommen, so wäre das Ergebnis zweifelhaft gewesen. Mit dem badischen Vertreter Dietrich berechnete ich 28 gegen, 29 Stimmen für die Regierung. Der gewandte Vorsitzende, der jetzt ganz „auf der Höhe der Situation" war, hatte auch hier vorgesorgt: „Eine Abstimmung der Regierungen kommt natürlich nur bei der Ratifizierung in Frage."

Schluß um eineinhalb Uhr.

Über den Gang der Verhandlungen der beiden folgenden Tage brauche ich hier eingehend nicht zu berichten, da die Presse alles Wissenswerte schon gebracht hat. Doch ist es vielleicht erlaubt, hier die kurzen Tagebuchnotizen, die ich unmittelbar unter dem Eindruck der sich drängenden Ereignisse — in der Nationalversammlung — niedergeschrieben, wörtlich mitzuteilen.

Schlechte Regie. Schlechte Reden. Regierung und Nationalversammlung nicht auf der Höhe. Das Ergebnis: Erzbergers Sieg. Anfänglich waren zwei Abstimmungen in Aussicht genommen: 1. Vertrauen; 2. Billigung der von der Regierung vorgeschlagenen Erklärung an die Entente.

Plötzlich heißt es, daß nur eine Abstimmung erfolgen soll, nämlich darüber: „Die Nationalversammlung ermächtigt die Regierung zur Unterzeichnung." Wie das gekommen, kein Mensch weiß darüber genau Bescheid. Offenbarer Trick Erzbergers, der geschäftig alles mit den einzelnen Fraktionen in beste Ordnung (nach seinen Wünschen) gebracht hat. Im einzelnen: Loebes programmatische Erklärung der S. D. — Schiffers Motivierung des Rückzuges der Demokraten, die sich nicht die Finger verbrennen wollten. — Posadowskys würdige Langeweile. — Kahls treffliche Worte, aber nach Lage der Sache ohne innere Kraft. — Eindrucksvoll nur Haase (U.S.). — Die Note wird von der Entente sicher mit kalter Reserve, vielleicht mit Hohn aufgenommen werden. Deutschlands Schmach ist schon heute besiegelt. Morgen folgt der traurige Epilog, falls nicht Überraschungen wie die Versenkung der internierten Kriegsschiffe (die Nachricht traf mittags zwei Uhr in der Nationalversammlung ein) eine unvermutete Wendung bringen. Armes Deutschland!

/ Montag, den 23. Juni 1919 /

Der ganze Vormittag gehört den Fraktionen. Alle halbe Stunde wird eine neue, neueste, allerneueste Änderung gemeldet. Um zwölf kommt die Nachricht, das Zentrum sei umgefallen, d. h. es wolle, falls die Entente ablehne, gegen den Vertrag stimmen. Die Note der Alliierten peitscht die Gemüter zur höchsten Erregung auf. Gespräch mit Stelling, Nieser, Boden, Delbrück, dem Gesandten.

Um eins: Umfall der Demokraten!

Zwei Uhr: neueste und entscheidende Wendung: Spaltung im Zentrum. (Sechzig um Dr. Heim sind gegen den Vertrag, aber sie verlangen keine neue Abstimmung!). Die Demokraten scheuen sich, ebenso wie die Deutschnationalen, die Erbschaft

anzutreten, und alles zieht sich auf platonische Beteuerung heißer Vaterlandsliebe und auf eine Verbeugung vor den Unabhängigen und den Sozialdemokraten zurück. Erst in der Versammlung wird die Kundgebung der Offiziere bekannt, ohne die Noske nicht glaubt weiterarbeiten zu können. Es gelingt, den Widerstand der Generäle zu brechen. — Beginn erst drei Uhr. Milde und gequälte Erklärungen schließen das Drama. Die tiefe Bewegung des Vorsitzenden Fehrenbach macht wenig Eindruck. In Stille, in tiefer Depression (oder ist es doch Scham?) endet der traurigste Akt deutscher Geschichte.

Dies ist es, was ich dem Senate vorzutragen habe.

Noch eine Frage: War die Anwesenheit in Weimar notwendig? Ich glaube, mit Ja antworten zu dürfen. Lübeck hat sich nicht vorgedrängt. Aber daß es sich auch bei diesem Anlaß als Glied des Reiches legitimierte, war nötig. Bekanntlich ist Preuß, der Gegner der kleinen Staaten, aus der Reichsregierung ausgeschieden. Aber um wiederzukehren, ist er Vertreter von — Lippe geworden.

Vielleicht hat Herr Senator Neumann die Güte, meinen Bericht zu ergänzen, gegebenenfalls zu berichtigen. Gerne hebe ich hervor, wie dankbar ich ihm für seine Hilfe bin und für seinen klugen Rat.

In den nächsten Tagen beginnt die Beratung der neuen Steuerprojekte, an der Herr Senator Vermehren teilzunehmen haben wird. Erzbergers Vorlage betr. Vermögensabgabe hofft man schon bis zum 15. Juli zu erledigen.

gez. Dr. Fehling

Begrüßung

der aus der Gefangenschaft heimkehrenden Söhne Lübecks
(In der Stadthalle, den 14. Dezember 1919)

Geehrte Anwesende, Männer und Frauen von Lübeck! Zur Begrüßung der Söhne Lübecks, die aus der Gefangenschaft zu uns zurückgekehrt sind, haben wir uns hier versammelt. Dankbare Freude soll der Grundton dieser unserer Vereinigung sein. Aber gerade die Heimkehrenden, denen unsere Feier gewidmet ist, würden es nicht verstehen, wollten wir nicht auch in dieser Stunde zuerst derer gedenken, die wir für immer vermissen sollen. Den Eltern und Familien, die nicht alle ihre Lieben heimkehren sehen, verdoppelt sich auch in der Freude der Wiedervereinigung mit den Geretteten der herbe Schmerz um die Verlorenen. Nicht anders fühlt die Gesamtheit. Uns allen tritt heute noch einmal vor die Seele — zu langem, langem Zuge gereiht — das Bild der todesmutigen, der edlen, treuen Männer und Jünglinge, die in diesem furchtbaren Kriege ihr Leben ließen für das Vaterland, und deren Gedächtnis in Ehren gehalten werden soll immerdar. — Und noch ein anderer Gedanke will zu Worte kommen, ehe wir den Heimgekehrten selbst die Hand reichen. Ich glaube, die Empfindung der hier Versammelten richtig zu treffen, wenn ich sage: niemand ist in unserer Mitte, weder unter denen, die in fremder Gefangenschaft geschmachtet haben, noch unter uns anderen, die jetzt mit offenen Armen sie bewillkommnen, — ich sage: Keiner ist unter uns, der nicht auch in diesem Augenblicke in Trauer und Empörung, ja mit heißem Zorn der Tatsache gedächte, daß noch Hunderttausende von deutschen Kriegern wider alles Recht in Feindesland zurückgehalten werden.

Schimpf und Schande über die Urheber solcher unmenschlicher Grausamkeit, vor allem über die Nation, die sich so gern der Ritterlichkeit rühmte, und die doch, edler Empfindungen bar, in Qual und Knechtschaft bis heute unsere Brüder uns vorenthält.

Wir aber in Lübeck haben dennoch nicht länger zögern wollen, diejenigen, die bis heute zu uns zurückgekehrt sind, gemeinsam zu begrüßen, ihnen in ihrer Gesamtheit und jedem einzelnen unsere Freude zu bekunden: den Dank für alles, was sie für Deutschland getan und gelitten haben; unsere herzliche Freude, sie nun wieder daheim zu wissen.

Fern vom Vaterland zu leben, leben zu müssen — ach, so lange eine Geschichtsschreibung, eine Überlieferung, eine Dichtkunst besteht, ist das als schweres Schicksal beklagt worden. Aber welch ein Unterschied zwischen dem Schicksal etwa der Auswanderer und dem traurigen Lose, das den Kriegsgefangenen gefallen ist. Der Freiheit beraubt, zum Teil krank und siech, alle aber in steter Sorge um Volk und Familie, lange bange Monate ohne die ersehnten Nachrichten, nicht einsam, aber doch wie oft wohl innerlich vereinsamt, haben sie „unter Steinen" durch Monate und Jahre dahin leben müssen, — und das Schlimmste war vielleicht, daß ihnen in der Gefangenschaft entzogen wurde, was in schwerer Zeit fast allein den Geist von der Trauer ablenken, den Sinn befreien, die zerschlagene Seele aufrichten kann: die Arbeit.

Doch es sei fern von mir, frisch vernarbte Wunden aufzureißen: Wir haben Euch wieder, und Ihr habt die Heimat. Wie mag manchem das Herz gepocht haben, als ihm die sieben Türme der geliebten Stadt am Horizont auftauchten, als er die altvertrauten Töne wieder vernahm, die kein Lübecker Kind vergißt.

„Ja, Ihr lauschtet bewegt und erkanntet die einzelnen Glocken,
Wie sie vom Jakobsturm riefen und drüben am Dom,
Bis du zuletzt einfielst, majestätische Stimme Mariens,
Und den metallenen Chor schwelltest mit tiefem Gesang,
O, da ging Euch das Herz weit auf, . . ."

Meine lieben Freunde! Möge keiner in dem Lebensabschnitt, der sich jetzt neu vor ihm auftut, jenes Glücksgefühles

je ganz vergessen. Sie bedürfen starker geistiger Anregung, um sich wieder einzuordnen in die regelmäßige Tätigkeit, bedürfen seelischer Spannkraft, um sich hineinzufinden in die heimischen Verhältnisse, die doch so vielfach anders geworden sind. Manchem wird manches fehlen, was ihm lieb war. Und auch diejenigen, die des erstandenen Neuen froh, mit Mut und Vertrauen in die Zukunft blicken, werden Zeit gebrauchen, wieder wurzelfest zu werden angesichts des Ernstes der Gegenwart, in diesen schweren Zeitläuften voll Sorge, voller Entbehrungen, voll quälender Ungewißheit. Nun, in dieser mit keiner früheren Zeit zu vergleichenden Lage nach Möglichkeit Euch beizustehen, den Dank der Heimat durch die Tat zu bewähren, das erachten wir, die Daheimgebliebenen, für unsere liebe Pflicht, und ich denke, wenn so von der einen Seite Vertrauen und freundliche Hilfsbereitschaft von der anderen sich begegnen, dann wird in Lübecks Bevölkerung überhaupt das Gefühl, die herzliche Zusammengehörigkeit, die gemeinsame Anhänglichkeit an die engere Heimat sich vertiefen. Trotz der großen Schwierigkeiten, mit denen wir zu kämpfen haben, steht unser Lübeck in Ehren da. Möge es gelingen, seinen Bestand in Ehren ferner zu behaupten. Wir schließen die Reihen, wir alle, die wir unsere Kraft, unser Streben, Leben und unsere Persönlichkeit einsetzen für die glückliche Entwicklung unserer freien Stadt. Aus dieser Gesinnung heraus entbiete ich denn den aus der Gefangenschaft heimkehrenden Söhnen Lübecks den Gruß der Vaterstadt, und in das Willkommen, das ich Ihnen zurufe, klinge zugleich die Mahnung an die Gesamtheit hinein: Aufwärts geschaut! Vorwärts, unverzagt vorwärts, in gemeinsamer Arbeit zum Wohle des Ganzen!

„Du alte Heimat sollst es sein,
Dir weih'n wir Herz und Hand.
Das Vaterland allein
Knüpft starkes, festes Band.
Die Hand her, schlaget ein!
Dir gilt's, mein Vaterland!"

Hanseatischer Brief

über die Lübeckische Landesverfassung vom 23. Mai 1920

Die Lübeckische Landesverfassung ist, nachdem die Bürgerschaft den ihr vorgelegten Entwurf in zwei Lesungen eingehend beraten hatte, vom Senat, der sämtlichen Abänderungsanträgen der Bürgerschaft beitrat, am 23. Mai d. J. (1920) veröffentlicht worden. Damit ist ein Werk abgeschlossen, an dem ein Jahr lang Vertreter des Senats und der Bürgerschaft gemeinsam mit Fleiß und mit einer durch politische Unruhe nicht beirrten Hingebung gearbeitet hatten. Um die auf die Gestaltung des neuen Grundgesetzes verwandte Arbeit und ihr Ergebnis zu werten, muß man nicht nur die seit 1918 geschaffenen politischen Verhältnisse der kleinsten der freien Städte, sondern die geschichtliche Entwicklung ihrer Staatsverfassung überhaupt beachten. Die anläßlich des fünfzigjährigen Jubiläums der Verfassung von 1848 dargebotene amtliche Darstellung einer lübeckischen Verfassungsgeschichte ging von dem Bürgerrezesse des Jahres 1669 aus. Mit Recht. Dieser Rezeß, dem der sog. Kassarezeß von 1665 vorgearbeitet hatte, war die erste durch Vertrag zwischen Rat und Bürgerschaft festgelegte endgültige Einschränkung der obrigkeitlichen Befugnisse des Rates. Die ersten Anfänge einer lübeckischen Verfassungsbewegung reichen freilich bis in das letzte Viertel des 14. Jahrhunderts zurück. Der von langer Hand vorbereitete „Putsch“ von 1408, der den alten Rat vertrieb, führte zu dem ersten starken äußeren Erfolge der Bürger. Nicht auf die Dauer. Die Wiedereinsetzung des beseitigten Rates nach acht, übrigens keineswegs als unfruchtbar zu bezeichnenden Jahren hat unter Hinrich Westhofs und Jordan Pleskows Führung eine Wiederbefestigung der alten Ordnung gebracht, deren Kern trotz der immer wieder und mit steigender

Gewalt einsetzenden Verfassungskämpfe noch ein Vierteljahrtausend sich halten konnte, bis dann unter der geistigen Leitung des klugen, immer noch nicht gebührend gewürdigten Bürgermeisters David Gloxin, unter dem Beistande Jacob Bordings und der von ihm vertretenen liberalen Rostocker Rechtsanschauungen, 1665 der Kassarezeß und vier Jahre später der Bürgerrezeß sich durchsetzte. Wenn 1817 die Curtiusschen Versuche, dem in der französischen Zeit verarmten Lübeck durch eine moderne Verfassung von innen heraus zu neuer Kraft und Blüte zu verhelfen, mißglückten, um erst in den vierziger Jahren unter besseren Auspizien wieder aufzuleben und nun das schon vor dreißig Jahren erstrebte Ziel zu erreichen, so ist jener Fehlschlag mit Recht dem bürgerschaftlichen Widerstande zur Last gebracht, wie auch unzweifelhaft in den Verfassungsverhandlungen von 1848 die in freiheitlichem Sinne fallende Entscheidung durch den Senat, der sich auf Jung-Lübeck stützen konnte, herbeigeführt worden ist. Als 1875 die Gesetzgebung des neuen Reiches eine zeitgemäße Revision der Staatsverfassung nahelegte, gelang es dem Einflusse des konservativ gewordenen Bürgermeisters Behn, im Gegensatz zu namentlich Klügmanns Forderung einer durchgreifenden liberalen Reform, die Durchsicht auf ein doch mehr als bescheidenes Maß zurückzudrängen. Heute wird von manchen die Ansicht vertreten, daß unter der dadurch herbeigeführten Stagnation der inneren Zustände die Stadt ein Menschenalter hindurch gelitten habe. Im Anschluß an das Sozialistengesetz des Reiches begann auch in Lübeck die Aera der radikalen Ansprüche, deren Vordringen zunächst das Bürgertum durch Gründung des vaterstädtischen Vereins einen kräftigen Damm, später Senat und Bürgerschaft durch ein neues, sofort als erzreaktionär empfundenes Bürgerschaftswahlrecht einen nicht eben glücklich systematisierten Widerstand entgegensetzten. In Wahrheit hat dies Gesetz viel Wasser auf die Mühle der Sozialdemokraten geleitet, die sich schnell in die Rolle der Märtyrer hineinlebten und mit Geschick unter Leitung zuerst Wissells, des nachmaligen Reichsministers, und später Stellings, des bisherigen Mecklenburgischen Ministers, die ihren Weizen zur Blüte bringende politische Lage zugunsten

ihrer Partei auszunutzen verstanden. Vergebens suchten Senat und Bürgerausschuß durch Entsendung mehrerer Sozialisten in verschiedene lübeckische Behörden eine allmähliche Ausgleichung anzubahnen. Die Konzession ward als selbstverständlich und als eine nur dürftige Abschlagszahlung entgegengenommen. So entschloß man sich zu einer Abänderung einzelner für besonders reformbedürftig anerkannter Bestimmungen der Staatsverfassung und erstreckte die Revision bald auf die Abschnitte über die Wahl der Senatsmitglieder und auf das Bürgerschaftswahlrecht. Aber noch ehe die Berichterstattung der Gemeinsamen Kommission erfolgen konnte, brach die deutsche Revolution aus, die auch den lübeckischen Freistaat in seinem Bestande bedrohte, und vor deren heftig einsetzendem Sturmwinde die kleinen Mittel, deren Hilfe sich schon vorher als recht problematisch erwiesen hatte, vollends versagen mußten.

Die Aufgabe, vor die in dieser kritischen Zeit Senat und Bürgerschaft sich gestellt sahen, war, soweit es sich um das Gebiet der Verfassung handelte, klar vorgezeichnet: es galt, durch starkes Entgegenkommen die gemäßigtere Richtung der Sozialdemokratie für positive Mitarbeit an einem organischen Ausbau der Verfassung zu gewinnen. „Ausbau", nicht „Neubau", mußte die Parole sein. Um dieser Forderung der Stunde zu folgen, verbot sich die Vorlegung eines fertigen Senatsentwurfs ebenso wie die Entschließung, etwa einer freien Vereinigung oder einer Bürgerschaftskommission die Ausarbeitung des neuen Entwurfs zu überlassen. Wenn jemals, so war jetzt die Berufung einer gemeinsamen Kommission angezeigt. Indem sich Senat und Bürgerschaft für diese Art des Vorgehens entschieden, also gewissermaßen eine selbständige Arbeit in Auftrag gaben, verringerten sie die keineswegs fernab liegende Neigung mancher Kreise, einfach die Annahme eines in Hamburg oder in Bremen zur Beratung stehenden Entwurfs zu empfehlen. So ist aus der gemeinsamen Arbeit, vorbereitet durch einen kleinen Ausschuß, dem Vertreter aller Richtungen angehörten, eine Landesverfassung hervorgegangen, die als ein selbständiges, ein bodenständiges, ein lübisches Werk angesprochen werden darf. Durch den Gang der Verhandlungen, über die wiederholt

in entscheidenden Stadien der Öffentlichkeit berichtet worden ist, zieht sich, frei von Schwächlichkeit, der für eine gesunde organische Entwicklung unabweisliche Gedanke, daß man am guten Alten in Treue halten, am kräftigen Neuen sich stärken und freuen wolle. Es ist bekannt geworden, daß dieses Ziel auch von sozialdemokratischer Seite nachdrücklich betont worden ist. Sozialdemokratisch, das will sagen: mehrheitssozialistisch; denn die Unabhängigen, die in der Bürgerschaft nicht vertreten sind, haben an der Arbeit nicht teilgenommen. Der Senat hatte in die Kommission fünf seiner Mitglieder entsandt, von denen drei zu den Mehrheitssozialisten gehörten, während die Bürgerschaft ihre Vertreter nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen (acht Sozialisten, sechs Demokraten, zwei Deutschnationale) bestimmte. Auch diese Einzelheiten muß man wissen, um das Ergebnis der Verhandlungen richtig einzuschätzen.

Der neuen Verfassung ist eine knapp gehaltene einleitende Bemerkung vorangestellt, die auf die Reichsverfassung hinweist, deren Bestimmungen für alle zum Reiche gehörenden Länder maßgebend seien. Notwendig war diese Hervorhebung nicht; aber sie ist aus praktischen Erwägungen wohl zu rechtfertigen, weil damit von vornherein der Entschluß des Gesetzgebers bekundet ist, von unnötiger Wiederholung reichsgesetzlicher Vorschriften in der Landesverfassung abzusehen. Nötig war die Übernahme des Kardinalsatzes, daß die Staatsgewalt vom Volke ausgehe, weil er das Fundament des ganzen Aufbaues, auch der Landesverfassung, bilde.

Nachdem die verfassungsmäßigen Organe des lübeckischen Freistaates durch die Umwälzung nicht beseitigt worden, mußte in erster Linie das Absehen darauf gerichtet sein, diese Tatsache auch in der neuen Verfassung zu verbriefen. Dies Ziel ist erreicht: die vom Volke ausgehende Staatsgewalt wird auch ferner von Senat und Bürgerschaft ausgeübt. Um es zu erreichen, sind Opfer gebracht. Wo sie zu suchen, war jedem Kenner der hanseatischen Staatsverfassungen klar. Im Gegensatz zu den Schwesterstädten hatte Lübeck das Prinzip des Artikels 18 seiner Verfassung von 1848 bislang festgehalten, daß dem Senat allein

die Leitung sämtlicher Staatsangelegenheiten anvertraut sei, insofern nicht die Bestimmungen der Verfassungsurkunde eine Mitwirkung oder Zustimmung der Bürgerschaft in ihrer Gesamtheit oder des Bürgerausschusses ausdrücklich vorschrieben. Dieser Rest der alten obrigkeitlichen Stellung des Rates paßte in die neuzeitliche Verfassung schlechterdings nicht mehr hinein. Er ist beseitigt und durch das bisherige bremische System ersetzt. Senat und Bürgerschaft wirken hinfort in Ausübung der Staatsgewalt gemeinschaftlich, soweit nicht in der Verfassung ein anderes bestimmt ist. Dabei nennt diese aus praktischen Gründen auch die wichtigsten Gegenstände, die „insbesondere" der gemeinschaftlichen Wirksamkeit beider Staatskörper vorbehalten sind, während andererseits der Wirkungskreis des Senats, der die Leitung und Aufsicht in allen Staats- und Gemeindeangelegenheiten und die vollziehende Gewalt hat, durch Aufzählung der ihm vorbehaltenen Befugnisse, die sich im wesentlichen mit dem bisherigen Wirkungskreise des Senats decken, genau umschrieben ist.

Neben dem sowohl in der Gemeinsamen Kommission als in der Bürgerschaft einmütig angenommenen Grundsatze, daß die vom Volke ausgehende Staatsgewalt von Senat und Bürgerschaft ausgeübt wird, tritt die Bedeutung aller andern, auch der wichtigsten Neuerungen weit zurück. Stark umstritten waren die Bestimmungen über die Zusammensetzung des Senats. Hinsichtlich einer Herabsetzung der Zahl der Senatoren von 14 auf 12 ward man zwar schnell einig. Aber die Frage der sogenannten Lebenslänglichkeit der Senatsmitglieder erhitzte die Gemüter. Hier wurden im Laufe der Verhandlungen die Rollen vertauscht. Die Demokraten traten anfangs nachdrücklich für die Beseitigung jeder zeitlichen Beschränkung ein, und die Sozialdemokraten erklärten sich bereit, die von jenen vorgeschlagene Fassung zu akzeptieren, in der sie freilich keineswegs den Grundsatz der Lebenslänglichkeit, sondern vielmehr im Hinblick auf die Zulassung einer Vertrauensentziehung durch die Bürgerschaft die Annahme des Prinzips jederzeitigen Widerrufs erblicken wollten. Bei den Verhandlungen im Plenum der Bürgerschaft machte die demokratische Fraktion ihre Zustimmung zur Senatsvorlage von der Festlegung einer zeitlichen Grenze abhängig, und die

sozialdemokratische Fraktion stimmte, um die Annahme des Verfassungswerkes durch eine große Mehrheit zu sichern, dem demokratischen Antrage (Wahl auf die Dauer von 10 Jahren mit Zulassung der Wiederwahl) zu. Dem Senat dürfte es nicht schwer geworden sein, dieser in letzter Stunde beschlossenen Abänderung seiner Vorlage zuzustimmen, da schon die Verfassungsnovelle von 1919 mit der Lebenslänglichkeit, die doch auch mit den Anschauungen des neuen deutschen Verfassungsrechtes kaum in Einklang zu bringen ist, ebenso aufgeräumt hatte wie mit der Unterscheidung von Gelehrten und Kaufleuten. Die alte Bestimmung, daß eine Anzahl von Senatoren keine andere berufliche Tätigkeit ausüben, auch kein Nebenamt und keine Nebenbeschäftigung haben dürfen, mit denen ein laufendes Einkommen verbunden, ist in der neuen Verfassung noch verschärft worden. Der Wunsch der Sozialdemokraten, die Wählbarkeit zum Senate neben der Vollendung des dreißigsten Lebensjahres an keine andere Voraussetzung zu knüpfen als an den Besitz der Reichsangehörigkeit, ist nicht erfüllt. Während zum Mitgliede der Bürgerschaft jeder wahlberechtigte Reichsangehörige gewählt werden kann, der seit mindestens sechs Monaten im lübeckischen Staatsgebiete wohnt, ist für wählbar in den Senat sogar nur derjenige erklärt worden, der seit mindestens einem Jahre im lübeckischen Staatsgebiete wohnt, so zwar, daß im einzelnen Falle von dieser Voraussetzung wie auch von dem Besitze des Wahlrechts zur Bürgerschaft durch besonderes Gesetz abgesehen werden kann.

Die lübeckische Verfassung kennt bekanntlich seit 1848 nur einen Bürgermeister: der Senat wählt auf die Dauer von zwei Jahren aus seiner Mitte den Vorsitzenden des Senats, der während seiner Amtsführung den Titel „Bürgermeister“ führt. Früher ward der Bürgermeister in Verhinderungsfällen durch dasjenige Senatsmitglied vertreten, das zunächst vor ihm den Vorsitz im Senate gehabt. War ein solches Mitglied nicht vorhanden, so wählte der Senat den Vertreter im Vorsitze für die Dauer der Amtsführung des derzeitigen Bürgermeisters. Diese letztere Bestimmung ist jetzt für alle Fälle obligatorisch gemacht, ohne daß jedoch die neue Verfassung damit etwa die

Stelle eines zweiten oder eines stellvertretenden Bürgermeisters geschaffen hätte. Die Wiederwahl des Bürgermeisters ist zulässig; doch darf, wer zweimal hintereinander zum Vorsitzenden gewählt ist, nach Ablauf seiner Amtszeit nicht sofort wiedergewählt werden. Damit ist die im Jahre 1918 durch keineswegs allgemein gebilligtes Spezialgesetz geschaffene einmalige Außerkraftsetzung der bisherigen Vorschrift, daß der vom Vorsitz Abtretende nicht sofort wiedergewählt werden dürfe, als mit den Bedürfnissen des Staates überhaupt in Einklang stehend, nachträglich anerkannt worden.

Aus allen diesen Beschlüssen erhellt das Bestreben, die bewährte Grundlage der bisherigen Stellung des Senats beizubehalten, aber alles zu beseitigen, was den neuzeitlichen Anschauungen und den Anforderungen des heutigen Staatslebens nicht mehr entspricht. Daß bei Regelung der Bestimmungen über Organisation und Wirksamkeit der Bürgerschaft derselbe Gedanke leitend war, ist selbstverständlich. Schon seit Jahrzehnten war man sich in der Bürgerschaft wie im Senate darüber klar geworden, daß der staatliche Organismus zu schwerfällig sei, und daß es darauf ankomme, alles hinwegzuräumen, was einer schnellen Verständigung zwischen beiden Staatskörpern im Wege stehe, ein leichtes Zusammenarbeiten von Senat und Bürgerschaft erschwere. Insofern muß es als gesunder Fortschritt begrüßt werden, daß der Grundsatz des bisherigen lübschen Staatsrechts: „Der Weg vom Senat zur Bürgerschaft und von dieser zur Ratsstube geht durch den Bürgerausschuß" aufgegeben ist. Die alte Vorschrift, daß jeder an die Bürgerschaft zu richtende Senatsantrag vom Bürgerausschuß begutachtet werden müsse, und daß, abgesehen von Ersuchen bei der Beratung des Haushaltsplanes, Anregungen der Bürgerschaft nicht unmittelbar, sondern zunächst nur durch Vermittlung des Bürgerausschusses an den Senat gelangen, trug anscheinend noch den Stempel längst vergangener Zeit, in der die Verhandlungen zwischen den beiden Trägern der Staatsgewalt in bedächtiger Ruhe und geflissentlicher Breite sich ergingen; ja, sie erinnerte geradezu an den künstlich erschwerten Verkehr zwischen dem Rate und den bürgerschaftlichen

Kollegien unheilvollen Angedenkens. Kein Wunder, daß die Beseitigung der Zwischeninstanz seit geraumer Zeit auch von rechts stehenden Elementen der Bürgerschaft nachdrücklich gefordert worden war. Es verdient als ein Zeichen staatsmännischer Reife notiert zu werden, daß unter dem Ruf nach Beseitigung des Bürgerausschusses nicht das Kind mit dem Bade ausgeschüttet worden ist. Die regelmäßige Begutachtung durch den Bürgerausschuß ist ebenso wie dessen Stellung als Wahlkollegium bezw. als Wahlvorschlagskollegium für die Ernennung der bürgerlichen Deputierten zwar verschwunden; im übrigen aber ist der Bürgerausschuß als ein ständiger Ausschuß beibehalten und seine Zuständigkeit für endgültige Verabschiedung der sogenannten kleineren Sachen an Stelle der Bürgerschaft erheblich (nämlich auf 10 000 ℳ, bezw. auf 500 ℳ jährlicher Ausgabe) erweitert worden. Dabei ist auf Anregung von sozialdemokratischer Seite der Einfluß des Senats auf die Zusammensetzung der Verwaltungsbehörden bedeutend verstärkt worden. Während nämlich bislang, abgesehen von wenigen Ausnahmen, in denen dem Senate eine direkte Wahl von Deputierten gesetzlich zugestanden war, regelmäßig der Bürgerausschuß dem Senat einen für diesen als bindend angesehenen Wahlvorschlag entgegenbrachte, bestimmt die neue Verfassung allgemein, daß die bürgerlichen Mitglieder bei den Verwaltungsbehörden zu einem Drittel durch den Senat, zu zwei Dritteln durch die Bürgerschaft gewählt werden. Neu ist das Recht der letzteren, in Verwaltungsfragen Auskünfte oder Gutachten der Behörden einzuholen; der Antrag ist aber an den Senat zu richten, der das Erforderliche veranlaßt.

Es ließen sich noch manche Punkte hervorheben, an denen die Durchsicht der Verfassung angesetzt hat, um Überlebtes abzustoßen, Bewährtes aber zu unterstreichen oder weiterzubilden. Wenn auch nicht von grundsätzlicher Bedeutung — beachtlich bleibt es immerhin, daß zur Teilnahme an den Verhandlungen der Bürgerschaft auch fernerhin der Senat seine Kommissare entsendet, deren Anwesenheit nur dann nicht erforderlich ist, wenn es sich um Wahlen handelt oder um Gegenstände, welche die Bürgerschaft ohne Mitwirkung des

Senats entscheiden kann; beachtlich ferner die Beibehaltung der schönen alten Eidesformel des neu erwählten Senatsmitgliedes, sowie die Reihenfolge der Einzelabschnitte und die Beibehaltung der Formel „Senat und Bürgerschaft" (S. P. Q. L.) sowohl in der Verfassung als an der Spitze jedes Gesetzes. Die gewählten Beispiele sind um so bezeichnender, als sie sämtlich, auf einhelliger Beschlußfassung der Gemeinsamen Kommission beruhend, in der Bürgerschaft keinerlei Widerspruch gefunden haben.

Das Neue, d. h. dasjenige, was nicht auf organischer Entwicklung der alten Verfassung oder doch des bisherigen lübschen Staatsrechts beruht, ist schnell aufgezählt. Es beschränkt sich so ziemlich — abgesehen von dem vorangestellten Leitmotiv „die Gewalt geht vom Volke aus" und der ebenfalls bereits erwähnten Einführung eines Mißtrauensvotums gegen Mitglieder des Senats — auf das den Grundsätzen der Reichsverfassung angepaßte Bürgerschaftswahlrecht, das in allen wesentlichen Bestimmungen bereits durch Gesetz vom 11. Dezember 1918 geordnet war; auf die Einführung ständiger Ausschüsse, nämlich — neben dem neu organisierten Bürgerausschuß — des Haushaltsausschusses, dem insbesondere die Vorberatung der vom Senat der Bürgerschaft vorgelegten Haushaltspläne obliegt, des Ausschusses für Eingaben, der nicht selbständig entscheidet, sondern berufen ist der Bürgerschaft über die Behandlung der Eingaben Vorschläge zu machen, und des Wahlausschusses; endlich auf die neue Ordnung des Verfahrens bei beharrlicher Meinungsverschiedenheit beider Staatskörper. In letzterer Beziehung ist an die Stelle der früheren „Entscheidungsdeputation" ein Vertrauensausschuß getreten, der, aus sieben Mitgliedern des Senats und der Bürgerschaft bestehend, sich seinen Vorsitzenden aus der Zahl der Mitglieder erwählt. Gegen den Spruch des Vertrauensausschusses haben sowohl der Senat als die Bürgerschaft das Recht, die Entscheidung der Volksgemeinde anzurufen, der Gesetzeskraft beigelegt wird. Bestimmungen über ein Volksbegehren sind in die Verfassung nicht aufgenommen. Vorbehalten ist auch die Regelung der zivilrechtlichen Verantwortlichkeit des Senats und der Behörden. Über die hiermit zusammenhängenden Rechtsfragen hatte sich in Anlaß einer

Meinungsverschiedenheit zwischen Senat und Bürgerschaft ein Senatsdekret vom November 1915 ausgesprochen, zu dem die Bürgerschaft noch keine Stellung genommen hat.

Diese Bemerkungen dürfen nicht hinausgehen, ohne daß auch einer Äußerlichkeit Erwähnung geschieht, der eine gewisse Bedeutung doch nicht abgesprochen werden darf. Angeregt durch eine Vorstellung der Lübeckischen Landesgruppe des Deutschen Sprachvereins, hat die Kommission auf möglichste Fernhaltung aller Fremdwörter und auf eine sorgfältige Satzbildung ihr besonderes Augenmerk gerichtet. Das Ergebnis dieser Bemühungen ist als ein erfreuliches zu bezeichnen. Darf dem Inhalt der Lübeckischen Landesverfassung ein ebenso gutes Zeugnis erteilt werden? Darüber muß die Folgezeit, wird endgültig erst die kommende Generation entscheiden. Als günstig muß eingezeugt werden, daß die Verfasser ihren festen Willen, keinem öden Schematismus zu verfallen, durchgeführt haben, und daß die Verhandlungen in einem von Respekt vor der Geschichte und von Vertrauen auf die Zukunft der Stadt getragenen Geiste geführt sind. In dieser Grundgesinnung haben sich die verschiedenen Fraktionen der Bürgerschaft und hat diese mit dem Senate sich zusammengefunden. F.

(Hanseatische Rechtszeitschrift 1920 Nr. 10)

